

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikundkultur.net

In dieser Ausgabe:

Sigmar Gabriel
Dieter Gorny
Monika Grütters
Peter Tauber
Johanna Wanka
und viele andere

Bundeskulturpolitik

Kulturetat, kulturelle Vielfalt, Freihandelsabkommen. Monika Grütters gibt Auskunft über ihre Pläne.

Seiten 4 bis 5

Mauerfall

Damals und heute: ein Rückblick auf das Zusammenwachsen der deutschen Kulturverbände aus Ost und West.

Seiten 7 bis 8

Positionen

Aktuelle Positionen des Deutschen Kulturrates zum Urheberrecht und zum Umgang mit Raubkunst.

Seiten 24 bis 27

Beilage

Kultur bildet! Unsere aktuelle Beilage zum Thema Leseförderung und Lesekompetenz. Unter anderem mit Rufus Beck.

Seiten 1 bis 12

Amputation

Ende September veranstaltete ein Stiftungskonsortium in Kooperation mit der Kultusministerkonferenz in Berlin eine Dialogveranstaltung unter dem Titel »Stärken stärken!« zur kulturellen Bildung. Eigentlich eine der vielen Wohlfühlveranstaltungen zum Thema, die landauf, landab zurzeit Hochkonjunktur haben. Doch diese Veranstaltung endete nicht im üblichen Selbstbestätigungsritual wie unverzichtbar kulturelle Bildung doch sei, sondern in einer handfesten Auseinandersetzung. Einige der Teilnehmer überboten sich mit immer neuen Ideen wie Kultureinrichtungen zur kulturellen Bildung gezwungen werden können.

Angefangen hat die unselige Debatte aber bereits sieben Jahre vorher mit der Empfehlung der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« des Deutschen Bundestages an Bund, Ländern und Kommunen, öffentlich geförderte Kultureinrichtungen in den Bewilligungsbestimmungen zu verpflichten, kulturelle Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche zu entwickeln und nachzuweisen. Ich selbst habe dieser Empfehlung als Enquetemitglied zugestimmt und damit einer gefährlichen Entwicklung Vorschub geleistet.

Der Bund hat diese Empfehlung zuerst umgesetzt und seine Zuwendungsempfänger zur kulturellen Bildung verpflichtet, selbstverständlich ohne die dazu nötigen zusätzlichen Etatmittel bereitzustellen. Auch in den Ländern hat die Idee der Enquete-Kommission Konjunktur. Im sich gerade im parlamentarischen Verfahren befindlichen Kulturförderungsgesetz Nordrhein-Westfalen steht, dass landeseigene Kultureinrichtungen dazu verpflichtet sind, Aufgaben der kulturellen Bildung wahrzunehmen. Sonstige institutionelle Förderungen und die Förderung von Projekten kann das Land mit der Auflage verbinden, dass in ihrem Rahmen auch ein angemessenes Angebot der kulturellen Bildung realisiert wird. In Niedersachsen wird diskutiert, dass vom Land geförderte Kultureinrichtungen zehn Prozent ihres Etats für kulturelle Bildung ausgeben müssen.

Quotenfestschreibungen und Verpflichtungen in Zuwendungsbescheiden, das wurde bei der Veranstaltung in Berlin deutlich, stoßen bei nicht wenigen Akteuren der kulturellen Bildung auf große Zustimmung. Doch, was des einen Freud ist, ist des anderen Leid.

Niemand schert sich offensichtlich darum, ob die primäre Aufgabe der Kultureinrichtungen durch diese zusätzlichen Maßnahmen gefährdet ist. Die pädagogische Vermittlung von kulturellen Inhalten ist wichtig, aber nicht um den Preis der künstlerischen Amputation. Kunst bedarf nicht immer der Erklärung und nicht selten ist zu viel Pädagogik der sichere Tod der Kunst!

Olaf Zimmermann
ist Herausgeber
von Politik & Kultur



Wegweisend?

Die Digitale Agenda der Bundesregierung auf dem Prüfstand.

Seiten 15 bis 21

Die strategischen Prioritäten der Anderen

Zur Interessenlage der einzelnen Partner beim Transatlantischen Handelsabkommen TTIP

VOLKER PERTHES

Große Handelsabkommen wie die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) werden nie nur unter ökonomischen Gesichtspunkten, sondern immer auch unter innenpolitischen und geopolitischen debattiert. Für die Meinungsbildung in der Europäischen Union ist es wichtig, sich darüber klar zu werden, welche Interessen und Prioritäten dabei in den USA im Vordergrund stehen. Aufmerksamkeit gebührt auch der Position von wichtigen Drittstaaten, die nicht an den Verhandlungen zwischen EU und USA beteiligt sind, sehr wohl aber eigene Interessen mit Blick auf das geplante Abkommen haben.

In den USA lassen sich sowohl mit Blick auf die TTIP-Verhandlungen wie auf die über die Transpazifische Partnerschaft (TPP) grob gesagt zwei Argumentationsstränge unterscheiden: ein »real- oder geopolitischer« und ein »ordnungspolitischer«. In der realpolitischen Diskussionslinie gilt TTIP als Instrument zum Machterhalt des Westens: Das Abkommen werde, so heißt es, bestehende Allianzen stärken; die erwarteten ökonomischen Gewinne könnten die jeweiligen

Im Gegensatz dazu geht es bei denen, die ordnungspolitisch argumentieren, nicht in erster Linie um Machtgewichte, sondern um Regeln. TTIP wie TPP werden vor allem als Instrument zu Gestaltung der zukünftigen Welthandelsordnung betrachtet. Es geht um möglichst faire Wettbewerbsbedingungen, oder das, was die Amerikaner ein »level playing field« nennen: So betrachten amerikanische Unternehmer und Arbeitnehmervertreter die Konkurrenz durch Staaten mit niedrigeren Standards oder mit einer starken Rolle staatlicher Unternehmen zunehmend als Benachteiligung der USA. Gegner der Freihandelsabkommen argumentieren in den USA deshalb durchaus ähnlich wie TTIP-Gegner in der EU, nur bezieht sich die Kritik amerikanischer Verbraucher- oder Umweltschützer eher auf das geplante Abkommen mit den asiatischen und pazifischen Staaten. Hier wird befürchtet, dass Standards nach unten angeglichen werden könnten. Mit Blick auf die Europäer ist diese Sorge geringer, allerdings wird gelegentlich gefragt, ob die hohen europäischen Standards denn tatsächlich auch konsequent in allen EU-Staaten durchgesetzt würden.

Aus Sicht der US-Regierung ist der Investorenschutz bei TTIP eben auch aus ordnungspolitischen Gründen wichtig: Es geht auch hier darum, Standards zu setzen, die sich später in anderen Abkommen spiegeln sollen. Insgesamt gehe es darum, über ein normales Freihandelsabkommen hinaus das multilaterale Handelssystem insgesamt zu formen und globale Regeln zu setzen. Wenn der Westen das jetzt nicht schaffen werde, so wird gelegentlich angemerkt, würden später Staaten wie China die Regeln setzen. Wenn es dem Westen aber gelinge, seine Regeln durchzusetzen, erhöhe dies auch das Ansehen des westlichen Modells, also Demokratie und Marktwirtschaft. Hier treffen sich also geopolitische und ordnungspolitische Begründungsmuster. Dabei mischt sich die Präferenz für TTIP und TPP gerade im US-Kongress oft mit einer generellen Skepsis gegen multilaterale Abkommen.

Der US-Kongress und die Regierung von Präsident Obama haben mit Blick auf die Handelsabkommen partiell unterschiedliche Prioritäten. Für den US-Präsidenten hat das Abkommen mit den asiatischen und pazifischen Staaten, das sein »Rebalancing« nach Asien unterstützt, Priorität vor dem Abkommen mit der EU. Der Kongress ist allerdings bei TPP skeptischer als bei TTIP. Es ist sehr unsicher, ob der Kongress be-

Kann TTIP Ordnung schaffen im internationalen Handelsgeflecht?

reit ist, der Regierung die so genannte TPA (Trade Promotion Authority) zu gewähren, die die Ratifizierung der Abkommen erleichtern würde. Man spricht hier auch von »Fast Track«: Es ginge dann nur um Zustimmung oder Ablehnung, nicht um die Beschlussfassung und eventuelle Neuverhandlung einzelner Elemente der Abkommen. Es ist auch unwahrscheinlich, dass der Kongress diese Autorisierung nur für TTIP einräumen würde. Allerdings könnte der Kongress sich anderweitig selbst binden – also darauf verzichten, jedes Kapitel einzeln zu beraten und abzustimmen –, um TTIP passieren zu lassen. Regelungen zum Investorenschutz (ISDS) sind wegen ihrer globalen Vorbildwirkung vor allem der Administration wichtig. Aufgrund der geopolitischen Bedeutung, die TTIP wie auch TPP beigemessen wird, scheint dies allerdings keine absolute rote Linie zu sein. Der Kongress hat auch ein Abkommen mit Australien ratifiziert, das keine ISDS-Regelung enthält.

Fortsetzung auf Seite 2

Nr. 6/2014
ISSN 1619-4217
B 58 662



06

EDITORIAL

Amputation
Olaf Zimmermann 01

LEITARTIKEL

Die strategischen Prioritäten der Anderen
Volker Perthes 01

AKTUELLES

Unsicherheiten und Unklarheiten
Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz 05

INLAND

Kulturelle Vielfalt und Freiheit bewahren
Monika Grüters 04

Vor 25 Jahren – der Deutsche Kulturrat und die DDR
Klaus Ihlau 06

Mit literarischen Begegnungen gegen Missverständnisse und Grabenkämpfe
Regine Möbius 07

Kein Faktor, sondern die Bilanz
Konrad Adam 08

EUROPA

Neue Kommissare! Neue Digitale Agenda?
Jürgen Burggraf 09

Alterszorn
Ein Kommentar von Hansgünther Heyme 10

INTERNATIONALES

In 80 Panels um die Welt
Peter Grabowski 10

KULTURELLE BILDUNG

»Schön, dass ihr da seid!«
Max Fuchs 11

KULTURELLES LEBEN

Immaterielles Kulturerbe
Gerald Mertens

Von der Wartburg in die Moderne
Peter Tauber 12

Vom Elend einer Edition
Rainer Marwedel 12

Die Rote Liste 13

Kunstmarkt-Monopoly
Olaf Zimmermann 14

Bibliothekarinnen, Bibliothekare...
Georg Ruppelt 14

Kulturmensch
Juli Zeh 14

DIGITALE AGENDA

Rosige Zeiten im digitalen Kulturland!?
Olaf Zimmermann 15

In der Mitte der Gesellschaft verankern
Sigmar Gabriel 16

Sich trauen, auch unbequem zu sein
Alexander Skipis 17

Querschnittsaufgabe
Margarete Evers 17

Startschuss für die Digitale Zukunft
Joachim Bühler 18

Lasst den Worten Taten folgen
Dieter Gorny 18

Terra Ignoranza
Lorenz Matzat 19

Der Praxistest wird es zeigen müssen
Christof Ellinghaus 20

Die Chancen der Digitalisierung für Bildung, Forschung und Wissenschaft nutzen
Johanna Wanka 20

Zwischen Lob und Kritik
Statements der Fraktionen zur Digitalen Agenda der Bundesregierung von Thomas Jarzombek, Lars Klingbeil, Halina Wawzyniak und Konstantin von Notz 21

REAKTIONEN

Steile Überschrift – flach unterfüttert
Theo Geißler 22

Ratings Agentour
Arnulf Rating 22

Stillstand trotz Fördergesetz
Thomas Sternberg 23

WISSENSWERTES

Stellungnahmen/Resolutionen des Deutschen Kulturrates

Zum Umgang mit NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut 24

Zur »Umsetzung der Richtlinie 2014/26/EU des Europäischen Parlaments 26

EU-Grundrechtcharta mit Leben erfüllen 27

DAS LETZTE

Kurz-Schluss
Theo Geißler 28

Karikatur 28

Kurznachrichten 28

Impressum 28

Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates wieder.

ZUM TITELBILD

phase 7 performing.arts
Das Berliner Künstlernetzwerk, verbindet in seinen Inszenierungen Medien- und Darstellender Künste. Am 9.11. diesen Jahres führt der künstlerische Leiter Sven Sören Regie am Brandenburger Tor beim großen Bürgerfest MUT ZUR FREIHEIT.
www.phase7.de

DER AUSBLICK 115

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. Januar 2015. Im Fokus der nächsten Ausgabe steht das Thema Zivilgesellschaft.

Fortsetzung von Seite 1

Staaten, die bereits ein Freihandelsabkommen oder eine Zollunion mit den USA oder der EU unterhalten oder zur NATO gehören – insbesondere Norwegen, Schweiz, Türkei, Kanada, Mexiko – sind aus politischen und ökonomischen Gründen daran interessiert, eine Integrations- oder Mitgliedsperspektive für TTIP zu erhalten. Diese Staaten sind sich bewusst, dass sie bei den ohnehin komplizierten Verhandlungen nicht mit am Tisch sitzen können. So würde ein NATO-Mitglied wie die Türkei sich gerade angesichts der geopolitisch untermalten Debatte über TTIP als NATO-Mitglied zweiter Klasse behandelt sehen, wenn es keine Beitrittsperspektive zu dem erwarteten amerikanisch-europäischen Abkommen gäbe. Kanada, aber auch die Türkei, befürchten wirtschaftliche Verluste auf dem amerikanischen bzw. dem EU-Markt, wenn die EU bzw. die USA dank TTIP auf dem jeweils anderen Markt wettbewerbsfähiger würden und es deshalb zu Handelsumleitungen käme.

In China, Indien und anderen Schwellenländern befürchtet man, künftig nahezu global wirksame Standards einhalten zu müssen, über die man kein Mitspracherecht hat. Die Sorge ist auch, dass Dritte sich immer noch an amerikanische und europäische Standards halten müssten, wenn sie in die USA und in die EU exportieren wollen, während USA und EU ihre Standards gegenseitig akzeptieren. Mit Interesse wird auch betrachtet, wie die USA und die EU bei TTIP mit Ursprungsregeln umgehen. In den meisten Schwellenländern gibt es allerdings auch Stimmen, die TTIP und TPP als Anreiz betrachten, eigene Reformen voranzutreiben und selbst höhere Standards zu erreichen.

In China hat es vor allem in der ersten Phase nach Beginn der TTIP- und TPP-Verhandlungen eine vor allem von geopolitischen Argumenten getragene Debatte gegeben, die die amerikanische Diskussion zum Teil spiegelt: Chinesische Kommentatoren haben etwa unterstrichen, dass TTIP bzw. TPP sich primär gegen China und die anderen BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika)richte; die USA und die EU versuchten mittels dieser Abkommen, den Welthandel zu dominieren. Deshalb müsse man durch eigene Blockbildung ein Gleichgewicht schaffen. China fördert deshalb die Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) zwischen den Mitgliedern des Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN) und sechs weiteren



Volker Perthes

FOTO: STIFTUNG WISSENSCHAFT UND POLITIK

asiatischen Staaten. Einige »realpolitische« Kommentatoren haben auch offen davon gesprochen, dass China die transatlantischen Bemühungen durch Einsatz eigenen Kapitals und eigener Handelsanreize aktiv unterminieren solle. Interessant ist allerdings, dass nach und nach mehr ökonomisch argumentierende Stimmen in der chinesischen Debatte laut werden, die ein eigenes Interesse darin sehen, sich an europäisch-amerikanisch abgestimmten Standards zu orientieren und damit Arbeits-, Umwelt- oder Verbraucherschutz in China zu stärken.

Kritische Stimmen aus den Schwellenländern, aber auch aus Industriestaaten, befürchten allgemein, dass große präferenzielle Handelsabkommen wie TTIP oder TPP zur Blockbildung, zu einer Fragmentierung der Welthandelsordnung, zum Bedeutungsverlust der Welthandelsorganisation (WTO) und zu verstärktem Protektionismus außerhalb der Blöcke führen könnte. Wahrscheinlich ist tatsächlich, dass es, wenn TTIP und TPP erfolgreich verhandelt werden und in Kraft treten, mehr regionale Freihandelsabkommen geben wird, nicht unbedingt aber einen Block der Schwellen- und Entwicklungsländer. Deren Interessen sind dafür zu divers. Denkbar ist auch, dass einige Schwellenländer in der WTO kompromissbereiter werden, um die USA und die EU im multilateralen Rahmen zu halten.

Der EU wäre angesichts der geschilderten Präferenzen und Interessen ihrer Partner zu empfehlen, durchaus selbstbewusst und hart mit den USA zu verhandeln. Bei Industrie und Handel sowie bei Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutzstandards steht

Europa den USA tatsächlich auf gleicher Augenhöhe gegenüber. Das gilt in anderen Bereichen nicht (NATO, NSA, Diplomatie, globale Führung). Das US-Interesse an TTIP ist wirtschaftlich und politisch so stark, dass die US-Regierung wohl auch europäische Vorbehalte etwa mit Blick auf Investorenschutzregelungen akzeptieren würde, wenn die EU darauf besteht. Umgekehrt wird Europa auch akzeptieren müssen, dass die USA bestimmte Bereiche schützt – so die Rüstungsproduktion, Aufträge der öffentlichen Hand in den Bundesstaaten – oder sich weigert, den Export von Rohöl und Gas aus den USA unter die Regeln des Freihandels zu stellen.

Staaten wie der Türkei, Norwegen oder Kanada sollte ein leichter Einstieg erlaubt werden. Die Perspektive eines späteren Beitritts zu TTIP ist von Beginn an mitzudenken. Die EU tut gut daran, mit ihren Partnern nicht nur auf dem europäischen Kontinent, sondern auch mit Kanada regelmäßige Konsultationen über die TTIP-Verhandlungen zu führen. Auch Konsultationen mit Mexiko, das durch NAFTA eng mit den USA verbunden ist, sind sinnvoll.

China und anderen Schwellenländern sollte die EU offene Gespräche über Inhalt und Bedeutung von TTIP und über die Vorteile und Herausforderungen globaler Standards anbieten. Die Botschaften einzelner EU-Staaten könnten zudem mehr tun, um Diskussionen zwischen Entscheidungsträgern, Vertretern der Wirtschaft oder Vertretern der Zivilgesellschaft auf den Weg zu bringen. Es geht darum deutlich zu machen, dass die Schwellenländer nicht benachteiligt werden. Deutsche und andere Europäer können etwa darauf hinwirken, dass TTIP sich an den »größzügigeren« Ursprungsregeln der EU und nicht an den »engeren« der USA orientieren solle und dass von EU und USA gegenseitig akzeptierte Standards auf beiden Märkten auch dann akzeptiert werden, wenn es um Importe aus Drittstaaten geht.

Das verstärkte Interesse einiger Schwellenländer an multilateralen Lösungen zeigt, dass das Verhältnis zwischen TTIP und der WTO nicht zwangsläufig ein Nullsummenspiel sein muss. Deutschland und die EU sollten sich deshalb auch weiterhin für einen erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde einsetzen und auch gegenüber den USA dafür werben.

Volker Perthes ist Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik

SELBSTORGANISIERTE

EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE GEGEN TTIP UND CETA



www.stop-ttip.org

Gegenstand

Wir fördern die Institutionen der Europäischen Union und ihre Mitgliedsstaaten dazu auf, die Verhandlungen mit den USA über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zu stoppen, sowie das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) mit Kanada nicht zu ratifizieren.

Wichtigste Ziele

Wir wollen TTIP und CETA verhindern, da sie diverse kritische Punkte wie Investor-Staat-Schiedsverfahren und Regelungen zur regulatorischen Kooperation enthalten, die Demokratie und Rechtsstaat aushöhlen. Wir wollen verhindern, dass in intransparenten Verhandlungen Arbeits-, Sozial-, Umwelt-, Datenschutz- und Verbraucherschutzstandards gesenkt sowie öffentliche Dienstleistungen (z. B. Wasserversorgung) und Kulturgüter dereguliert werden. Die selbstorganisierte EBI unterstützt eine alternative Handels- und Investitionspolitik der EU.

Registration form for the initiative, including fields for name, address, and contact information.

Registration form for the initiative, including fields for name, address, and contact information.

Datenschutzerklärung: Ihre Daten werden ausschließlich zum Zweck dieser Unterschriftenaktion verwendet. Die Angabe der Adresse ist freiwillig. Wenn Sie oben 'JA' angekreuzt haben, wird Stop TTIP Sie über den Fortgang dieser und weiterer Aktionen informieren. Ihre Daten werden nicht an Dritte weitergegeben und werden nach dem Ende der Kampagne oder auf Wunsch von Ihnen früher gelöscht.

Bitte schnellstmöglich zurückschicken an: Stop TTIP Greifswalder Str. 4 D-10405 Berlin

Unsicherheiten und Unklarheiten

Das Misstrauen der Bürger gegenüber TTIP, CETA & Co. ist immens. Offenheit und politische Transparenz ist geboten

OLAF ZIMMERMANN UND
GABRIELE SCHULZ

Wie so oft in der Politik, endet gegen Ende der Amtszeit eines Verantwortlichen auch die Zurückhaltung, wenn es um politische Entscheidungsprozesse geht. So scheint es auch beim scheidenden EU-Handelskommissar Karel de Gucht zu sein. In einer Veranstaltung im Oktober dieses Jahres in der Niedersächsischen Landesvertretung in Berlin zu den TTIP-Verhandlungen sagte er dem Vernehmen nach, dass die Mitgliedstaaten sich noch einmal fragen müssten, ob sie TTIP (Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA) wirklich wollen und wenn ja, wie sie es wollen.

Diese klaren Worte des EU-Handelskommissars de Gucht zeigen zweierlei, zum einen die Messen sind noch längst nicht gesungen, was TTIP betrifft, und zum anderen scheint es an einer echten Abstimmung zwischen der EU-Handelspolitik und den Mitgliedstaaten zu mangeln. Wie unklar offenbar die

Die Messen sind noch längst nicht gesungen, TTIP betreffend

Haltung der EU-Kommission in spe ist, wurde bei der Befragung der designierten EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström durch den Handelsausschuss des Europäischen Parlaments im September dieses Jahres deutlich. Im

Vorfeld war die Rede davon, sie lehne das höchst umstrittene Investor-Staat-Streitschlichtungsverfahren (ISDS) ab, um dann kurze Zeit später klarzustellen, dass sie es weiter verfolgen werde. Insbesondere das CETA-Abkommen (Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada) wolle sie nicht noch einmal aufschneiden und bei TTIP allenfalls das ISDS etwas klarer fassen.

Von der amtierenden italienischen Ratspräsidentschaft war zu hören, dass sich bei TTIP doch vor allem auf die Themen konzentriert werden solle, bei denen Einigkeit erzielt werden könne. Das könnte ein Umschwenken auf das im WTO-Kontext ansonsten übliche Positivistenverfahren bedeuten und würde ein Fenster für die Ausnahme von Wirtschaftssektoren öffnen. Auch ISDS könnte jetzt von Ratsseite zur Disposition gestellt werden.

All dies belegt, dass doch erhebliche Unsicherheiten und Unklarheiten hinsichtlich eines Abkommens bestehen, das immerhin die zwei stärksten Wirtschaftsräume der Welt miteinander eingehen wollen und das erhebliche Wirkungen auf den Welthandel haben wird.

Die neue EU-Kommission wird gut beraten sein, den bestehenden Widerstand gegen TTIP, CETA und andere Freihandelsabkommen ernst zu nehmen und den Dialog mit der Zivilgesellschaft zu suchen. Die Ablehnung der Europäischen Bürgerinitiative durch die amtierende EU-Kommission war strategisch und kommunikativ ein großer Fehler. Selbst wenn es rechtliche Gründe für die Ablehnung geben mag, deren Stichhaltigkeit nun vom Europäischen

Gerichtshof geklärt werden muss: Was wäre passiert, wenn die Europäische Bürgerinitiative zugelassen worden wäre? Die EU-Kommission hätte eine

Ziele und Erwartungen müssen offengelegt werden

Anhörung durchführen müssen. Das ist doch wahrlich kein scharfes Schwert und sollte bei einem Abkommen von dieser Tragweite eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Die Ablehnung der Europäischen Bürgerinitiative schürt aber das Misstrauen der Bevölkerung. Dass dieses Misstrauen und der Widerstand weit verbreitet sind, belegt der rege Zuspruch, den die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative erfährt. Innerhalb eines Tages hatten 200.000 Menschen den Aufruf online unterzeichnet. Und die Sammlung von Unterschriften geht online und offline weiter! Knapp eine Woche nach Veröffentlichung der Unterschriftensammlung sind es schon über 500.000 Online-Unterschriften.

Die magere Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament und die Proteste gegen TTIP, CETA und – sobald mehr Informationen vorhanden sind – sicherlich auch gegen TISA (23 Länder verhandeln über Liberalisierung von Dienstleistungen) sind zwei Seiten derselben Medaille. Auf der einen Seite haben die Bürgerinnen und Bürger die Chance, die Abgeordneten des Europäischen Parlaments zu wählen,

die über alle diese Handelsabkommen abstimmen müssen und die zumindest bei der Wahl der EU-Kommissare ein Befragungsrecht haben, das sie wiederum sehr genau wahrgenommen haben. Von diesem Wahlrecht haben in den Ländern ohne Wahlpflicht relativ wenig Bürger Gebrauch gemacht und auch in den Medien war von einem echten Europawahlkampf kaum etwas zu spüren. Allenfalls den Europaskeptikern bis hin zu den Europagegnern ist es gelungen, ihre Anhänger zu mobilisieren, sodass jetzt ein nicht unerheblicher Teil der Abgeordneten des Europäischen Parlaments gegen Europa eingestellt sind. Die andere Seite der Medaille ist die mangelnde Information der Europäischen Kommission aber auch der nationalen Regierung über die Europäische Politik, sodass Vorhaben wie die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA von der EU-Kommission vorangetrieben werden, ohne die Akzeptanz in den Mitgliedstaaten mitzubedenken. Insofern wird die neue EU-Kommission, allen voran der designierte Kommissionspräsident Juncker, gut beraten sein, klarer zu machen, was seine Ziele sind und dafür auch in den Mitgliedstaaten werben. Und auch in den Mitgliedstaaten müsste klarer werden, welche europäische Wirtschaftsidee verfolgt wird, welche Sektoren in den Blick genommen und welche wirtschaftlichen Effekte erwartet werden. Tiefgreifende und umfassende Abkommen wie TTIP, CETA & Co. verdienen eine breite gesellschaftliche Diskussion und Akzeptanz. Aber auch der Kultur- und Medienbereich muss sich an die eigene Nase fassen. Als Deutscher Kulturrat

haben wir pflichtschuldigst Wahlprüfsteine zur Wahl des Europäischen Parlaments verfasst, in denen eben nicht die große Linie der EU-Politik mit seinen Auswirkungen auf den Kultur- und Mediensektor erfragt wurde, sondern Detailfragen breiten Raum einnahmen. Die letztlich teilweise enttäuschenden Antworten wurden zwar zur Kenntnis genommen, lösten aber keine Reaktion aus.

Insofern wäre es sicherlich an der Zeit, eine vertiefte Diskussion zur europäischen Politik zu führen und in diesem Kontext ganz besonders auf die Handelspolitik und ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft, nicht nur auf den Kultur- und Mediensektor, einzugehen. TTIP, CETA und Co. sind mehr als einfa-

Es bedarf einer offenen und vertieften Diskussion

che internationale Handelsabkommen. TTIP, CETA und Co. machen eine sich seit Jahrzehnten ausbreitende radikale Philosophie international verbindlich: Markt vor Gemeinwesen. Das müssen wir im Kulturbereich allgemein, aber auch speziell im Deutschen Kulturrat, zur Kenntnis nehmen und reagieren.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates.
Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

wdr3.de

WDR 3

Kulturpartner
Deutscher Kulturrat e.V.

Ihr Radio für
beste Musik und
aktuelle Kultur

WDR 3. Aus Lust am Hören.



FOTO: RHADAMANT / PHOTOCASE.COM

Der eingeschlagene Weg, den Wert der Kultur in der globalisierten Welt zu festigen und zu erhalten – besonders vor dem Hintergrund der TTIP –, muss von der Politik entschlossen beschritten werden

Kulturelle Vielfalt und Freiheit bewahren

Im Rahmen der Mitgliederversammlung des Deutschen Kulturrates sprach Kulturstaatsministerin Monika Grütters über den Kulturretat, geförderte Programme, Rabattverhandlungen mit Verlagen sowie über das Freihandelsabkommen.

MONIKA GRÜTTERS

Wie es sich für den Spitzenverband der deutschen Bundeskulturverbände gehört, hat der Deutsche Kulturrat sich für seine Mitgliederversammlung ein wahrlich kulturgeschichtsträchtiges Datum ausgesucht: Vor 159 Jahren, am 25. September 1855, wurde in Dresden die Gemäldegalerie Alte Meister des Baumeisters Gottfried Semper eröffnet. Vor 120 Jahren, am 25. September 1894, wurde am Deutschen Theater Berlin Gerhart Hauptmanns berühmtes sozialkritisches Drama »Die Weber« uraufgeführt. Vor 112 Jahren, am 25. September 1902, wurde der berühmte Maler Mark Rothko geboren. Vor 108 Jahren, am 25. September 1906, kam der große Komponist Dmitri Schostakowitsch zur Welt.

Vor 102 Jahren, am 25. September 1912, verkündete der Börsenverein der Deutschen Buchhändler in Leipzig die Errichtung der »Deutschen Bucherei«, aus der die heutige »Deutsche Nationalbibliothek« hervorging. Und schließlich feiert heute auch noch ein Oscar-Preisträger seinen Geburtstag: Der amerikanische Schauspieler und Filmproduzent Michael Douglas wird 70 Jahre alt. Fast scheint es, als hätte der Vorstand bei der Wahl des Termins für die Mitgliederversammlung allergrößten Wert darauf gelegt, auch kulturhistorisch ein möglichst breites Themenspektrum abzudecken. Das nenne ich mal spartenübergreifendes, kulturpolitisches Engagement!

Herzlichen Dank für die Einladung, die ich schon allein deshalb gerne angenommen habe, weil mein Haus – ebenfalls spartenübergreifend und sowohl auf politischer wie auch auf fachlicher Ebene – vertrauensvoll und partnerschaftlich mit dem Deutschen Kulturrat zusammenarbeitet. Wir schätzen es sehr, auf dessen Expertise und Unterstützung zählen zu können. Das gilt beispielsweise für unser gemeinsames Herzensanliegen der kulturellen Bildung, aber auch für schwierige Rechtsfragen wie das Urheberrecht und natürlich für den Austausch zu den Planungen für ein transatlantisches Freihandelsabkommen.

Deshalb nutze ich gerne die Gelegenheit, über den Sachstand in aktuellen kulturpolitischen Fragen zu informieren und wichtige Fragen zu beantworten. Der Kulturretat 2015 ist sicher ein Thema, das alle unabhän-

Was ist uns die kulturelle Freiheit und Vielfalt wert?

gig von der Sektion, die vertreten wird, interessiert – und aktuell ist es auch: Erst vor zwei Wochen wurde ja der Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2015 in erster Lesung im Deutschen Bundestag beraten.

Wenn wir über den Kulturretat reden, dann reden wir immer auch darüber, was uns die kulturelle Freiheit

und Vielfalt in unserer Gesellschaft wert ist. Deshalb bin ich – abgesehen davon, dass mehr Geld natürlich immer eine gute Sache ist – auch im Sinne der Bedeutung der Kultur wirklich froh, dass wir den Kulturhaushalt des Bundes trotz des notwendigen, strikten Sparkurses gegenüber dem zweiten Regierungsentwurf 2014 wieder leicht erhöhen konnten, nämlich um rund 27 Millionen bzw. zirka 2,2 Prozent auf rund 1,23 Milliarden Euro. Die Bundesregierung bekennt sich damit zu der besonderen Stellung der Kunst und Kultur in unserer Gesellschaft.

Wir tun das in dem Bewusstsein, dass Kulturförderung keine Subvention für eine schützenswerte Nische unserer Gesellschaft ist, sondern eine Investition in die Zukunft. Dass darüber mittlerweile zumindest auf bundespolitischer Ebene weitgehend Konsens besteht, ist sicherlich unter anderem auch der beharrlichen Überzeugungsarbeit des Deutschen Kulturrats und seiner Mitgliedsverbände zu verdanken. Trotzdem erlebe ich bei meinen Reisen durch Deutschland – 30 Städte habe ich in den vergangenen Monaten deutschlandweit besucht – immer wieder, dass die Kulturretats der Länder und Kommunen hier und da doch zusammen gestrichen werden.

Es gibt Länder, die aufgrund des Engagements des Bundes die Mittel für ihre Länderprogramme, beispielsweise Nordrhein-Westfalen im Bereich des Denkmalschutzes, prompt nicht nur herunterfahren, sondern ganz streichen. So ist das nicht gemeint, und so darf es

auch nicht sein. Wir müssen die Länder gelegentlich durchaus öffentlich stärker in die Pflicht nehmen. Auf Kulturhoheit pochen und sich bei der Finanzierung aus der Verantwortung stehlen – das geht so nicht! Die Kommunen wiederum tun ja eigentlich sehr viel für die Kultur, und doch erlebe ich auch hier,

»Kultur ist das, was übrig bleibt, wenn der letzte Dollar ausgegeben ist.«

dass manche Kommunen beim Kulturretat den Rotstift ansetzen. Bei allem Verständnis für die finanziellen Nöte der Städte und Gemeinden – das kostet mittelfristig mehr, als es an Einsparungen bringt. Deshalb appelliere ich in jeder Stadt, in jeder Kommune, die ich besuche, an die Verantwortlichen in der Politik, nicht an der Kultur zu sparen, und hier bitte ich auch den Kulturrat und seine Mitgliedsverbände um Unterstützung.

Der Bund tut alles, was im Rahmen des Grundgesetzes, im Rahmen des Kulturföderalismus möglich ist, um die kulturelle Vielfalt vor Ort zu fördern. Da gibt es nicht nur herausragende Programme wie zum Beispiel den Kinoprogrammpreis, den Spielstättenprogrammpreis und das Programm zur Förderung der Digitalisierung von Kinos, damit sie als Kulturorte erhalten bleiben, sowie natürlich die Denk-

malenschutzprogramme. Wir entlasten die Kommunen auch materiell, zum Beispiel bis 2016 von den Pflichtleistungen für Kosten der Unterkunft und Grundsicherung im Alter, und zwar in Milliardenhöhe. Das schafft Investitionsfreiräume, die gut für freiwillige Leistungen und da zuvörderst für die Kultur genutzt werden können.

Von Mark Twain, meine Damen und Herren, stammt der schöne Satz: »Kultur ist das, was übrig bleibt, wenn der letzte Dollar ausgegeben ist.« Kultur schafft Werte jenseits der Maßstäbe ökonomischer Verwertbarkeit, und das wird gerade in Zeiten ökonomischer Krisen immer wichtiger. Wo, wenn nicht in der Kultur, wird nach Antworten auf letzte Fragen gerungen, auf Fragen nach den sinnstiftenden Kräften und Werten, die unsere Gesellschaft zusammenhalten? Dies zu ermöglichen, ist Aufgabe einer Kulturpolitik, die sich der Freiheit der Kunst und Kultur verpflichtet fühlt. Diese Freiheit muss heute an vielen Fronten verteidigt werden.

Unverzichtbar zur Sicherung künstlerischer Freiheit ist zum Beispiel die Künstlersozialversicherung, eingeführt vor 31 Jahren. Seitdem gilt: Wer künstlerische Leistungen in Anspruch nimmt, der muss auch dafür Sorge tragen, dass Künstler von ihrer Arbeit nicht nur knapp überleben können, sondern angemessen bezahlt und sozial abgesichert werden. Ich bin froh, dass wir es noch vor der Sommerpause hinbekommen haben, ein Gesetz zu verabschieden, das die Künstlersozialkasse durch

Fortsetzung auf Seite 05 ▶

Fortsetzung von Seite 04

bessere Prüfpflichten der Deutschen Rentenversicherung stabilisiert.

Politisches Handeln ist aber auch und insbesondere dort gefragt, wo die Vielfalt unseres kulturellen Angebots unter die Räder zu kommen droht – zum Beispiel, weil Unternehmen wie Amazon ihre Marktmacht ausspielen. Deshalb habe ich mich mit den Autoren solidarisiert, die von Amazon unter Druck gesetzt worden sind. Natürlich sind Rabattverhandlungen mit den Verlagen wirtschaftlich legitim. Der Sündenfall besteht darin, dass man sich an den Autoren, an den Künstlern, die am Beginn der Kette stehen, rächt, wenn die Verlage auf die Rabattforderungen nicht eingehen. Das ist kulturpolitisch völlig inakzeptabel. Politisch ist unser Handlungsspielraum für Gegenmaßnahmen hier allerdings relativ überschaubar.

Wir können über kartellrechtsähnliche Regeln bei Google, Amazon usw. nachdenken. Und wir können die Garanten der Vielfalt auf dem deutschen Buchmarkt stärken. Genau dafür habe ich eine Million Euro bereitgestellt, um 2015 erstmals einen »Preis für unabhängige, inhabergeführte Buchhandlungen« zu vergeben. Damit werden wir deutschlandweit viele einzelne Buchhandlungen auszeichnen. Ich glaube, dass selbst kleine Summen analog zum Kinoprogrammpreis – große Wirkung entfalten können. Darüber hinaus trägt der Preis vor Ort auch zur Sensibilisierung der Verbraucher bei, und das ist wichtig, denn letztlich entscheidet das Kaufverhalten der Kunden.

Eine weitere Front, an der wir die Vielfalt und die Freiheit der Kultur verteidigen müssen, sehe ich in den Verhandlungen über das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Ich befürworte dieses Abkommen grundsätzlich. Dass es Chancen für deutsche Unternehmen bietet, dass es gleichzeitig gerade in diesen Zeiten außenpolitisch wichtig ist, liegt auf der Hand. Es geht nicht um das »Ob«, wohl aber um das »Wie«. Wir brauchen klare Garantien und rote Linien. Das habe ich auch in meinem Gespräch mit Kommissar de Gucht Anfang Juli deutlich gemacht.

Für mich ist entscheidend, dass – erstens – für die EU und Deutschland keine weiteren Verpflichtungen in das Abkommen aufgenommen werden, als ohnehin in WTO / GATS bereits gelten. Audiovisuelle Dienste müssen also aus dem Anwendungsbereich des Dienstleistungskapitels – entsprechend bisheriger Freihandelsabkommen – ausgenommen bleiben; für die übrigen kulturellen Dienstleistungen gilt die Beschränkung auf den GATS-Status quo. Die audiovisuelle Ausnahme muss auch für alle denkbaren zukünftigen technologischen Entwicklungen gelten und darf nicht durch die Konvergenz von TV und Internet geschwächt werden. Daneben ist noch die horizontale Ausnahme Klausel für die Beihilfen bei Dienstleistungen erforderlich, um unter anderem die Kultur- oder etwa die Filmförderung abzusichern.

Zweitens halte ich für eine umfassende Absicherung zusätzlich die Aufnahme einer Generalklausel für wichtig. Dadurch sollen Maßnahmen zum Schutz der kulturellen Vielfalt und der Meinungsvielfalt in allen Bereichen – auch Telekommunikation oder Urheberrecht – und durchgängig bei allen Kapiteln – auch Investitionsschutz oder regulatorische Zusammenarbeit – ausdrücklich für rechtmäßig erklärt werden. Notwendig ist eine verbindliche Verankerung dieser Generalklausel im Abkommenstext selbst.

Es stellt sich, drittens, auch die Frage nach künftiger Regulierung: Eine Reform, zum Beispiel der Buchpreisbindung, könnte unter Umständen von US-Unternehmen angefochten werden, und – dank des Investor-Staaten-Schiedsver-

fahrens – mit Schadenersatzforderung gegen Deutschland belegt werden. In Staaten mit stabilen Rechtssystemen darf dieses abgewogene rechtliche System nicht ausgehebelt werden. Deshalb lehne ich ein Investor-Staat-Schiedsverfahren ab, fordere aber zumindest eine vollständige Ausnahme für Audio-Visio und Kultur.

Ein vierter Punkt: Sie als Verbändevertreter sind nicht zuletzt wegen der Intransparenz der Verhandlungen höchst kritisch. Ich teile diese Bedenken und mahne mehr Transparenz in meinen Stellungnahmen auch immer wieder an. Mir geht es dabei auch und vor allem um Akzeptanz. Akzeptanz ist wichtig, weil wir für das Abkommen eine breite und stabile demokratische Grundlage brauchen. Am Ende muss ein einstimmiger Beschluss der EU-Mitgliedstaaten stehen, hinzu kommt noch die Ratifizierung durch das Europäische Parlament und auf nationaler Ebene durch Bundestag und Bundesrat. Dies ist die übereinstimmende Auffassung der Bundesregierung und aller EU-Mitgliedstaaten. Ohne Transparenz ist die dafür notwendige Akzeptanz nicht zu haben. Nur ein gemischtes Abkommen kann die breite demokratische Basis sicherstellen. Deshalb muss die Europäische Kommission das Transat-

TTIP: Wir brauchen klare Garantien und rote Linien für die Kultur

lantische Freihandelsabkommen (TTIP) als gemischtes Abkommen verhandeln.

Zur Sicherung der künstlerischen Freiheit gehört auch ein modernes, an das digitale Zeitalter angepasstes Urheberrecht, das dem Urheber einen fairen und gerechten Anteil an der Wertschöpfung aus seiner kreativen Leistung sichert – und damit die Existenzgrundlage. Wir brauchen ausgewogene Lösungen, die den Belangen aller Interessenvertreter – Nutzern wie Urhebern und Verwertern – gerecht werden. Der Schutz geistigen Eigentums ist Kernfrage auch für die Entwicklung der Kreativwirtschaft, deren volkswirtschaftliche Bedeutung für Europa zahlreiche Studien eindrucksvoll belegen.

Mit Bundesminister Heiko Maas bin ich mir einig, dass im Urheberrecht in der vergangenen Legislaturperiode zu wenig passiert ist. Zentral – weil bis April 2016 fristgebunden – ist jetzt zunächst einmal die Umsetzung der EU-Wahrnehmungsrichtlinie. Das ist eine große Chance für die Kreativen. Je leichter sich Rechte grenzüberschreitend klären und Lizenzen einräumen lassen, desto größer ist der Vorteil nicht nur für die Nutzer sondern auch auf Seiten der Urheber. Derzeit läuft ein Anhörungsverfahren, das den Verwertungsgesellschaften Gelegenheit gibt, ihre Vorschläge und Petita einzubringen. Mir ist es wichtig, dass der kulturelle und soziale Auftrag der Verwertungsgesellschaften vollumfänglich erhalten bleibt, der ja in der EU-Richtlinie ausdrücklich anerkannt wird. Außerdem werbe ich dafür, das Gesetzgebungsverfahren dafür zu nutzen, eine Hinterlegungspflicht im Rahmen der Verhandlungen über die Höhe der gesetzlichen Pauschalvergütung bei der Privatkopie einzuführen. Dies wäre ein wichtiger Schritt, um die von vielen als langwierig und unbefriedigend empfundenen Verhandlungen zu vereinfachen. Für diese Überlegungen scheint auch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz durchaus offen zu sein.

Neben der Sicherung der Freiheit und Vielfalt der Kultur beschäftigt uns ein weiteres Thema besonders intensiv,

nämlich die Provenienzforschung. Der »Fall Gurlitt« hat das Thema NS-Raubkunst ja in atemberaubender Weise ins öffentliche Bewusstsein gehoben. NS-Raubkunstfälle sind immer komplexe Einzelfälle mit zahlreichen historischen, moralischen und juristischen Herausforderungen. Deshalb begrüße ich es sehr, dass der Deutsche Kulturrat vor wenigen Wochen eine eigene ad-hoc-Arbeitsgruppe ins Leben gerufen hat, um sich vertieft mit diesen Fragen zu beschäftigen. Es ist wichtig, dass unser Land – Staat und Verwaltungen genauso wie Organisationen, Einrichtungen und Privatpersonen – keinen Zweifel daran lässt, welche immense Bedeutung für uns alle die rückhaltlose Aufarbeitung des nationalsozialistischen Kunstraubs hat – eine Aufarbeitung, die komplex ist, die Zeit braucht und bei der wir nie vergessen dürfen, dass mit der Provenienz eines entzogenen, geraubten, abgepressten Kunstwerks immer auch die Biographie eines verfolgten Menschen verbunden ist.

Die Bundesrepublik hat sich ungeachtet der Wiedergutmachungsleistungen der Nachkriegszeit auf der »Washingtoner Konferenz« 1998 dazu bereit erklärt, auch dann nach NS-Raubkunst zu suchen und für deren Restitution faire und gerechte Lösungen zu finden, wenn dies nach rein juristischen Maßstäben nicht mehr zwingend geboten wäre. Dieses Bekenntnis ist unsere Handlungsmaxime, und Sie alle kennen die Instrumente, die der Bund gemeinsam mit den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden dafür entwickelt hat: eine »Gemeinsame Erklärung«, die inzwischen mehrfach modernisierte »Handreichung«, die Koordinierungsstelle Magdeburg, eine Lost Art-Datenbank, die »Beratende Kommission« unter Leitung von Jutta Limbach und nicht zuletzt, die Arbeitsstelle für Provenienzforschung (AfP) in Berlin. Mit all diesen Maßnahmen haben wir in den letzten Jahren schon eine Menge erreicht.

Der »Fall Gurlitt« allerdings ließ die Schwächen der bisherigen Organisation offen zutage treten, insbesondere die Zersplitterung unserer Förderlandschaft und das Fehlen eines zentralen Ansprechpartners. Ich habe das zum Anlass genommen, im Frühjahr die Gründung eines »Deutschen Zentrums

Kulturgutverluste« vorzuschlagen. Es freut mich sehr, dass wir es innerhalb kürzester Zeit geschafft haben, gemeinsam mit den Ländern die Aktivitäten zur Suche nach NS-Raubkunst zu bündeln. Schon ab 2015 soll das Zentrum in Magdeburg die Koordinierungsstelle und die Arbeitsstelle für Provenienz-

Kleine Revolutionen im Denken und Wahrnehmen zulassen

forschung unter einem Dach vereinen, deren Arbeit fortführen und ausbauen – sowohl finanziell als auch personell gestärkt. Das Zentrum wird, wie bisher die AfP, öffentliche Einrichtungen bei der Suche nach NS-Raubkunst finanziell unterstützen und beraten, künftig aber auch spezielle Angebote für Privatsammler und Privatmuseen entwickeln, die freiwillig den »Washingtoner Prinzipien« folgen. Es wird, wie bisher die Koordinierungsstelle, die unabhängige »Beratende Kommission« unterstützen, zugleich aber eine neue Unterstützung für freiberufliche Provenienzforscherinnen und -forscher entwickeln.

Besonders wichtige Akteure wie die »Taskforce Schwabinger Kunstfund« oder die »Forschungsstelle Entartete Kunst« werden eng an das Zentrum gebunden. Das Zentrum wird darüber hinaus internationale Kooperationen unterstützen und strebt eine enge Verzahnung mit der universitären und außeruniversitären Forschung an. Nicht zuletzt wird es eine ganze Reihe von Angeboten und Initiativen in den Bereichen Kommunikation und Vernetzung geben, um das Zentrum national wie international zum zentralen Ansprechpartner in Deutschland zu Fragen der Umsetzung der »Washingtoner Prinzipien« zu machen. Ihre Einrichtungen sind herzlich eingeladen, die Arbeit des Zentrums zu unterstützen und dessen Angebote reichlich wahrzunehmen!

Nach einer statistischen Untersuchung, die rund die Hälfte aller deutschen Museen umfasste, befinden sich in 60 Prozent dieser Museen Bestände, die auf das Vorhandensein von NS-Raubkunst untersucht werden müssten. Nur 10 Prozent der befragten Museen

haben sich bisher mit Provenienzforschung beschäftigt. Deshalb halte ich auch eine weitere Erhöhung der Mittel für die dezentrale Suche nach NS-Raubkunst für unbedingt notwendig. Der Haushaltsentwurf 2015 sieht deshalb eine erneute Steigerung der Ausgaben für Provenienzforschung vor, nämlich auf sechs Millionen Euro – und damit eine Verdreifachung gegenüber dem Haushaltsansatz bei meinem Amtsantritt.

Mit diesen Themen möchte ich es fürs Erste bewenden lassen. Kulturpolitik ist ein weites Feld, deshalb werden Sie es mir sicher verzeihen, dass ich nicht alle Fragen ansprechen konnte, von denen ich ahne, dass sie Ihnen unter den Nägeln brennen. Dazu gibt es jetzt aber gleich in der Aussprache Gelegenheit.

Von Joseph Beuys stammt ein schöner Satz, den man vielleicht nicht ganz wörtlich nehmen sollte, über den es sich aber nachzudenken lohnt: »Arbeite nur«, so Joseph Beuys, »wenn Du das Gefühl hast, es löst eine Revolution aus.« Diese etwas ungesund anmutende Arbeitseinstellung kann man durchaus auch als pointierte Beschreibung der Überzeugungen verstehen, die Künstler und Kreative, aber eben auch Kulturförderer und Kulturpolitiker motiviert. Es muss ja nicht immer gleich die Weltrevolution sein.

Die kleinen Revolutionen im Denken, im Wahrnehmen, im Empfinden, im Bewusstsein sind es, die jeder kleinen und großen gesellschaftlichen Veränderung vorausgehen, und in diesem Sinne tragen Kunst und Kultur immer den Keim des – im besten Sinne – Revolutionären in sich. Dass aus diesen Keimen etwas wachsen darf, dass es einen fruchtbaren Nährboden dafür gibt und ein wachstumsförderndes Klima – das macht eine vitale Demokratie aus. Dafür einzutreten ist aller Anstrengung wert, und ich danke Ihnen allen und dem Deutschen Kulturrat dafür, dass er uns, den Kulturpolitikerinnen und -politikern, dabei ein so verlässlicher Partner ist! Auf eine weiterhin vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit!

Monika Grütters ist Staatsministerin der Bundeskanzlerin und Die Beauftragte für Kultur und Medien der Bundesregierung

Das Wichtigste zur Kulturpolitik

Fordern Sie Ihr gratis Probe-Exemplar an!
Per Telefon: 030.226 05 280, Fax: 030.226 05 2811
oder E-Mail: info@politikundkultur.net.

Jetzt testen!

Dossier Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

3,00 € November/Dezember

6/14

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikundkultur.net

In dieser Ausgabe:
Sigmар Gabriel
Dieter Gorny
Monika Grütters
Peter Tauber
Johanna Wanka
und viele andere

Bundeskulturpolitik
Kulturret, kulturelle Vielfalt, Freihandelsabkommen.
Monika Grütters gibt Auskunft über ihre Pläne.
Seiten 4 bis 5

Mauerfall
Damals und heute: ein Rückblick auf das Zusammenwachsen der deutschen Kulturverbände aus Ost und West.
Seiten 7 bis 8

Positionen
Aktuelle Positionen des Deutschen Kulturrates zum Urheberrecht und zum Umgang mit Raubkunst.
Seiten 24 bis 27

Beilage
Kultur bildet! Unsere aktuelle Beilage zum Thema Leseförderung und Lesekompetenz. Unter anderem mit Rufus Beck.
Seiten 1 bis 12

Amputation
Ende September veranstaltete ein Stiftungssortiment in Kooperation mit der Kultusministerkonferenz in Berlin eine Dialogveranstaltung unter dem Titel »Stärken stärken« zur kulturellen Bildung. Eigentlich eine der vielen Wohlfühlveranstaltungen zum Thema, die landauf, landab zurzeit Hochkonjunktur haben. Doch diese Veranstaltung endete nicht im üblichen Selbstbestätigungsritual, sondern in einer handfesten Auseinandersetzung. Einige

Wegweisend?
Die Digitale Agenda der Bundesregierung auf dem Prüfstand.
Seiten 13 bis 21

Vor 25 Jahren – der Deutsche Kulturrat und die DDR

Ein persönlicher Bericht

KLAUS IHLAU

Herbst 1989. Ein System kommt ins Wanken. Der Bürgerwille artikuliert sich in Protesten und Demonstrationen. Ein wesentlicher Anstoß zum politischen Engagement kam von den Künstlern des Landes. In Theatern und Konzerten verlasen sie Resolutionen. Sie führten dann auch am 4. November die Protestdemonstration von Hunderttausenden zur Kundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz an. Fünf Tage später fiel die Mauer.

Gut einen Monat später durchquerte ich sie von Ost nach West. Ich war mit anderen zu dem ersten Treffen von Vertretern der Mitgliedsorganisationen des

Ost werden? Am nächsten Tag konnte ich meinen Namen und meine persönliche Adresse in allen überregionalen Zeitungen lesen. Ich hatte spontan eine Entscheidung getroffen, die zu diesem Zeitpunkt noch mit Risiko verbunden schien.

Wie die Entwicklung zeigte, war es ein durchaus wichtiger und notwendiger Schritt, der am 15. März 1990 zur Eröffnung eines Kulturpolitischen Kontaktbüros führte. Es galt das völlige Zusammenbrechen der kulturellen Strukturen in der DDR zu verhindern und bei allen beschränkten Möglichkeiten, Ansprechpartner für verunsicherte und existenziell bedrohte Künstler und Kulturschaffende zu sein. In der Zeit davor und danach kam es zu dutzenden Ost-West-Treffen zwischen Ver-

immer keine generelle Pflichtaufgabe in der Bundesrepublik ist, lassen sich bei Etatkürzungen der Kommunen viel zu leicht Bibliotheken schließen. Derzeit steht die Johannes-Bobrowski-Bibliothek in meinem Kiez vor dem Aus. Eine Bürgerinitiative kämpft für ihren Erhalt. Auch der Kulturrat ist wieder involviert – er hat sie auf seine Rote Liste gesetzt.

Das Kontaktbüro mietete damals Räume im Gebäude des Kulturbundes der DDR. Miete, Einrichtung und Betriebskosten wurden vom Kulturrat in Bonn getragen, der sich wiederum aus Projektmitteln finanzierte. Vom Innenministerium gab es einen Zuschuss für die Ost-West-Arbeit.

Das Büro half auch innerhalb der DDR kulturpolitische Erfahrungen auszutau-

Kunst und Kultur sind nicht nur Ausdruck menschlichen Daseins, sondern auch ein Wirtschaftsfaktor

meinsam benannt wurden die Schließung von Kultur- und Medieneinrichtungen, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen freischaffender Künstler, geringere Perspektiven für eine Weiterführung bislang künstlerisch produktiver Arbeit in Literatur, Theater, Film, etc.

Schließlich stellten die meisten Betriebe, die gerade auf kommunaler Ebene wesentliche Stütze der kulturellen Bildung und der Kunstvermittlung waren, ihre Förderung ein.

Vor diesem Hintergrund wurde ein Moratorium für grundsätzliche Änderungen der kulturellen Infrastruktur gefordert. Aufbau von kulturellen Fonds, insbesondere eines Kulturfonds der DDR, Stärkung der Selbstverwaltung der Träger kultureller Aktivitäten sowie ein umfassendes Programm der Qualifizierung einschließlich der Vermittlung europäischer Erfahrungen gehörten dazu. Das alles war verknüpft mit dem Angebot an Politik und Verwaltung der Länder zur Zusammenarbeit. Dazu kam es dann auch, sodass viele diese Forderungen zumindest für eine Übergangszeit realisiert wurden. Für eine solche



East Side Gallery: das längste noch erhaltende Stück der Berliner Mauer (Filmplakat Berlin East Side Gallery)

Deutschen Kulturrates in die Akademie der Künste Berlin (West) eingeladen. Dem vorausgegangen waren offizielle Regierungsverhandlungen. Die getroffenen Vereinbarungen wiesen wenig Flexibilität und Fantasie auf. Jetzt wollten die sich etwa fünfzig im alten (West-)Berliner Hansaviertel Versammelten herausfinden, welche Forderungen an einen »deutsch-deutschen Kulturaustausch« zu stellen seien. Gemeinsam diskutierten wir lebhaft und ausführlich über Formen und Inhalte direkter, möglichst staatlich unabhängiger Kooperation. Wir hatten uns einen vollen Tag Zeit genommen.

Gesprächspartner West waren neben den Sprechern der Kulturverbände der heutige Akademiepräsident Klaus Staeck und der Bundestagsabgeordnete Freimut Duve.

Duve mahnte eine Staatsferne als Prinzip der Kultur an. Defizite gäbe es auf beiden Seiten. Für die DDR – der schnelle Anschluss war noch nicht im Fokus – sei eine »Neue Assoziation« sinnvoll, um sich Gehör und organisatorischen Rückhalt zu verschaffen.

Wir kamen überein, eine Kontaktstelle für einen »Gesprächskreis DDR« zu schaffen. Doch wer sollte der Ansprechpartner

bänden, Gruppierungen und einzelnen Betroffenen. Vieles ging dennoch »den Bach runter«, aber in manchen persönlichen Fällen konnte Hilfe geleistet und Strukturen angepasst oder aufgefangen werden.

Zwei Kulturstandorte von vielen in Berlin waren das soziokulturelle Zentrum »Pfefferberg« und das »Tacheles«. Eines gehört noch heute zur Stadtkultur, das Kunsthaus Tacheles ist privatisiert. Seine Künstler wurden vertrieben. Kunst und Kultur sind nicht nur Ausdruck des menschlichen Daseins, sondern auch Wirtschaftsfaktor.

Schon 1988 wurde vom Deutschen Kulturrat eine »Kulturklausel«, die Aufnahme des Staatsziels Kultur in das Grundgesetz, gefordert. Eine große gesellschaftliche Debatte steht bis heute aus.

Beim Stöbern in alten Unterlagen fällt mir ein Dankeschreiben einer Brandenburger Bibliothek in die Hände. Durch Spenden von Schreibmaschinen und Kopierern konnten wir helfen. Als Déjà-vu erscheint es mir heute, wenn ich dort eine inständige Bitte lese. Wir möchten doch mithelfen, die Bibliotheksverordnung als gemeinsames deutsches Gesetz zu erhalten. Da die Unterhaltung Öffentlicher Bibliotheken in Städten und Gemeinden noch

insbesondere konnten wir den neuen Initiativen ein offenes kulturpolitisches Diskussionsforum bieten. Zwischen Bundesrepublik und DDR kam es zu konkreten gemeinsamen Vorhaben zwischen Initiativen und Verbänden.

Zu einem gemeinsamen Kulturrat kam es etwas anders, als erwartet. Wegen Unklarheiten beim sich überstürzenden Einigungsprozess wurden die Gelder für das Büro gestoppt. Der Mietvertrag wurde vom DDR-Kulturbund gekündigt, mühsam erstellte Unterlagen kamen abhanden. Kurz danach wurde ich in einer ADN-Meldung zitiert: »In Kürze soll in der DDR ein Kulturrat gegründet werden. Er macht sich notwendig im gegenwärtigen Spannungsfeld zwischen der Aufhebung staatlichen Diktats, einsetzenden Kultur-Verfall im Ergebnis marktwirtschaftlicher Eilfertigkeiten. [...] Angesichts bereits sichtbarer Gefahren werde im D-Zug der Vereinigung eine Langsamfahrtstrecke für die Kultur angestrebt.«

Wir hatten wenige Monate vor der Vereinigung noch einen Kulturrat in der DDR gegründet und bereits im Juni 1990 konnte man über die erste gemeinsame Konferenz des Deutschen Kulturrates (West) und des neuen Kulturrates in der DDR lesen. Ge-

Übergangszeit fusionierten dann auch beide Kulturräte, indem das Statut mit der Einrichtung eines jeweils dritten Sprechers in den Sektionen geändert wurde.

Klaus Ihlau war in der Wendezeit Leiter des Kulturpolitischen Kontaktbüros und lebt heute als Journalist und Rentner in Berlin. 1990 erhielt er stellvertretend für das Kontaktbüro den Nürnberger Preis für Politische Kultur

i FILMTIPP

Berlin East Side Gallery

Kinodokumentarfilm von Karin Kaper und Dirk Szusziess anlässlich des 25-jährigen Bestehens der East Side Gallery im Jahr 2015. Das längste noch erhaltene Stück Berliner Mauer gilt als größte Open Air Galerie der Welt und zieht seit ihrer Eröffnung 1990 Millionen Besucher aus aller Welt an. Karin Kaper und Dirk Szusziess haben viele Künstler und alle an der Restaurierung und Sanierung im Jahr 2009 Beteiligten als einziges Filmteam der Welt von damals bis heute begleitet. Kinostart 8.1.2015; www.berlineastsidegalleryfilm.de

Mit literarischen Begegnungen gegen Missverständnisse und Grabenkämpfe

Zur deutsch-polnischen Nachbarschaft

REGINE MÖBIUS

Die Mauer fällt 1989, und infolgedessen wird der DDR-Schriftstellerverband aufgelöst. Die frühen Neunziger sind angefüllt mit Ost-West-Auseinandersetzungen, -Missverständnissen und -Podien, auf denen die Weggegangenen und Hiergebliebenen sich gegenseitig erklären. Auch unter den Künstlern verstehen sich nicht wenige als Reformsozialisten und behaupten, dem alten System keine Träne nachzuweinen. Doch reflektieren sie kaum die mögliche Verketzung des von ihnen favorisierten Projektes eines neuen sozialistischen Humanismus, also eines demokratischen Sozialismus, mit diesem alten System, das jeder vitalen Substanz entbehrt. Nicht selten führt gerade unter Schriftstellern romantischer Schmerz zu pathetischen Ausbrüchen. Da ist der kritische Blick von außen nötig, wenn auch oft unbequem. Dabei können die Positionen innerhalb der diskutierenden Schriftsteller und des beurteilenden Feuilletons nicht über einen Kamm geschoren oder in grobe Raster sortiert werden, nach der Devise: dafür oder dagegen. Das ist weder hilfreich noch erhellend und hat nicht selten einen faden Beigeschmack. Mit den alten Vorurteilen auf beiden Seiten ist neues Missverständnis vorprogrammiert. Grober, projektiver Schematismus, den Teile des überregionalen Feuilletons vorführen, d. h. mit der Literaturgeschichte umgehen wie mit Aschenputtels berühmten Erbentopf, hilft nicht weiter.

Uwe Friesel, amtierender VS-Vorsitzender, hat 1990 einen vieldiskutierten Brief an 23 Schriftsteller vorrangig aus Ostberlin geschrieben, die sich vermutlich beteiligt hatten an der Verwaltung eines inhumanen Wissens, an Verhinderungen und Blockierungen nicht weniger Kollegen. Diese 23 hat er gebeten, ihren Beitrag zum VS noch ein wenig hinauszuschieben.

Auf dem ersten gesamtdeutschen Kongress des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) in der Gewerkschaft IG Medien im Mai 1991 in Travemünde werden Erfahrungen, Irritationen und Widersprüche ausgetauscht. Schriftsteller aus dem östlichen Deutschland können nun per Einzeleintritt um Aufnahme im VS ersuchen. Auch der Schriftsteller Stefan Heym, der 1979 in der DDR zu einer Geldstrafe von 9.000 Mark verurteilt wurde, da er seinen Roman »Collin« ohne Genehmigung in der Bundesrepublik hatte veröffentlichen lassen, äußert dazu seine Gedanken: »In eine Gewerkschaft kann jeder eintreten, der in dem betreffenden Beruf arbeitet; der Charakter des prospektiven Mitglieds hat ebenso wenig mit seinen gewerkschaftlichen Rechten zu tun, wie sein etwaiger Mundgeruch. Wenn nun einige Kollegen aus dem ehemaligen Schriftstellerverband der DDR empfohlen wurde, sich beim Beitritt zum VS ein wenig zurückzuhalten, so mag das, vom strikten Gewerkschaftlichen her gesehen, unangebracht gewesen sein; die lauten Proteste dieser Kollegen jedoch, sie fühlten sich ausgegrenzt, sind einfach nur komisch. Waren gerade sie es doch, die selber, als sie im Schriftstellerverband der DDR das Sagen hatten, ihrerseits eine ganze Anzahl ihrer Kollegen nicht nur ausgegrenzt, sondern ausgeschlossen haben. Das sind mir schöne Märtyrer!«

In Autorenkonferenzen und literarischen Begegnungen versuchen Schrift-

steller aus den gegenseitigen Verdächtigungen und schmerzhaften Grabenkämpfen herauszukommen, Erich Loest gehört zu den aktivsten Gesprächspartnern. Immer wieder gibt es Anlässe, die der Schriftsteller nutzt, um noch unausgesprochenen Absichten eine erste konkrete Form zu geben. Deutlich wird das in einem Brief an Günter Grass, den er im Januar 1994 schreibt: »Lieber Günter, im April in Aachen möchte ich dem Verband für das nächste Leitungsgremium einen Vorschlag machen, alle Kraft auf unseren »wichtigsten, weil schwierigsten Nachbarn« zu konzentrieren, auf Polen. Die geschichtliche Notwendigkeit liegt auf der Hand, auch unser Verband sollte sich erinnern, dass 1981 bis 1984 allerlei quer gelaufen ist. Begegnungen aller Art, Lesungen, Orientierung der Verlage, Hilfe durch Goethe-Institut und INTER NATIONES – alles, was unseres Amtes ist, sollten wir einsetzen. Vorreiter sollten fünf Literaten sein, die aus dem Gebiet des heutigen Polens stammen, Jurek Becker, Günter Grass, Siegfried Lenz, Marcel Reich-Ranicki und Christa Wolf.

Der jetzige Vorstand ist einverstanden, Friesel könnte jetzt schon bei den polnischen Verbänden (es gibt vier) vorfühlen. Der Nebeneffekt liegt auf der Hand: Wir bringen Schriftsteller aus beiden deutschen Teilen in eine gemeinsame Aktion. Wir bringen den Verband aus seinem Schatten heraus. Ausgetretene Kollegen können sich unbefangen nähern, ohne eintreten zu müssen. Wir ersetzen die jetzige Weinerlichkeit durch eine Aufgabe.

Zuerst schreibe ich an Dich, ohne Dich ginge das ganze schlecht, und ich möchte es auch nicht. Bist Du dabei? Möchtest Du jetzt schon etwas ergänzen? Stellst Du eine Bedingung? Wenn ich Deine Antwort habe, werde ich an die anderen schreiben. [...] Ich wäre glücklich, könnten wir in dieser Sache an einem Strang ziehen.« Die Antwort kommt prompt. Günter Grass empfindet die Wichtigkeit der Loestschen Bemühungen fast als eigenes Anliegen. Über Jahrzehnte hinweg ist er selbst, sofern ihm ein Visum erteilt wurde, nach Polen gereist, insbesondere nach Warschau und Gdańsk. Diese

Sprache transportiert Gedanken, über Grenzen hinweg

Reisen sind für Günter Grass Erkundungen im Vorfeld seiner Romane und Erzählungen, für die er teilweise an Ort und Stelle recherchiert. In seinem Antwortbrief berichtet er, vor einem Jahr in Warschau gewesen zu sein und dort auf Einladung des polnischen P.E.N. und eines der diversen Schriftstellerverbände in Polen diskutiert zu haben. Kurzum, er sagt zu, ab Frühjahr 1995 das Großprojekt mit polnischen und deutschen Schriftstellern zu unterstützen.

Nach den Gewittern

Am 28. April 1994 wird der 12. Kongress des Verbandes deutscher Schriftsteller unter dem Thema »Schreiben aus dem Labyrinth« in Aachen eingeläutet. Es ist der zweite gesamtdeutsche nach dem Kongress in Lübeck-Travemünde. Dort hatte man eine Geschichtskommission ins Leben gerufen, die die Problemfelder innerhalb des VS aufarbeiten soll. Noch immer löst die Nennung des VS-Kongresses in Saarbrücken (1984)

Diskussionen, Schuldzuweisungen und Meinungsverschiedenheiten aus. Noch immer wird mit diesen fundamentalen Auseinandersetzungen ein folgenreicheres Versagen des VS verbunden.

Wenn auch der Aachener Kongress von prominenten Kollegen wie Martin Walser, Carl Amery, Friedrich Dieckmann oder Gerhard Zwerenz besucht

Lebhafter Austausch kultureller Informationen

wird, übersehen Teilnehmer und Presse nicht, dass andere maßgebende Kollegen nicht anwesend sind.

Karl Otto Conrady, der über »Literatur in einer neuen deutschen Einheit« referiert, gibt ihr eine weitgefächerte Verantwortung: »Agent der Erinnerung« und »freie Instanz produktiven Prüfens«, »geistiger Raum der Selbstverständigung« und »Anwalt der Opfer und Beschädigten« solle, so der Kölner Germanist, die Literatur sein und also »den Boden bereiten helfen für die gemeinsame Zukunft in dem einen Land«. Erich Loest wird zum neuen VS-Vorsitzenden gewählt, damit ist der Blick geöffnet und weitet sich über den deutschen Tellerrand hinaus. »Im Streit um Polen hat unser Niedergang angefangen«, resümiert Erich Loest. »Bis dahin waren sich die Einzelgänger im Verband deutscher Schriftsteller einig: Sie standen der Sozialdemokratie nahe, betrachteten sich als Teil der Friedensbewegung und als Gewerkschaft sowieso.«

Allerorts wird das Loestsche »Polenprojekt« aufgegriffen. Dabei ist mit erstaunlichen Erscheinungen Bekanntheit zu machen, die Maßstäbe setzen im Literaturbetrieb. 1995 gründet sich die deutsch-polnische Euroregion »Pomerania«. Aus dem Transportieren von Gedanken mittels Sprache über Grenzen hinweg wird das Transportieren von Dichtern mittels Fahrzeugen. Schiffe mit polnischen und deutschen Dichtern befahren in verbindender Mission die Flüsse der deutsch-polnischen Grenze. Dieses Gemeinschaftsprojekt, an dem unter anderem die Neue Gesellschaft für Literatur, die deutsch-polnische Gesellschaft und der Verein für die Förderung der deutsch-polnischen Literatur beteiligt sind, wird aktiv von den Schriftstellerverbänden der beiden Länder begleitet. Verbandsmitglieder lesen in Wrocław mit polnischen und tschechischen Autoren. Zwei Jahre später schicken sie in Stettin mit der Eröffnungslesung am 4. September den »Poetendampfer« auf Reisen. Diesseits und jenseits der Oder und der Neiße hört der polnisch-deutsche Literaturmarathon nicht auf. Auch im eigenen Land tut sich vieles. Die erste polnische Autorin wird in Bonn durch SPD-Generalsekretär Verheugen und den polnischen Botschafter Reiter vorgestellt: Hanna Krall.

Fünfzig Lesungen im ersten Jahr waren das Ziel, es wurde leicht überboten. Schnell spüren deutsche Schriftsteller in West und Ost, dass sie zueinander finden, wenn sie eine gemeinsame Aufgabe bewältigen. Immer deutlicher taucht auch im Bewusstsein der Westdeutschen der neue Nachbar auf, von dem man bisher eher wenig wusste, dem die DDR vorgelagert gewesen war: Polen, »dieses große flache Land«, das für die Ostdeutschen schon immer eine mutige Vorreiterrolle gespielt hat, aber jetzt, im geeinten Deutschland ein Imageproblem besitzt. Es muss sich da-

mit auseinandersetzen, dass sein Bild aus zwei Extremen besteht: Zwischen den zauberhaften Gedichten der Nobelpreisträgerin Wislawa Szymborska oder eines Czesław Miłosz und den so oft hämisch genannten Autodiebereien liegt das weite Feld des Unbekannten. Teil des literarischen Plans ist deshalb auch Erich Loests Bestrebung, Begegnungsmöglichkeiten zum Austausch kultureller Informationen zu schaffen.

Kooperationen des VS mit politischen Organisationen und dem Goethe-Institut ermöglichen neue Pläne. Immer wieder sind Lesungen und Begegnungen mit polnischen Autoren gleichzeitig auch politische Foren. Die Bücher der älteren Schriftsteller beantworten Fragen nach Einzelschicksalen und geben oft gleichzeitig Auskunft über die polnische Geschichte der letzten 50 Jahre. Die polnische Literatur der 1990er Jahre steht allerdings nicht mehr als nationales Gewissen auf dem Sockel, sondern gestattet sich selbstbewusst auch eine Ich-Bezogenheit. Wer bin ich? Was will ich? Und was gibt es Besonderes in meinem Umfeld? Das sind die Fragen, die die jüngeren polnischen Autoren in ihrer Literatur bewegen und die sie vermitteln.

Parallel zu einer Fülle polnisch-deutscher Literaturveranstaltungen beginnt die Arbeit an der Anthologie »Nach den Gewittern«. Dieses Buch soll preiswert in zwei Ausgaben in den beiden Sprachen erscheinen, und Grundlage einer fortführenden Lesetournee mit etwa 50 weiteren Stationen sein, wobei die Originaltexte und ihre Übersetzung gelesen werden. Politiker wie Johannes

Rau, Norbert Blüm, Helmut Schmidt oder Kurt Biedenkopf präsentieren das Projekt in ihren jeweiligen Ländern. Am Ende seiner dreijährigen Amtszeit mahnt der Verbandsvorsitzende Erich Loest im Rahmen seiner Abschiedsrede auf dem Chemnitzer Kongress mit Bertolt Brecht: »Aber man wird nicht sagen: Die Zeiten waren finster./ Sondern: Warum haben/ ihre Dichter geschwiegen?«

»Sorgen wir«, so Erich Loest, »dass er uns nicht gemeint haben kann.«

Der neue Vorstand, so fordert Loest, solle sich auch weiterhin um Kulturpolitik aller Parteien bemühen, »Partei-politik« könnte jedoch »niemals Verbandspolitik« sein. Loests Mahnung bezieht sich auf jenen Resolutionsantrag zur kulturpolitischen Neuorientierung in Deutschland, den die Delegierten am Ende mit leichten Retuschen als »Chemnitzer Appell« verabschiedeten: (...) Unser Land braucht eine Neuorientierung, die kulturelle Kraft, wirtschaftliche Stärke und internationale Geltung mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Vorsorge verbindet. (...)

Regine Möbius ist Stellvertretende Bundesvorsitzende des Verbandes deutscher Schriftsteller und Vizepräsidentin des Deutschen Kulturrates

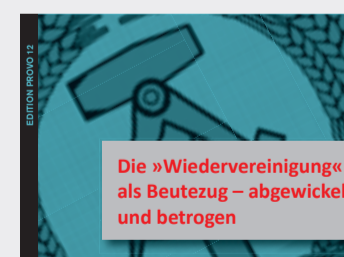
Im Internet kann unter www.kulturrat.de/dokumente/regine-moebius-schreiben-aus-dem-labyrinth.pdf eine Langversion des Textes nachgelesen werden, in der auf die Situation der Schriftstellerverbände Ost und West in den 1970er und 1980er Jahren eingegangen wird.

BÜCHER GEGEN DAS VERGESSEN UND ZUR KRITIK DER HERRSCHENDEN VERHÄLTNISSE.



SS- und Wehrmachtverbrechen ohne Folgen

G. Heinicke, C. Kohl und M. Westermann (Hrsg.) DAS MASSAKER VON SANT'ANNA DI STAZZEMA Mit den Erinnerungen von Enio Mancini 144 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, € 19 ISBN 978-3-944233-27-7



ANSCHLUSS DIE DEUTSCHE VEREINIGUNG UND DIE ZUKUNFT EUROPAS LAIKA VERLAG

Vladimiro Giacché ANSCHLUSS – Die deutsche Vereinigung und die Zukunft Europas 168 Seiten, € 22, ISBN 978-3-944233-26-0

Slavoj Žižek Fordern wir das Unmögliche

Slavoj Žižek FORDERN WIR DAS UNMÖGLICHE 152 Seiten, € 21, ISBN 978-3-944233-20-8

Bruno Bosteels Die Aktualität des Kommunismus

Plädoyer für eine neue Fragestellung

Bruno Bosteels DIE AKTUALITÄT DES KOMMUNISMUS Plädoyer für eine neue Fragestellung 200 Seiten, € 19,90, ISBN 978-3-942281-62-1

Alle Bücher sind erhältlich unter shop.laika-verlag.de oder im lokalen Buchhandel.

WWW.LAIKA-VERLAG.DE



Kein Faktor, sondern die Bilanz

Zur Definition des Kulturbegriffs der AfD (Alternative für Deutschland)

KONRAD ADAM

In seiner Lehrschrift über die Regeln des Gemeinschaftslebens, der »Politik«, erwähnt Aristoteles die schönen Künste nur beiläufig – mit Ausnahme der Musik. Ein Achtel des umfangreichen Buches ist ihr gewidmet, und nicht ganz zufällig steht dieses Achtel ganz am Ende. Es untersucht, erwägt und schildert, was der Staat tun muss, um die Bürger zur Tugend anzuhalten, die ihrerseits als die Fähigkeit bestimmt wird, ein glückliches Leben zu führen. Aristoteles denkt hier ähnlich wie Thomas Jefferson, der in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung neben der Freiheit und der Gleichheit den pursuit of happiness, den Verfolg des Glückes, als eines jener unabdingbaren Menschenrechte bezeichnet, die zu schützen und durchzusetzen Aufgabe des Staates ist.

Er unterscheidet sich von Jefferson im Urteil über die Bedeutung der Musik, die bei dem Amerikaner gar nicht vorkommt. In aller Ausführlichkeit behandelt Aristoteles die verschiedenen Tonarten und Harmonien unter dem ausschlaggebenden Gesichtspunkt, welche Musik zu welcher Ordnung des öffentlichen Lebens am besten passt. Anders als die darstellenden und die bildenden Künste spreche die Musik unmittelbar zur Seele; und weil dem Staat daran gelegen sei, die Menschen zu tüchtigen Bürgern heranzubilden, gehöre die Sorge um die richtige Musik zu seinen genuinen Aufgaben. Die Bürger, meint Aristoteles, sollten sich nicht nur freuen, sondern »auf die richtige Art und Weise freuen«. Und dazu sei die Pflege der Musik das richtige Mittel.

Das klingt uns antiquiert, wo nicht bedenklich in den Ohren. Es ist allerdings nicht allzu weit von dem entfernt, was Otto Schily zu bemerken pflegte, als er sich zur Erziehung äußerte. Schily berief sich auf seine Eigenschaft als das für Sicherheit im Inneren zuständige Kabinettsmitglied, um für mehr, vor allem aber für besseren Musikunterricht in den Schulen zu werben. Musik stimmt die Menschen freundlich oder rebellisch, lullt sie ein oder hetzt sie auf, und trägt auf diesem Wege, gewollt oder ungewollt, zum mehr oder weniger friedlichen Zusammenleben der Menschen bei. Generäle wissen das, wenn sie ihre Soldaten im Takt der Marschmusik in den Krieg ziehen lassen; und Therapeuten wissen das auch, wenn sie ihren sprachunfähigen Patienten ganz andere, besinnliche Musik vorspielen, um ihnen den Mund zu öffnen.

Wir sollten Schilys Rat beachten und versuchen, nicht nur der Musik, sondern den schönen Künsten insgesamt mehr Gewicht beizumessen. Schostakowitsch hatte ja nicht ganz Unrecht, als er, bei Stalin in Ungnade gefallen, die Ausreise

Anders als die Darstellende Kunst spricht die Musik direkt zur Seele

nach Amerika mit der Begründung ablehnte, er wolle dort bleiben, wo seine Kunst ernst genug genommen werde, um Einspruch, Verbot und Verfolgung auf sich zu ziehen. Diesen barbarischen Preis muss hierzulande niemand mehr bezahlen: Das Grundgesetz ist unangefochten, die Freiheit der Kunst steht außer Frage, eine Zensur findet nicht statt. Im Gegenteil, der Staat fördert. Und weil er fördert, sollte er auch nicht nur auf den Umfang der von ihm betrie-



Ein Künstler bei der Arbeit

benen Förderung achten, sondern auch darauf, was mit dem Geld geschieht und draus wird.

»Was macht die Kunst?« lässt Lesing seinen Prinzen den Maler Conti fragen, und der antwortet wahrheitsgemäß: »Prinz, die Kunst geht nach Brot.« Dass ihr dies Brot vom Staat gereicht wird, vom Bund, von Ländern und Gemeinden, hat in Deutschland eine beispiellos reiche Kulturlandschaft entstehen lassen. Nicht nur Zahl und Vielfalt, auch Rang und Anspruch von Theatern und Orchestern, von Museen und Einrichtungen der kulturellen Weiterbildung übertreffen bei weitem das, was anderswo üblich ist. Auch ohne dass der Begriff in der Verfassung auftaucht, ist Deutschland eine Kulturnation, soll und muss das auch bleiben, weil es neben der Hard Power, auf die Amerika so stolz ist, eben auch die Soft Power gibt; und es ist keineswegs ausgemacht, wer von den beiden Machthabern mehr bewirkt.

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist alles andere als das, was ihr in polemischer Absicht vorgehalten wird, sie ist keine Ein-Themen-Partei. Sie nimmt den Auftrag, der sich aus der spezifisch deutschen Kulturstaats-Tradition ergibt, ernst. Um die Bürger mit dieser Tradition so früh wie möglich vertraut zu machen, setzt sich die Partei für eine Ausweitung des Sprach-, Musik und Kunstunterrichts an allen Schulen ein. Gegenüber Kunst und Kultur, Bildung und Wissenschaft sieht sie die Politik in einer dienenden Funktion. So wie sie auf europäischer Ebene das Subsidiaritätsgebot verteidigt, bekennt sie sich im nationalen Rahmen zum Föderalismus-Prinzip. Kultur ist Ländersache und sollte das im Wesentlichen bleiben, denn Vielfalt und Provinz sind Wörter, die im kulturellen Leben einen guten Klang haben. International ist Deutschland vor allem als Musiknation präsent. Tatsächlich dürfte es

schwer fallen, irgendwo auf der Welt ein anspruchsvolles Konzert zu besuchen, auf dem die deutschen Namen nicht überwiegen. Auch deshalb ist es zu bedauern, dass der Musikunterricht an deutschen Schulen vernachlässigt wird; zu singen scheint geradezu verpönt zu sein. Hier sollte der Staat Einfluss nehmen, die Kompetenzen dazu hat er ja. Wenn junge Leute aus aller Herren Länder zum Musikstudium nach Deutschland kommen: Mit welchem Recht enthält der Staat den eigenen Schülern vor, was er Studenten aus aller Welt gewährt? Und die Musik ist hier doch nur ein Beispiel unter vielen. Kultur kommt insgesamt zu kurz, und nicht nur an der Schule.

Freilich ist der Kulturbegriff, gerade weil er so viel spontane Zustimmung genießt, diffus geworden. In einer sarkastischen Bilanz kommt Eckard Henscheid auf insgesamt 756 verschiedene »Kulturen«, wahrscheinlich unter Einschluss von Willkommens-, Unternehmens- und Möbelpacker-Kulturen; und es mag offenbleiben, ob der Deutsche Kulturrat gut beraten war, als er den Tätowierern, weil künstlerisch tätig, Schutz und Hilfe zuteilwerden ließ. Aus der bekannten Formel »Kultur ist, was in der Zeitung steht« spricht ja doch, neben der Ironie, auch eine ganze Menge Verlegenheit. Man weiß nicht mehr, was mit dem Wort gemeint ist.

Es ist dieselbe Art von Verlegenheit, die viele von uns gegenüber der Politik empfinden. Und die, wenn nicht alles täuscht, der Hauptgrund ist für die anhaltend geringe Wahlbeteiligung. »Ihr macht in der Politik, was ihr wollt. Wir machen auch, was wir wollen« bekommt Horst Seehofer zu hören, wenn er die Menschen »draußen im Lande«, wie sie in der verräterischen Sprache der politischen Klasse immer noch heißen, nach ihrer Meinung fragt. In dieser Hinsicht sitzen Kultur und Politik im selben Boot. Die Leute wissen nicht, wohin die Reise

geht; sie wissen nur, dass andere am Steuer sitzen und sie zwar zu bezahlen, aber nichts zu melden haben. Sie sind bloß Wähler, Passagiere, Konsumenten; als Kenner, Liebhaber oder Teilnehmer scheiden sie aus.

Natürlich gibt es da noch die Statistik, und die scheint eine andere Sprache zu sprechen. Sie berichtet von ausverkauften Festspielhäusern, endlosen Warteschlangen und heillos überbuch-

Der Kulturbetrieb hat dem Götzen der Moderne, der Ökonomie, opfern müssen

ten Events: all dem also, was unter dem Rubrum »Kultur als Wirtschaftsfaktor« abgehandelt wird. Es sind aber doch die Künstler selbst, die von derartigen Bilanzen nichts hören und nichts wissen wollen. Sie bestehen auf dem Eigenwert ihrer Tätigkeit und wehren sich dagegen, den Umsatz zum Maßstab für alles und jedes zu machen. Kultur ist nicht ein Faktor unter vielen in irgendeiner Bilanz, die von Ökonomen verwaltet und von Buchhaltern geprüft wird. Kultur ist die Sache selbst, kein Faktor, sondern der Saldo der Bilanz.

Nach Zahlen gerechnet, war Hilmar Hoffmanns Schlachtruf »Kultur für alle« überaus erfolgreich. Rückschauend darf man allerdings fragen, ob der Kulturbetrieb nicht an Gewicht genauso viel verloren wie an Umfang gewonnen hat. Wenn Kultur das ist, was in der Zeitung steht, und in der Zeitung das steht, was der Künstler selbst oder seine Kritiker für Kultur halten, dann gibt es nur noch zwei Instanzen, die in dieser Frage urteilsfähig sind. Das Publikum jedenfalls nicht; das besteht aus Laien und hat nicht viel

zu sagen. Es muss nachsprechen, was andere ihm vorgeschrieben haben, und das ist eben doch zu wenig. Denn letztlich ist es doch das Publikum, das der Künstler erreichen will und erreichen muss. Erreichen, wie gesagt, nicht nur herausfordern, verblüffen oder sonst wie provozieren.

Hans-Jürgen Syberberg, der große Unangepasste, hat einmal darüber geklagt, dass die Deutschen in der freiwilligen Selbstaufgabe ihrer schöpferischen Irrationalität »und vielleicht einzig hier« den Krieg verloren hätten. Das klingt wie vieles aus diesem Munde ziemlich verzweifelt und ziemlich radikal; falsch ist es aber nicht. Tatsächlich hat ja auch der Kulturbetrieb dem Götzen der Moderne, der Ökonomie, die alles in rote und schwarze Zahlen auflöst, opfern müssen; und wie den anderen, ursprünglich autonomen Lebensbereichen, dem Sport, der Medizin und der Wissenschaft, ist ihr dies Opfer schlecht bekommen. Wenn sie auf ihren Namen Anspruch machen will, muss die Kultur daran festhalten, dass sie um ihrer selbst geschaffen, gefördert und genossen wird. Nicht als Reklameträger, Lebensmittel, Wirtschaftsfaktor oder was weiß ich.

Konrad Adam ist Sprecher des Bundesvorstands der AfD

INFO

Wie arbeitet es sich eigentlich in der außerparlamentarischen Opposition? Diese Frage stellen wir seit der letzten Ausgabe jenen Parteien, die es nicht mehr oder vielleicht noch nicht (wieder) in den Bundestag geschafft haben. Den Anfang machte die FDP. In dieser Ausgabe ist die Alternative für Deutschland (AfD) an der Reihe.

Neue Kommissare! Neue Digitale Agenda?

Was bringt die Neubesetzung der EU-Kommission für die Kultur- und Medienpolitik?

JÜRGEN BURGGRAF

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat Ende September seine Vorstellungen zur Strukturierung und zum Personaltableau der neuen Europäischen Kommission vorgestellt. Konzept und Team müssen nun in den Befragungen des Europäischen Parlaments bestehen, um dann am 1. November 2014, so die Planung, in die Realität umgesetzt zu werden. Ist das nun der Versuch eines echten Neuanfangs oder alter Wein in neuen Schläuchen? Was ist insbesondere aus der Perspektive der Medien- bzw. audiovisuellen Politik zu erwarten bzw. bereits in Ansätzen zu erkennen?

Zunächst einmal ist zu beobachten, dass Kommissionspräsident Juncker (sich) konzentrieren und fokussieren will. Er definiert sechs bzw. sieben Schlüsselpolitiken und -ressorts, deren Inhaber alle im Range eines Vizepräsidenten der Europäischen Union fungieren sollen. Unter und mit ihnen sollen dann alle anderen Kommissare an den Schlüsselthemen ausgerichtet und in jeweils durch sachliche und politische Notwendigkeiten definierten Kontexten variabel zusammenarbeiten. Das lässt auf den ersten Blick zwei Vermutungen bzw. Erwartungen zu:

Erstens: Die Europäische Union soll sich unter Anleitung der Europäischen Kommission schwerpunktmäßig mit den Themen beschäftigen, die das Leben der Menschen und Gesellschaften in der EU unmittelbar tangieren und bei denen die Union tatsächlich einen signifikanten Beitrag zur Verbesserung der Lebenslagen beitragen kann und muss, also: Wachstum, Arbeitsplätze, Währung, Investitionen, Finanzmarktregulierung, internationale Wettbewerbsfähigkeit, Energiesicherheit, (digitaler) Binnenmarkt etc. Das lässt erwarten, dass Juncker zugleich beabsichtigt, die Europäische Kommission aus Arealen herauszuhalten oder jedenfalls weniger zu engagieren, die nicht in die Schlüsselbereiche fallen und zugleich auch gut oder ggf. sogar besser von den Mitgliedstaaten selbst traktiert werden können. Das sicherzustellen, dürfte eine wichtige Aufgabe des neuen Ersten Vizepräsidenten, Frans

Timmermans, sein, der u. a. für »Better Regulation« zuständig sein soll.

Zweitens: Das neue organisatorische Konzept von »übergeordneten« und steuernden Vizepräsidenten und variabel kooperierenden »beigeordneten« einfachen Kommissaren kann der Beginn einer neuartig dynamisch agierenden Europäischen Kommission sein, aber auch die Basis für sich gegenseitiges Blockieren. Viel wird abhängen vom Führungsgeschick Junckers und seiner Vizepräsidenten, aber auch der Kooperationsbereitschaft der »einfachen« Kommissionsmitglieder.

Europäische audiovisuelle Politik soll künftig nahezu ausschließlich in dem Themen-Cluster stattfinden, das unter der Bezeichnung »digitaler Binnenmarkt« firmiert und von dem liberalen künftigen Vizepräsidenten Andrus Ansip aus Estland verantwortet werden soll. In dem Mission Letter, den Jean-Claude Juncker ihm ebenso wie auch allen anderen anlässlich ihrer Nominierung zukommen ließ, werden folgende Kernaufgaben für die Fortentwicklung des digitalen Binnenmarkts benannt: »Einreißen der nationalen Silos in der Regulierung der Telekom-Märkte, im Urheberrecht und im Datenschutz ebenso wie in der Verwaltung von Funkfrequenzen«, »Schaffung eines »level playing field« für digitale bzw. online angebotene Güter und Dienste« und »Förderung der kreativen Industrien«, um den europäischen Kultur- und audiovisuellen Industrien zu helfen sich dem digitalen Wandel zu stellen und im »vernetzten digitalen Binnenmarkt erfolgreich zu sein«. Maßgeblicher »einfacher« Kommissar neben Vizepräsident Ansip soll mit dem Portfolio »Digitale Wirtschaft und Gesellschaft« der Christdemokrat Günther Oettinger, bisher EU-Energiekommissar und vormaliger baden-württembergischer Ministerpräsident sowie Vorsitzender der CDU-Medienkommission, werden. Unter seinem Portfolio soll er künftig die bisherige Generaldirektion CNECT (Communications Networks, Content and Technology), die bisher Vizepräsidentin Neelie Kroes unterstand, mit den medienbezogenen Bereichen der bisherigen Generaldirektion EAC (Education & Culture), so Creative Europe Programme – Media, sowie den Abteilungen für Urheberrecht und Bekämpfung der Piraterie aus der noch existierenden Generaldirektion Binnenmarkt zusammenführen. In seinem Mission Letter sieht Jean-Claude Juncker u. a. – die Anforderungen an Andrus Ansip wiederholend und zugleich über sie hinausgehend – folgende Aufgaben für Günther Oettinger vor:

- Reform des Urheberrechts, sodass die Verbraucher in der EU unabhängig von Grenzen in der EU Zugang zu Diensten, Musik, Filmen und Sportereignissen im EU-Binnenmarkt erhalten;
- Schaffung des vernetzten digitalen Binnenmarkts: binnen sechs Monaten nach Amtsantritt Vorlage ambitionierter Regulierungsvorschläge in den Bereichen Telekommunikation, Urheberrecht und harmonisierte Frequenzverwaltung;
- Förderung hochwertiger digitaler Netzwerke;
- Fortentwicklung der europäischen Kreativindustrien, insbesondere der Medien- und Content-Industrien;
- Unterstützung von Informations-, Medien- und Meinungsfreiheit, von Medienpluralismus und kultureller Vielfalt durch geeignete Initiativen.

Was heißt das nun aus der Sicht der Medien, des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und somit auch der ARD? Zunächst fällt auf, dass Kommissionspräsident Juncker beim Portfolio »Digitale Wirtschaft und Gesellschaft« recht konkrete, ambitionierte und auch kurzfristig angesetzte wirtschaftspolitische Zielvorstellungen hat. Das ist angesichts der Herausforderungen an die EU, mit denen er sich und die neue Kommission konfrontiert sieht, nachvollziehbar und auch nicht wirklich zu beanstanden. Die Beschreibung politischer Ansätze hinsichtlich der »digitalen Gesellschaft« bleibt – zumindest vorerst – noch aus oder ist jedenfalls nur sehr rudimentär entwickelt. Man würde sich insofern wünschen, dass die künftig zuständigen Kommissare hier zeitnah nachbessern und ihre diesbezüglichen Ideen präsentieren. Erste Gelegenheit dazu hatten Günther Oettinger am 29. September und Andrus Ansip am 6. Oktober im Rahmen ihrer jeweiligen parlamentarischen Anhörungen. Es stellen sich bspw. folgende Fragen: Wie sollen sich Demokratie und gesellschaftliche

Europäische audiovisuelle Politik soll sich zukünftig nur mit dem »digitalen Binnenmarkt« beschäftigen

Teilhabe unter Maßgabe digitaler Technologie und Kommunikation entwickeln? Was macht den digitalen politischen Diskurs aus? Braucht es, auch angesichts von NSA-Skandal und des Datensammelns global agierender IT-Unternehmen, digitale Grundrechte? Welche Bedeutung kommt den Inhalten von Diensten, insbesondere auch audiovisuellen Diensten, in digitaler Gesellschaft und Wirtschaft zu? Welchen Beitrag leisten sie nicht nur bei der Entwicklung lukrativer Geschäftsmodelle, sondern insbesondere auch für Informations- und Meinungsfreiheit, Medienpluralismus sowie mediale und kulturelle Vielfalt? Wie muss mit diesen Zielen das Urheberrecht reformiert werden, um nicht nur grenzüberschreitende Geschäftsmodelle im Binnenmarkt zu fördern, sondern auch vereinfachte Rechtklärungssysteme für die digital-konvergente Medienwelt? Unterstellt man einmal, dass mit digitalen Technologien gerade auch der gesellschaftlichen Fragmentierung Vor-schub geleistet werden kann, etwa mittels proprietärer Zugangssysteme: Wie sichert man für eine demokratische und partizipative digitale Gesellschaft freien Zugang zu gesellschaftlich relevanten medialen Inhalten? Wie regulieren wir künftig Auffindbarkeit? Welche Bedeutung kommt der Netzneutralität in dieser Hinsicht künftig zu? Wie gewährleistet Günther Oettinger, dass sein Portfolio und seine Arbeit nicht dem Primat der Ökonomie gehorchen? Wie fördert er künftig den wirtschaftlichen Wert von Netzen, Plattformen und Diensten, auch audiovisuellen Diensten, ohne deren fundamental gesellschaftliche Rolle und Bedeutung zu unterschätzen und unzureichend zu berücksichtigen? Wie wird verhindert, dass diese audiovisuellen Dienste vor allem als Mittel wirtschaftlicher Tätigkeit und Wertsteigerung gesehen und im Kontext der übergeordneten wirtschaftspolitischen Ziele der neuen Europäischen Kommission instrumentalisiert werden? Was heißt das für TTIP und TiSA? Welchen digitalen europäischen Kultur- und Gesellschaftsraum stellen sich die künftigen Kommissare Ansip und Oettinger neben und gleichermaßen verboben mit dem digitalen Binnenmarkt vor?

Die Beantwortung u. a. dieser Fragen könnte zu einer Rejustierung, ja teils Neuformulierung der bisherigen Digitalen Agenda der EU führen. Das wäre zu begrüßen. Es könnte, unter dem Druck der wirtschaftlichen und fiskalischen Krise in Teilen der EU, aber auch anders kommen. On verra.

Jürgen Burggraf ist Leiter des ARD-Verbindungsbüros in Brüssel



Anhörung von Tibor Navracscics im Europäischen Parlament

In 80 Panels um die Welt

Der Weltkongress der Kulturpolitikforschung (ICCPR) fand 2014 in Hildesheim statt

PETER GRABOWSKI

Zum ersten Mal fand der Weltkongress der Kulturpolitikforschung in Deutschland statt. Fast 500 Teilnehmer aus 70 Staaten kamen in Hildesheim zusammen, um aktuelle Trends und langfristige Tendenzen zu diskutieren. Schwerpunkt der dreitägigen Konferenz am Sitz des UNESCO-Lehrstuhls für Kulturpolitik war die Rolle von »Kultur in Konflikten«.

»Es wird noch lange dauern«, sagte Rana Yazaji am Ende ihres Vortrages, »aber wenn es soweit ist, müssen wir vorbereitet sein«. Die syrische Soziologin erforscht, wie gesellschaftliche Krisen und staatliche Instabilität die

Welche Rolle spielt die Kultur in Konflikten?

Bedingungen und Anforderungen der Kulturpolitik beeinflussen. Daraus ist eine Art kulturpolitischer Bedürfnispyramide entstanden, deren Stufen sich durch die unterschiedlichen Grade individueller Sicherheit und staatlich geschützter Infrastruktur unterscheiden – ganz unabhängig von der Art der Finanzierung von Kunst und Kultur. Die Wissenschaftlerin aus Damaskus betreibt ihre Arbeit gerade von Ägypten und Tunesien aus; ihre Heimat ist zurzeit kein guter Ort, um sich für eine starke Zivilgesellschaft einzusetzen.

Das tut Rana Yazaji aber auch weiterhin, unter anderem in der Nichtregierungsorganisation Al Mawred Al Thaqafi. Das Kulturinstitut mit Sitz in Kairo ist nicht nur eine Forschungseinrichtung, sondern auch Netzwerkknoten, Veranstalter und Förderer kultureller Aktivitäten im gesamten arabischen Raum. Die Leiterin Basma El Hussein betonte in einer emotionalen Keynote zur Eröffnung des Hildesheimer Kongresses die weiterhin schwierige Situation in der gesamten Region. Al Mawred gehört zu den Initiatoren der »Arab Cultural Policy Group«, in der Politiker, Wissenschaftler und Kulturschaffende sich darum bemühen, Kulturpolitik in den islamisch geprägten Staaten zwischen Mauretanien und der Golfregion zu etablieren. Dazu gehört auch die Bildung und Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen; jenseits religiöser Bünde existiert sie dort bislang kaum als gesellschaftlicher Faktor, wie Teilnehmer aus Algerien, Tunesien, Ägypten oder eben Syrien beinahe wortgleich berichteten. Exemplarisch für die enorme Spannweite bei diesem Weltkongress



Impressionen der Eröffnung des Weltkongresses der Kulturpolitikforschung

der Kulturpolitikforschung war der unmittelbar anschließende Vortrag. Ulrike Blumenreich von der Kulturpolitischen Gesellschaft mit Sitz in Bonn fasste die kulturelle Landschaft in Deutschland zusammen und erntete beim Blick auf Fördermittel, Institutionen und Vielfalt der Akteure regelrechtes Staunen des Auditoriums. Noch interessanter waren die Statements im Anschluss: Viele Tagungsteilnehmer – gerade aus den im Fokus stehenden Krisenländern – machten deutlich, die deutsche Situation nicht etwa als unerreichbare Utopie ohne Bezug zu den Realitäten in ihren Heimatländern zu sehen. Vielmehr sei

Kultur in Deutschland ist ein motivierendes Beispiel

sie motivierendes Beispiel, was in einer starken Bürgergesellschaft mit intakten staatlichen Strukturen alles möglich sei. Eine Sichtweise, die hiesige Diskurse um das vermeintlich permanente Mangelmanagement erfrischend konterkarierte.

Die Themenpalette des ICCPR 2014 reichte von besagter »Kultur in Konflikten« über Fragen bürgerschaftlicher Aktivierung in Dänemark oder kreativwirtschaftlicher Förderung in Ghana und Burkina Faso bis zum »Mythos Partizipation« in Großbritannien oder der jüngeren staatlichen Kulturpolitik an den Beispielen USA, China und Brasilien. Nicht alle der gut 150 vorgestellten Forschungsprojekte machten immer den Eindruck, wirklich fundament-

orientierten Ansätzen und Methoden zu folgen. Vor allem Arbeiten teils renommierter europäischer Institutionen fielen mit unpräzisen Fragestellungen und inkonsistenten Datenanalysen auf. Insgesamt aber zeigte sich eine höchst lebendige Szene kulturpolitischer Forschung, mit einem übrigens hohen Anteil von Topwissenschaftlerinnen. Im Internetangebot des Instituts für Kulturpolitik der Uni Hildesheim finden sich vertiefende Informationen zu

einzelnen Arbeiten und ganzen Themenkreisen. Eine wirklich spannende Lektüre – gerade für Kulturpolitikerinnen und -politiker, die man auf dem Kongress von wenigen Ausnahmen abgesehen leider vergebens suchte.

Peter Grabowski ist kulturpolitischer Reporter im öffentlichen-rechtlichen Rundfunk, im eigenen Blog und als Moderator von Panels und Podien

Alterszorn

Aufstand ist angesagt!

EIN KOMMENTAR VON HANSGÜNTHER HEYME

Ganz Ungeheuerliches ereignet sich vor unserer Haustür, in Europa, in Ungarn.

Ganz wie in Putins Russland grassieren in Orbáns Ungarnland schwarze Listen, alles was links ist, was homosexuell ist, was jüdisch ist im Kunst-, im Kulturbetrieb, wird auf die Straße gesetzt, fliegt raus. Handelt es sich um sogenannte Freie Künstler, werden die Mittel derart reduziert, dass ein »Aus« die beabsichtigte Folge ist. Auch über die geschürte Pogromstimmung gegen die ungarischen Sinti und Roma, die längst zu den brutalsten Übergriffen geführt hat, wäre zu handeln – europaweit!

All dies läuft seit Jahr und Tag, seit die Fidecz-Partei des Viktor Orbán an die Macht gewählt worden ist. Die Linke war und ist zerstritten, ein klägliches Häuflein reibt sich auf, mehr und mehr. Der Präsident hat es durch schmutzige Reformen geschafft, dass es auf absehbare Zeit kein Ende der Fidecz-Herrschaft geben kann. Die TV-Sender, die Zeitungen weitgehend, das Theater ganz radikal, sind gesäubert von der kritischen Intelligenz. Regierungstreuer,

nationalistischer Quark beherrscht das Land. Viele Ungarn haben das Land verlassen. Eine ganze Generation. Europaweit anerkannte Theaterleute wie Árpád Schilling, Victor Bodó, Kornél Mundruczó, Béla Pintér verharren noch im Lande – ohne Arbeit.

Und nun holt unser aller Europapräsident Jean-Claude Juncker einen der brutalsten Fidecz-Säuberer als Kunst- und Kulturbeauftragten in seine Regierungsrige. Was muss denn noch in Ungarn geschehen, dass unser aller Kanzlerin mal nicht freudestrahlend den Kollegen Orbán in die Arme schließt? Ungarn hat in bitteren Friedensschlüssen nach dem ersten Weltkrieg große Teile seines Gebietes, vor allem in Rumänien, verloren. Wie die Nazis nach dem Ersten Weltkrieg platzt nun, nach der Wende, alles reaktionär-nationalistische Gedanken- und Gefühlsgut wie ein sehr lange schwelendes Geschwür auf. Wir Deutsche kennen das, sollten das kennen, sollten darum wissen, wohin das führt. Wir sollten als erste ganz ungeheuerlichen Krawall machen: Was soll das? In einem Europa, das gerade durch den einmaligen Mut der Ungarn zur »Wiedervereinigung Deutschlands«, zur Erweiterung des »freien« Kontinents geführt hat.

Nun fragt man sich, was muss geschehen, wenn man oft in den eisernen Denkmalschuhen am Donauufer – dorten, wo Juden aus ihren Schuhen rausgeschossen wurden und in der Donau abwärts trieben – Schweinefüße findet, wenn Sinti und Roma gelyncht werden, wenn jede kritische Intelligenz getilgt ist. Wir verführen mehr und mehr Länder, sich der Eurozone anzuschließen und dulden und hätscheln ein faschistoides Regime in einem Kernland Europas. Gewichtiges, oft grandioses Sprechtheater, Tanztheater wurde ruiniert, große Schreiber, große Dichter leben im Exil, viele in Berlin – und der Exodus geht weiter.

Dem vor einer Spielzeit unter Róbert Alföldi so blühenden Nationaltheater (trotz seiner Verbannung aus dem Zentrum der Stadt und seiner Errichtung in einem widerlichen Zuckerbäckerbarock) wurde eine neue Leitung verpasst. In den vergangenen Spielzeiten gelang es Alföldi, grandioses Theater zu machen, allen Etatkürzungen zum Trotz. Nun ist Alföldi gefeuert und ein reaktionärer Attila Vidnyánsky hat das Regiment übernommen. Aufstand ist angesagt. Europaweit!

Hansgünther Heyme ist Regisseur und Intendant des Pfalztheaters Ludwigshafen

Arbeitsmarkt Kultur
Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Kulturberufen

Die Studie gliedert sich in vier Teile. Nach einer Einführung wird im ersten Teil eine Bestandsaufnahme zum Arbeitsmarkt Kultur vorgenommen. Dabei wird sowohl auf die Ausbildung für diesen Arbeitsmarkt, die Arbeitgeber, die abhängige Beschäftigung wie auch die Selbständigen eingegangen. Im weiteren Teil wird eine explorative Analyse des sozio-ökonomischen Panels zum Arbeitsmarkt Kultur vorgenommen. Danach werden Daten der Künstlersozialversicherung dezidiert ausgewertet. Im letzten Teil erfolgt eine Zusammenschau der Untersuchung.

Jetzt bestellen: www.kulturrat.de/shop.php

Gabriele Schulz, Olaf Zimmermann, Rainer Hufnagel

ISBN: 978-3-934868-30-4
336 Seiten · 17,80 Euro
Auch im Buchhandel erhältlich.

»Schön, dass ihr da seid!«

Die zweite Denkschrift des Rates für kulturelle Bildung

MAX FUCHS

Zusammen mit kultureller Bildung erlebt in den letzten Jahren der Begriff der Teilhabe eine besondere Konjunktur. Beide Entwicklungen lassen sich durchaus mit einem »endlich« kommentieren. Allerdings muss man sich bei der Frage nach Teilhabe fragen, warum dies erst jetzt geschieht. Denn spätestens mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte im Jahr 1948 ist Teilhabe eines der am höchsten abgesicherten politischen Ziele. Dies gilt für politische Teilhabe. Es gilt zudem für soziale und ökonomische Teilhabe (»Wohlstand für alle«). Es gilt natürlich auch für eine Teilhabe an Bildung und Kultur. Es handelt sich hierbei um zentrale Versprechungen der Moderne

Eine besondere Relevanz erhalten alle Teilhabebereiche dadurch, dass wir es in der Praxis mit einem erheblichen Defizit in ihrer Umsetzung zu tun haben. Weder ist die 350 Jahre alte Forderung »Bildung für alle« (Comenius) noch die Leitidee »Kultur für alle« (H. Hoffmann) aus den 1970er Jahren erfüllt worden. Dabei muss man berücksichtigen, dass politische, ökonomische, soziale und kulturelle Teilhabe aufs engste zusammen gehören.

Mit kultureller Bildung hat dieser Zusammenhang gleich mehrfach zu tun: Mit Bildung und Kultur sind gleich zwei Problembereiche der Teilhabe angesprochen. Zudem sind »Kultur« und insbesondere »Kunst« geradezu Kampffelder der Unterscheidung, in denen sich der angesprochene Zusammenhang von politischer, ökonomischer und kultureller Teilhabe deutlich zeigt.

All dies wird seit vielen Jahren mit großer Vehemenz sowohl in der Trägerlandschaft der kulturellen Bildung als auch in der Politik diskutiert, sodass die jetzige Thematisierung durch den Rat für kulturelle Bildung einsichtig und verdientvoll ist. Die Studie fasst dabei in einem weiten Horizont Überlegungen und Befunde rund um das Thema Teilhabe zusammen. In einem theoretischen ersten Teil werden die individuellen und die strukturellen Dimensionen von Teilhabe erfasst. Gesellschaftlicher Wandel, Diversität, Selektion werden u. a. angesprochen und in Beziehung zu rechtlichen Regelungen und politischen Visionen – eben: Kultur für alle – gesetzt. Im zweiten Teil werden einzelne Felder der kulturellen Bildung – zum Beispiel Elementarbereich und

Konzept der Grundversorgung als normative Leitlinie

Schule – ebenso wie aktuelle politische Initiativen, z.B. Teilhabepaket, Jeki oder »Kultur macht stark«, kritisch analysiert, wobei das Konzept der Grundversorgung, das vor einigen Jahren in die kulturpolitische Debatte eingebracht und kontrovers diskutiert wurde, als normative Leitlinie benutzt wird. Im abschließenden Teil werden auf der Basis dieser Analysen zehn Empfehlungen formuliert. Diese Empfehlungen liegen im Wesentlichen auf der Ebene dessen, was in der Praxis der kulturellen Bildung seit Jahren immer wieder gefordert wird, unter anderem kulturelle Bildung in Kitas verstärken, Teilhabe als Teil des Qualitätsdiskurses verstehen, Chancen

des Ganztags nutzen. Dass sich zudem der Aus- und Fortbildungsbereich entsprechend ändern und Teilhabe nicht bloß bei der Nutzung von Angeboten, sondern bereits bei ihrer Planung und der Strukturierung von entsprechenden Programmen praktiziert werden muss, ist eine wichtige und mutige Forderung.

In all diesen hier nur cursorisch angesprochenen Aspekten ist die Studie eine sehr gute und stets auch gut lesbare Darstellung von Theorie, Politik und Empirie. Zudem wird sie angereichert mit Ergebnissen einer ersten Auftragsarbeit, die sich mit dem Thema Qualität befasst, das geradezu als roter Faden des gesamten Textes verstanden werden kann. Es lohnt sich also in jedem Fall, sich mit dieser Arbeit – durchaus auch kritisch – auseinanderzusetzen.

Ein erster und zugleich wichtiger Aspekt ist das Verständnis von kultureller Bildung. Diese wird als Allgemeinbildung in den Künsten und durch die Künste verstanden (S. 8). Damit wird eine Einengung vorgenommen, die weite – und gerade im Hinblick auf Teilhabe besonders wichtige – Praxisfelder kultureller Bildung ausschließt, zum Beispiel Zirkus- und Spielpädagogik, weite Teile der Museumspädagogik, Medienpädagogik, Kindermuseen. Dies wird zudem durch die – in der Kunsttheorie durchaus umstrittene – Rede von einem »Werk« noch verschärft. Auch die Zusammenstellung von Qualitätsmerkmalen (S. 44/45) ist verdientvoll. Sie ist ein Extrakt aus unterschiedlichen

Politische, soziale, ökonomische und kulturelle Teilhabe hängen eng zusammen

Kunsttheorien, wobei unklar bleibt, ob alle oder nur ein Teil davon in der kulturellen Bildungsarbeit zu finden sein müssen und wie mit Spannungen und Widersprüchen zwischen einzelnen Dimensionen umgegangen werden soll, zum Beispiel das Prinzip der Leiblichkeit im Bereich der Literatur; die Dimension bewusster Wahlentscheidungen auf der einen Seite und das Prinzip der Emanenz, dem Verstörenden eines plötzlichen und eben nicht geplanten Kunsterlebnisses, auf der anderen Seite. Es wird nicht auf die These in der aktuellen Kulturpädagogik eingegangen, dass die professionelle Kunst gerade nicht das wichtigste Referenzsystem kultureller Bildungsarbeit sein kann. Denn Kunst oder »die Künste« – ein offenbar für selbstverständlich gehalten und daher nicht geklärt zentraler Grundbegriff der Studie – ist auch ein professionelles Feld spezifisch ausgebildeter Menschen mit besonderen, oft prekären Existenz- und Arbeitsbedingungen – zum Beispiel Selbstausbeutung. Gerade die normative Setzung von Qualitätskriterien, die entscheidend für eine Förderung sein können, bringt die Verpflichtung zu einer sorgsam begründeten mit sich, so wie sie in der ersten Publikation des Rates gefordert wurde. Eine solche unterbleibt hier.

Nimmt man also die konzeptionelle Ausrichtung der Studie ernst, so ist sie eher ein Text eines Rates für künstlerische Bildung, was natürlich ein legitimes Verständnis für einen Teilbereich kultureller Bildung ist. Doch muss dies – bei allen Verdiensten – bei der Rezeption des Textes berücksichtigt werden.

Max Fuchs ist Erziehungswissenschaftler. Er war von März 2001 bis März 2013 Präsident des Deutschen Kulturrates

Immaterielles Kulturerbe

Welche deutschen Nominierten sind die ersten?

GERALD MERTENS

Ab November 2014 wird es spannend: Wie lautet die deutsche Vorentscheidung für die ersten zwei Anmeldungen zum Immateriellen Kulturerbe an die UNESCO-Zentrale in Paris?

Erst seit 2013 – und damit sehr viel später als zahlreiche andere Länder – ist Deutschland Vertragsstaat des UNESCO-Übereinkommens zum immateriellen Kulturerbe. Das Übereinkommen fördert und erhält in allen

Die Diskussion schärft das Bewusstsein für Tradition und Bräuche in Deutschland

Weltregionen überliefertes Wissen, Können und Alltagskulturen. Das bundesweite Verzeichnis ist ein Beitrag zur Umsetzung des Übereinkommens in Deutschland. Nominierungen für die internationalen Listen des immateriellen Kulturerbes können frühestens 2015 nach dem deutschen Auswahlverfahren bei der UNESCO in Paris eingereicht werden.

»Mit dem bundesweiten Verzeichnis gibt es erstmals eine Wertschätzung des immateriellen Kulturerbes in Deutschland. Die Bewerbungen zeigen, wie breit gefächert die Ausdrucksformen bei uns sind«, meint Christoph Wulf, Vizepräsident der Deutschen UNESCO-Kommission und Vorsitzender des Expertenkomitees Immaterielles Kulturerbe. Wissen und Können werde seit Jahrhunderten von Generation zu Generation weitergegeben. »Veränderung gehört zu diesen Kulturformen. Gelebte Traditionen sollen erhalten, fortgeführt und weiterentwickelt werden«, so Wulf.

Eine Vorauswahl aus insgesamt 128 Bewerbungen von Verbänden, Vereinen und Einzelpersonen haben die Bundesländer getroffen. Danach standen für das bundesweite Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes 83

Vorschläge in der engeren Wahl. Darunter sind alle Bereiche, die in dem UNESCO-Übereinkommen zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes genannt werden: 29 Bräuche, Rituale und Feste, 19 darstellende Künste, 19 Handwerkstraditionen und 13 Formen des Wissens im Umgang mit der Natur und dem Universum. Drei Vorschläge sind mündliche Erzähltraditionen.

Anwärter sind unter anderem die Sage »Der Rattenfänger von Hameln«, der Musikinstrumentenbau im Vogtland oder der Segelflug auf der Wasserkuppe. Der Vorschlag des Deutschen Bühnensvereins, die deutscher Orchester- und Theaterlandschaft aufzunehmen, vor allem unter dem Aspekt des Ensembletheaters (Stadttheater), und der Vorschlag des Deutschen Musikrats, die deutsche Orchesterlandschaft (Orchesterklang und -tradition) zu schützen, werden inzwischen zusammengefasst behandelt.

Das Expertenkomitee Immaterielles Kulturerbe der Deutschen UNESCO-Kommission (DUK) begutachtete von Juni bis Oktober 2014 die Vorschläge und gibt Empfehlungen für das bundesweite Verzeichnis. Die Anzahl der Aufnahmen in das bundesweite Verzeichnis ist nicht beschränkt. Nach Bestätigung durch die staatlichen Stellen sollen voraussichtlich im Dezember die ersten Einträge vorgestellt werden. Am Ende der letzten Auswahlrunde stehen je zwei Vorschläge pro Bundesland, also insgesamt 32. Hinzu kommen zwei weitere, länderübergreifende Vorschläge. Aus diesen 34 Vorschlägen schließlich erfolgt die Auswahl und offizielle Anmeldung von zunächst zwei Vorschlägen für die Eintragung in das internationale UNESCO-Verzeichnis.

Das ist ein langes und aufwändiges Verfahren. Was bringt es am Ende? Diejenigen zwei »siegreichen« Vorschläge, die es als erste in das internationale Verzeichnis schaffen, erzielen damit gewiss eine große Aufmerksamkeit. Diese wird auch international wahrgenommen werden; hat man sich doch in Fachkreisen immer wieder gewundert, warum ausgerechnet Deutschland als ausgesprochenes »Kulturland« so lange mit der Unterzeichnung dieser in-

ternationalen Übereinkunft gewartet hatte. Ein hohes Renommee für die ersten beiden »Sieger« ist also garantiert. Was aber geschieht mit den Vorschlägen aus der Vorauswahl, die es nicht im ersten Anlauf auf die internationale Liste schaffen? Nun, sie stehen jedenfalls auf der nationalen Liste. Auch das ist immerhin schon ein wichtiges Signal. Es gibt also eigentlich keine »Sieger« und »Verlierer«, sondern nur unterschiedlich platzierte Gewinner.

Wer sich auf der nationalen Liste wiederfindet, ragt damit aus den ursprünglich 128 Vorschlägen heraus. Bereits dadurch ist eine Anerkennung und Wertschätzung im Sinne der UNESCO-Konvention verbunden. Um die öffentliche Wahrnehmung zu stärken kommt es dann darauf an, was die Beteiligten aus diesem Status machen. Die Deutsche UNESCO-Kommission ist ebenso wie die Verbände, Bundesländer und Kommunen gut beraten, wenn auch die Eintragungen der Vorschläge auf der nationalen Liste angemessen hervorgehoben, beworben und gewürdigt werden. Ähnlich wie bei vielen UNESCO-Welterbestätten durch die Anerkennung ein Marketing- und Tourismusfaktor generiert wurde, scheint dies auch beim immateriellen Kulturerbe durchaus eine mögliche und wünschenswerte Option.

Ein weiterer Punkt kann als sicher gelten: Die durch das erstmalig in Deutschland mögliche Antragsverfahren in Gang gesetzte Debatte, was denn eigentlich ein erhaltens- und schützenswertes immaterielles Kulturerbe ist, kommt allen zugute. Sie hat schon jetzt ein breiteres Bewusstsein dafür geschaffen, was uns kulturelle Bräuche und Traditionen auch in Deutschland wert sein müssen. Und diese Debatte wird weitergehen, denn: Nach dem Antragsverfahren ist vor dem Antragsverfahren. Die nächste Runde kommt bestimmt. Dann können alle Vorschläge, die es im ersten Anlauf nicht nach Paris geschafft haben, erneut antreten.

Gerald Mertens ist Geschäftsführer der Deutschen Orchestervereinigung



Frevo, eine Kombination aus Musik und Tanz des »Karneval von Recife« wurde 2012 von der UNESCO zum Immateriellen Kulturerbe der Menschheit ernannt

Von der Wartburg in die Moderne

Zur weltgeschichtlichen Bedeutung der Reformation

PETER TAUBER

Fünfhundert Jahre Reformation sind ein guter Anlass, daran zu erinnern, was das Wirken Martin Luthers bedeutet. Die Reformation ist von epochaler religionshistorischer Bedeutung. Aber sie hatte auch Auswirkungen weit über die Sphäre des Religiösen hinaus. Die Reformation ist von weltgeschichtlicher Bedeutung. Und sie war eine Zeitwende.

Die Beschäftigung mit Martin Luther war daher für mich als Protestant nicht nur aus theologischen Gründen naheliegend. Seine Übersetzung der Bibel, seine Darstellung als zugleich lebensbejahenden und prinzipienfesten Mann hat mich begeistert. Ebenso faszinierte mich als historisch interessierter Mensch die prägende Persönlichkeit Martin Luthers für die Entwicklung unserer Nation.

Die Reformation hat einen nicht unerheblichen Anteil an der deutschen Nationenbildung

Insofern habe ich meine Besuche in Mitteldeutschland immer wieder genutzt, auf Luthers Spuren zu wandeln. Mehrfach war ich auf der Wartburg, das erste Mal bereits als Schüler noch zu Zeiten der DDR. Es gibt vermutlich kein einzelnes Ereignis, dass das Wirken Luthers in der Öffentlichkeit stärker symbolisiert als der Anschlag seiner 95 Thesen an die Tür der Schlosskirche zu Wittenberg am 31. Oktober 1517. Wenigstens ebenso hat mich persönlich aber sein ungeheures Wirken in der Wartburg beeindruckt, wo er in nur elf Wochen das Neue Testament in die deutsche Sprache übersetzte und damit einen zuvor unvorstellbaren theologischen und gesellschaftlichen Erneuerungsprozess auslöste.

Imponiert hat mir seine Arbeit in der Wartburg in zweierlei Weise. Zum einen vollbrachte Martin Luther mit der Bibelübersetzung eine theologisch-akademische Leistung, die man gar nicht hoch genug einschätzen kann. Zum anderen aber gelang ihm dies in dem Wissen, mit seinem Tun gegen die Interessen der Katholischen Kirche zu verstoßen, der er schließlich noch immer angehörte und die er zu erneuern trachtete. Es gab zwar schon Übersetzungen der Bibel in das Deutsche – aber in einer für das »gemeine« Volk letztlich doch weithin unverständlichen Diktion. Luther entriss mit seiner Bibelübersetzung, die er für das einfache Volk schrieb, der katholischen Geistlichkeit die Herrschaft über das Wort. Er trug damit dazu bei, die Gläubigen zu mündigen Bürgern zu machen.

Die Leistung Luthers und die darauf beruhende Reformation haben einen umfassenden Aufbruch in Gang gebracht, der Deutschland und viele andere Länder bis heute prägt. Es hat mich immer fasziniert, dass es nicht zuletzt der kleine Mönch Luther war, der mit seiner Übersetzung, dem so genannten »Septembertestament«, maßgeblich dazu beitrug, eine einheitliche deutsche Schriftsprache zu entwickeln. Luther hatte dem Volk auf das Maul geschaut – und im Volk wirkte die Lektüre der lutherschen Übersetzung auch im sprachlichen Sinne stilbildend.

Luther

2017

Mit dieser Kolumne begleiten wir das Reformationsjubiläum.

Luthers Bibelübersetzung hat damit entscheidend dazu beigetragen, den deutschen Flickenteppich der Kleinstaaten zu überwinden und ein einheitliches deutsches Nationalgefühl entstehen zu lassen. Dies war keine bewusst beabsichtigte, aber dennoch tiefgreifende Nebenwirkung der Übersetzungsarbeit Luthers.

Der Beitrag zur Nationenbildung Deutschlands war gewissermaßen ein zufälliger Nebeneffekt der Tatsache, dass Luther das Lesen der Schrift einer breiten Bevölkerung ermöglichte. Jedoch war es sein erklärtes Ziel, dass Bildung allen zugänglich sein sollte, nicht nur dem Klerus. Seine Schrift »An die Ratsherren aller Städte deutschen Landes, dass sie christliche Schulen aufrichten und halten sollen« legt hier von Zeugnis ab. Sicherlich müssen die Forderungen Luthers im zeithistorischen Kontext gesehen werden. Dennoch erschienen sie mir bereits als Schüler, der sich nach seinem Besuch in der Wartburg intensiver

mit dem Wirken Luthers beschäftigte, sehr aktuell – und dies gilt bis heute. Über Sprache und Bildung löste die Reformation eine gesellschaftliche Dynamik aus, die zu mehr politischer Teilhabe der Menschen an ihrem Gemeinwesen führte. Dies galt für den Adel, die Bauern, aber vor allem für die Bürger in den Städten. Luther wollte den mündigen Christen. Zugleich aber emanzipierten sich Untertanen und wurden mehr und mehr zu Bürgern.

»Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemand untertan. Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan.« Auch dies ist eine »Hinterlassenschaft« Luthers, an die heute

wieder stärker erinnert werden sollte. Die Freiheit, die wir heute genießen, ist ohne das Wirken Luthers nicht vorstellbar. Doch Luther plädierte auch an die Verantwortung des Einzelnen für das Ganze. Jede Gesellschaft lebt von der

Partizipation, vom Mitmachen. Auch hieran zu erinnern, ist das Reformationsjubiläum ein guter Anlass.

Peter Tauber, MdB, ist Generalsekretär der CDU Deutschlands



Die Bibelübersetzung durch Martin Luther und die Möglichkeit, Bücher zu vielfältigen, hatten umwälzende Auswirkungen auf die Gesellschaft

Vom Elend einer Edition

Die Herausgabe der Werke von Theodor Lessing ist vom Aus bedroht

RAINER MARWEDEL

Theodor Lessing (1872–1933) war ein deutsch-jüdischer Philosoph des wilhelminischen Kaiserreichs und der Weimarer Republik. Seit seiner Ermordung durch die Nationalsozialisten war sein umfangreiches Werk über lange Zeit in Vergessenheit geraten. Die Wirkungsgeschichte seines philosophischen und publizistischen Werkes ist überschattet von einer bis heute nachwirkenden »Definition von außen«, der politischen Denunziation und antisemitischen Verfolgung. Seine wissenschaftliche Reputation wurde durch gezielte antijüdische Kampagnen und zeittypische akademische Vorurteile beschädigt. Da er in der Presse seine philosophischen und psychologischen Texte veröffentlichte und aufgrund eines Zwangs zur Erwerbsarbeit dort veröffentlichten musste, wurde er seitens der akademischen Öffentlichkeit als

Feuilletonist verunglimpft, wiewohl der Ort der Publikation, das Feuilleton großer bürgerlicher liberaler Zeitungen, noch nichts darüber aussagt, um welche Art von Texten es sich eigentlich handelt. Sein anschaulicher Argumentations- und Darstellungsstil, in der Nachfolge von Schopenhauer und Nietzsche, wurde ihm zum Vorwurf von Akademikern, die in der wissenschaftlichen Abhandlung die einzig zulässige Form wissenschaftlichen Ausdrucks erkannten. Dies hat der Edition seiner Werke gegenüber oft unüberwindliche wissenschaftspolitische und wissenschaftsökonomische Barrieren errichtet, da es als Vorwurf benutzt wurde, Theodor Lessing die philosophische Bedeutsamkeit abzusprechen.

Noch im Marienbader Exil hat Lessing an einer Ausgabe letzter Hand gearbeitet, doch kam nach seiner Ermordung am 30. August 1933 nur noch ein Band heraus, seine Lebenserinnerungen. Ein Komitee, dem Albert Einstein, Romain Rolland und Max Brod angehörten, war unmittelbar nach Lessings Tod für einen »Theodor-Lessing-Fonds«, aus dem eine wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Gesamt-

ausgabe finanziert werden sollte, doch scheiterte dieses Vorhaben an dem zu geringen Spendenaufkommen.

Nach 1944 wurden von Stimmungen des Zeitgeistes und der Verlagspolitik abhängige Nachdrucke einzelner seiner Bücher veranstaltet. Erst mit der 1987 veröffentlichten ersten umfassenden Biografie von Rainer Marwedel und der Edition zweier Taschenbücher (Luchterhand) begann eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem vielfältigen Werk. 1990 wurden die Biografie und die Luchterhand-Edition mit dem Carl-von-Ossietzky-Preis der Stadt Oldenburg ausgezeichnet. Seit 2006 erscheinen Theodor Lessings gesammelte Schriften im Wallstein Verlag. 2014 sollen zwei weitere Bände erscheinen. Ohne eine weitere Finanzierung dieser Ausgabe droht das Scheitern auch dieses editorischen Versuchs, dem philosophischen Schriftsteller ein würdiges Denkmal zu setzen.

Rainer Marwedel ist Autor und Herausgeber der Theodor Lessing Werkausgabe

www.theodorlessingedition.de

Die Rote Liste

Mit der Roten Liste bedrohter Kultureinrichtungen, einer Analogie zu den bekannten »Roten Listen« bedrohter Tier- und Pflanzenfamilien, werden in jeder Ausgabe gefährdete Kulturinstitutionen, -vereine und -programme vorgestellt. Ziel ist es, auf den Wert einzelner Theater, Museen oder Orchester, seien sie Teil einer Kommune oder einer Großstadt, hinzuweisen. Oft wird die Bedeutung einer kulturellen Einrichtung den Nutzern erst durch deren Bedrohung deutlich. Erst wenn Empörung und schließlich Protest über mögliche Einschnitte oder gar eine Insolvenz entstehen, wird den Verantwortlichen bewusst, wie stark das Museum, Theater oder Orchester mit der Struktur und der Identität des Ortes verbunden ist. Diesen Bewusstseinsprozess gilt es anzuregen. Politik & Kultur stellt dazu die Arbeit einzelner Einrichtungen vor und teilt sie ein in Gefährdungskategorien von 0 bis 4. Ob und welche Veränderungen für die vorgestellten Einrichtungen eintreten, darüber werden wir Sie fortlaufend informieren.

GEFÄHRDUNGSKATEGORIEN

Kategorie 4	Gefährdung aufgehoben/ungefährdet
Kategorie 3	Vorwarnliste
Kategorie 2	gefährdet
Kategorie 1	von Schließung bedroht
Kategorie 0	geschlossen

Benachrichtigen Sie uns über die Lage Ihnen bekannter Kultureinrichtungen! Senden Sie uns dazu Ihre Vorschläge an info@politikundkultur.net.

MÖNCHGUTER MUSEEN IN GÖHREN AUF RÜGEN, MECKLENBURG-VORPOMMERN

- Gründung: 1963
- Tätigkeitsfeld: Museum
- Finanzierung: Spenden
- Homepage: www.moenchguter-museen-ruegen.de



0

Bei den Mönchguter Museen handelt es sich um einen Museumskomplex, der vier dezentrale Standorte im Ostseebad Göhren umfasst. Die Sammlung besteht aus Ausstellungsstücken zur besonderen Lebensweise der Fischer und Bauern auf der Halbinsel Mönchgut auf Rügen, die viele Jahrhunderte durch die Kultur der Zisterziensermönche geprägt wurde. In den vergangenen 12 Jahren wurden die vier Standorte vom Förderverein der Mönchguter Museen betrieben. Finanziert wurde das Heimatmuseum, der Museumshof,

das Rookhus und das Museumsschiff Luise ausschließlich durch Spenden der Mitglieder sowie der Gemeinden auf Mönchgut. Aufgrund fehlender finanzieller Ressourcen musste der Förderverein Ende Mai 2014 jedoch den Nutzungsvertrag mit der Gemeinde Göhren aufkündigen. Bis Ende September 2014 konnte einzig der Betrieb des Heimatmuseums aufrechterhalten werden. Seit Oktober ist der gesamte Museumskomplex geschlossen. Zur Zeit ringen der Förderverein und die Gemeinde Göhren um eine Lösung.

KULTUREINRICHTUNGEN DER STADT BONN, NORDRHEIN-WESTFALEN

- Tätigkeitsfeld: Diverse Sparten
- Finanzierung: Stadt Bonn
- Homepage: www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/bonn/Kammerspiele-und-Baeder-auf-Bonns-Streichliste-article1463249.html



3

Zur Konsolidierung des Bonner Stadthaushalts plant der Verwaltungsvorstand auch Einsparungen im Kulturbereich. Auf der »Giftliste« stehen unter anderem die Bonner Außenstelle des Deutschen Museums München sowie das Theater Bonn. Ab dem Haushaltsjahr 2015/16 sollen der Zuschuss für die Außenstelle des Deutschen Museums wegfallen und der Mietvertrag gekündigt werden, wodurch man sich Einsparungen in Höhe von 842.000 Euro jährlich erhofft. Das Theater Bonn soll bis 2023 rund acht Millionen Euro ein-

sparen. Hier spricht sich der Verwaltungsrat für die Aufgabe der Godesberger Kammerspiele zugunsten des Erhalts der Beueler Bühnen aus. Kürzungen stehen darüber hinaus auch dem Beethoven-Orchester sowie einigen Stadtteilbüchereien ins Haus. So soll es künftig in jedem Bezirk nur noch eine städtische Bücherei geben. Betroffen ist zudem auch die Freie Kulturszene. Die Zuwendungen für das Euro-Theater-Central, das Frauenmuseum und das Kleine Theater in Bad Godesberg sollen ab 2019 gestrichen werden.

HOFGARTEN-SAAL, KULTURGEMEINSCHAFT OBERALLGÄU (KGO), IMMENSTADT, BAYERN

- Gründung: 1968
- Tätigkeitsfeld: Theater, Symphoniekonzert, Kunstausstellung
- Finanzierung: Eintrittsgelder, Förderbeiträge, Zuschüsse der Kommunen
- Homepage: www.kulturgemeinschaft-oberallgaeu.de



2

Die Kulturgemeinschaft Oberallgäu e.V. (KGO) bespielt seit fast 50 Jahren den Hofgarten-Saal in Immenstadt und bietet ein vielseitiges und anspruchsvolles Theaterprogramm sowie ein Symphoniekonzert. Im Zuge der »Reduktion freiwilliger Leistungen«, die dem Hauptausschuss des Stadtrats Mitte September 2014 seitens der Verwaltung zur Abstimmung vorgelegt wurde, sollen die Mittel für die Kulturgemeinschaft Oberallgäu e.V. in Höhe von insgesamt 35.000 Euro

komplett gestrichen werden. Um das kulturelle Theaterangebot im ländlichen Raum weiterhin zu garantieren und die fehlenden Ressourcen nicht nur mit der Anhebung von Abo- und Eintrittspreisen ausgleichen zu müssen, sucht die Kulturgemeinschaft Oberallgäu e.V. nun weiter nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten und Förderern. Aber es wird schwer, diese Summe zu kompensieren.

JUGENDTHEATERBÜRO BERLIN (JTB), BERLIN

- Gründung: 2004
- Tätigkeitsfeld: Jugendtheater
- Finanzierung: projektbezogene Förderung, ehrenamtliche Tätigkeit
- Homepage: www.grenzen-los.eu/jugendtheaterbuero



3

Das Jugendtheaterbüro Berlin (JTB) bringt alltags- und gesellschaftskritische Themen in Form von Theater- und Musikprojekten mit Jugendlichen auf die Bühne. Gemeinsam mit Refo Moabit, der Cantorei an der Reformationskirche und dem Christburg-Campus bildet das JTB die »REFORMATIONS-COMMUNITY«, die den »REFORMATIONS-CAMPUS« zu einem kulturellen, politischen und spirituellen Erlebnisort machen will. Um den seitens der Evangelischen Landsynode geplanten Abriss und damit die

Schließung des JTB zu verhindern, hat die »REFORMATIONS-COMMUNITY« ein Konzept vorgelegt, das unter anderem die Übertragung der Gebäude auf 99 Jahre Erbpacht für einen symbolischen Betrag vorsieht. Damit soll die inhaltliche Arbeit der Vereine langfristig gesichert werden. Der Vorschlag fand den grundsätzlichen Zuspruch der Landsynode. Sollte das Konzept jedoch nicht angenommen werden, ist nicht nur der Erhalt des Jugendtheaterbüros gefährdet.

BISHER VORGESTELLTE GEFÄHRDETE INSTITUTIONEN

Institution, Bundesland	Aktuelle Gefährdung	() = bei Erstaufnahme
Theater am Winterfeldplatz, Hans Wurst Nachfahren, Berlin	1	(1)
Studiengang Kirchenmusik der HfK Bremen	1	(1)
Zollmuseum Friedrichs, Aachen, NRW	3	(3)
Stadtbücherei Wedel, Schlsw.-Holstein	2	(2)
Institut für klassische Archäologie der Universität Leipzig, Sachsen	1	(1)
Kulturzentrum Kaminwerk, Memmingen, Bayern	2	(3)
Museum Reichenfels, Thüringen	2	(2)
Stadtteilbibliothek Großauheim, Hanau, Hessen	1	(2)
Kulturfabrik Salzmann, Kassel, Hessen	2	(2)
Museum Burg Ranis, Thüringen	4	(1)
Plan – Architektur Biennale Köln, NRW	1	(1)
Johannes-Bobrowski-Bibliothek, Berlin	1	(2)
Institut für Theaterwissenschaft, Universität Leipzig, Sachsen	1	(1)
Bona-Peiser-Bibliothek, Berlin	1	(1)
Schleswig-Holsteinische Landestheater/Sinfonieorchester, Schleswig	2	(2)
Deutsches Fernsehballer, MDR	4	(1)
Kulturwerk Riesa, Sachsen	0	(1)
Museen und Bibliotheken der Stadt Gera, Thüringen	3	(3)
Kultureinrichtungen in Krefeld, NRW	2	(2)
Archiv Frau und Musik, Frankfurt a.M., Hessen	1	(2)
Filmfestival Münster, NRW	2	(2)
Akademie der bildenden Künste Karlsruhe, Auß.St. Freiburg, BW	1	(1)
Anhaltisches Theater Dessau, Sachsen-Anhalt	3	(2)

Die vollständige Liste finden Sie unter www.kulturtrat.de/rote-liste-kultur

Kunstmarkt-Monopoly

Wie werden Künstler reich und berühmt?

OLAF ZIMMERMANN

Wenn Banker zusammentreffen«, so hat es Oscar Wilde treffend gesagt, »reden sie über Kunst, wenn sich Künstler treffen, reden sie über Geld«. Ein scheinbarer Widerspruch, der sich aber schnell auflösen lässt: Künstlerischer Ruhm ist immer eine Mischung aus öffentlicher Anerkennung und ökonomischem Erfolg.

Der ehemalige Direktor der renommierten Tate Gallery in London, Alan Bowness, hatte schon vor mehr als zwei Jahrzehnten zusammengefasst, wie der moderne Künstler zu Ruhm gelangt. Zuerst erfolgt eine Anerkennung durch Gleichgesinnte, dann durch ernsthafte Kritiker, später durch Sammler und Händler und zu allerletzt durch die breite Öffentlichkeit. Bowness' Regeln treffen auch heute noch zu, wenn auch

die Rangfolge der Kritiker, Sammler und Händler sich teilweise geändert hat. Entscheidend ist, dass zwischen den Künstler, seine Kunst und die Öffentlichkeit eine Art Katalysator geschaltet ist, ohne den der Organismus Kunstszene nicht funktionieren würde.

Künstler

Zur Kunstszene gehören zuerst einmal die Künstlerinnen und Künstler, da ohne ihre Kreativität und Obsessivität nie Kunst entstehen würde. Kunst machen ist ein einsamer Prozess, der immer durch Selbstzweifel, auch bei dem scheinbar selbstsichersten Künstler geprägt ist. Kunst machen ist aber nicht nur eine Berufung, sondern auch ein Beruf. Das Bild des Künstlers in unserer Gesellschaft ist immer noch das des idealistischen Träumers, der die Kunst um der Kunst willen macht. Doch in

Wirklichkeit ist der Künstler neben dem Träumer auch ein stinknormaler Kleinunternehmer. Er muss seine Ware herstellen und verkaufen, Verhandlungen mit Kunden und Zwischenhändlern führen, Material einkaufen und die Produktion organisieren.

Kunstvermittlung

Die zweiten Mitspieler beim großen Kunstmarktmonopoly sind die Kunstvermittler, sie platzieren die Kunstwerke, kaufen und verkaufen, beraten Künstler, Museen und Sammler. Zu diesen Vermittlern gehören die Galerien, die Kunsthandlungen, aber auch spezielle Agenturen und Auktionshäuser. Künstler brauchen diese Vermittler, weil nur wenige sich selbst gut vermarkten können oder neben ihrer künstlerischen Arbeit die Zeit dazu haben. Die Hauptaufgabe dieser Kunstvermittler ist es nicht, einfach Bilder zu verkaufen, sondern erst einmal einen Kunstverkaufspreis zu stimulieren. Ohne diese Stimulierung hat ein Kunstwerk in unserer Wirtschaftsordnung, die nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage funktioniert, keinen Marktwert.

Kunstkritiker

Letztlich gibt es nur zwei erfolgreiche Methoden, den monetären Wert von Kunstwerken langfristig zu beeinflussen. Für die erste Methode wird die dritte Gruppe von Mitspielern beim Kunstmarktmonopoly, die Kunstkritiker und Museumskuratoren, gebraucht. Wenn sie Werke eines Künstlers in Museen und Kunstvereinen vorstellen, ist das ein wichtiger Qualitätsbeweis, der unmittelbare Wirkung auf den Kunstverkaufspreis hat. Ebenso wirkt sich eine Kritik in einer Tageszeitung oder

in einem Magazin auf den Verkaufspreis aus. Künstler, deren Werke in renommierten Museen ausgestellt und von Kritikern positiv bewertet werden, haben auch in der Regel eine höhere Marktdurchdringung.

Kunstsammler

Eine ähnliche Stimulierung des Kunstverkaufspreises kann durch den »Kaufbeweis« erbracht werden. Für diese Methode braucht man die vierte Gruppe von Mitspielern beim großen Kunstmarktmonopoly – die Kunstsammler. Denn erst wenn nachweisbar und regelmäßig Sammler bereit sind, für Werke eines Künstlers einen bestimmten Mindestpreis zu zahlen, ist dieser Preis bewiesen und damit der Marktpreis.

Künstler, Vermittler, Kritiker und Sammler bilden eine »verschworene Gemeinschaft«, oftmals unbewusst, ohne die ein Künstler nicht erfolgreich am Markt agieren könnte. Keiner dieser Mitspieler agiert alleine, sondern immer Hand in Hand. Der Künstler hat ein Interesse, dass sein Marktpreis sich erhöht, damit er von seiner Kunst vernünftig leben kann. Deshalb versucht er mit einem Galeristen zusammenzuarbeiten, der die Werke des Künstlers an Museen und Sammler vermittelt. Außerdem organisieren die Galeristen selbst auch Ausstellungen, um Plattformen für den Verkauf der Werke, aber auch für Kontakte zu Museumsleitern und Kunstkritikern zu schaffen. Im besten Fall gelingt es der Galerie, einige Sammler davon zu überzeugen, regelmäßig Werke des Künstlers zu kaufen. Dadurch wird nicht nur die ökonomische Situation des Künstlers und seiner Galerie verbessert, sondern über die Sammlungen können nun auch Museumsausstellungen mit wichtigen

Werken des Künstlers beschickt werden. Damit alle die Erfolge der Galerie beim Verkaufen von Kunstwerken sehen können, hat sich eingebürgert, verkaufte Kunstwerke in einer Kunsthandlung oder auf einer Kunstmesse deutlich sichtbar mit einem roten Punkt zu markieren. Ein »Kaufbeweis« kann nur wirken, wenn andere Sammler, Kritiker und Museumsleute diesen Beweis auch sehen.

Doch das Kunstmarktmonopoly hat auch seine Schattenseiten. Nur wenige Künstlerinnen und Künstler sind letztlich Gewinner dieses Spiels und werden reich und berühmt. Das jährliche Durchschnittseinkommen von bildenden Künstlerinnen und Künstlern beträgt gerade einmal 15.000 Euro. Zwei Gründe sind ursächlich für die schlechte Lage verantwortlich. Das System funktioniert nur mit einer übersichtlichen Zahl von Künstlern, weil es nicht beliebig viele Kunstsammler, Museen und Kunstkritiker gibt, und zum Zweiten hat sich in den letzten zehn Jahren der Anteil der selbstständigen bildenden Künstlerinnen und Künstler in Deutschland um 21 Prozent auf fast 9.000 erhöht. Im gleichen Zeitraum hat sich die Anzahl der Galerien und Kunsthandlungen in Deutschland um 22 Prozent auf deutlich unter 2.000 Unternehmen verringert. Das heißt, es wird immer schwieriger für junge Künstlerinnen und Künstler, einen Vermittler für ihre Werke zu finden. Der Künstler Daniel Spoerri hat die prekäre Situation auf den Punkt gebracht. Er sagt: »Kunst ist ein hartes Geschäft. Entweder man geht drauf, oder man schafft.«

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und war Galerist



Wie gewinnt man als Künstler im Spiel um den Erfolg?

Bibliothekarinnen, Bibliothekare...

Casanova, Leibnitz, Chatami, Goethe, Golda Meir, Bud Spencer ...

GEORG RUPPELT

Die gegenwärtige Bundesregierung setzt sich aus einer Bundeskanzlerin sowie Ministerinnen und Ministern zusammen, von denen mehrere Jura studiert haben, zwei Soziologie, eine Mathematik, eine Finanzwirtschaft, eine Volkswirtschaft und Medizin; Pädagogen, Historiker und Germanisten sind darunter sowie eine Physikerin – who is who? Auch im Bundestag wird die Liste der Abgeordnetenberufe mit weitem Abstand von den Juristen angeführt.

Ein Bibliothekar oder eine Bibliothekarin scheint nicht darunter zu sein. Interessant wäre es, einmal zu erfahren, ob und wer in den verschiedenen Parlamenten des Deutschen Reiches, der DDR und der Bundesrepublik sowie im wiedervereinten Deutschland aus diesem gemeinhin als friedlich und gebildet geltenden Berufsstand stammte oder stammt.

Hat es denn in der Vergangenheit Prominente gegeben, die (auch) Bibliothekare waren? Aber ja, hier sind einige: Giacomo Casanova (1725–1798), Venezianischer Schriftsteller und Abenteurer; seine letzten Lebensjahre verbrachte er als Bibliothekar auf Schloss Duchcov (Dux). Benjamin Franklin (1706–1790), Drucker, Verleger, Schriftsteller, Erfinder,

Staatsmann; Gründer der ersten Leihbibliothek in den USA.

Johann Wolfgang Goethe (1749–1832), Dichter; als Minister verantwortlich für die Bibliotheken in Weimar und Jena, an deren Arbeit er aktiv beteiligt war.

Brüder Grimm, Jacob (1785–1863) und Wilhelm (1786–1859) Sprachwissenschaftler, Volkskundler, Märchensammler, Bibliothekare in Kassel und Göttingen.

Friedrich Hölderlin (1770–1843), Dichter, Hofbibliothekar in Homburg.

August Heinrich Hoffmann von Fallersleben, (1798–1874) Hochschullehrer, Dichter, Kustos der Universitätsbibliothek Breslau, Bibliothekar auf Schloss Corvey.

David Hume (1711–1776), Philosoph, Ökonom, Historiker; Bibliothekar der Anwaltskammer in Edinburgh.

Immanuel Kant (1724–1804), Philosoph, Unterbibliothekar der königlichen Schlossbibliothek in Königsberg.

Gottfried Wilhelm Leibnitz (1646–1716), Universalgelehrter, Leiter der Kurfürstlichen Bibliothek in Hannover und der herzoglichen Bibliothek in Wolfenbüttel.

Gotthold Ephraim Lessing (1729–1781), Dichter, Bibliothekar an der herzoglichen Bibliothek in Wolfenbüttel.

Johann Joachim Winckelmann (1717–1768), Archäologe, Bibliothekar bei Heinrich Graf Bünau in Nöthnitz bei Dresden und an der Bibliotheca Vaticana.

Wie sieht es nun mit dem 20. und 21. Jahrhundert aus? Hier eine kleine und gewiss ganz unvollständige Liste: Jorge Luis Borges (1899–1986), Schrift-

steller und Direktor der argentinischen Nationalbibliothek.

Laura Bush (1946–heute), Ehefrau des amerikanischen Präsidenten (2001–2009) George W. Bush und Bibliothekarin in Dallas und Austin.

Mohammad Chatami (Khatami, 1943–heute), Staatspräsident des Iran von 1997 bis 2005, vorher seit 1992 Direktor der Nationalbibliothek in Teheran.

Henri-Robert Marcel Duchamp (1887–1968), Französisch-US-amerikanischer Maler, seit 1913 Bibliothekar an der Bibliothek Sainte-Geneviève Paris.

Raissa Maximowna Gorbatschowa (1932–1999), Ehefrau von Michail Gorbatschow, Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und Staatspräsident der Sowjetunion. Ende der 1950er-Jahre Lektorin an der städtischen Bibliothek Stawropol.

Ricarda Huch (1864–1947), Schriftstellerin, Historikerin; Bibliothekarin an der Stadtbibliothek Zürich.

Golda Meir (1898–1978), Außenministerin und Ministerpräsidentin Israels; Bibliothekarin in Chicago und New York. Musil, Robert (1880–1942) Schriftsteller; Bibliothekar an der Technischen Hochschule Wien.

Papst Pius XI. (Achille Ratti, 1857–1939) Bibliothekar Biblioteca Ambrosiana, Mailand, Präfekt der Vatikanischen Bibliothek.

Marcel Valentin Louis Eugène Proust (1871–1922), Schriftsteller, Bibliothekar in der Bibliothèque Mazarine Paris.

Bud Spencer (Carlo Pedersoli, 1929–heute), Schauspieler, Bibliothekar in Buenos Aires.

Hinzu kämen noch einige Prominente, die zeitweise als bibliothekarische Hilfskräfte ihren Lebensunterhalt verdienten, wie etwa Edgar J. Hoover (1895–1972), Begründer und Direktor des FBI, der eine Zeitlang als studentische Hilfskraft an der Library of Congress in Washington arbeitete.

Mao Zedong (1893–1976) soll zu seiner Zeit als Hilfskraft an der Universitätsbibliothek Beijing (Peking) von dem ihm vorgesetzten Bibliothekar

nachhaltig im Sinne des Marxismus beeinflusst worden sein. Als Bibliothekar wird man ihn aber kaum bezeichnen können. Beruhigend ist auch, dass Namen wie Nero, Hitler, Stalin oder Pol Pot im Zusammenhang mit dieser – wie gesagt unvollständigen – Liste nie auftauchen.

Georg Ruppelt ist Direktor der Gottfried Wilhelm Leibnitz Bibliothek Hannover

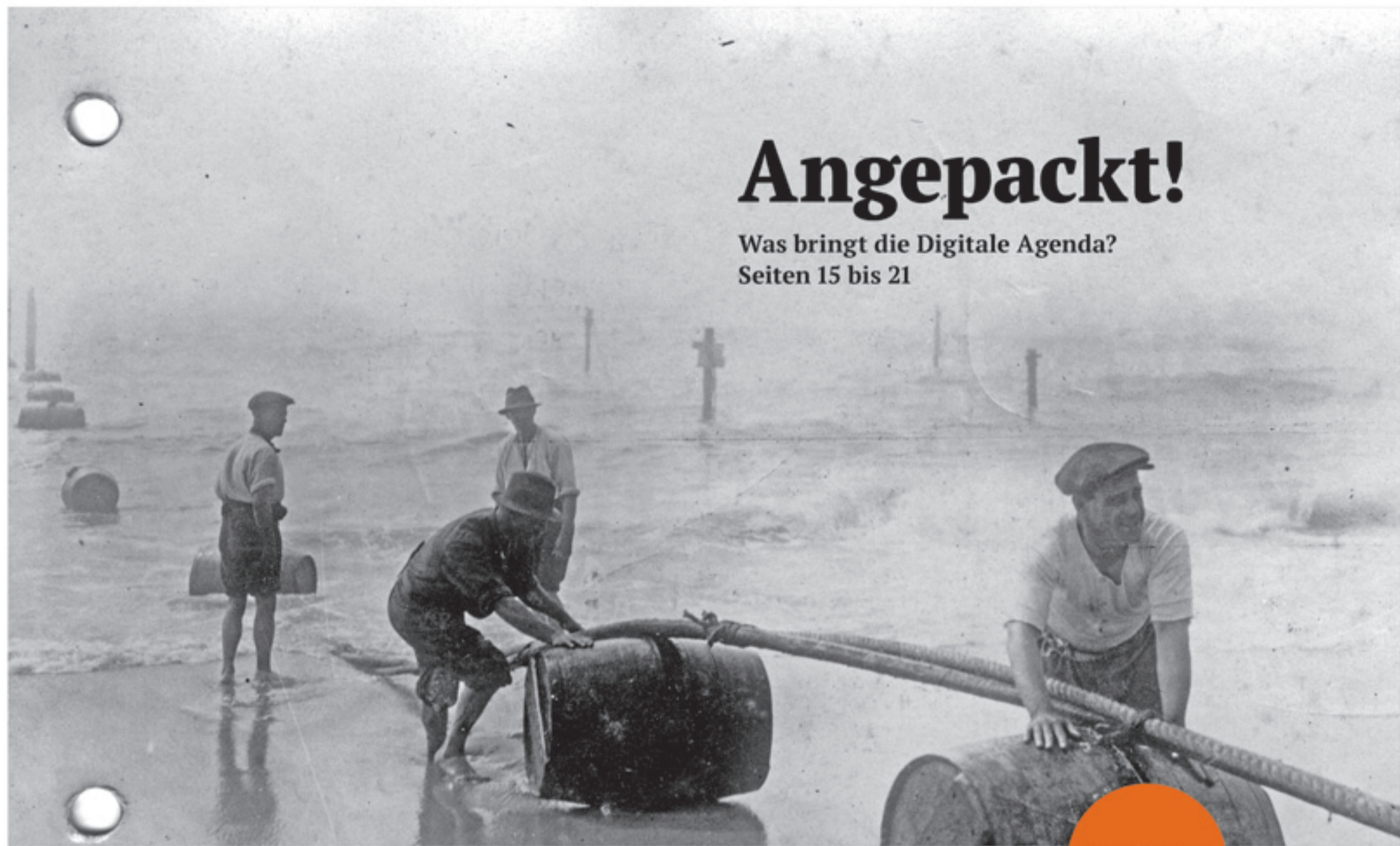
Kulturmensch Juli Zeh

Juli Zeh erhält den Kulturgröschen 2015! Damit ehrt der Deutsche Kulturrat ihr herausragendes, kontinuierliches kultur- und gesellschaftspolitisches Engagement. Als Autorin setzt sich Zeh im digitalen Zeitalter nicht nur für das Urheberrecht, sondern auch für Menschenrechte, Freiheit und gegen die staatliche und mediale Überwachung ein. So forderte die 1974 in Bonn geborene Schriftstellerin und Juristin 2013 in einem offenen Brief an die Bundeskanzlerin mehr Transparenz und Aufklärung in der NSA-Affäre und mahnte einen angemessenen Umgang mit dieser an. Damit leistet sie einen unverzichtbaren Beitrag zum Schutz der Demokratie in der digitalen Welt.



K

Politik & Kultur



Kabellegung Italien-Amerika: Es ist das erste direkte Unterseekabel zwischen den Vereinigten Staaten und Südeuropa

Angepackt!

Was bringt die Digitale Agenda?
Seiten 15 bis 21

THEMA

Rosige Zeiten im digitalen Kulturland!?

Die Digitale Agenda und die Kulturlandschaft

OLAF ZIMMERMANN

Die Bundesregierung schreibt in der »Digitalen Agenda 2014–2017«, dass sie Deutschland zu einem »digitalen Kulturland« entwickeln wolle. Beschworen wird das Internet als eine »nahezu unerschöpfliche Quelle« für Kultur- und Medienschaffende, die neue Nutzungsmöglichkeiten, Geschäftsmodelle und Verbreitungswege eröffnen soll. An anderer Stelle ist die Rede vom digitalen Wandel in der Kreativ- und Medienwirtschaft, der große Chancen für neue Kundengruppen eröffnen soll. Stehen dem Kulturbereich also rosige Zeiten bevor? Oder wird mittels Beschwörungsformeln versucht, eine positive Stimmung zu erzeugen?

Zunächst einmal: Die mit der Digitalisierung fast aller Lebensbereiche verbundenen Veränderungen werden bereits seit einigen Jahren nicht zu Unrecht mit der Industriellen Revolution verglichen. Innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums hat sich die Art des Kommunizierens, des Austauschs von Informationen, des Anbietens und Kaufens von Informationen und Gegenständen und vieles andere mehr massiv verändert. Und wie es bei solchen Umbrüchen üblich ist, bleibt einiges und einige auf der Strecke. Die industrielle Revolution hat das gesamte Gesellschaftsgefüge so durcheinander gewirbelt, dass nach einigen Jahrzehnten auch in der verspäteten deutschen Nation Deutschland eine Republik gegründet wurde. Auf

dem Weg dorthin gab es Börsencrashes, Konkurse unzähliger kleiner und großer Unternehmen, eine ungeheure Mobilität der Bevölkerung, neue ebenso wie verschwindende Berufe, Kinderarbeit, unbeschreibliche Armut im Proletariat, die Bildung neuer sozialer Bewegungen, die Gründung von Gewerkschaften und der Sozialdemokratie und anderes

Ist die Digitale Agenda wirklich eine Chance für alle?

mehr. Wer zurückblickt, erahnt, welche Gewissheiten zurückgelassen wurden und welche neuen Freiheiten erkämpft wurden.

Das größte Manko der »Digitalen Agenda 2014–2017« ist die Selbstgewissheit, mit der die Umbrüche, die durch die Digitalisierung entstehen, beschrieben werden. Die Digitalisierung ist eine Chance für alle, was für ein Unsinn. Nun wiederholt sich Geschichte nicht und unser aktuelles Wirtschaftssystem mit dem der vorindustriellen Revolution zu vergleichen, wäre falsch. Doch die Verluste – auch von Arbeitsplätzen – durch die Digitalisierung dürfen nicht durch Fortschrittsversprechen einfach weggewischt werden.

Worum geht es konkret im Kulturbereich: Wer beispielsweise Open Access und einen freien Zugang zu wissenschaftlicher Literatur will, muss auch sagen, ob er noch Wissenschaftsverlage haben möchte. Es ist unehrlich, auf der einen Seite das hohe Lied der Potenziale der Kultur- und Kreativwirtschaft mithin auch der Buchwirtschaft zu

singen und auf der anderen Seite dafür einzutreten, dass wissenschaftliche Inhalte kostenfrei angeboten werden. Und auch der Einwand, dass Open Access nur für mit öffentlichen Mitteln erstellte Ergebnisse gelten soll, ist kein Ausweg, wenn bedacht wird, welche wissenschaftliche Forschung denn ohne eine Unterstützung der öffentlichen Hand betrieben wird. Das sind doch allenfalls Forschungsergebnisse von privatwirtschaftlichen, also kommerziell arbeitenden, Unternehmen und die werden ganz sicher Besseres zu tun haben, als diese der Allgemeinheit einfach so altruistisch zur Verfügung zu stellen. Wenn Wissen, wenn Wissenschaft einen Wert hat, hat sie auch einen Preis. Der Preis der Veröffentlichung wird von den Nutzern zu zahlen sein, in dem wie bisher ein Buch oder der Zugang zu einer Datenbank gekauft wird oder er wird vom Steuerzahler zu zahlen sein, indem Universitäten und andere Forschungseinrichtungen in die Lage versetzt werden, selbst zu publizieren. Der kulturwirtschaftliche Teilmarkt Wissenschaftsverlage wird jedenfalls davon nicht unberührt bleiben.

Ein anderes Beispiel: Wenn eine neue Bildungs- und Wissenschaftsschranke eingeführt werden soll, um »die Potenziale von Wissenschaft, Forschung und Bildung voll zu nutzen«, sollte zunächst die Frage beantwortet werden, welche Hindernisse derzeit bestehen und es sollte in einem zweiten Schritt klargestellt werden, wer die Einnahmeverluste der Urheber und anderen Rechteinhaber ausgleichen wird. Denn eine Schrankenregelung schränkt deren Erlöse und nicht die Nutzungsmöglichkeiten von Nutzern ein.

Ein weiteres Beispiel: Wenn durch die Online-Bereitstellung digitaler Inhalte und Abbilder mehr gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden soll, gilt es auch nach den Kosten für die Digitalisierung der Inhalte und Abbilder sowie vor allem den Rechtekosten zu fragen. Versprochen wird, dass die notwendigen rechtlichen Grundlagen zur Digitalisierung von Kulturgut geschaffen werden sollen. Soll dieses durch eine Ausweitung der Schrankenregelungen geschehen? Soll dieses durch die Abtretung weiterer Rechte erfolgen? Neben einer nebulösen Ankündigung ist nichts Konkretes zu lesen.

Ein letztes Beispiel: Bereits seit einigen Jahren arbeiten sich die Verbände der Filmurheber und Filmproduzenten am öffentlich-rechtlichen Rundfunk hinsichtlich der Zugänglichmachung von Werken im Internet, speziell den Mediatheken der öffentlich-rechtli-

Wenn Wissenschaft einen Wert hat, hat sie auch einen Preis

chen Sender, ab. Konkret geht es den Filmurhebern und -produzenten um eine angemessene Vergütung und den Fortbestand bestehender Erlösmodelle, die auf einer Auswertungskaskade basieren. Sie unterstützen dabei die Verlage und privaten Rundfunkanbieter, die die Internetaktivitäten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und die Bereitstellung von Inhalten stärker begrenzt wissen wollen. In der »Digitalen Agenda 2014–2017« ist nun zu lesen, dass die

Medienordnung den Gegebenheiten des digitalen Zeitalters und veränderten Nutzungsgewohnheiten angepasst werden soll. Doch was heißt das konkret? Sollen die Mediatheken der öffentlich-rechtlichen Sender in der Zukunft alle ihre Inhalte dauerhaft und kostenfrei den Nutzern, letztlich unter Abschaffung der bislang existierenden Auswertungskaskade, zur Verfügung stellen? Wird die Politik dann dafür Sorge tragen, dass die Haushaltsabgabe für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk erhöht wird, um die Urheber und andere Rechteinhaber adäquat vergüten zu können?

Wenn also über neue Vertriebswege und Erlösmöglichkeiten der Kultur- und Medienwirtschaft gesprochen wird, sollten die Bestehenden in den Blick genommen, auf ihre Tauglichkeit und vor allem ihre wirtschaftliche Bedeutung betrachtet werden. Neue Vertriebs- und Erlösmodelle müssen die alten zumindest ersetzen, wenn nicht mit Blick auf eine wirtschaftliche Expansion übertreffen können.

Um nicht missverstanden zu werden, mitten in einer Umbruchsituation wie der Digitalisierung die richtigen Fragen zu stellen und dann auch noch die angemessenen Antworten zu geben, ist schwierig. Mit der »Digitalen Agenda 2014–2017« hat die Bundesregierung den ersten Aufschlag gemacht. Es wird jetzt auch an uns liegen, dafür zu sorgen, dass die Künstler, die Kulturwirtschaft und die Kulturvermittlung die digitalen Umbrüche nicht nur ökonomisch überleben, sondern die Übergänge auch aktiv gestalten können.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates

In der Mitte der Gesellschaft verankern

Ziele und Chancen der Digitalen Agenda für Deutschland

SIGMAR GABRIEL

W er heute Mitte vierzig oder älter ist, hat als Teenager weder Mails geschrieben noch Facebook benutzt, um sich mit Freunden auszutauschen. Die heute Zwanzigjährigen sind indes hineingeboren in das digitale Zeitalter. In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich die Welt nicht nur politisch fundamental verändert, sondern auch ökonomisch und kulturell. Die Entwicklung ging rasend schnell: Amazon wurde 1996 gegründet, Facebook 2004, YouTube 2005. Wir kommunizieren anders, wir lesen anders, und wie schauen Filme anders als noch vor nicht allzu langer Zeit. Wir greifen nicht mehr zum Brockhaus, wenn wir uns schnell informieren wollen, sondern gehen auf Wikipedia.

Neue Dimensionen des Wissensflusses durch Digitalisierung

Diese Entwicklung wurde wesentlich durch die Kreativität und den Erfindungsgeist von Unternehmen vorangetrieben – und gelegentlich auch von deren schierer Marktmacht. Inzwischen ist das Internet erwachsen geworden. Die manchmal auch arglose Begeisterung der 2000er Jahre ist übergegangen in eine differenzierte Betrachtungsweise. Wir sehen nicht mehr allein die Chancen, sondern auch die Risiken der Digitalisierung. Die Digitalisierung verändert unsere Wirtschaft. Sie verändert aber auch unser aller Zusammenleben.

Und sie verändert unsere Kultur: Sie bietet große Potenziale für den globalen Austausch, eröffnet nie zuvor für möglich gehaltene Räume der Kreativität. Aber sie wälzt auch den Buchmarkt und die Musikindustrie um. Es ist allerhöchste Zeit, eine breite gesellschaftliche und kulturelle Debatte darüber zu führen – ohne Naivität, aber auch ohne Angst.

Digitale Agenda für Deutschland gemeinsam umsetzen

Die Bundesregierung hat im August dieses Jahres die »Digitale Agenda 2014–2017« beschlossen und dabei versucht, für die wichtigsten Handlungsfelder politische Lösungen anzubieten. Diese Agenda erhebt nicht den Anspruch, auf alle Fragen die endgültigen Antworten zu bieten. Sie erhebt noch nicht einmal den Anspruch, alle Fragen zu stellen. Sie ist zu allererst eine Einladung an alle gesellschaftlichen Akteure, über die immer neuen Herausforderungen zu diskutieren.

Wir wollen die Chancen und Herausforderungen der tief greifenden Veränderungen für das Arbeiten und das Leben der Menschen in unserem Land gestalten. Es war uns wichtig, die Agenda auf drei Kernziele hin auszurichten: Erstens die stärkere Erschließung des Innovationspotenzials unseres Landes für weiteres Wachstum und Beschäftigung. Zweitens die Unterstützung beim Aufbau flächendeckender Hochgeschwindigkeitsnetze und die Förderung digitaler Medienkompetenz für alle Generationen – denn ohne Zugang und Teilhabe kann die Digitalisierung der Gesellschaft nicht gelingen. Und drittens die Verbesserung der Sicherheit und den Schutz der IT-Systeme und Dienste, um Vertrauen und Sicherheit im Netz stärker zu gewährleisten. Insgesamt wollen wir mit der Agenda die Weichen stellen, damit Deutschland

eine führende Rolle bei der konsequenten, sozialverträglichen, vertrauenswürdig und sicheren Digitalisierung von Leben, Lernen, Arbeiten und Wirtschaften einnehmen kann.

Herausforderungen begegnen

Die fortschreitende Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft hat besonders auch in der Kultur- und Kreativwirtschaft zahlreiche Spuren hinterlassen. Wertschöpfungsketten und Marktstrukturen haben sich zum Teil ganz gravierend verändert. Dies stellt Teilmärkte und Akteure der Kultur- und Kreativwirtschaft vor große Herausforderungen. Das zeigen die aktuellen Diskussionen um Amazon oder Google überdeutlich. Wo es erforderlich ist, werden wir neue Regeln setzen, denn mit der Digitalisierung und der damit verbundenen Internationalisierung verändern sich die Rahmenbedingungen für jede und jeden in unserer Gesellschaft. Wir müssen sicherstellen, dass neue Entwicklungen nicht behindert werden, gleichzeitig aber Fehlentwicklungen entgegensteuern. Das gilt insbesondere für Fragen des Datenschutzes und des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung, den Schutz des geistigen Eigentums, den Verbraucherschutz, den Jugendmedienschutz. Das gilt aber genauso für die Absicherung bewährter Instrumente wie das der Buchpreisbindung.

Einen Schwerpunkt werden wir darauf legen, einen unverfälschten und zugleich fairen Wettbewerb zwischen Unternehmen zu gewährleisten, Marktzutrittschranken weiter zu reduzieren und vor allem einer missbräuchlichen Ausnutzung von marktbeherrschenden Stellungen entgegenzutreten. Wir wollen die rechtlichen Rahmenbedingungen zum Schutz des geistigen Eigentums an die rasante technische Digitalisierung in Wirtschaft und Ge-

sellschaft anpassen und dabei einen gerechten Ausgleich der Interessen von Rechteinhaberinnen und -inhabern, Verwerterinnen und Verwertern, Internet-Service-Providern sowie Nutzerinnen und Nutzern gewährleisten. Zugleich werden wir dafür sorgen, dass sich Diensteanbieter, deren Geschäftsmodell im Wesentlichen auf der Verletzung von Urheberrechten aufbaut, nicht länger auf das Haftungsprivileg des Hostproviders zurückziehen können. Wir werden außerdem die kollektive Rechtswahrnehmung entsprechend dem europäischen Rechtsrahmen stärken sowie an der Überprüfung des europäischen Urheberrechts aktiv mitwirken. Eine gute IT-Infrastruktur ist wichtig. Eine zukunftsfähige kulturelle Infrastruktur aber nicht minder.

Chancen der Digitalisierung nutzen

Die Digitalisierung eröffnet neue Dimensionen des Wissensflusses. Vernetzte Forschung beschleunigt den Erkenntnisprozess und die Umsetzung in Innovationen wie nie zuvor. Deutschlands traditionelle ökonomische Stärken liegen in der Industrie- und Produktionstechnik. Wir haben daher hervorragende Chancen, die mit Industrie 4.0 bezeichnete intelligente und maßgeschneiderte Produktion und Logistik fortzuentwickeln, sie um intelligente Dienste zu erweitern und somit für dauerhaftes Wachstum und anhaltend hohe Beschäftigung zu sorgen. Eine breit gefächerte Start-up-Szene, die Innovationen rasch am Markt umsetzt, ist dafür von entscheidender Bedeutung. Die Rahmenbedingungen hierfür wollen wir mit der Digitalen Agenda verbessern. Aber die Digitalisierung umfasst mehr als Industrie 4.0: Unser letztes Monitoring im Rahmen der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft hat einmal mehr gezeigt, dass

die Digitalisierung auch zahlreiche Chancen für die Akteure eröffnet. So lassen sich geografisch entfernte Märkte leichter erschließen. Kunden können gezielter angesprochen werden. Und natürlich ermöglicht die Digitalisierung ganz neue Geschäftsmodelle. Dies gilt keinesfalls nur für den Teilmarkt »Software-/Games-Industrie«, auch wenn dieser in den letzten Jahren überproportional zur guten wirtschaftlichen Entwicklung der Kultur- und Kreativwirtschaft beigetragen hat.

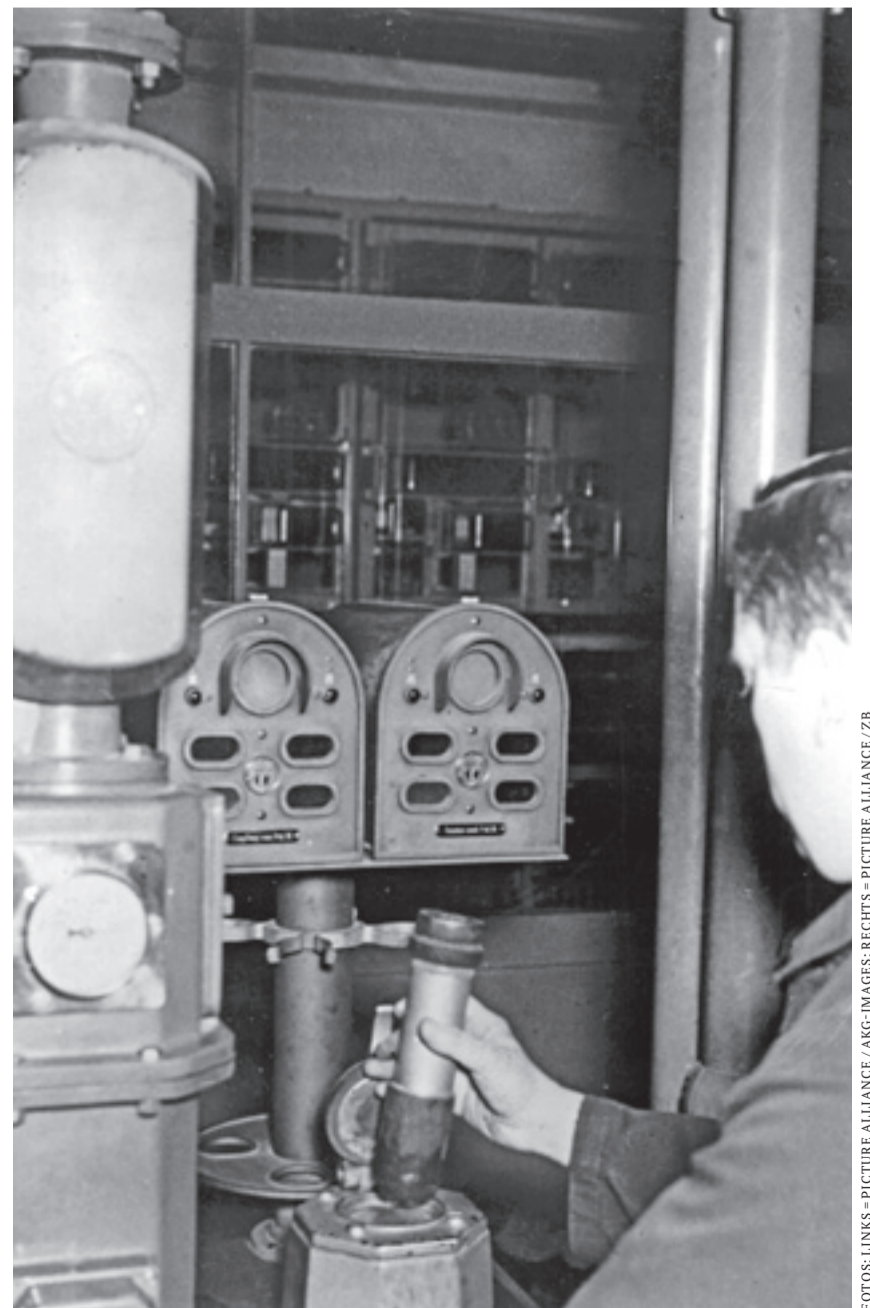
Dialog weiter intensivieren

Die positiven Wirkungen der Digitalisierung werden sich nur dann entfalten, wenn die digitale Transformation in der Mitte der Gesellschaft verankert ist. Deshalb sollten alle Akteure in Wirtschaft und Kultur, Wissenschaft und Politik stärker zusammenarbeiten. Aber auch unabhängig davon werden wir den Dialog mit der Kultur- und Kreativwirtschaft fortsetzen – so u. a. auf der Jahreskonferenz der Initiative, die am 6. November 2014 in Berlin stattfinden wird. Die Branche ist für uns ein wichtiger Leitmarkt und ein entscheidender Motor für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Erneuerung Deutschlands. Gerade im digitalen Zeitalter brauchen wir die Innovationskraft der Kultur- und Kreativwirtschaft. Vor allem: Selten zuvor war unsere Gesellschaft so sehr auf die Widerständigkeit und Weitsicht von Schriftstellern und Musikerinnen, von Schauspielern und bildenden Künstlerinnen angewiesen, wie in der Zeit der digitalen Revolution. Ohne ihre Impulse jenseits ökonomischer Interessen werden wir diesen Prozess weder begreifen noch gestalten können.

Sigmar Gabriel ist Bundesminister für Wirtschaft und Energie



Rechenmaschine 1936



Rohrpost in Berlin 1941

Sich trauen, auch unbequem zu sein

Digitale Agenda für Bildung, Wissenschaft und Forschung

ALEXANDER SKIPIS

Eine digitale Agenda ist wichtig und richtig. Wenn sie jedoch eine Erfolgsgeschichte werden soll, muss sie über die Technikdebatte und bloße Heilsversprechen hinausgehen. Sie darf die kritische und zuweilen auch unbequeme Auseinandersetzung über Regeln, Qualität, Sinn und Unsinn für das Gemeinwohl und die Verbraucher nicht scheuen.

Die Digitalisierung bietet neue Chancen für die Entstehung und Verbreitung von Meinung, Information und Texten und Möglichkeiten zu größerer Teilhabe des Einzelnen. Deshalb ist es nur folgerichtig, dafür gegebenenfalls auch den gesetzlichen Rahmen neu zu justieren. Es bedarf dazu einer detaillierten und ehrlichen Analyse der gegenwärtigen Publikationsstrukturen, die die Vorteile nicht verschweigt und die Defizite genau benennt. Genau daran aber mangelt es der digitalen Agenda der Bundesregierung und deshalb zieht sie beim Thema Bildung, Wissenschaft und Forschung die falschen Schlüsse und muss mit konkreten Vorschlägen nur allzu vage bleiben.

Publizieren für Bildung und Wissenschaft

Für die Verbreitung und den Zugang zu digitalen Inhalten wie Literatur und Fachliteratur, Schul- und Lehrinhalte, oder bei der Veröffentlichung wissenschaftlicher Zeitschriftenbeiträge ist auch der ordnungspolitische Rahmen entscheidend für Qualität und Vielfalt. Und darin sind sich ja alle einig: Wissenschaftler, Forscher, Lehrende und Lernende wollen die durch Digitalisierung und moderne Datenübertragung gewonnenen schnellen und unmittelbaren Wege des Wissenstransfers bestmöglich und rechtssicher nutzen können, ohne dabei auf Qualitätsstandards verzichten zu müssen.

Gegenwärtig stehen Forschung, Hochschulen und Schulen dafür privatwirtschaftlich organisierte und finanzierte Publikationsstrukturen zur Verfügung. In Deutschland sorgen rund

600 Fach- und Wissenschaftsverlage für ein reiches, qualitativ hochwertiges Angebot und garantieren zugleich eine vom Staat inhaltlich unabhängige Veröffentlichungspraxis, wie sie für eine pluralistische demokratische Informationsgesellschaft unverzichtbar ist. Insgesamt stellen Wissenschaftsverlage weltweit über 40 Millionen Artikel in elektronischer Form für Recherchen und Downloads bereit.

Verlage und Bibliothekslieferanten haben allein in den vergangenen 10 Jahren über 3 Milliarden Euro in die Erstellung von und den Zugang zu wissenschaftlichen Informationen investiert. Rund 80 Schulbuch- und Bildungsverlage versorgen in Deutschland derzeit rund 12 Millionen Schüler und etwa 700.000 Lehrerinnen und Lehrer, viele Aktive in der Erwachsenenbildung und alle Studenten der Erziehungswissenschaften mit Schulbüchern, Unterrichtsmaterialien, Studienbüchern, Literatur für die berufliche Bildung und etlichem mehr. Das Gesamtangebot dieser Verlagssparte umfasst zahlreiche digitale Angebote – von Lernsoftware über Downloads bis zu Online-Portalen für das Lehren und Lernen. Das Gesamttitelangebot für in den Schulen verwendete Bücher liegt bei rund 45.000. Jährlich erscheinen über 3.000 neue Titel für den Bildungsbereich, alle behördlich geprüft und auf unterschiedliche Lehrpläne, Jahrgangsstufen und Schulformen abgestimmt.

Eine Schranke macht noch keine Qualität

Die gegenwärtigen Publikationsstrukturen sind also alles andere als schlecht, und qualitätsgesicherte Inhalte sind in Hülle und Fülle für alle verfügbar. Gleichwohl bietet die Digitalisierung hervorragende Möglichkeiten, die Nutzbarkeit von digitalen Informationen weiter zu verbessern. Aber brauchen wir tatsächlich eine allgemeine Wissenschaftsschranke, um die Potenziale für Wissenschaft, Forschung und Bildung voll zu nutzen, wie es die digitale Agenda vorsieht? Die Erfahrung der letzten zehn Jahre mit der Einführung von Urheberrechtsschranken zur Anpassung an die digitale Nutzung in Bildung und Wissenschaft hat uns vor allem eins gelehrt: Die öffentliche Hand ist nicht bereit, für nachgefragte Publi-



Hochgeschwindigkeits-Telegraphenamt in den USA 1950

kationen einen angemessenen Preis zu zahlen und setzt auf minimalste Pauschalvergütung. Das mag kurzfristig die öffentlichen Haushalte bei ihren Ausgaben für Bibliotheken, Hochschulen und Schulen entlasten. Langfristig führen derartige Regelungen dazu, dass begehrte kostenintensive Inhalte wie z. B. Fach- und Lehrbücher nicht mehr privatwirtschaftlich durch Verlage hergestellt und verbreitet werden können und schließlich der Staat diese Publikationsleistung erbringen muss. Ein Paradigmenwechsel hin zu einer staatlich gelenkten Publikationslandschaft ist aber weder im Sinne der Wissenschaft und Forschung noch im Sinne der Gesellschaft.

Zukunftsfähiges Steuerungspotenzial für digitale Nutzungen im Bereich Bildung und Wissenschaft, sehen wir dagegen zuallererst in der Verschränkung von kollektiver und individueller Lizenzierung. Sie fördert den passgenauen Zuschnitt digitaler Angebote auf individuelle Nutzungsbedürfnisse und gewährleistet eine für den Urheber angemessene und für den Nutzer zumutbare Vergütung.

Open Access – endlich eine Strategie?

Für diesen Publikationsweg wird in der Digitalen Agenda zum x-ten Male eine umfassende Strategie angekündigt. Sie soll einen ungehinderten Informationsfluss, insbesondere in der Wissenschaft, verbessern und den effektiven und dauerhaften Zugang zu öffentlich geförderten Forschungspublikationen und -daten verbessern. An dieser Formulierung sind zwei Dinge ärgerlich, aber auch entlarvend: Erstens fehlt der Qualitätsanspruch. Die überwiegende Zahl der Wissenschaftler legt vor allem Wert auf die qualitativ hochwertige Veröffentlichung ihrer Beiträge und Werke, die zitierfähig und jederzeit auffindbar sein müssen und im besten Falle ihre Reputation als Wissenschaftler stärken. Ein solcher Qualitätsstandard muss gewährleistet sein, ganz gleich, ob Wissenschaftler open access über Verlage publizieren oder in Repositorien ihrer Forschungsgesellschaften oder Hochschulen. Bei den strategischen Überlegungen der Bundesregierung scheint dieser Aspekt

offensichtlich keine Rolle zu spielen. Und zweitens werden nicht die Publikationen mit öffentlichen Mitteln gefördert, sondern die Forschung selbst. Das digitale Verlagsangebot, die Qualitätssicherung und die Langzeitarchivierung der Werke und Beiträge finanziert allein der Verlag als privatwirtschaftliches Unternehmen. Einen Anspruch, diese Leistungen kostenlos zu nutzen, hat die Allgemeinheit nicht! Und der Ehrlichkeit halber muss hinzugefügt werden, auch Staatsverlage müssten in Qualität und Nachhaltigkeit investieren und zwar auf Kosten der Steuerzahler. Von einer klugen politischen Open Access-Strategie sind wir also noch weit entfernt. Sie wäre dringend notwendig und sollte vor allem anderen von dem Anspruch geleitet werden, für Bildung und Wissenschaft umfassende digitale Angebote von hoher Qualität und Dauerhaftigkeit zu schaffen. Wissenschaftsverlage wissen, wie das geht und bieten es längst an.

Alexander Skipis ist Hauptgeschäftsführer des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels

Querschnittsaufgabe

Einschätzung der Produzentenallianz zur »Digitalen Agenda 2014–2017« der Bundesregierung

MARGARETE EVERS

Die Produzentenallianz begrüßt grundsätzlich die »Digitale Agenda 2014 bis 2017« der Bundesregierung, die mit ihren verschiedenen Handlungsfeldern den Willen der Regierung verdeutlicht, Leben und Arbeiten in der digitalen Welt zukunftsfähig zu gestalten, die digitale Infrastruktur flächendeckend und hochleistungsfähig auszubauen und Anreize für nachhaltige Innovationen, Wachstum und Beschäftigung in der digitalen Wirtschaft zu schaffen. Erfreulich dabei ist, dass die fortschreitende digitale Transformation inzwischen als Querschnittsaufgabe für alle Gesellschafts- und Wirtschaftsbereiche angesehen wird.

Positiv ist auch, dass die Bundesregierung beabsichtigt, Vertreter der einzelnen Handlungsfelder aktiv in die Konkretisierung der Digitalen Agenda miteinzubeziehen. Hier könnte der IT-Gipfel als ein geeignetes Forum dienen.

Dies würde allerdings voraussetzen, dass sein Fokus künftig nicht alleine auf die Anbieter von technologischen Infrastrukturen gelegt wird, sondern die Kreativwirtschaft als ebenso entscheidender und gleichberechtigter Partner mit einbezogen wird. Eine Digitale Agenda ist nur dann umfassend und zukunftsweisend für die Herausforderungen der digitalen Transformation, wenn sie dem Content dem seinem Stellenwert entsprechenden Platz einräumt. Nur so kann die »Weiterentwicklung« Deutschlands zu einem »digitalen Kulturland« gelingen. Die digitalen Angebote der

Alle Handlungsfelder einbeziehen

Kreativwirtschaft, die ständig weiterentwickelt werden und sich an den Bedürfnissen der Verbraucher orientieren, sind entscheidende Wachstumstreiber

für eine erfolgreiche (digitale) Zukunft. Für die Filmproduzenten von besonderer Bedeutung ist die ausdrückliche Erwähnung von Haftungsfragen der Diensteanbieter im Internet. Allerdings bleibt die Digitale Agenda in diesem Bereich eher vage und unvollständig. Aus Sicht der Produzentenallianz bedarf es für eine ausdrückliche und damit modifizierte Regelung der Haftung von Betreibern öffentlicher WLANs einer adäquaten Abwägung und Berücksichtigung der Interessen der Gesellschaft an einem möglichst flächendeckenden mobilen Internet und der Rechteinhaber an einem möglichst effektiven und wirksamen Schutz geistigen Eigentums im Internet. Die Haftungsvereinfachung von WLAN-Betreibern darf nicht zu einem neuen ungeschützten Einfallstor für massenhafte Urheberrechtsverletzungen werden.

Wie bereits im Koalitionsvertrag angekündigt, sollte zusammen mit den Haftungsfragen für WLAN-Betreiber auch die Haftung der Hostprovider angepasst werden und die Haftungsprivilegierung für solche Hostprovider entfallen, deren Geschäftsmodell im Wesentlichen auf der Verletzung von Urheberrechten beruht. Darüber hinaus sollten auch die Zugangsprovider – wie in der Urheberrechtsrichtlinie (Richtli-

nie 2001/29 EG) vorgesehen und zuletzt vom Europäischen Gerichtshof bestätigt – bei Urheberrechtsverletzungen im Internet stärker in die Verantwortung genommen werden. Der Vorschlag des Forums der Rechteinhaber, an dem die Produzentenallianz aktiv mitgewirkt hat, kann hier als umfassende Diskussionsgrundlage dienen: »Vorschlag für eine Anpassung der Haftungsprivilegierungen in §§ 7 bis 10 TMG [...]«.

Digitale Medienkompetenz stärken

Für die Produzenten ebenso von entscheidendem Belang sind die noch zu entwickelnden adäquaten wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen für die Produktion und Verbreitung digitaler Inhalte. Hier besteht im Rahmen der Digitalen Agenda noch umfassender Konkretisierungsbedarf. Eine Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen für das Urheberrecht an die technische Digitalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft kann und darf – wie in der digitalen Agenda vorgesehen – nur »unter einem gerechten Ausgleich der betroffenen Interessen-

gruppen« geschehen. Dabei darf einer der Grundpfeiler des Urheberrechts, die Ausschließlichkeitsrechte, nicht durch eine Reihe weiterer, nur noch obligatorisch ausgestalteter und umfassender Schrankenregelungen ausgehöhlt werden.

Begrüßenswert ist des Weiteren das ausdrückliche Vorhaben der Bundesregierung, die digitale Medienkompetenz in Deutschland zu stärken. Allerdings sind die Ausführungen hierzu relativ vage ausgefallen. Im Rahmen von Bildungsmaßnahmen zur Stärkung der Medienkompetenz muss auch der Umgang mit dem geistigen Eigentum im Internet ausreichend berücksichtigt werden.

Begrüßt wird schließlich auch ausdrücklich, dass ein »kohärenter und zeitgemäßer Jugendmedienschutz« entwickelt und umgesetzt werden soll.

Die Produzentenallianz wird sich in die Ausgestaltung und Konkretisierung der Digitalen Agenda gerne als kreativer und kompetenter Partner, der innovative, leistungsstarke und kundenorientierte Filmproduzenten vertritt, einbringen.

Margarete Evers ist Direktorin für Tarif, Gremien und Verbände bei der Allianz Deutscher Produzenten – Film & Fernsehen (Produzentenallianz)

Startschuss für die digitale Zukunft

Zur Bedeutung der fortschreitenden Digitalisierung für die deutsche Wirtschaft

JOACHIM BÜHLER

Die Digitale Agenda der Bundesregierung ist ein Meilenstein in der Digitalpolitik Deutschlands. Ein so umfassendes Bekenntnis der Bundesregierung zu den enormen Chancen der Digitalisierung für unsere Wirtschaft und unsere gesamte Gesellschaft hat es bisher nicht gegeben.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft war Vorreiter der Digitalisierung. Was Ende der 1990er mit der Musikindustrie

Die Digitalisierung verändert die Wertschöpfungsprozesse

begann, beobachten wir heute in allen Wirtschaftsbereichen: Digitalisierung verändert Wertschöpfungsprozesse und ist Treiber von Innovation. Software sorgt dafür, dass Autos immer besser werden, Haushaltsgeräte vernetzt sind und die klassische Produktion sich zur Industrie 4.0 entwickelt.

Die ökonomische Bedeutung der digitalen Wirtschaft wächst; mit mehr als 917.000 Beschäftigten ist die ITK-Branche bereits der zweitgrößte industrielle Arbeitgeber in Deutschland, knapp hinter dem Maschinenbau. Durchschnittlich sind in den vergangenen Jahren jährlich 10.000 Arbeitsplätze hinzugekommen. Trotz dieser erfreulichen Zahlen ist Deutschland im internationalen Vergleich nur Mittelmaß, deutlich hinter den USA, die im Silicon Valley nach wie vor die Standards vorgeben, oder Israel, das seit Jahrzehnten auf Hightech setzt und über eine der aktivsten Start-up-Szenen verfügt.

Deutschland muss international aufholen, um die Wettbewerbsfähigkeit seiner Wirtschaft zu sichern. Von herausragender Bedeutung sind dabei drei Themen: Infrastrukturen und intelligente Netze, Vertrauen und Sicherheit sowie die Entwicklung einer international wettbewerbsfähigen digitalen Wirtschaft mit den Säulen Industrie 4.0 und Start-ups.

Das Ziel der Digitalen Agenda ist richtig: Deutschland muss zum digitalen Wachstumsland Nummer 1 werden. Dazu brauchen wir eine Strategie – einen Masterplan. Und zu einem Masterplan gehören nicht nur eine Absichtserklärung, sondern auch konkrete Schritte zur Umsetzung. Und

Deutschland muss zum digitalen Wachstumsland Nr. 1 werden

genau das ist das größte Manko des Papiers: Bislang enthält die Agenda keine konkreten Umsetzungsschritte oder Finanzierungszusagen, etwa zur Förderung des Breitbandausbaus oder zur Steigerung der Start-up-Gründungen in Deutschland. Doch am Ende muss sich die Digitale Agenda auch in der Haushaltsplanung widerspiegeln. So gut und richtig ambitionierte Ziele auch sind, sie lediglich zu formulieren reicht nicht aus, um Deutschland auf die Gigabit-Gesellschaft vorzubereiten. Nötig sind Prioritäten, inhaltliche Substanz und ein Höchstmaß an Konkretheit.

Zu einem solchen Masterplan gehört außerdem, die übergeordneten Ziele in der täglichen politischen Arbeit zu berücksichtigen. Von entscheidender Bedeutung wird sein, ob und wie die einzelnen Ministerien ihre eigenen Vorhaben an den Prioritäten der Digitalen Agenda ausrichten. Es darf nicht mehr vorkommen, dass einzelne Gesetzesinitiativen die Erfordernisse der digitalen Wirtschaft vollständig ausblenden. So sieht die jüngst verabschiedete Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zwar für die Produktion von Aluminium-Eimern steuerliche Entlastungen vor, nicht aber für den Betrieb von Rechenzentren – den Datenspeichern, die zusammen mit Breitbandnetzen eine zentrale Infrastruktur der digitalen Gesellschaft sind. Auf diese Weise besteht die Gefahr, dass Internet bald zum Importartikel in Deutschland wird – eine Entwicklung, die niemand wirklich begrüßen kann.

Ein weiteres Beispiel: Die geplante Reform des Kleinanlegerschutzgesetzes bedroht die Finanzierung von Start-ups durch Crowdinvesting in Deutschland. So würde künftig nicht mehr der Mauseklick für eine Beteiligung von wenigen hundert Euro an einem innovativen Start-up ausreichen. Der potenzielle Investor müsste stattdessen eine Erklärung ausdrucken, unterschreiben und per Post zurückschicken. Wer diese Ausdrucker-Gesinnung bei der Schwarmfinanzierung von Start-ups durchsetzt, konterkariert die Ziele der Digitalen Agenda. In Estland werden heute Unternehmen via Smartphone-App in 18 Mi-

Der blinde Fleck der Agenda: die Bildungspolitik

nuten gegründet, an solchen Eckwerten müssen wir uns orientieren, statt mit Sparbuchmentalität zu glänzen.

Und leider hat die Digitale Agenda noch einen blinden Fleck: die Bildungspolitik. Für eine Digitale Agenda ist die junge Generation entscheidend. Wir brauchen junge Menschen mit Medienkompetenz und einem Grundverständnis der Technologien, die unsere heutige Welt prägen – und morgen noch viel wichtiger sein werden. Hier klafft eine große Lücke in der Digitalen Agenda. Wir brauchen ab der Grundschule die Vermittlung von Medienkompetenz. Und wir müssen Informatik ab der Sekundarstufe I als Pflichtfach unterrichten – eine Forderung, die übrigens von der großen Mehrheit der Lehrer und Eltern geteilt wird. An dieser Stelle sind deshalb die Länder nun in der Pflicht, diesen bedeutenden Teil der Digitalen Agenda in einer gemeinsamen Aktion schnellstmöglich zu ergänzen.

Der nächste wichtige Schritt bei der Digitalen Agenda wird der diesjährige IT-Gipfel am 21. Oktober in Hamburg sein. Der IT-Gipfel ist genau der richtige Ort, um die Umsetzung der Agenda zu begleiten. Die Kernthemen der Digitalen Agenda waren und sind auch Kernthemen des IT-Gipfels. Die Verabschiedung der Digitalen Agenda im Bundeskabinett war deshalb nicht der Schlusspunkt, sondern sie ist der Startschuss auf Deutschlands Weg in die Digitale Zukunft.

Joachim Bühler ist Mitglied der Geschäftsleitung beim BITKOM – Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien

THEMA



Datenverarbeitung 1954: Eingabe auf Lochkarten

Lasst den Worten Taten folgen

Die Digitale Agenda muss schnell umgesetzt werden

DIETER GORNY

Mit der Digitalen Agenda schlägt die Bundesregierung ein neues Kapitel ihrer Netzpolitik auf, die einen klaren Gestaltungswillen erkennen lässt. Es ist begrüßenswert, dass die Bundesregierung unter anderem den Breitbandausbau hierzulande weiter voranbringen will. Doch ohne Achtung und Respekt vor dem zu transportierenden Content droht die Digitale Agenda, auf lange Sicht zu einem gigantischen Ausbauprogramm von Leer-Rohren zu werden.

Denn auch im Jahr 2014 sehen sich Kreative und die mit ihnen partnerschaftlich verbundenen Musikfirmen mit der Tatsache konfrontiert, dass sie aufwändig und kostenintensiv kulturell hochwertige Inhalte produzieren, aber die rechtlichen Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer Urheberrechte einem Holzschwert gleichen, mit dem sie es mit international agierenden und technologisch hochgerüsteten Gegnern aufnehmen müssen. Mit der Neuordnung der rechtlichen Mittel zur Durchsetzung von Urheberrechtsverletzungen hat die Politik ihnen sogar ein wichtiges Instrument zur legitimen Wahrung ihrer Rechte faktisch genommen.

Daher muss Teil der Digitalen Agenda sein, dass die Politik die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Inhalteproduzenten weiter verbessert. Denn die Inhalte sind nicht nur Treiber technologischer Entwicklungen, wie an den Beispielen Tablet-PC oder Smart-TV deutlich wird, sondern auch kultureller Identitätsfaktor. Zusammen mit dem kulturellen Leben stellt der Content überhaupt erst die unverzichtbare Basis für den angestrebten Digitalen Wandel bereit.

Erfreulicherweise signalisiert das vorgestellte Papier der Bundesregierung, dass sich die Politik der Problematik durchaus bewusst ist: So werden dort Haftungsfragen im Netz, die für die Kreativbranchen von großer Bedeutung sind, in der Digitalen Agenda eigens adressiert. Ein drängendes Thema in diesem Zusammenhang ist

beispielsweise die Hostprovider-Haftung. Doch bereits die Reaktionen auf die Ankündigung zur Anpassung der WLAN-Haftung machen deutlich, dass sich erst in der konkreten Ausgestaltung zeigen wird, wie belastbar die Digitale Agenda in der Realität sein wird.

Daher ist es umso wichtiger, in diese konkrete Ausgestaltung der Digitalen Agenda die Branchen mit einzubeziehen, die die digitale Transformation auch wirklich betrifft. Denn andernfalls drohen sich Fehler der Vergangenheit zu wiederholen: Schon einmal mussten wir mitansehen, wie sich die Politik nur auf das digital Machbare konzentrierte, ohne die legitimen Belange der Kultur- und Kreativwirtschaft ausreichend zu würdigen. Es war zu beobachten, dass uns Inhalteanbietern im Spannungsfeld zwischen Nutzern und Technologieunternehmen zwar in der Realität eine bedeutsame Rolle zukam, während es jedoch an der politischen Akzeptanz für unsere Positionen mangelte, so dass wir hier über lange Jahre hinweg eine vergleichsweise schwächere Position hinnehmen mussten. Die Folgen dieser politischen Haltung sind uns allen bekannt.

Das vorgestellte Papier zur Digitalen Agenda lässt zumindest erkennen, dass sich die Politik heute nicht mehr nur einseitig an digitalen, technologischen Chancen orientiert, sondern die digitale Transformation als Querschnittsthema für alle Gesellschafts- und Wirtschaftsbereiche begreift. Zu diesen gehört selbstverständlich auch die Kreativwirtschaft, die daher aktiver Teil der Digitalen Agenda werden muss.

Wir als Musikindustrie bieten an, unsere Erfahrungen in den Ausgestaltungsprozess einzubringen. Denn an unserer Entwicklung in den vergangenen 15 Jahren lässt sich beispielhaft erkennen, wozu es führt, wenn Kreativ dabei zusehen müssen, wie ihre Bedürfnisse zulasten des »Anything goes« netzpolitischer Interessen politisch unbeachtet bleiben. Und dennoch ist es der Musikindustrie gemeinsam mit den Rechteinhabern gelungen, ohne besondere Hilfe der Politik und trotz dieser schwierigen Verhältnisse mit dem Musikstreaming ein neues Geschäftsmodell zu schaffen, das nach 15 verlustreichen Jahren zumindest wieder hoffen lässt.

Um die Kultur- und Kreativwirtschaft jedoch angemessen am Prozess teilhaben zu lassen, reicht der IT-Gipfel als Plattform nicht aus, denn der Rahmen wird der Bedeutung kultureller Inhalte für den Digitalen Wandel schlicht nicht gerecht. Ein eigens geschaffener nationaler »Content-Gipfel« hingegen würde gleichzeitig ein klares Bekenntnis der Politik für die Kultur- und Kreativwirtschaft darstellen. Er

Ein verheißungsvolles Signal für die Musikindustrie

würde damit das Bewusstsein für den Wert kreativer Leistungen, die dahinter liegenden Wertschöpfungsketten sowie den Schutz der Investments stärken. Und wenn an dieser Stelle von Bewusstsein die Rede ist, so hoffe ich übrigens, dass bei den Aufklärungseingagements der Bundesregierung künftig auch der Umgang mit geistigem Eigentum im Internet eine stärkere Berücksichtigung erfahren wird.

Die Digitale Agenda ist zusammenfassend betrachtet ein verheißungsvolles Signal und ich hoffe, dass die Politik den Worten Taten folgen lässt. Bereits die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag waren ein erster Schritt in die richtige Richtung. Ziel ist nun, dass der Gesetzgebungsprozess bis Anfang 2016 konkrete Ergebnisse für einen verbesserten Schutz von Urheberrechten hervorbringt. Wir als Musikindustrie haben unsere »Hausaufgaben« gemacht, indem wir uns den veränderten Bedingungen angepasst haben. Nun ist es Aufgabe der Politik, dies im Rahmen der Digitalen Agenda entsprechend zu würdigen, um letztlich auch das Signal auszusenden, dass sich hierzulande Geschäftsmodelle mit kulturellen Inhalten der Kreativwirtschaft sehr wohl mit netzpolitischen Interessen ausbalancieren lassen – wenn man es denn politisch durch die entsprechenden Rahmenbedingungen ermöglicht.

Dieter Gorny ist Vorstandsvorsitzender des Bundesverbands Musikindustrie

Terra Ignoranzia

Die Digitale Agenda der Bundesregierung zeugt von einem verlorenen Jahrzehnt

LORENZ MATZAT

Es ist ein ungewöhnlicher Kontinent, der sich vor einem halben Jahrhundert zu bilden begann. Von jedem Ort der Welt ist er gleich schnell zu erreichen; Dinge lassen sich auf ihm ohne Abnutzung vervielfachen; jeder Ort auf ihm ist gleich weit voneinander entfernt. Richtig zugänglich wurde er vor knapp 25 Jahren, als das World Wide Web der technologischen Infrastruktur Internet und seiner Vorgänger besser verständliche Regeln gab. Seitdem wächst und gedeiht der Meta-Erdteil allenthalben, überflutet alle Lebensbereiche und transformiert ganze Wirtschaftszweige.

Spätestens ab Anfang dieses Jahrtausends hätte sich die Politik diesem neuen Kontinent zuwenden müssen. Doch es sollte noch ein Jahrzehnt vergehen, bis mit einer »Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft« das bundesdeutsche Parlament offiziell anerkannte, dass man sich diesem Internet intensiver widmen müsse. Unlängst mündete dies nun in einer Digitalen Agenda 2014–2017, die von der Großen Koalition Ende des Sommers präsentiert wurde.

In jener Agenda wird offensichtlich, wie sich ein verlorenes Jahrzehnt rächt. Anfang der 2000er war es durch das reinigende Feuer der Dotcom-Blase zu der ersten notwendigen Ernüchterung und Erdung des Internethypes gekommen; seitdem prosperiert das Digitale ungebremst. Großprojekte wie die Wikipedia und OpenStreetMap zeigten, welche Kraft dieses Netzwerk entfalten kann; welche kreative Energie und auch Altru-

ismus in der »Open«-Bewegung steckt. Sich in diese Energie einzuklinken, sie nutzbar für die Gesellschaft zu machen, hat die etablierte Politik längst verschlafen. Allerdings nicht nur sie: Zwar gibt es einige zivilgesellschaftlichen Gruppen, etwa aus den Kreisen der »Open Government«-Bewegung und der netzpolitischen Aktivisten, die das Potential des Digitalen genutzt sehen wollen. Doch stehen große Akteure wie die Kirchen oder Gewerkschaften dem Internet zumindest zaudernd gegenüber; die akute Zeitungs- und Verlegerkrise – ist auch Ausdruck ein und desselben Phänomens: Das weltumspannende Netzwerk wurde seitens Vieler in Entscheidungspositionen zu lange mit Nichtbeachtung behandelt: Terra Ignoranzia.

Und leider ist kaum Besserung in Sicht. Weiterhin ist in aller Regel das Denken und Reden über das Internet mit dem Narrativ der Bedrohung behaftet und die Floskeln über die Chancen

Nun zeigt sich, wie sich ein verlorenes Jahrzehnt rächt

erweisen sich als eben diese. Jüngst etwa äußerte sich der SPD-Parteivorsitzender Sigmar Gabriel über die Netzpolitik, die seine Partei zukünftig als wichtiges Politikfeld begreifen will. Seine Rede anlässlich eines Parteikonvents #DigitalLEBEN war durchzogen von Ressentiments wie: »Wir müssen uns dem Silicon-Valley-Kapitalismus

erwehren«. Von einem Gefühl, das hier ernsthaft ein Aufbruch angegangen werden sollte, war nicht zu spüren.

Das spiegelt sich auch im Geist der Digitalen Agenda der Bundesregierung. Dort steht nichts prinzipiell Falsches drin. Aber auch kaum Richtiges: Sie ist gespickt mit schwammigen Absichtserklärungen – konkrete Schritte finden sich kaum. Von Geldsummen, die bereitgestellt werden sollen, ganz zu schweigen.

Zum Thema politische Partizipation finden sich einige dünne Sätze. Es scheint nicht im Interesse der etablierten Parteien und ihrer Politiker zu liegen, das Internet als Demokratie-Werkzeug zu verwenden. Die, die so gerne alles reformieren, nehmen ihre ureigenste Sphäre davon aus. Dabei sollte ihnen der zeitweise Erfolg der Piratenpartei zu denken geben: Deren Erfolg war wesentlich davon gespeist, dass es ein Wunsch nach mehr Transparenz und Partizipation gab. Der besteht auch nach dem Niedergang der Piraten weiter. Das Misstrauen gegenüber der etablierten Politik kann diese nur zurückerlangen, wenn sie bereit ist, sich zu wandeln. Das Internet als Raum für Chancen in diesen Belangen zu nutzen, wird verpasst.

Noch schlimmer ist, dass zwei Punkte nahezu völlig ausgespart werden und das dürfte sich eher auf kurz als lang als Desaster herausstellen.

Zum einen ist das Thema Internet und Schule faktisch nicht enthalten. Das mag sich mit der Zuständigkeit der Länder für Bildungsaufgaben erklären. Allerdings äußert sich die Agenda ein wenig zu Hochschulen – das Thema

Bildung kommt also durchaus vor. Die SPD brachte auf besagtem Parteikonvent immerhin das Thema »Programmiersprache als Fremdsprache« im Schulunterricht auf. Darüber ließe sich diskutieren. Doch dafür müssten Rah-

Die Politik hat erheblichen Nachholbedarf im Bereich des Digitalen

menbedingungen geschaffen werden, für die die Bundesregierungen Impulse geben könnte.

Wer Schülerinnen und Schüler in Sachen Digitales und Internet gut ausbilden will, braucht dafür gute fachkundige Lehrer. Doch das Internet, welches die Lebensrealität vieler Kinder und Jugendlichen immer stärker prägt, ist in vielen Schulen als Chancenmedium kaum Thema. Es bräuchte bundesweit viele tausend medienkompetente Lehrerinnen und Lehrer. Doch woher sollen sie kommen? Wer entwickelt die entsprechenden Methoden für eine Lehrerbildung? Wie wird gewährleistet, dass die Lehrkräfte auf dem Stand der sich permanent weiterentwickelnden Computer- und Softwaretechnologie bleiben?

Diese Fragen greifen über in die zweite Leerstelle der Digitalen Agenda: Zwar wird einiges an Worten über die Arbeitswelt verloren – »wir wollen gute digitale Arbeit«. Und durch die digitale Wirtschaft werden »deutliche Impulse

für die Entwicklung der Beschäftigung« erwartet. Doch ob diese Impulse guter oder schlechter Natur sind, wird nicht weiter ausgeführt.

Und das ist das Problem: Viele Zeichen deuten darauf hin, dass die Automatisierung durch Software in den nächsten Jahren verstärkt Arbeitsplätze in Branchen ersetzen wird, die bislang von Maschinen verschont blieben. Das wird deutlich am Beispiel von selbstfahrenden Fahrzeugen, die in einigen Jahren einsatzbereit sein dürften: Sie werden nicht nur die Arbeitswelt im Logistiksektor erschüttern. Sondern könnten, wenn immer mehr Leute auf das eigene Auto verzichten, weil ein Netzwerk von selbstfahrenden Fahrzeugen auf Zuruf per Smartphone zur Verfügung steht, die gesamte Autoindustrie und ihre Zulieferer empfindlich treffen.

Wie bereitet man in der Schule die kommende Generation auf die digitalisierte Welt vor? Wie begegnet man einem möglichen Abrieten und rapiden Abbau von Arbeitsplätzen in den nächsten zehn Jahren? Dies wären Fragen, der sich die Digitale Agenda hätte widmen müssen. Doch es wird deutlich, dass die etablierte Politik gar nicht die Instrumente besitzt, um sich in diesem Themenfeld zu bewegen. Sie hat beachtlichen Nachholbedarf im Bereich des Digitalen. Die Chancen, dass sie sich in absehbarer Zeit mit diesen dringenden Zukunftsfragen befassen kann, stehen schlecht.

Lorenz Matzat ist Journalist und Unternehmer in Berlin. Er schreibt unter anderem für www.netzpolitik.org



Großrechenmaschine von IBM 1944

Der Praxistest wird es zeigen müssen

Digitale Agenda und die Interessen kleiner und mittlerer Musikunternehmen

CHRISTOF ELLINGHAUS

Wir, der Verband unabhängiger Musikunternehmen e.V. (VUT), vertreten die Interessen der unabhängigen Musikunternehmen in Deutschland, darunter vor allem kleine und mittlere Musikunternehmen wie Labels, Verlage, Vertriebe sowie Künstler, die sich selbst vermarkten. Die unabhängigen Musikunternehmen stehen zusammen für 30 Prozent Marktanteil, sind somit die Nummer zwei hinter Universal auf dem Musikmarkt und liefern damit einen beachtlichen Teil eines der am meisten nachgefragten Inhalte im Internet, der Musik.

Unsere Mitglieder gehörten zu den ersten, die gelernt haben, mit der Digitalisierung umzugehen und zwar dank ihrer kleinteiligen Struktur und ihrer Innovationskraft. So konnten sie neue Entwicklungen aktiv mitgestalten, dies gilt ebenso für neue Nutzungsformen wie auch für neue Geschäftsmodelle. Darum begrüßen wir die Initiative der Bundesregierung und der verantwortlichen Ministerien, die nun mit der Digitalen Agenda der Digitalisierung Rechnung tragen und dabei die Menschen in den Mittelpunkt der Strategie rücken.

Die Innovationskraft kleinerer Firmen muss gefördert werden

Wir verstehen die Digitale Agenda als eine Art Wegweiser für die nächsten Jahre, denn sie umreißt relevante Themen. Gleichzeitig erwarten wir als nächsten Schritt von den verantwortlichen Ministerien die Entwicklung und Umsetzung von geeigneten Instrumenten und konkreten Maßnahmen, um den ordnungspolitischen Rahmen zu schaffen.

Die Digitale Agenda schneidet für unsere Mitglieder relevante Themen an, darunter die Hostproviderhaftung, die kollektive Rechtswahrnehmung, Medienkompetenz, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Inhalteanbieter, Marktzugang und faire Wettbewerbsbedingungen sowie den Schutz geistigen Eigentums und das Urheberrecht. Aber den Worten müssen jetzt Taten folgen. Die Anpassung des Haftungsprivilegs für Hostprovider an die heutige Zeit ist überfällig, um nur ein Beispiel zu nennen. Seit Jahren sind die Aufgabenfelder bekannt und nicht nur wir haben konkrete Regelungsvorschläge in fast allen genannten Bereichen unterbreitet, die generell die Interessen der Produzenten von Inhalten und im Besonderen die der unabhängigen Musikunternehmen angemessen berücksichtigt würden.

Konkret wird die Digitale Agenda aber nur an anderen Stellen. Anbieter von öffentlichem WLAN sollen nicht für die Rechtsverletzungen ihrer Kunden haften. Das ist schön für die Anbieter von öffentlichem WLAN. Schön für die Nutzer von WLAN ist, dass sie mit Hochgeschwindigkeitsnetzen versorgt und Geschäftsmodelle geschützt werden sollen, die Anonymisierungs- und Pseudonymisierungsmaßnahmen verwenden. Und zuletzt ist es schön für die Anbieter offensichtlich strukturell rechtsverletzender Internetseiten, dass aus kartellrechtlichen Gründen sich Werbewirtschaft und Produzenten von Musik, Film, E-Books, Games usw. nicht abstimmen und ein einvernehmliche erarbeitete Verfahren anwenden dürfen, um zu verhindern, dass im allgemeinen Interesse Werbung auf diesen Seiten platziert wird.

Insbesondere der Themenbereich faire Wettbewerbsbedingungen und Marktzugang sind für die kleinen und mittleren Musikunternehmen von größter Relevanz. Bloßes Beobachten und Prüfen reichen an dieser Stelle nicht. Denn ohne den Marktzugang

wird den unabhängigen Musikunternehmen die Grundlage dafür entzogen, nachhaltig in aufstrebende Künstler zu investieren, Nachwuchsförderung zu betreiben und ihren Beitrag zu unserer vielfältigen Musiklandschaft zu leisten. Der Fall »Indies vs. YouTube« im Sommer dieses Jahres hat gezeigt, dass es an der Zeit ist, die Regeln, die momentan für den digitalen Wettbewerb gelten, zeitgemäß zu überarbeiten.

Aus der Digitalen Agenda lässt sich das Bestreben erkennen, Marktzutrittsschranken zu minimieren sowie den Missbrauch marktbeherrschender Stellungen zu unterbinden. Dies sehen wir als elementares Ziel an, damit in-

ternationale Konzerne ihre Marktmacht nicht zur Benachteiligung von kleinen und mittleren Unternehmen ausnutzen können.

Dass die Digitale Agenda insbesondere die Innovationskraft kleiner und mittlerer Unternehmen fördern und ihre Bedingungen verbessern will, unterstützen wir. Jedoch vermischen wir auch an dieser Stelle, dass die Kreativwirtschaft an diesen Punkten mitgedacht wird, ob es nun um Big Data, Cloud Computing oder Smart Services und Start-ups geht.

Es ist an der Zeit, dass sich die kulturelle Bedeutung der kleinen und mittleren Musikunternehmen auch auf der

politischen Agenda – und zwar nicht nur in der Digitalen Agenda – niederschlägt. Denn für die musikalische Vielfalt, die Nachwuchsförderung, die langfristigen Beziehungen zu ihren Künstlern, den Beitrag zur interkulturellen Arbeit und die sozialen Arbeitsbedingungen sind genau diese Unternehmen verantwortlich. Und nicht zuletzt sind sie es auch die unabhängigen Musikunternehmen, die dem Internet seine Inhalte liefern.

Christof Ellinghaus ist Vorstandsvorsitzender des Verbands unabhängiger Musikunternehmen (VUT)



Telefonzentrale der Universität Jena 1975

FOTO: PICTURE ALLIANCE / UNIVERSITÄT JENA

Die Chancen der Digitalisierung für Bildung, Forschung und Wissenschaft nutzen

Die zukunftsweisenden Möglichkeiten der Digitalen Agenda

JOHANNA WANKA

Die Digitalisierung bietet vielfältige und immer wieder aufs Neue beeindruckende Chancen. Sie hat unser Leben spürbar verändert und ist zunehmend zu einem weitreichenden Querschnittsthema geworden. Deshalb widmet sich das Wissenschaftsjahr 2014 der digitalen Gesellschaft. Im Mittelpunkt stehen die Chancen und Herausforderungen des digitalen Wandels. Zweifelsfrei gehört die Möglichkeit, unentgeltlich und barrierefrei an Wissen teilhaben zu können, zu den großen Vorteilen der Digitalisierung. So können beispielsweise Lehrerinnen und Lehrer heute auf viel mehr Informationsquellen für den Unterricht zurückgreifen. Das zur Verfügung stehende Ton- und Filmmaterial ist gewachsen, und die Digitalisierung bringt neue didaktische Konzepte hervor. Durch die digitalen Quellen und Lehrmittel kann der Unterricht für die heutigen Schülerinnen und Schüler anschaulicher und differenzierter gestaltet werden als dies etwa bei

ihren Eltern der Fall war. Auch Studium und Lehre profitieren von der schnellen Verfügbarkeit digitaler Informationen und dem Einsatz digitaler Lehrmittel. Besonders erfreulich ist, dass auch beim Thema Inklusion eine neue Dynamik durch die Digitalisierung entstanden ist. Digitale Hilfsmittel können den flexiblen und auf den individuellen Bedarf abgestimmten Zugang zu Bildungsangeboten erleichtern.

In der Wissenschaft hat die Digitalisierung die Vernetzung und die Zusammenarbeit auf eine andere Ebene gehoben. Heute ist es Forscherinnen und Forschern leichter möglich, die Erkenntnisse und die daraus resultierenden neuen Fragen mit der globalen Forschungsgemeinschaft zu teilen. Daten,

Daten sind schneller verfügbar. Das kommt der Forschung zugute

die zum Beispiel durch die deutschen Forschungsschiffe auf den Weltmeeren erhoben werden, können zeitnah auch in den meereswissenschaftlichen Forschungsstellen auf dem Festland mitverfolgt und analysiert werden. Simu-

lationen, die Höchstleistungsrechner heute ermöglichen, haben sich neben der Theoriebildung und dem Experiment als dritte Säule der Wissenschaft etabliert. So lassen sich zum Beispiel wichtige Erkenntnisse für die Klima- und Gesundheitsforschung gewinnen. Die Tatsache, dass neue Daten schneller verfügbar sind, mehr Daten generiert werden und diese großen Datenmengen mit weniger Zeitaufwand ausgewertet werden können, hilft in der Spitzenforschung die Grenzen unserer bisherigen Erkenntnisse zu überschreiten.

All das sind enorme Chancen, die die Digitalisierung in Bildung, Forschung und Wissenschaft bietet. Dennoch sollten wir die digitalen Möglichkeiten nicht immer gleichzeitig auch als die besseren ansehen. Konkret heißt das zum Beispiel: In der Bildung und der Lehre kommt es trotz überall verfügbarer Informationen weiterhin auf die individuelle Vermittlung und Betreuung durch qualifizierte Lehrkräfte an.

Die Bundesregierung hat im August die Digitale Agenda 2014–2017 vorgelegt. Dabei werden sieben zentrale Handlungsfelder fokussiert. Das Handlungsfeld »Bildung, Forschung, Wissenschaft, Kultur und Medien« wird dabei federführend vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) ver-

antwortet. In diesem Handlungsfeld der Digitalen Agenda haben wir wichtige Ziele formuliert: Gemeinsam mit den Ländern und unter Einbeziehung von weiteren Verantwortlichen im Bildungsbereich werden wir die Strategie

Die Digitalisierung wird selbst zum Forschungsgegenstand

»Digitales Lernen« auf den Weg bringen. Damit wollen wir den intensiven Einsatz digitaler Medien in der Bildung und im gesamten Lebenslauf voranbringen. Mit dem Förderprogramm »Digitale Medien in der beruflichen Bildung« werden wir den Einsatz digitaler Aus- und Weiterbildungswerkzeuge in der beruflichen Bildung deutlich steigern.

Für die Forschung wird die Bundesregierung eine Strategie für den digitalen Wandel in der Wissenschaft vorlegen, die wesentlich dazu beitragen soll, die Informationsinfrastrukturen – wie zum Beispiel Archive, Bibliotheken, Forschungs- und Publikationsdatenbanken – weiterzuentwickeln. Hier wird der von Bund und Ländern beschlossene Rat für Informationsin-

frastrukturen als übergeordnetes Koordinierungs- und Beratungsgremium die Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Informationsinfrastruktur unterstützen. Mit einer umfassenden Open-Access-Strategie wollen wir die Rahmenbedingungen für einen unentgeltlichen, effektiven und dauerhaften Zugang zu öffentlich finanzierten wissenschaftlichen Publikationen und zu Forschungsdaten verbessern.

Schließlich geht es aber auch darum, die grundsätzlichen Auswirkungen des digitalen Wandels gut zu verstehen. Deshalb wird die Digitalisierung selbst zum Forschungsgegenstand. Wir werden Antworten auf Fragen nach dem selbstbestimmten Leben, der zukünftigen Arbeit und der Privatheit in der digitalen Welt suchen.

Ich bin überzeugt, in Bildung, Forschung und Wissenschaft werden die positiven Aspekte und die vielen neuen Möglichkeiten der Digitalisierung die Risiken weit überwiegen. Diese Chancen der Digitalisierung zu erkennen und sie auch in der Bildungs- und Forschungspolitik konsequent umzusetzen, ist unsere vornehmliche Aufgabe – heute und in Zukunft.

Johanna Wanka ist Bundesministerin für Bildung und Forschung

Zwischen Lob und Kritik

Statements der Fraktionen zur Digitalen Agenda 2014–2017 der Bundesregierung

Wichtige Innovationskraft

THOMAS JARZOMBEK

Deutschland zum Digitalen Zukunftsland Nummer 1 in Europa zu machen – das ist der Anspruch der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Und es muss auch der Anspruch der Digitalen Agenda der Bundesregierung sein: In der Digitalisierung liegen große Chancen für unser Land. Hierzu gehört zum Beispiel die Möglichkeit für unsere klassischen und erfolgreichen deutschen Industrien, den Maschinenbau und die Automobilindustrie – den Anschluss an die globale Weltwirtschaft nachhaltig sicherzustellen. Das Stichwort dazu heißt Industrie 4.0. Aber es gibt noch

Deutschland soll Digitales Zukunftsland Nummer 1 werden

zahlreiche weitere Felder, wie – um nur einige zu nennen – die Digitale Bildung, den Bereich E-Health, die Nutzung von Open Data oder die Möglichkeiten für direkte Wertschöpfung durch die vielen Gründerinnen und Gründer und Start-ups, die sich die digitale Wirtschaft zunutze machen. Es ist Aufgabe der Politik, solche Perspektiven zu erkennen und für sie zu werben. Mit der Digitalen Agenda stellt sich die Bundesregierung dieser Aufgabe. Mit der Digitalen Agenda 2014–2017 hat die Bundesregierung erstmals eine Gesamtstrategie vorgelegt, in der – über die verschiedenen Handlungsfelder hinweg – ein Weg in die digitalisierte Zukunft Deutschlands vorgegeben wird. Voraussetzung dafür sind flächendeckende Investitionen in die digitale Infrastruktur: Der Ausbau der Breitbandversorgung muss vorangetrieben werden, denn die Große Koalition hat sich das Ziel gesetzt, bis 2018 alle Haushalte in Deutschland mit Anschlüssen mit der Geschwindigkeit von 50 MBit/s zu versorgen.

Die Agenda ist eine Gesamtstrategie, die über alle Ressorts hinweg entwickelt wurde. Das war eine große Herausforderung und ich finde, das Ergebnis kann sich sehen lassen. Die Digitale Agenda muss jetzt mit konkreten Haushaltsmitteln hinterlegt werden – denn erst dadurch kann sie eine richtige Innovationskraft entfalten. Auf der Grundlage der Strategie müssen nun konkrete Umsetzungsmaßnahmen entwickelt werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird diesen Prozess im ständigen Austausch mit der Bundesregierung, der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und den verschiedenen Stakeholdern begleiten. Und wir werden als Parlament darauf achten, dass in den verschiedenen Ministerien aus der Digitalen Agenda möglichst viele disruptive Projekte entstehen. Eine besondere Aufgabe kommt hierbei auch dem neuen Ausschuss Digitale Agenda des Deutschen Bundestages zu. Vielfach wurde kritisiert, die Digitale Agenda sei zu wenig konkret und es fehlten die einzelnen Maßnahmen. Diese Kritik sollte man durchaus anhören, und auch miteinander über die Ausgestaltung einzelner Vorhaben im Gespräch bleiben, aber man sollte die Kritik auch realistisch einordnen: Die Aufgaben sind definiert und gestellt – jetzt geht es an die Umsetzung!

Sicherung der Vielfalt

LARS KLINGBEIL

Mit der Digitalen Agenda liegt ein ambitioniertes Arbeitsprogramm für die kommenden drei Jahre vor. Erstmals gibt es eine ressortübergreifende Digitalisierungsstrategie und ein zusammenhängendes politisches Programm für die Gestaltung der digitalen Gesellschaft.

Die Digitalisierung und die weltweite Vernetzung haben die Schaffung und den Zugang zu Kulturgütern und zu medialen Inhalten sowie die Möglichkeiten der Kommunikation und der Meinungsbildung und -äußerung revolutioniert und demokratisiert. Einen breiten Raum in der Digitalen Agenda nehmen folgerichtig auch die Themen Kultur und Medien ein. So soll Deutschland zu einem digitalen Kulturland weiterentwickelt werden und es ist das Ziel der Digitalen Agenda, ein qualitativ hochwertiges Angebot digitaler kultureller und medialer Inhalte zu sichern. Hierzu sollen die Rahmenbedingungen für Inhalteanbieter verbessert und die Digitalisierung von Kulturgut und Medien unterstützt werden. Vor allem muss die Zugänglichkeit zum kulturellen und wissenschaftlichen Erbe in Archiven, Bibliotheken und Museen – also der Zugang zum kulturellen Gedächtnis der digitalen Gesellschaft – sichergestellt werden. Darüber hinaus muss es darum gehen, die geltende Medien- und Kommunikationsordnung, die unter den Bedingungen der analogen Welt entstanden ist, an die Gegebenheiten des digitalen Zeitalters anpassen. Die Regelungen müssen der Konvergenz der Medien, neuen technologischen Entwicklungen und der weltweiten Vernetzung aber auch den sich ändernden Nutzungsgewohnheiten Rechnung tragen.

Für die SPD bleibt dabei auch in der digitalen Gesellschaft die Vielfaltssicherung zentrales Leitmotiv ihrer Kultur- und Medienpolitik. Sie zielt insbesondere darauf ab, einseitige

Die Digitale Agenda ist nicht der Schlusspunkt, sondern ein Auftakt

Meinungsmachtverteilung und Verbreitungsdominanzen zu verhindern und Anreize für eine vielfältige Angebotsstruktur zu schaffen. Ein weiterer Schwerpunkt muss die digitale Bildung sein – vor allem im Sinne einer Befähigung zur digitalen Selbstständigkeit.

Die Vorstellung der Digitalen Agenda ist nicht der Schlusspunkt, sondern der Auftakt und der Start eines offenen Umsetzungsprozesses. Die Umsetzung dieses zentralen politischen Vorhabens kann nur in enger Abstimmung mit allen politischen Ebenen sowie Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft gelingen. Der neu eingerichtete Ausschuss Digitale Agenda des Deutschen Bundestages wird die Umsetzung der Digitalen Agenda federführend begleiten und voranbringen. Als SPD-Bundestagsfraktion haben wir diesen Dialog bereits im Rahmen unseres Kreativpaktes gesucht und diesen Dialog werden wir jetzt im Rahmen der Umsetzung der Digitalen Agenda mit dem Deutschen Kulturrat fortsetzen.

Zu schwammige Ankündigungen

HALINA WAWZYNIAK

Einfach übersetzt heißt Agenda »Das, was getan werden muss«. Folgt man dieser Lesart, braucht die Digitale Agenda der Bundesregierung niemandem Kopfzerbrechen bereiten. Sie verliert sich in allgemein gehaltenen Ankündigungen, die ganz gut klingen, aber niemanden in die Pflicht nehmen, keine konkreten Aufgaben beschreiben, keine Termine nennen und deshalb in vielen Bereichen folgenlos bleiben werden.

Nehmen wir zum Beispiel das Thema »Breitbandausbau«. Die Bundesregierung erkennt die »Notwendigkeit flächendeckend verfügbarer leistungsstarker Breitbandnetze« an. Bis 2018 sollen Bandbreiten von mindestens 50 Mbit/s genutzt werden können. Wie dies sichergestellt werden soll, ist nicht zu lesen. »Mit staatlichen Mitteln unterstützen wir dort, wo sich ein wirtschaftlicher Ausbau nicht lohnt«, kündigt die Bundesregierung an. Woher die Mittel dafür kommen und wer sie unter welchen Bedingungen bekommt – dazu kein Wort.

Eine Problem-beschreibung ist noch keine Agenda

Die Agenda verweist auf die großen Potenziale der Digitalisierung für den Arbeitsmarkt, aber wie die rund 900.000 Arbeitsplätze gegenwärtig ausgestattet sind und was getan werden muss, um gute Arbeit und gute Löhne zu fördern – dazu finden wir keine Vorschläge. Eine Problembeschreibung aber ist noch keine Agenda. Die Bundesregierung kündigt an, prüfen zu wollen, wie sich die Digitalisierung auf soziale Sicherungssysteme auswirkt. Ob sie Vorschläge hat, beispielsweise zur Frage der Vertraulichkeit von Äußerungen im Internet und die Bedeutung dieser Frage in Bezug auf das Arbeitsrecht – wir wissen es nicht.

Die Bundesregierung will Start-ups stärker unterstützen. Das ist schön. Aber es gibt keine Analyse, was mit den Start-ups passiert. Werden sie nur von den Großkonzernen aufgekauft und lässt sich so mit Wagniskapital viel Geld verdienen, nur um am Ende die Konzentration in diesem Bereich zu verstärken? Oder wird das Ziel verfolgt, mehr eigenständige Player zugunsten einer größeren Vielfalt und eines weniger verzerrten Wettbewerbs zu fördern?

Die Aussagen zum Urheberrecht sind schwammig und allgemein – dabei besteht hier dringender Handlungsbedarf. Auch in dem Bereich »Medien- und Informationskompetenz« lesen wir viele Worte, finden nichts Konkretes, ebenso beim Thema »digitale Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger«.

Immerhin formuliert die Agenda, dass Netzneutralität gesetzlich verankert werden soll.

Aber am Ende fragt man sich, wofür die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags »Internet und digitale Gesellschaft« eigentlich gearbeitet hat, wenn die Bundesregierung sich ihrer Empfehlungen und Vorschläge nicht bedient.

Sammelsurium ohne Konzept

KONSTANTIN VON NOTZ

Die »Digitale Agenda« sollte der große Programmentwurf der Bundesregierung zur Netzpolitik werden. Herausgekommen ist ein Sammelsurium längst bekannter Ankündigungen. Statt den Herausforderungen der digitalen Gesellschaft visionär, konzeptionell und konkret gesetzgeberisch zu begegnen und den digitalen Wandel im Sinne der Nutzer, der Kreativen und der Wirtschaft aktiv zu begleiten, versteckt man sich hinter allgemeinen Plattitüden oder verweist lapidar auf die Europäische Ebene. Eine Vision, wohin die Reise gehen soll, hat man trotz jahrelanger Diskussionen noch immer nicht.

Wir waren bereits viel weiter: Die Enquete-Kommission »Internet und digitale Gesellschaft« des Bundestages hat sich intensiv mit allen netzpolitischen Fragestellungen befasst und hunderte Handlungsempfehlungen für den Gesetzgeber vorgelegt, welche interfraktionell verabschiedet wurden. Sie hätten als Grundlage für eine »Digitale Agenda« dienen müssen. Statt auf diese wichtige Vorarbeit des Parlaments aufzubauen, legt die Regierung nun einen Entwurf vor, der substanzloser kaum sein könnte und den netzpolitischen Kardinalsfehler der Bundesregierung offenbart: Bis heute wurde verpasst, Kompetenzen zu bündeln und ange-messen zu koordinieren.

Noch immer bemühen sich »drei federführende Minister« vergeblich um eine einheitliche Linie. Diese mangelnde Koordinierung, weitestgehend ohne den – unter anderem für das Urheberrecht zuständigen – Minister der Justiz und für Verbraucherschutz, macht sich inhaltlich schmerzhaft bemerkbar. So steht beispielsweise zum Urheberrecht was genau in der Agenda? Nichts! Exemplarisch wird hieran deutlich: Diese Agenda wird letztlich niemandem helfen. Zu Recht wurde sie daher auch von allen Seiten verrissen. Von der vielbeschworenen Einbeziehung der Zivilgesellschaft und anderer Multistakeholder war im Zuge der Erarbeitung bereits nichts mehr zu hören. Eine inhaltliche Diskussion wurde einmal mehr erst durch Leaks möglich. Das zeigt: Die Bundesregierung hat auch die Vorteile einer modernen, partizipativen Politik bis heute nicht verstanden.

Selbst angesichts der eigenen Konzeptlosigkeit fehlt ihr der Mut, auf die wichtige Vorarbeit des Parlaments zurückzugreifen. Dem Parlament kommt in den nächsten Monaten die Aufgabe zu, die substanzlose Vorlage im wei-

Es braucht eine Vision der digitalen Zukunft im Land

teren parlamentarischen Verfahren anzudicken. Daher ist es richtig, dass der gleichnamige Internet-Ausschuss des Bundestages das Thema in einer Sondersitzung aufgreifen und intensiv nachhaken wird. Als grüne Fraktion werden wir die Große Koalition noch einmal an die gemeinsam geleistete, wichtige Vorarbeit erinnern.



Thomas Jarzombek, Netzpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



Lars Klingbeil, Netzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag



Halina Wawzyaniak, Netzpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag



Konstantin von Notz, Netzpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag

FOTO: TOBIAS KOCH

FOTO: SPD-PARTEIVORSTAND SUSIE KNOLL / FLORIAN JAENCKE

FOTO: SASCHA NOLTE

FOTO: VON-NOTZ.DE

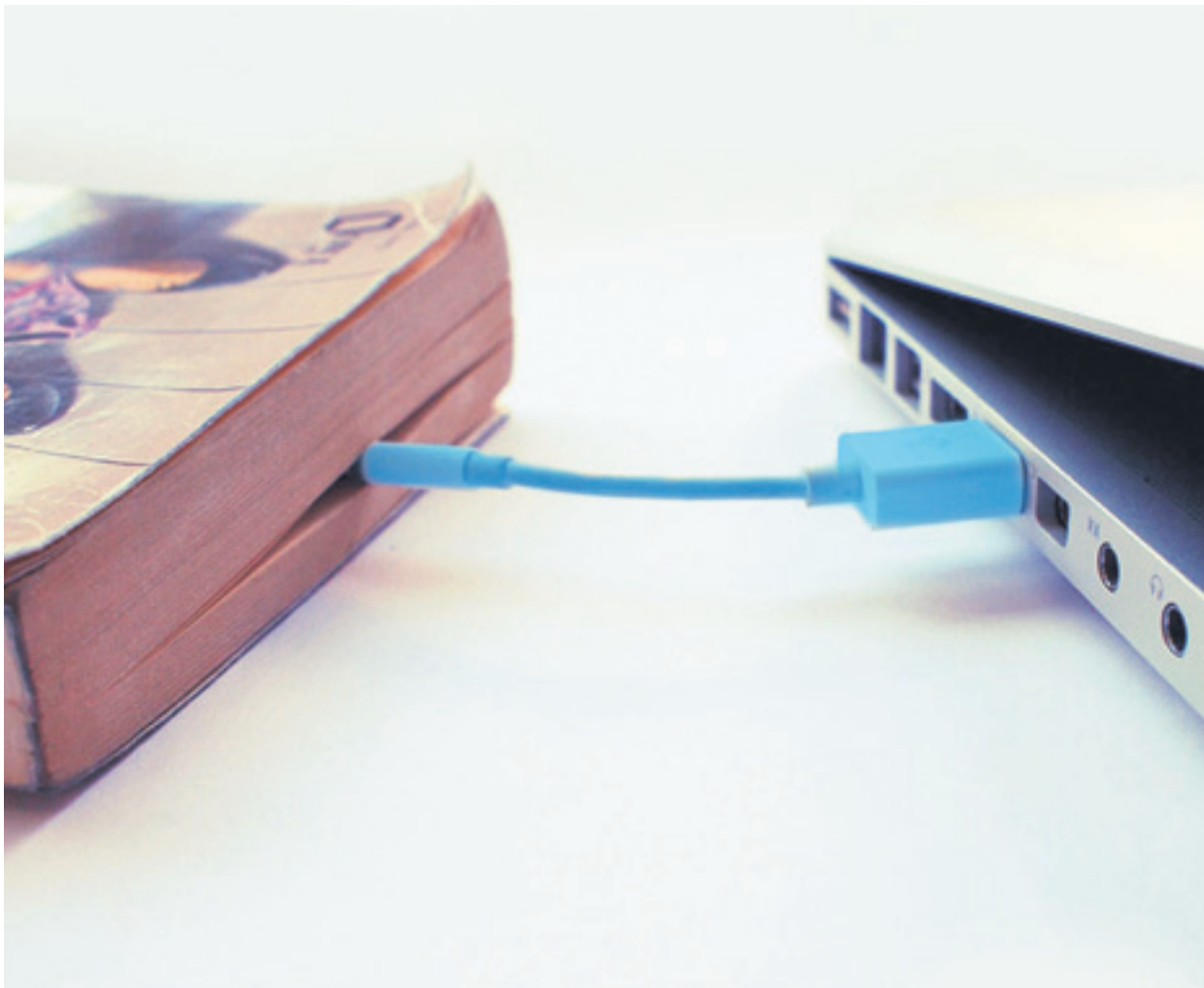


FOTO: ELLIOT LEPPERS FOR OWNIFER, MODIFIED BY F. TURC

FORUM DIGITALES ARCHIV UND KULTURELLES GEDÄCHTNIS

Wie beeinflussen digitale Technologien unser Verhältnis zur Geschichte, zur Kultur und zum kulturellen Gedächtnis? Vertreter aus Politik, Forschung und Bildung, Kunst und Kultur

diskutieren über unseren Umgang mit digitalen Archiven. Warum archivieren wir? Wer archiviert was, wie und für wen? Das Institut français, die Französische Botschaft und der Deutsche

Kulturrat laden zu einem ganztägigen Forum am 10. November 2014 in Berlin ein.

Anmeldung und Infos: digitalesforum@institutfrancais.de



RATINGS
AGENTOUR

Fragen wir wieder nach dem aktuellen Zusammenwirken von Politik und Kultur, so beschert uns der Blick in den Kalender heuer eine üppige Erinnerungskultur: 100 Jahre Erster Weltkrieg, 75 Jahre Zweiter Weltkrieg. Nicht gerade kulturelle Glanzlichter. Doch zum Jahresende kommt ein Silberstreif: 25 Jahre Mauerfall. Eine Sternstunde unserer politischen Kultur. Gerade im Gegensatz zu den beiden anderen Daten, weil hier nicht Krieg und Zerstörung, sondern Frieden und Neubeginn im Zentrum stehen. Das ist schon was: Eine Revolution! In Deutschland! Und das friedlich! Die Kultur hat übrigens dabei auch nicht schlecht mitgespielt: Fünf Tage vor dem Mauerfall waren es Schauspieler der Ost-Berliner Theater, welche die Bühne bereiteten für die größte Bürgerdemonstration der DDR auf dem Berliner Alexanderplatz. Spät, klar. Aber die »Kulturschaffenden«, wie man sie nannte, hatten sich auch schon eher eingemischt. Die Ausbürgerung von Wolf Biermann und die Reaktion vieler Künstler darauf im Jahre 1976, das waren große Steine, die ins Rollen kamen, um den Arbeiter- und Mauerstaat aufzubrechen. Und Bertolt Brecht hatte bereits nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 einen Beitrag geleistet. Mit dem Gedicht für die DDR-Regierung, die beklagte, das Volk habe das Vertrauen der Regierung verscherzt: »Wäre es da nicht doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und Wählte ein anderes?« Doch die Politik hörte nicht auf die Kultur. Stattdessen hat sie das Land 1961 mit einer Mauer umgeben, damit das Volk seinerseits sich nicht so

leicht auflösen konnte.

Nach alldem war 1989 eine Zeit der Hoffnung. Unglaubliche Tage, als der Eiserne Vorhang in Ungarn durchlässig wurde und die finale Schwindsucht der DDR begann. Der Sozialismus war im Freilandversuch am lebenden Deutschen gescheitert. Das Versuchsgelände war aufgebrochen worden und so wurden die Versuchspersonen rasch hinweggerafft von der Buda-Pest. Erstaunlich, wie zeitgleich der amtliche Sprachbeton der Nachrichtensendung »Aktuelle Kamera« täglich ein Stück weiter aufweichte. Eine spannende Zeit. Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne, so hat es uns Hermann Hesse formuliert. Nach dem Kalten Krieg lag der Zauber in der Hoffnung auf Freiheit und Frieden. Zwei waffenstarrende Militärblocke mit mehrfachem Weltvernichtungspotential hatten das Leben gelähmt. Dann kam Gorbatschow und schlug die Auflösung der Militärblocke vor – und fing damit gleich beim Warschauer Pakt an. Nur: die NATO dachte gar nicht an Auflösung. Und Deutschland? Wohl hatte die SPD in ihrem Programm vom Dezember 1989 formuliert: »Unser Ziel ist es, die Militärbündnisse durch eine europäische Friedensordnung abzulösen.« Aber die Geschichte verlief anders. Schon bald nach dem Mauerfall kam es Anfang 1991 zum ersten Golfkrieg. Und Deutschland war dabei. Noch nicht mit Truppen, das wäre nicht durchsetzbar gewesen. Aber mit fünfzehn Milliarden Dollar. Beim nächsten Krieg auf dem Balkan mischte gar die umgekremelte Friedenspartei der Grünen ganz vorne mit. Völkerrecht hin oder her. Dann kam Srebrenica. Die UNO-Truppen konnten das Massaker dort nicht verhindern. So entstand der Eindruck: Die UNO kann es nicht, die NATO unter der Führung der USA muss den Weltpolizist machen. Und Deutschland sekundiert.

Anfang des Jahres forderte Bundespräsident Gauck dann pastoral,

Deutschland solle mehr Verantwortung übernehmen. Er sagte das auf der Waffenhändlertagung in München. Offiziell Sicherheitskonferenz genannt. Damit war klar, welche Art von Verantwortung er meinte. Ein auf besondere Weise kluger Auftakt zum Weltkriegsgedenkjahr. Und – so schnell kann es gehen – bald brannte es auf der Welt. In der Ukraine. Im Nahen Osten. Die »Welt am Sonntag« titelte: »Weltpolizist Deutschland (in Ausbildung)«.

25 Jahre nach dem Mauerfall tritt das vereinigte Deutschland wieder ungenierter in Uniform auf. Wir sind im Antiterrorkampf gefragt. Zur Vorsorge lassen wir uns brav abhorchen. Machen wir beim Arzt ja auch. Und DDR-Bürger wie Gauck kennen das von früher. Da wird auch sonst nicht lange ins Grundgesetz geschaut, das ausdrücklich militärische Zurückhaltung fordert. Von mehr Verantwortung steht da nichts.

Die Lyrik dazu kommt heute nicht von Dichtern, sondern von Politikern und Schreibern, die blumig von Verantwortung und Luftschlägen reden, wo Krieg und Bomben gemeint sind. Die politische Kultur offenbart sich stets in der Sprache des Politischen. So auch imerede von den intelligenten Waffen. Das sind Waffen, die im weiten Bogen an Frauen, Kindern und Unschuldigen vorbei zielgenau nur auf die Bösen fliegen. Und da liegt Deutschland weit vorne. Wenn der Marschbefehl kommt, stellt sich heraus: Der ganze sündhaft teure Krempel ist nicht einsatzfähig! Das heißt: Unsere Waffen sind so intelligent, dass sie grundgesetzkonform am Boden bleiben. Die guten Waffen exportieren wir, der Schrott bleibt im Lande. Das erinnert 25 Jahre nach ihrem Ende wieder an die gute alte DDR: Ruinen schaffen ohne Waffen. Auch ein Stück Erinnerungskultur.

Arnulf Rating ist deutscher Kabarettist

Steile Überschrift – flach unterfüttert

Kulturjournalismus ist das Zentrum, nicht das »Afghanistan« politischer Berichterstattung

THEO GEISLER

Erstmal sehr mutig von Ihnen, lieber Peter Grabowski, dass Sie für das vorsichtig gewachsene »Zentralorgan« der deutschen kulturpolitischen Beobachtung, für die Zeitung »Politik und Kultur« ein derart negatives Bild kulturpolitischer Berichterstattung abgeliefert haben. Das ist ebenso kühn, wie unsere (der Herausgeber) Entscheidung, das »Teil« zu drucken. Wir sind offenbar von einer gewissen Offenheit geleitet. Denn – bei allen schönen Worten, den sehr selektiv aufgeklebten Zitaten und Beispielchen, die Sie zu einem fast verzweifelten Fazit verbinden: Ihr Text ist kurzweilig, geschichtsvergessen, analysearm. Und springt daher leider genauso so kurz, wie Sie es Ihren Journalisten-Kollegen in den Zeitungen und Rundfunkanstalten, aber auch den Herausgebern und Verlegern kulturpolitischer Medien vorwerfen. Schade, eigentlich. Und letztlich frage ich mich auch, worum es Ihnen geht?

Schwungvoll fangen Sie an, in dem Sie den ehemaligen Kulturpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Wolfgang Börsen zitieren, der offenbar den Begriff von der Kulturpolitik als »Afghanistan des Feuilletons« geprägt hat. Wolfgang Börsen meinte im Prinzip nichts anderes als die gute alte Weisheit aller Medienmacher »Bad news are good news«. Und auch Sie verfahren in Ihrem Text nicht anders. Denn was ist er letztlich, als eine Schelte von mangelnder Forschungspraxis an der Universität Hildesheim oder dem Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft in Bonn, dass sie zu wenig oder die in Ihren Augen falsche Forschung betreiben. Ganz ketzerisch fällt mir die Frage ein, ob es für solche Forschungsarbeiten nicht berufener Forschungseinrichtungen gäbe, die sich journalistischen Fragen beschäftigen. Sei's drum.

Deutlich ärgerlicher werde ich als Herausgeber dieses ehrenwerten Blattes und weiterer Zeitungen und Zeitschriften, wenn Sie beklagen, dass es keine fundierte und kontroverse Auseinandersetzung mit Themen wie TTIP oder dem Fall Gurlitt gäbe. Wenn Sie zuvor die letzten Ausgaben von Politik

Kulturpolitik ist das Bohren dicker Bretter abseits schneller Vorurteile

& Kultur zur Hand genommen hätten, hätten Sie festgestellt, dass seit über einem Jahr das Thema TTIP rauf- und runtergenudelt wird und eben nicht nur die Klagegeister und Beschwerdeführer zu Wort kommen, sondern ebenso die glühenden Anhänger dieses Abkommens. Und nicht nur dies, wenn ich mal auf das »Hausblatt« des ConBrio-Verlags, die neue musikzeitung, blicke oder andere in unserem Haus verlegte Zeitungen wie Kunst + Kultur oder unser aus privatwirtschaftlichen Mitteln betriebenes Kulturinformationszentrum (www.nmz.de/kiz), überall wird seit Monaten aus den verschiedensten Blickwinkeln gerade über TTIP und viele andere kulturpolitische Themen berichtet. Und wir beherrschen eben nicht nur den hohen Ton des Klagegedichts, sondern genauso den Klang des Loblieds auf besonders gelungene Veranstaltungen, Konzerte, Diskussionen

und vieles andere mehr. Schade, dass diese Kärnerarbeit, die in vielen Redaktionen, Verbänden und Verlagen für Kulturpolitik geleistet wird, von Ihnen so verächtlich gemacht wird, in dem Sie unterstellen, dass sich mit den Akteuren gemein gemacht wird.

Gar nicht teilen, kann ich Ihre Einschätzung, dass Kulturpolitik kein Thema der Politik oder von Politikern ist. Ja, die große kulturjournalistische Geste eines Michael Naumanns, der vom Kulturföderalismus als Verfassungsfolklore sprach, fehlt. Aber vermischen wir es

Öffentlich-rechtliche Medien müssten öfter einen Blick zur Seite wagen

wirklich? Beweisen die Kulturstaatsminister auf der Bundesebene, sei es der ausgeschiedene Bernd Neumann oder die amtierende Monika Grütters nicht, dass Kulturpolitik das Bohren sehr dicker Bretter ist, abseits schnell dahingeschriebener (Fehl)Urteile. Und streiten nicht die Abgeordneten in den Landtagen und im Bundestag mit ihren Kollegen, die gerade nicht den Kulturbereich angehören, tapfer für den Kulturetat und gute Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur kämpfen. Die Einladungen Bernd Neumanns an seine Fraktionskollegen zu gemeinsamen Filmabenden noch vor seiner Zeit als Kulturstaatsminister waren doch gerade solche Versuche, jene, die noch nicht kulturüberzeugt sind, dazu zu machen.

Vollkommen Recht gebe ich Ihnen, dass die öffentlich-rechtlichen Sender, für die Sie ja arbeiten, und hier besonders das Fernsehen viel öfter mal nach rechts und links blicken und wahrnehmen sollten, was abseits ihrer gut gefütterten Apparate entsteht. Hier ist sicherlich noch viel Entwicklungsarbeit zu leisten, auch für das Bewusstsein, dass auch kleine und feine Medienunternehmen inhaltlich und technisch wertvolle Beiträge leisten. Immer ein Stachel im Fleisch ist für mich als Medienunternehmer, wie Kulturzeit Sendematerial von mir übernahm und dieses absichtlich verpixelt ausstrahlte, als handele es sich um die Mediengruppe eines Altenheims. Und hier wäre auch eine Aufgabe für Sie, werter Kollege Grabowski, intensiver über das zu berichten, was in den Redaktionsstuben der kulturpolitischen Zeitungen erdacht, geschrieben und publiziert wird. Ich freue mich schon auf viele Berichte, Reportagen und Interviews über unser Kultur-Biotop, Ihr Theo Geißler.

Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur, der neuen musikzeitung und Verleger

REAKTIONEN

Der Text von Theo Geißler ist eine Reaktion auf den Beitrag »Afghanistan des Feuilletons – Die kulturpolitische Berichterstattung in Deutschland liegt im Argen« von Peter Grabowski in der letzten Ausgabe (P&K 5/2014). Der Beitrag von Thomas Sternberg ist eine Reaktion auf die Beiträge zum Kulturförderungsgesetz in Nordrhein-Westfalen in der letzten Ausgabe von Politik & Kultur.

Stillstand trotz Fördergesetz

Zum Entwurf des Kulturfördergesetzes NRW

THOMAS STERNBERG

Im Koalitionsvertrag der gegenwärtigen Regierung von Nordrhein-Westfalen aus dem Jahre 2012 heißt es: »Kulturförderung braucht eine verlässliche Grundlage. Deshalb werden wir den bereits begonnenen Prozess für die Erarbeitung eines NRW-Kulturfördergesetzes fortsetzen.« Dies war und ist das wichtigste kulturpolitische Vorhaben der Regierung in der vorigen kurzen und in dieser Legislaturperiode. Seine Vorstellung ließ vier Jahre lang auf sich warten. Mit Dialogveranstaltungen, Foren und Brimborium wurde das Kommende vom Ministerium über die Jahre ohne jede textliche Grundlage medienwirksam debattiert. Die Erwartungen in der Szene wurden entsprechend hoch geschraubt. Der nun vorliegende Referentenentwurf enttäuscht auf ganzer Linie. Man erwartete den großen Durchbruch: der Berg kreißte endlich – und heraus kam ein Mäuslein.

Das ist nicht zuletzt Ergebnis der schwachen Verortung der Kultur in den Regierungen Kraft 2010 und 2012: Sie ressortiert nicht mehr wie 2005 bis 2010 in der Staatskanzlei, wo der Ministerpräsident die Umsetzung der Kulturpolitik sicherte, sondern als kleinste von fünf Abteilungen eines großen Sammelsurium-Ministeriums. Kulturpolitik muss ernst genommen werden – viel ernster als es die marginalen Etatanteile zeigen und ernster als es die beliebt gewordene Verschiebung in den Bereich gehobenen Freizeitvergnügens suggeriert. Lediglich noch in der Frage der kulturellen Kinderbildung

lässt sich allgemeine Zustimmung finden – die Ziele solcher Bildung in den Institutionen oder in den Aktionen und Projekten der Künstlerinnen und Künstler habe es weit schwerer.

Es wäre notwendig, dass sich das Land seiner Kompetenz in Sachen Kultur intensiver annimmt – und zwar nicht allein fördernd, sondern auch mit den notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen, die eine Entfaltung einer pluralen und lebendigen Kultur erst ermöglichen. Kulturordnungspolitik bedeutet nicht immer gleich Förderung. Insbesondere bei dem Komplex der durch die Digitalisierung neu aufgeworfenen Frage eines Urheberrechts, das die legitimen Interessen von Urhebern, intermediären Einrichtungen und auch den Nutzern, die von einer Abmahnungsindustrie abkassiert werden, neu austariert. Die Themen reichen bis zum Datenschutz, der zwar auch vor allem bundesgesetzlich zu regeln ist, aber wegen der Kulturhoheit der Länder nicht einfach dem Bund überlassen bleiben darf. Ein neuer Gedanke nach dem Vorbild der Bundespolitik ist die dort eingeführte »Kulturverträglichkeitsprüfung« aller gesetzgeberischer Maßnahmen; das gehört in solch einen Komplex von Kulturordnungspolitik und sollte auch in NW zur Regel werden.

Kultur gehört mit Wissenschaft und Bildung ja zu den recht wenigen, aber eindeutigen Kompetenzen der Länder im föderalistisch geordneten Bundesstaat. Mit dem Bewusstsein der Eigenstaatlichkeit – und den daraus erwachsenden Konsequenzen – ist es in Nordrhein-Westfalen wie auch anderswo momentan nicht weit her. Die Länder dürfen aber nicht über das Wegbrechen von Aufgaben an den Bund jammern, wenn sie zunehmend Arbeitsbereiche

ihrer Verfassungskompetenz gegen das Linsengericht einer Bundesfinanzierung abzugeben bereit sind. Und zur Wahrnehmung einer Kompetenz gehört auch ein angemessenes finanzielles Engagement, bei dem der Bund dem Land auch den Rang abläuft. Das lässt sich am Kulturrengement des Bundes gut zeigen. Dessen Kulturanteil liegt mit inzwischen 1,3 Milliarden Euro, was mehr als 0,4 Prozent des Gesamtetats ausmacht, höher als im Land NW. Anders gerechnet: Legt man den Königsteiner Schlüssel an die Summe, entspricht die Bundeskulturförderung für unser Land etwa 260 Millionen Euro – 80 Millionen mehr als die Landesausgaben für Kultur.

Deren Anteil am Etat des Landes beträgt weniger als 0,3 Prozent am Gesamtvolumen von 63,7 Milliarden Euro – und das nach der Verdoppelung in den Jahren der CDU/FDP-Regierung 2005 bis 2010. Das ist so gering wie in keinem anderen Land des Bundes. Die Städte finanzieren überregional wirksame Kultureinrichtungen nahezu allein.

Wie ein Mantra wird die finanzielle Überlastung der Kommunen für alle Probleme der Kulturszene beschworen. Mit einer Besserstellung der Kommunen wird es aber nicht getan sein. Die Kulturretats sind dort nicht die entscheidenden Ausgabenpositionen und um die Akzeptanz der Kulturförderung muss auch dort gerungen werden. Und zudem gibt es eine Reihe überkommener, wichtiger Aufgaben im kulturellen Leben dieses Landes. Nun geben Regierung und Koalition die Parole aus, man solle zufrieden sein, wenn es gelinge, wie im Haushalt 2015 bereits vorgesehen, die eingefrorenen Beträge der vergangenen Jahre zu halten. Dass dies bei Kostensteigerungen vor allem

im Personalkostenbereich, der Kultureinrichtungen besonders trifft, bei über 5 Prozent Besoldungserhöhung der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, eine reale Kürzung bedeutet, wird nicht diskutiert. Die Leidtragenden solcher Politik sind die Frauen und Männer in

Eine Aneinanderreihung von Unverbindlichkeiten

den unmittelbar künstlerischen Berufen ohne tarifvertragliche Absicherung. Sie sind seit Jahren probates Sparpotenzial gewesen, nur lassen sich deren Honorare kaum noch weiter reduzieren.

Die mit großer Eindringlichkeit vorgetragenen finanziellen Argumente beziehen sich auf marginale Ausgabebereiche. Besonders drastisch ist die Situation in der Denkmalpflege, die nicht in der Kultur, sondern im Verkehrsministerium ressortiert. Dort wurde mit dem Argument der Schuldenbremse deren Miniaturetat von 11 Millionen Euro oder 0,017 Prozent auf ein Viertel zusammengestrichen. Wie vorgeschoben solche Argumente sind, zeigt eine zeitgleiche Einzelausgabe, wo ohne weiteres für eine Maßnahme die Fördersumme von 13,5 Millionen durch Ministerentscheid um 18,7 Millionen Euro erhöht wurde.

Die Marginalisierung der Kulturpolitik in den Haushalten ganz so, wie es bis 2005 mit jährlichen Kürzungen die Regel war, ist die eigentliche Gefährdung des kulturellen Lebens in dem großen Land Nordrhein-Westfalen mit seinen 18 Millionen Bewohnern. In diese Situa-

tion kommt nun das Gesetzesvorhaben. Der umfassende Begründungsteil ist eine lohnenswerte Lektüre kulturpolitischer Grundsätze, aber eine »verbindliche und verlässliche Grundlage für die Kulturförderung« gelingt mit dem Gesetz nicht.

Es handelt sich nicht um einen Gesetzestext, sondern um die Zusammenstellung von Unverbindlichkeiten. Der Abschnitt »Kosten« in der Einleitung sagt das auch ganz unverblümt: »Dieses Gesetz begründet keine subjektiven Rechte Einzelner, insbesondere keine Ansprüche auf Landesförderung«. Da muss man eigentlich gar nicht weiterlesen. Keine der schon lang diskutierten Rahmenseetzungen für kommunale Kulturarbeiten in den Prüfungen der vielen Städte in der Haushaltssicherung wird aufgegriffen.

Der Entwurf ist in den parlamentarischen Beratungen. Die Kulturleute trösten sich angesichts des weniger als schmalen Ergebnisses mit dem Hinweis darauf, dass doch nun zum ersten Mal ein Land seine Verpflichtung zur Kulturförderung gesetzlich festlege – bedarf eine Verfassungsnorm denn der wortreichen Umschreibung in einem Gesetz? Die Szene ist momentan wie paralysiert: Man kann es noch nicht glauben, dass der versprochene Aufschwung durch das neue Gesetz so kläglich in Überrollhaushalten endet. Erst wenn Kunst und Kultur und die Politik zu deren Ermöglichung wieder ernst genommen werden, wird sich auch in den finanziellen Bedingungen und gesetzlichen Festlegungen etwas verbessern: In der Regierung Kraft ist das nicht der Fall.

Thomas Sternberg ist Kulturpolitischer Sprecher im Landtag NRW

ORCHESTERLAND

Einzigartig.

Erhaltenswert.



WWW.DOV.ORG

nmz media

Das Musik-Kultur-Politik-TV-Programm der nmz



Donaueschinger Musiktage 2014 Vier Blogvideos vom Festival der Neuen Musik

Komponisten, die sich über ihr musikalisches Schaffen hinaus gleichzeitig auch in anderen Kunstformen betätigen, standen im Zentrum der diesjährigen Musiktage. Das Wechselspiel zwischen den verschiedenen Disziplinen, das gegenseitige Voneinander-Profitieren und Sich-Beeinflussen der Künste, das die Donaueschinger Musiktage 2014 präsentierten, zeigt nmzMedia in vier aktuellen Videos mit Proben- und Konzertausschnitten sowie Interviews mit Veranstaltern und Komponisten.



Das mu:v-Camp 2014 – Die junge Initiative der Jeunesses Musicales Deutschland

Das mu:v-Team der JMD hat auch in diesem Sommer wieder mehr als 100 junge Leute aus ganz Deutschland nach Weikersheim gelockt, um sich über die Musik kennenzulernen, Neues auszuprobieren und gemeinsam Spaß an der Musik zu haben. Ein umfangreiches und außergewöhnliches Kursangebot, das weder im normalen Schul-Stundenplan noch an Musikschulen so einfach zu finden ist, trug mit zu der ganz besonderen Stimmung zwischen konzentriertem Arbeiten und ungezwungenem Sich-Versuchen bei, die das mu:v-Camp ausmacht.



Forum Historische Musikinstrumente – Violinen und Violen da Gamba

Die Hochschule für Musik Nürnberg und das Germanische Nationalmuseum veranstalten jährlich ein mehrtägiges Forum, das sich in wissenschaftlicher und künstlerischer Forschung den Gattungen historischer Musikinstrumente widmet – dieses Mal den Violinen und Violen da Gamba.



kostenlos unter:
www.nmz.de

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates

Zum Umgang mit NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut



Berlin, den 24.09.2014. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, positioniert sich in dieser Stellungnahme zum Umgang mit Kulturgut, welches durch direkte Auswirkung der NS-Politik entzogen, das heißt geraubt oder abgepresst wurde. Unter Kulturgut werden hier Werke der bildenden Kunst, Archivalien, Bücher und weitere Artefakte wie zum Beispiel Musikalien, technisch-naturwissenschaftliche und kunstgewerbliche Gegenstände etc. verstanden. Der Deutsche Kulturrat beschränkt sich aufgrund der aktuellen Debatten zur Neuordnung der Provenienzrecherche von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut bewusst auf diese Zeit, wohlwissend, dass Raub von Kulturgut auch in anderen Kontexten stattgefunden hat und immer noch stattfindet. Er unterstreicht, dass die Diskussion um NS-verfolgungsbedingt entzogenes Kulturgut getrennt von der Debatte um Kulturgut, welches in der Aktion »Entartete Kunst« beschlagnahmt wurde, gesehen werden muss.

Materieller und ideeller Wert von geraubtem Kulturgut

Der Deutsche Kulturrat betont mit dieser Stellungnahme nachdrücklich, dass die Debatte um NS-verfolgungsbedingt entzogene Kulturgüter nicht nur oft erhebliche materielle, sondern ebenso stets auch wesentliche ideelle Werte einschließt. Zurückgegebenes NS-verfolgungsbedingt entzogenes Kulturgut ist oft die einzige materielle Erinnerung, die die Nachfahren von Verfolgten des NS-Regimes haben.

Die Enteignung und der Raub von Kulturgut gingen mit Entrechtung und Verfolgung einher. Bereits 1945 war der Raub des Eigentums von Juden in der NS-Zeit, worunter ausdrücklich auch der Raub von Kulturgut gefasst wurde, als Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingestuft worden. Obwohl nach Kriegsende erhebliche Anstrengungen unternommen wurden, geraubtes Kulturgut aufzufinden und seinen rechtmäßigen Eigentümern zurückzugeben, blieben damals zahlreiche Fälle ungeklärt. Erst die Ereignisse nach dem Mauerfall haben erneut Bewegung in die Thematik gebracht. Zwar wurde in den letzten Jahren viel unternommen, um den Verbleib von in der NS-Zeit geraubtem Kulturgut zu klären, doch zeigt sich, dass diese Anstrengungen noch nicht genügen. Es entsteht hieraus eine moralische Verpflichtung, der die Verantwortlichen in Kulturinstitutionen und Kulturpolitik gerecht werden müssen.

Entschädigungs- und Restitutionspolitik bis 1998

Noch während des Zweiten Weltkrieges, im Jahr 1943, hatten sich die Alliierten auf die Rückgabe der von den Nationalsozialisten erfolgten Enteignungen verständigt. Im April 1947 verfügte der Alliierte Kontrollrat, dass Vermögenswerte kirchlicher, karitativer, gewerkschaftlicher und politischer Einrichtungen ohne Prüfung zurückgegeben werden müssten.

In der amerikanischen Besatzungszone wurde 1947 und in der britischen 1949 das Militärregierungsgesetz Nr. 59 erlassen, das den ersten gesetzlichen Rahmen für die Restitution von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut bildete. Als Stichtag wurde der 15.09.1935 eingeführt. Verkäufe nach diesem Stichtag konnten generell angefochten werden, da von einer Zwangslage auszugehen sei. Ausdrück-

lich wurden Kulturgegenstände und Gegenstände von besonderem künstlerischem Wert erwähnt, die aus Privatbesitz NS-Verfolgter stammen.

In der Bundesrepublik Deutschland erfolgte eine Überleitung von Gesetzen der Militärverwaltung. Im Jahr 1953 wurde das Bundesergänzungsgesetz und im Jahr 1956 das Bundesentschädigungsgesetz beschlossen; beide sollten unter dem heute problematisch gesehenen Begriff »Wiedergutmachung« NS-Verfolgte, die in der Bundesrepublik Deutschland lebten, entschädigen. Im Jahr 1965 wurde das Bundesentschädigungsgesetz novelliert. In ihm wurden unter anderem Verjährungsfristen verlängert und Regelungen auch für nach Israel ausgewanderte Juden getroffen.

Die junge Bundesrepublik wollte mit der Novellierung des Bundesentschädigungsgesetzes dieses Thema endgültig abschließen. In der DDR gab es keine der Bundesrepublik vergleichbaren Regelungen.

Washingtoner Erklärung aus dem Jahr 1998

Die Washingtoner Erklärung aus dem Jahr 1998 und spektakuläre Restitutionsansprüche führten erneut zu einer verstärkten gesellschaftlichen Debatte zu NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut. Das Erfordernis einer umfassenden Provenienzrecherche wurde offensichtlich. Bund, Länder und die Kommunalen Spitzenverbände haben sich 1999 im Nachgang zur Washingtoner Erklärung auf die »Gemeinsame Erklärung« verständigt, die auf dem Grundsatz der in der Washingtoner Erklärung formulierten Maxime des fairen und gerechten Ausgleichs basiert. Diese Handreichung gilt für NS-verfolgungsbedingt entzogenes Kulturgut, das sich im Besitz der öffentlichen Hand befindet.

Die Handreichung weist einen Weg für den Umgang öffentlicher Kulturinstitutionen mit Restitutionsforderungen. In strittigen Fällen kann die »Beratende Kommission« zusätzlich eine Empfehlung abgeben, sofern sie von beiden Parteien angerufen wird.

Noch vor der Washingtoner Erklärung wurde im Jahr 1994 die »Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste« in Magdeburg ins Leben gerufen, die unter anderem in der Datenbank »lostart.de« Kulturgut ausweist, das wahrscheinlich NS-verfolgungsbedingt entzogen wurde.

Seit 2008 stellt Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) Projektmittel von 1 Million Euro zur Verfügung, damit über die beim Institut für Museumsforschung der Staatlichen Museen zu Berlin Preussischer Kulturbesitz angebundene »Arbeitsstelle für Provenienzforschung« Recherchen zur Herkunftsgeschichte in Kulturinstitutionen wie Museen oder Bibliotheken durchgeführt werden können. Im Jahr 2014 hat der Bund seine Projektförderung zur Unterstützung von Provenienzrecherche verdoppelt.

Der Deutsche Kulturrat begrüßt diese Erhöhung und die für das kommende Jahr geplante weitere Verdopplung ausdrücklich.

Ebenso sollen bis Anfang des kommenden Jahres die bisherigen Bundesländer-Aktivitäten zur Provenienzrecherche gebündelt und in einem »Deutschen Zentrum Kulturgutverluste«, so der derzeitige Arbeitstitel, zusammengefasst werden.

Der Deutsche Kulturrat begrüßt die Planungen zur besseren Verzahnung und Abstimmung der Aktivitäten. Eine Zukunftsaufgabe sollte die Überarbeitung und Vernetzung der bestehenden Datenbanken sein.

Für die Restitutionsforschung brauchen öffentliche Kultureinrichtungen, private Kunstbesitzer und der Kunsthandel funktionierende Werkzeuge. Vernetzte Datenbanken müssen dem Handel und privaten Kunstsammlern zugänglich gemacht werden. Sie müssen sich insbesondere durch verlässliche Informationen auszeichnen. Aktuell werden in der Datenbank »lostart.de« auch Objekte geführt, deren Restitution schon abgeschlossen ist oder auch Objekte, die keiner Sammlung zugeordnet werden können. Letzteres gilt insbesondere für multiple Kunst. In der Datenbank »lostart.de« verzeichnete Werke sind auf dem Kunstmarkt nicht zu veräußern.

Der Deutsche Kulturrat fordert, dass die Ressourcen zur Pflege der Datenbank »lostart.de« aufgestockt werden. Ebenso müssen die Kriterien zur Einstellung von Kulturgütern geschärft werden. Das geplante »Deutsche Zentrum Kulturgutverluste« sollte im Streitfall kompetent darüber entscheiden können, ob ein Kulturgut zu Recht oder zu Unrecht in der Datenbank »lostart.de« aufgeführt ist.

In den von ihm geförderten Kulturinstitutionen wie der Stiftung Preussischer Kulturbesitz ist der Bund bei der Provenienzforschung mit gutem Beispiel vorangegangen.

Der Deutsche Kulturrat geht davon aus, dass der Bund diesen Weg konsequent weiter beschreitet und hierfür die entsprechenden Mittel bei Zuwendungen an die von ihm geförderten Einrichtungen bereitstellt.

Verantwortung der Länder

Der Bund hat mit der Unterzeichnung der »Washingtoner Erklärung« und mit der Bereitstellung finanzieller Ressourcen ein Zeichen gesetzt. Er unterstreicht damit die Notwendigkeit der Restitution von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut, nimmt diese kulturpolitisch bedeutsame Aufgabe an und betreibt sie aktiv. Der Deutsche Kulturrat sieht die Länder in der Pflicht, in der Förderung ihrer Kulturinstitutionen ebenso Verantwortung für die Provenienzrecherche und, wenn erforderlich, zur Restitution von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut zu übernehmen. Verschiedene Länder haben in Kulturkonzepten, Kulturberichten, Kulturentwicklungsplänen oder – wie in Nordrhein-Westfalen geplant – in einem Kulturfördergesetz ihre kulturpolitischen Akzente und Verfahren beschrieben. In der Kulturpolitik dürfen die Forschungsaufgaben in Kultureinrichtungen nicht vernachlässigt werden.

Der Deutsche Kulturrat erwartet, dass auch die Länder – angestoßen durch die aktuellen Diskussionen um NS-verfolgungsbedingt entzogenes Kulturgut – zusätzliche Mittel für die Provenienzrecherche bereitstellen.

Verantwortung der Kommunen

Die »Gemeinsame Erklärung« wurde im Jahr 1999 von Bund, Ländern und den Kommunalen Spitzenverbänden verabschiedet. Insofern müssen auch die Kommunen, die oftmals Träger von

Fortsetzung auf Seite 25

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates

Zur Anhörung zur »Umsetzung der Richtlinie 2014/26/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die kollektive Wahrnehmung von Urheber- und verwandten Schutzrechten und die Vergabe von Mehrgebietslizenzen für Rechte an Musikwerken für die Online-Nutzung im Binnenmarkt (»VG-Richtlinie«) sowie zu weiteren Änderungen im Urheberrechtswahrnehmungsgesetz«



Berlin, den 13.09.2014. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, begrüßt die schriftliche Anhörung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz zu o.g. Umsetzung der VG-Richtlinie und erhofft, dass der Gesetzgeber die vorhandenen Spielräume bei der Umsetzung der Richtlinie ausschöpft, um die besondere soziale, kulturelle und kulturpolitische Bedeutung der Verwertungsgesellschaften in Deutschland zu erhalten und zu stärken. Der Deutsche Kulturrat hatte noch vor der Verabschiedung der VG-Richtlinie im Februar 2014 am 27. Juni 2013 in seiner Stellungnahme »Verbesserungen bei EU-Richtlinie zu Verwertungsgesellschaften sind dringend notwendig« betont, dass Verwertungsgesellschaften in Deutschland eine zentrale Rolle bei der Sicherung der kulturellen Vielfalt einnehmen. Er hat verdeutlicht, dass sich die Europäische Union zur Wahrung und Sicherung der kulturellen Vielfalt in verschiedenen Dokumenten verpflichtet hat. So wird in der EU-Charta auf die Bedeutung der kulturellen Vielfalt für Europa verwiesen.

Die Europäische Union hat ebenso wie die Bundesrepublik Deutschland das »UNESCO-Übereinkommen über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen« ratifiziert. Darin wird bekräftigt, dass »kulturelle Vielfalt ein gemeinsames Erbe der Menschheit darstellt und zum Nutzen aller geachtet und erhalten werden soll«. Kulturelle Vielfalt ist keine Leerformel für Sonntagsreden. Im Gegenteil, ein wesentlicher Bestandteil der deutschen und europäischen Kultur ist ihre Vielfalt, die in verschiedenen künstlerischen Formen, in populärer Kunst, aber auch in Werken, die nur ein kleines Publikum begeistern können, ihren Ausdruck findet. Der Deutsche Kulturrat setzt sich mit Nachdruck für die Wahrung und den Ausbau der kulturellen Vielfalt ein.

Der Deutsche Kulturrat ist der Überzeugung, dass Wettbewerb gerade im Kultursektor nicht der beste Weg ist, um kulturelle Vielfalt zu ermöglichen und zu erhalten. Insofern sieht der Deutsche Kulturrat im angestrebten europäischen Wettbewerb der Verwertungsgesellschaften keinen Gewinn für das kulturelle Leben. Jedenfalls müssen für den vorgesehenen Wettbewerb der Verwertungsgesellschaften in Europa gleiche Bedingungen geschaffen und Absonderungen bestehender Standards verhindert werden.

Gerade in der digitalen Welt übernehmen Verwertungsgesellschaften wichtige, teilweise auch neue Aufgaben. Nutzer können durch Verwertungsgesellschaften in einem one-stop-shop auf ein breites Repertoire zugreifen, da die Verwertungsgesellschaften über Gegenseitigkeitsverträge und andere Kooperationsverträge auch das Repertoire von Verwertungsgesellschaften anderer Länder lizenzieren können. Die one-stop-shop Verwertungsgesellschaft hat eine Zeit- und Kostenersparnis bei den Nutzern zur Folge. Der nunmehr angestrebte europäische Wettbewerb von Verwertungsgesellschaft erschwert den one-stop-shop von Verwertungsgesellschaften.

Der Deutsche Kulturrat beantwortet die vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz aufgeworfenen Fragen wie folgt:

Teil I – Verbindliche Vorgaben der VG-Richtlinie

1. Sollte der Begriff der »nicht-kommerziellen Nutzungen« in Artikel 5 Absatz 3 und 8 konkretisiert werden? Der Deutsche Kulturrat spricht sich für eine enge Auslegung des Begriffs der »nicht-kommerziellen Nutzung« aus. Von einer gesetzlichen Definition sollte abgesehen werden, da Artikel 5 Absatz 8 der VG-Richtlinie die Verwertungsgesellschaften in die Pflicht nimmt, die Rahmenbedingungen für die Vergabe freier Lizenzen festzusetzen. Dabei sollte insbesondere zum Schutz der Urheber auch im Bereich der Lizenzierung von nicht-kommerziellen Nutzungen weiterhin eine zentrale Rechtswahrnehmung von Verwertungsgesellschaften möglich bleiben.

2. Artikel 13 Absatz 1 regelt, dass Organisationen für die kollektive Rechtswahrnehmung Einnahmen spätestens neun Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres verteilen und an die Rechtsinhaber ausschütten müssen, es sei denn, die Frist kann aus objektiven Gründen nicht gewahrt werden. Sollte die Vorgabe »objektive Gründe« weiter konkretisiert werden?

Der Deutsche Kulturrat spricht sich für eine Konkretisierung der objektiven Gründe aus. Damit eine Ausschüttung an die Rechtsinhaber erfolgen kann, müssen den Verwertungsgesellschaften die abrechnungsrelevanten Daten vorliegen. Hierfür ist der in der VG-Richtlinie vorgesehene Zeitraum von neun Monaten sehr knapp bemessen. Vor diesem Hintergrund spricht viel dafür, die »objektiven Gründe« weiter zu konkretisieren. Insbesondere sollte klargestellt werden, dass wie bisher längere Meldezeiträume der Rechtsinhaber bei Verwertungsgesellschaften möglich sind. Ferner darf das Gebot einer zeitnahen Ausschüttung nicht dazu führen, dass die Kosten für Ausschüttungen unverhältnismäßig ansteigen.

3. Sollten die in Artikel 17 geregelten Informationspflichten für Nutzer näher bestimmt werden?

Der Deutsche Kulturrat empfiehlt, die sogenannte Programmpflicht (§ 13b UrhWG) auf sämtliche Nutzungen zu erweitern, wie es in Erwägungsgrund 35 vorgesehen ist, nämlich auf sinnvolle, notwendige und den Nutzern zur Verfügung stehende Auskünfte, die die Verwertungsgesellschaften benötigen, um ihre Funktion erfüllen zu können. In der Regel kann und muss jeder Nutzer über Art und Umfang der Nutzung die erforderlichen Angaben an die Verwertungsgesellschaft weiterleiten, damit die Nutzung erfasst, berechnet und die Vergütung an die Berechtigten verteilt werden kann. Einschränkungen, wie sie derzeit in § 13b Absatz 2 Satz 2 UrhWG vorgesehen sind, müssten im Sinne der Richtlinienkonformität entfallen.

4. Artikel 34 Absatz 2 sieht vor, dass für die Zwecke des Titels III der VG-Richtlinie hinsichtlich konkret benannter Streitigkeiten ein alternatives Streitbeilegungsverfahren durchzuführen ist. Sollte mit dieser Aufgabe die Schiedsstelle nach dem UrhWG betraut werden, oder erscheint eine andere Stelle besser geeignet?

Der Deutsche Kulturrat sieht die Schiedsstelle nach dem UrhWG als geeignete Stelle an. Allerdings sind deren Ressourcen dann deutlich zu erhöhen.

Teil II – Optionale Vorgaben der VG-Richtlinie

5. Artikel 7 Absatz 1 erklärt bestimmte Richtlinienvorschriften auf Rechtsinhaber für anwendbar, die zwar nicht Mitglied einer Organisation für die kollektive Rechtswahrnehmung sind, jedoch gesetzlich oder aufgrund einer Abtretungs-, Lizenz- oder sonstigen vertraglichen Vereinbarung in einem unmittelbaren Rechtsverhältnis zu dieser stehen. Nach Artikel 7 Absatz 2 können die Mitgliedstaaten weitere Bestimmungen der Richtlinie auf diese Rechtsinhaber anwenden. In welchem Umfang sollte von dieser Option Gebrauch gemacht werden? Das deutsche Wahrnehmungsrecht geht über die Vorgaben der VG-Richtlinie in Artikel 7 Abs 1 hinaus (vgl. § 6 Absatz 2 UrhWG). Hieran sollte festgehalten werden.

6. Artikel 8 regelt die Maßgaben, nach denen die Mitgliederversammlung von Organisationen für die kollektive Rechtswahrnehmung stattfindet. Die Absätze 7, 8 Unterabsatz 2, Absatz 9 Unterabsatz 1 Satz 2, Absatz 10 Unterabsatz 2 und die Absätze 11 bis 13 räumen den Mitgliedstaaten dazu verschiedene Regelungsoptionen ein. In welchem Umfang sollte von dieser Option Gebrauch gemacht werden? Der Deutsche Kulturrat hat bereits in seiner o.g. Stellungnahme während der Beratungen zur VG-Richtlinie kritisch gefragt, ob die angestrebte Detailtiefe der VG-Richtlinie mit Blick auf die internen Strukturen der Verwertungsgesellschaften wirklich erforderlich und zielführend ist. Hier werden unmittelbar Rechte der Mitglieder berührt, die sie üblicherweise selbst in Satzungen niederlegen. Der Deutsche Kulturrat ist daher der Auffassung, dass die Satzungsautonomie der Mitglieder einer Verwertungsgesellschaft soweit wie möglich erhalten bleiben sollte. Hierzu gehört auch, dass Verwertungsgesellschaften frei sein sollten, die Möglichkeit der Stimmrechtsübertragung in geeigneter Weise zu begrenzen.

7. Artikel 13 regelt unter anderem den Umgang mit nicht verteilbaren Beträgen. Über die Verwendung nicht verteilbarer Beträge entscheidet nach Artikel 13 Absatz 5 die Mitgliederhauptversammlung. Artikel 13 Absatz 6 eröffnet den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, die zulässigen Verwendungen von nicht verteilbaren Beträgen einzuschränken. In welchem Umfang soll von dieser Option Gebrauch gemacht werden?

Der Deutsche Kulturrat ist der Auffassung, dass von dieser Option kein Gebrauch gemacht werden sollte. Vielmehr sollten die zuständigen Gremien der Verwertungsgesellschaften über die Verwendung derartiger Beträge entscheiden.

8. Nach Artikel 34 Absatz 1 können die Mitgliedstaaten vorsehen, dass hinsichtlich der dort näher bestimmten Streitigkeiten ein alternatives Streitbeilegungsverfahren durchgeführt werden kann. Sollte von dieser Option Gebrauch gemacht werden und wenn ja, sollte mit dieser Aufgabe die Schiedsstelle nach dem UrhWG betraut werden, oder erscheint eine andere Stelle besser geeignet?

Die Notwendigkeit einer Änderung des in Deutschland bewährten Zuständigkeitsgefüges von Deutschem Patent- und Markenamt, Schiedsstelle und ordentlichem Rechtsweg erscheint

fraglich. Der Beschleunigung des derzeitigen Verfahrens wäre mehr gedient, in dem man über die Aufstockung der Ressourcen bei der bestehenden Schiedsstelle nachdenkt. Sollte der Gesetzgeber von dieser Option Gebrauch machen, wäre nach Auffassung des Deutschen Kulturrates die Schiedsstelle nach dem UrhWG die richtige Stelle für ein solches alternatives Streitbeilegungsverfahren. Sie müsste allerdings entsprechend personell ausgestattet werden.

Teil III – Weitere Änderungen

9. Das Urheberrechtswahrnehmungsgesetz sieht in §1 Absatz 1 UrhWG eine Erlaubnispflicht für die kollektive Wahrnehmung von Urheber- und verwandten Schutzrechten vor. Sollte die Erlaubnispflicht beibehalten werden? Titel III der VG-Richtlinie regelt die Voraussetzungen, die Organisationen für die kollektive Rechtswahrnehmung bei der Vergabe von Mehrgebietslizenzen für Online-Rechte an Musikwerken erfüllen müssen. Sollte die Tätigkeit auch insoweit erlaubnispflichtig sein? Der Deutsche Kulturrat spricht sich für die Beibehaltung der Erlaubnispflicht aus, da sie sich in Deutschland bewährt hat.

10. Die Richtlinie bestimmt in Artikel 13 Absatz 1, dass die Rechtsinhabern zustehenden Beiträge gemäß den allgemeinen Grundsätzen für die Verteilung regelmäßig, sorgfältig und korrekt zu verteilen und auszuschütten sind. Nach Artikel 15 Absatz 2, Artikel 28 Absatz 1 gelten entsprechende Pflichten auch im Verhältnis von Organisationen für die kollektive Rechtswahrnehmung untereinander bzw. bei der Mehrgebietslizenzierung von Online-Rechten an Musikwerken. Sollten bei der Umsetzung dieser Richtlinienvorgaben die Pflicht zur Aufstellung von Verteilungsplänen in § 7 Satz 1 UrhWG und die Vorgaben von § 7 Satz 2 UrhWG beibehalten werden?

Der Deutsche Kulturrat spricht sich für die Beibehaltung und Stärkung des § 7 Satz 1 und 2 UrhWG aus. Insbesondere sollte die Möglichkeit in § 7 Satz 2 UrhWG erhalten bleiben, kulturell bedeutende Werke und Leistungen zu fördern.

11. Die Richtlinie lässt es zu, dass Verwertungsgesellschaften, soziale, kulturelle oder Bildungsdienstleistungen erbringen (vgl. etwa Artikel 12 Absatz 4). Sollte die derzeit geltende Bestimmung in § 8 UrhWG insoweit beibehalten werden, wonach Verwertungsgesellschaften Vorsorge- und Unterstützungseinrichtungen für die Inhaber der von ihr wahrgenommenen Rechte und Ansprüche einrichten sollen? Der Deutsche Kulturrat spricht sich ausdrücklich dafür aus, dass die Verwertungsgesellschaften weiterhin Vorsorge- und Unterstützungseinrichtungen im Sinne des § 8 UrhWG einrichten und unterhalten können sollen. Darüber hinaus hält es der DKR für erforderlich, klarzustellen, dass die Verwertungsgesellschaften auch kulturpolitische Initiativen sowie Initiativen zur Stärkung des Urheberrechts unterstützen können.

12. Eine Verwertungsgesellschaft ist nach § 11 Absatz 1 UrhWG ausdrücklich verpflichtet, auf Grund der von ihr wahrgenommenen Rechte jedermann auf Verlangen zu angemessenen Bedingungen Nutzungsrechte einzu-

räumen (Abschlusszwang). Sollte die Regelung – kombiniert mit der in § 11 Absatz 2 UrhWG vorgesehenen Hinterlegungsmöglichkeit – angesichts der Vorgaben aus Artikel 16 Absätze 1 und 2 modifiziert werden?

Der bislang bestehende Abschlusszwang ist vor allem durch die faktische Monopolstellung der Verwertungsgesellschaften in Deutschland gerechtfertigt und sollte im Grundsatz beibehalten werden, soweit diese faktischen Monopole noch bestehen. Eine Hinterlegungspflicht für gesetzliche Vergütungsansprüche wird vom Deutschen Kulturrat für dringend erforderlich erachtet.

13. Die Verwertungsgesellschaft ist nach § 12 UrhWG grundsätzlich verpflichtet, Gesamtverträge zu angemessenen Bedingungen abzuschließen. Sollte diese Verpflichtung beibehalten werden? Die Pflicht zum Abschlusszwang von Gesamtverträgen hat sich ausdrücklich bewährt. Der Deutsche Kulturrat hält auch deshalb faktische Monopole bei Verwertungsgesellschaften für den richtigen Weg und ist der Auffassung, dass dieses Modell in Deutschland beibehalten werden soll. Wenn faktische Monopole bestehen, ist der Abschlusszwang auch im Hinblick auf Gesamtverträge gerechtfertigt.

14. Wie kann aus Ihrer Sicht die Aufsicht über die Verwertungsgesellschaften effektiver ausgestaltet werden (vgl. Koalitionsvertrag, Seite 133)? Ist es in diesem Zusammenhang erwägenswert, für Streitigkeiten über Verwaltungsakte der Staatsaufsicht den Rechtsweg zum Bundespatentgericht mit letztinstanzlicher Überprüfung durch den Bundesgerichtshof zu eröffnen, der ansonsten in Urheberrechtsfragen letztinstanzlich urteilt? Der Deutsche Kulturrat sieht in erster Linie das Erfordernis das Deutsche Patent- und Markenamt sowie das zuständige Fachreferat im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz personell besser auszustatten, um die Aufsicht effektiver umzusetzen. Den Vorschlag, für Streitigkeit über Verwaltungsakte der Rechtsaufsicht den Rechtsweg zum Bundespatentgericht und Bundesgerichtshof zu eröffnen, erscheint sinnvoll.

15. Wie können nach Ihrer Auffassung die Verhandlungen und Streitigkeiten über die Höhe der Privatkopievergütung schneller, effizienter und einfacher gestaltet werden (vgl. Koalitionsvertrag, Seite 133)?

Bereits im Jahr 2006 hat der Deutsche Kulturrat unterstrichen, dass er die im Zuge von Korb II Urheberrecht in der Informationsgesellschaft vorgeschlagenen Regelungen zur Vergütungshöhe für nicht geeignet hält, den Urhebern eine angemessene Vergütung für die Nutzung ihrer Werke zu sichern. Der Deutsche Kulturrat hat daher die Abgeordneten des Deutschen Bundestags aufgefordert, die von Experten vorgetragene Argumente genau zu prüfen und dem Vorschlag der Bundesregierung zur Neuregelung der Vergütungshöhe nicht zu folgen. Mit Blick auf die ansonsten zu erwartenden Verschlechterungen für die Urheber erachtete es der Deutsche Kulturrat für geeigneter, wenn weiterhin der Gesetzgeber oder aber der Verordnungsgeber die Vergütungshöhe festlegt.

Leider haben sich die Befürchtungen des Deutschen Kulturrates bestätigt, dass sich die Regelungen zur Vergütungshöhe nicht bewährt haben. Der

Fortsetzung auf Seite 27 ▶

Fortsetzung von Seite 16

Deutsche Kulturrat schlägt angesichts der schlechten Erfahrungen mit der geltenden Praxis erneut vor, die Vergütungshöhe für gesetzliche Vergütungsansprüche auf dem Verordnungsweg festzulegen und gesetzlich vorzuschreiben, dass eine regelmäßige Anpassung der Vergütungshöhe erfolgen muss.

Sollte dieser Vorschlag keine Berücksichtigung finden, regt der Deutsche Kulturrat an, dass die Verfahren zur Vergütungsfestsetzung nach geltendem Recht deutlich zu beschleunigen. Das gilt insbesondere in Hinblick auf den Vorschlag ein selbständiges Verfahren bei der Schiedsstelle für die Einholung von empirischen Untersuchungen zu schaffen.

16. Wie sollte aus Ihrer Sicht eine Hinterlegungspflicht für gesetzliche Vergütungsansprüche ausgestaltet sein (vgl. Koalitionsvertrag Seite 133)? Insbesondere: Wie sollte der zu hinterlegende Betrag bemessen werden; sollte die Möglichkeit einer Überprüfung der Höhe der Sicherheitsleistung eröffnet werden?

Der Deutsche Kulturrat unterstreicht nachdrücklich, dass er die Einführung einer Hinterlegungspflicht für gesetzliche Vergütungsansprüche angesichts der Länge der Verhandlungen über die Tarife und der Schnelligkeit des Marktes bei Geräten und Speichermedien für dringend erforderlich erachtet.

Teil IV – Sonstige Änderungen

17. Welche sonstigen Änderungsvorschläge im Kontext der kollektiven Rechtswahrnehmung sollten aus Ihrer Sicht aufgegriffen werden?

Der Deutsche Kulturrat greift gerne die Gelegenheit auf, weitere Anregungen für Regelungen im Kontext der kollektiven Rechtswahrnehmung zu geben.

Wie eingangs bereits formuliert, hält der Deutsche Kulturrat den angestrebten stärkeren Wettbewerb der Verwertungsgesellschaften für nicht wegweisend. Insbesondere mit Blick auf das eigentliche Erfordernis nach one-stop-shop-Lösungen in der digitalen Welt ist der Wettbewerb von Verwertungsgesellschaften eher hinderlich als zielführend. Besonders im Bereich der gesetzlichen Vergütungsansprüche, die in Deutschland ganz überwiegend nur von Verwertungsgesellschaften wahrgenommen werden können, erscheint ein solcher Wettbewerb problematisch. Es sollte deshalb zumindest sichergestellt werden, dass derartige Vergütungsansprüche nur von Verwertungsgesellschaften wahrgenommen werden können, die in Deutschland niedergelassen sind und damit den Regelungen des UrhWG unter der Aufsicht des Deutschen Patent- und Markenamts unterliegen.

Die Verpflichtungen aus Artikel 6 Absatz 1 der VG-Richtlinie sollen auch für Verwertungsgesellschaften gelten, die eine nicht-mitgliedschaftliche Rechtsform haben.

Für Verwertungsgesellschaften, die Urheber und Verleger gemeinsam vertreten, sollte klargestellt werden, dass sie wie bisher auf der Grundlage ihrer Verteilungspläne Auszahlungen an Urheber und Verleger vornehmen können. Generell sollte im Bereich der Verwertungsgesellschaften klargestellt werden, dass die durch die zuständigen Gremien beschlossenen Verteilungspläne individuellen Vereinbarungen zwischen Urhebern und Verwertern vorgehen.

Ferner sollte klargestellt werden, dass zur Identitätsfeststellung der Rechteinhaber, sofern es sich um natürliche Personen handelt, von Verwertungsgesellschaften eine Kopie des Personalausweises verlangt werden kann. Hierbei soll sich an den Vorschriften von § 94 Absatz 4 TKG orientiert werden.

Resolution: EU-Grundrechtecharta mit Leben erfüllen

Sechs Forderungen an das Europäische Parlament anlässlich der Neubesetzung der EU-Kommission

Berlin, den 24.09.2014. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, hat sich in seiner Sprecherratssitzung mit den anstehenden Anhörungen und Befragungen der designierten EU-Kommissare im Europäischen Parlament befasst. Die neu zu bestellende EU-Kommission wird in den kommenden fünf Jahren neben dem Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament entscheidend den weiteren Integrationsprozess innerhalb Europas sowie das Handeln Europas gegenüber Drittstaaten prägen.

Im Jahr 2014 erinnern wir in Europa an den Beginn des Ersten Weltkriegs vor hundert Jahren und den Beginn des Zweiten Weltkriegs vor 75 Jahren. Dieses Erinnern ist zugleich eine Verpflichtung für die Zukunft. Das friedliche Zusammenleben in Europa muss immer wieder neu mit Leben gefüllt werden und bedeutet eine Verantwortung für das Zusammenleben mit den Nachbarn.

In der »Charta der Grundrechte der Europäischen Union« (EU-Grundrechtecharta) haben die unterzeichnenden Staaten die Grundwerte der Europäischen Union beschrieben. Zu diesen Grundwerten gehören neben der Würde des Menschen, der Freiheit, Gleichheit und Solidarität auch die Erhaltung und Entwicklung der kulturellen Vielfalt, das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Medienfreiheit und -pluralität, der Schutz geistigen Eigentums sowie die Kunst- und Forschungsfreiheit.

Der Deutsche Kulturrat fordert die Mitglieder des Europäischen Parlaments auf, die designierten EU-Kommissarinnen und EU-Kommissare auf die EU-Grundrechtecharta zu verpflichten und mit Blick auf deren Arbeitsprogramme die Umsetzung einzufordern.

Im Einzelnen fordert der Deutsche Kulturrat die Mitglieder des Europäischen Parlaments auf:

1. Kulturelle Vielfalt zur Richtschnur kulturpolitischen Handelns machen

Der Erhalt, die Stärkung und die Weiterentwicklung der kulturellen Vielfalt muss die Richtschnur kulturpolitischen Handelns auf europäischer und internationaler Ebene sein. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Uni-

on verfügen über eine bemerkenswerte kulturelle Vielfalt, die über Jahrhunderte gewachsen ist, sich kontinuierlich verändert, im zeitgenössischen künstlerischen Schaffen und durch Angebote der kulturellen Bildung weiterentwickelt wird. Diese kulturelle Vielfalt muss gesichert und ausgebaut werden. Das gilt insbesondere in Krisenzeiten, wenn gravierende Einschnitte in die kulturelle Substanz vorgenommen werden. Der Deutsche Kulturrat appelliert daher nachdrücklich an das Europäische Parlament, die designierten EU-Kommissare zu befragen, wie sie die von der Europäischen Union ratifizierte »UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen« (Konvention Kulturelle Vielfalt) umsetzen wollen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf internationale Handelsabkommen. Der Deutsche Kulturrat unterstreicht, dass die Umsetzung der Konvention Kulturelle Vielfalt eine Aufgabe aller Ressorts der neuen EU-Kommission ist.

2. Kunst-, Medien- und Pressefreiheit sichern

Die Kunst-, Medien- und Pressefreiheit gehören zu den zentralen Grundwerten demokratischer Staaten. In der EU-Grundrechtecharta haben sie daher einen wichtigen Stellenwert. Demokratische Gemeinwesen leben vom gesellschaftlichen Diskurs, der sich in den Medien spiegeln muss und denen freie, unabhängige Medien ein Forum bieten müssen. Die Kunstfreiheit wurde in Europa mühsam erkämpft. Kunstfreiheit bezieht sich auf das künstlerische Schaffen und die öffentliche oder private Förderung künstlerischer Produktionen. Der Deutsche Kulturrat fordert die Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf, die designierten EU-Kommissare zu befragen, wie sie die Kunst-, Presse- und Medienfreiheit sichern wollen und welche Maßnahmen sie ergreifen wollen, wenn ein Mitgliedstaat gegen die Einhaltung dieser Grundwerte verstößt.

3. Urheber in Digitalisierungsdiskussion in den Mittelpunkt rücken

Die Digitalisierung ist ein Epochenbruch in mannigfacher Hinsicht. Traditierte Vorstellungen über das Ver-

hältnis von Künstlern, von Vermittlern und von Nutzern gelten nicht mehr in gleichem Maße wie in der analogen Welt. Umso mehr gilt es zu unterstreichen, dass das Internet eine technische Infrastruktur mit der Möglichkeit der Teilhabe an Kunst und Kultur sowie der Verbreitung künstlerischer Werke ist. Es erwächst hieraus die Anforderung, den Wert kreativer Leistungen stärker zu vermitteln und zu verdeutlichen. Dazu gehört auch, die Kenntnis und die Akzeptanz des Urheberrechts zu verbreitern und zu vertiefen. In der EU-Grundrechtecharta wird der Schutz des geistigen Eigentums als Grundrecht eigens erwähnt.

Der Deutsche Kulturrat fordert die Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf, die designierten EU-Kommissare zu befragen, wie sie dafür Sorge tragen wollen, dass kreative Leistungen als geistiges Eigentum geachtet, geschützt und bei Nutzung eines Werks vergütet werden müssen. Ein durchsetzungsstarkes Urheberrecht ist in der analogen wie der digitalen Welt unerlässlich. Es dient dem Schutz des Urhebers und seines Werks und schafft Anreize zur Schöpfung neuer Werke. Dieser Schutz muss in der digitalen Welt, in der territoriale Grenzen keine Rolle mehr spielen, aufrechterhalten und verbessert werden.

4. Datenschutz und Privatsphäre gewährleisten

Die digitalen Techniken ermöglichen die sekundenschnelle Weitergabe von Texten, Tönen, Filmen und Bildern. Dieses ist eine große Chance für den Kulturbereich, da dadurch die Weitergabe künstlerischer Werke gefördert werden kann. Zugleich sieht der Deutsche Kulturrat mit Sorge, dass die Privatsphäre verletzt wird, hemmungslos Daten weitergegeben und ohne Anlass gespeichert werden. Damit werden auch in der EU-Grundrechtecharta beschriebene Grundrechte verletzt. Der Deutsche Kulturrat fordert die Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf, die designierten EU-Kommissare zu befragen, wie sie sich im europäischen und internationalen Kontext für einen starken Datenschutz einsetzen. Die Akzeptanz digitaler Techniken ist eng mit der Wahrung des Datenschutzes verbunden.

5. Zusammenwachsen Europas als kulturelle Aufgabe begreifen

Das Zusammenwachsen der europäischen Mitgliedstaaten ist eine weiterhin bestehende Aufgabe. Trotz der zunehmenden wirtschaftlichen Integration gelingt es vielfach noch nicht, den Mehrwert eines geeinigten Europas den Bürgern zu vermitteln. Europa erscheint vielen Bürgern als inhaltsleer, bürokratisch und fern ab. Dieser Eindruck steht in einem Gegensatz zur realen Bedeutung europäischer Diskussions- und Entscheidungsprozesse. Von Entscheidungsträgern wird die europäische Kultur vielfach als Appendix zur Wirtschaftsgemeinschaft verstanden und dabei verkannt, welche Rolle Kultur und hier besonders der Kulturaustausch und kulturelle Bildung im zusammenwachsenden Europa übernehmen kann. Der Deutsche Kulturrat fordert die Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf, die designierten EU-Kommissare zu befragen, wie sie das Zusammenwachsen Europas als kulturelle Aufgabe begreifen und wie sie dieses Zusammenwachsen stärken wollen.

6. Kulturpolitik vernetzt denken

Kultur- und Medienpolitik werden nicht allein im Kulturressort gestaltet. Viele andere Ressorts, wie zum Beispiel Rechtssetzung und Grundrechtecharta, Digitaler Binnenmarkt, Euro und sozialer Dialog, Wettbewerb, Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, Binnenmarkt und Industrie, Migration und Inneres, Forschung, Wissenschaft und Innovation sowie Handel sind ebenfalls mit kultur- und medienpolitischen Fragen befasst. In erster Linie ist Kultur in der Lage, spezifische Bindungsqualitäten innerhalb Europas hervorzubringen und auf Dauer eine europäische Identität zu ermöglichen. Der Deutsche Kulturrat fordert die Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf, die designierten EU-Kommissare zu befragen, wie sie eine integrierte Kulturpolitik und die Sicherung der kulturellen Vielfalt in allen Ressorts herstellen wollen.

Unentbehrlich!

Seit 12 Jahren erscheint Politik & Kultur, die Zeitung des Deutschen Kulturrates, jeweils mit einem Editorial des Herausgebers Olaf Zimmermann. Die Editorials sind eine ungewöhnliche Kommentarsammlung zur jüngsten Kulturpolitik. Ein umfangreiches kulturpolitisches Glossar ergänzt die Kommentarsammlung und macht das Buch zu einem unentbehrlichen Hilfsmittel durch das Labyrinth der Kulturpolitik.

ISBN: 978-3-934868-32-8, 139 Seiten, € 9,80



Jetzt bestellen: www.kulturrat.de/shop.php

Kurz-Schluss

Wie ich einmal aus gegebenem Anlass verzweifelt nach einem Fluchtweg suchte

THEO GEIBLER

Wenn Sie diese Zeilen lesen – vielleicht im Russia-Internet-Free-Book – befinde ich mich hoffentlich schon in Moskau oder Odessa. Eine Sicherheits-Kopie habe ich auf den Weg zu Wiki-Leaks gebracht. Man weiß ja nie – aber auch nicht, ob's ankommt. Seit Ende 2018 – also fast schon zwei Jahre – bin ich nämlich in einem Ökonomisierungscamp von Google-Face-Tube interniert. Es ist im ehemaligen Bundesbahn-Reparaturwerk Eberswalde angesiedelt und angesichts der sonst üblichen Verhältnisse in solchen Einrichtungen noch recht komfortabel. Wir haben fließend Kaltwasser in unseren Fünfzig-Mann-Unterkünften, die Verpflegung kann als ausgewogen gelten. Und einmal täglich dürfen wir sogar die »Tagesschau« des gemeinsamen ARD-ZDF-Tagesfüll-Programmes in einer extra für uns aufbereiteten Version angucken.

All diese Vorzüge genieße ich wohl wegen meines fortgeschrittenen Alters und vielleicht auch wegen meiner langjährigen treuen Dienste als Embedded Journalist für einen auch heutzutage immer noch angesehenen Ex-Minister. Da hat es einige meiner einstigen Mitstreiter schon viel härter erwischt: Mein geschätzter P&K-Mitherausgeber Zim-

mermann beispielsweise wurde gemeinsam mit dem damaligen Präsidenten des Deutschen Kulturrates Höppner und einigen tausend weiteren »Unbelehrbaren« unmittelbar nach der sogenannten humanistisch-marktwirtschaftlichen Gesellschafts-Wende in Europa, Amerika und Japan in die nordafrikanischen Ebola-Gebiete verfrachtet. Als Hygiene-Helfer. Seither habe ich trotz allen Bemühungen nichts mehr von diesen guten alten Freunden gehört.

Ermöglicht wurde die besagte »Wende« bekanntlich durch diskret verhandelte Freihandelsabkommen namens CETA, TTIP oder TISA. Sie führten gewissermaßen zur Selbstentmachtung der Parlamente in den einst autonomen Staaten. Die existieren jetzt als Kantone samt einem geringen Maß an Selbstverwaltungs-Kompetenz weiter. Bestimmen können sie noch über örtliche Straßenerhaltungs-Maßnahmen, Regional-Sport und gewisse Bildungsangebote, die sich vor allem auf Verbreitung der Universalsprache Englisch zu fokussieren haben.

Natürlich gibt es eine privilegierte Schicht in den Konzernzentralen der Global-Player, der Börsen und der weltweit aufgestellten Banken. Sie genießt Reisefreiheit und verfügt über schier unbegrenzte Finanz-Budgets. Für den

überwiegenden Teil der Bevölkerung aber wird vom fünften Lebensjahr an eine gesetzliche Mindestrente ausbezahlt. Sie ist aufgesplittet in einen (bescheidenen) Grundversorgungs-Anteil (meist Lebensmittel-Chips) und in eine Abenteuer- und Freizeit-Pauschale, die immer nur für einen Monat gilt und nicht übertragbar ist. So bleibt gewährleistet, dass die Menschen dank umfassender medialer Unterhaltungs-sendungen und einer hyperschnellen Glasfaser-Vernetzung mithilfe von zahllosen, auf individuelle Bedürfnisse zugeschnittenen Social-Network-Angeboten (Partnervermittlung, Lotto-Spiele, Persönlichkeits-Tests) ununterbrochen beschäftigt sind. Das Home-Service-Controlling sorgt dafür, dass möglicherweise auftretendes deviantes Verhalten sofort an das globale »Keep-Yourself-Clean«-Zentrum übermittelt wird.

Besonders strafbewehrt: Gesprächsrunden, bei denen Abhör-Mikros und Web-Cams verdeckt oder gestört werden, das Lesen von Büchern, die nicht erkennbar der Unterhaltung oder der beruflichen Fortbildung dienen sowie »Zärtlichkeiten im Dunkeln« (die so produzierten Filme werden nämlich zur kostengünstigen Speisung der internationalen Social-Media-Server benötigt). Erziehungsmaßnahmen reichen

von schlichter Video-Dokumentation der abartigen Tätigkeiten am Internet-Pranger samt Grundversorgungs-Entzug bis eben zur Einweisung in ein Ökonomisierungscamp oder eben die Abschiebung mit einem Ebola-Hilfs-Konvoi.

Unter all diesen Umständen könnte ich als ehemaliger fundamentalistischer Feind aller klandestiner Freihandelsabkommen mit meiner bescheidenen Eberswalder Existenz eigentlich recht zufrieden sein. Sechs Stunden täglich darf ich mich nützlich machen und fest formatierte Filmchen oder hirnrissige Kommentare in diverse Web-Portale kopieren. In der »Belehrungsstunde« samt »Tagesschau« habe ich Mühe, nicht offensichtlich einzuschlafen (strafbewehrt verboten!). Aber nackte Mädels, die mit schriller oder sentimentaler Popmusik unterlegt irgendwelche Börsenkurse samt akrobatischen Bewegungen präsentieren, interessieren mich schon lange nicht mehr.

Aufgewacht bin ich dann doch bei folgender Meldung: Wie bekannt lassen Facebook und Apple seit 2014 Eizellen ihrer besten Mitarbeiterinnen einfrieren, damit diese Top-Frauen länger unbeschwert arbeiten können. Jetzt wurden diese Zellen erstmals extrauterin befruchtet und ausgebrütet. Gleich-

zeitig wird – zur Entlastung der Bevölkerung – allgemein dem Trinkwasser eine unschädliche, nahezu natürliche empfangnishemmende Substanz zugesetzt – zwecks Optimierung des gesamtgesellschaftlichen Genpools...

In dieser Nacht begann ich – nach Vorbild einiger mutiger DDR-Bürger – den Tunnel zu graben, durch den ich nach Russland zu fliehen gedenke. Lieber Putin, bei dem funktioniert wenigstens nicht alles – als Orwells Wiedergeburt im Supertower der Westwelt-Regierung. Der Tunnel ist schon 120 Meter lang, ich muss drei Kilometer schaffen. Wir hören voneinander, spätestens wenn ich in Odessa die Weltrevolution starte...



Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

KURZNACHRICHTEN

Abschied

Nach acht Jahren beim Deutschen Kulturrat, davon vier Jahre als Referentin für Öffentlichkeitsarbeit, hat Stefanie Ernst den Deutschen Kulturrat Mitte September verlassen und ist seither Pressesprecherin beim Bundesverband Deutsche Tafel. Vorstand und Geschäftsführung bedanken sich bei Frau Ernst für die gute und erfolgreiche Zusammenarbeit und wünschen ihr alles Gute für die verantwortungsvolle neue Aufgabe.

Fachausschuss Kulturerbe gegründet

Am 14.10.2014 fand die konstituierende Sitzung des Fachausschusses Kulturerbe des Deutschen Kulturrates statt. Zur Vorsitzenden wurde Barbara Seifen aus dem Rat für Baukultur gewählt.

Spitzentreffen mit ARD-Vorsitzendem

Am 9. September 2014 trafen sich der Präsident des Deutschen Kulturrates, Christian Höppner und der Geschäftsführer, Olaf Zimmermann zum regelmäßigen Jahres-

gespräch mit dem ARD-Vorsitzenden Lutz Marmor. Neben Fragen zum Arbeitsmarkt Medien wurde über das Thema Kultur und Unterhaltung gesprochen.

Initiative Stop TTIP

Die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative »Stop TTIP« gegen TTIP und CETA ist am 07.10.2014 gestartet. Schon in den ersten 24 Stunden haben mehr als 200.000 Personen den Aufruf unterzeichnet. Im Bündnis mit 250 Organisationen kämpft der Deutsche Kulturrat dafür, dass binnen eines Jahres europaweit 1 Millionen Unterschriften zum Stopp der Freihandelsabkommen TTIP und CETA gesammelt werden. Hier unterschreiben: www.stop-ttip.org/de

Fünftes Dialogforum »Kultur bildet.«

Am 20.11. 2014 findet das fünfte Dialogforum »Kultur bildet.« zum Thema »Lesen und lesen lassen... Strategien gegen Analphabetismus« im Podewil in Berlin statt. Weitere Informationen unter www.kultur-bildet.de/dialogforum

IMPRESSUM

Politik & Kultur – Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Mohrenstraße 63, 10117 Berlin
Telefon: 030.226 05 280
Fax: 030.226 05 2811
www.politikundkultur.net,
info@politikundkultur.net

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P.), Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin), Verena Schmidt (Chefin vom Dienst), Andrea Wenger, Barbara Haack, Andreas Kolb, Carolin Ries, Tim Schneider, Stefanie Ernst

REDAKTIONSASSISTENZ
Rike Rathjens

ANZEIGENREDAKTION
Martina Wagner
Telefon: 0941.945 93 35
Fax: 0941.945 93 50, wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
www.conbrio.de

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
Ilja Wanka und 4S Design

LAYOUT UND SATZ
Petra Pfaffenheuser
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Regensburg

Politik & Kultur erscheint 6 mal im Jahr.

ABONNEMENT
18 Euro pro Jahr
(inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Politik & Kultur
Mohrenstraße 63
10117 Berlin
Telefon: 030.226 05 280
Fax: 030.226 05 2811
info@politikundkultur.net

VERKAUFSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikundkultur.net auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates (2–3 mal pro Woche) unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder.

HINWEISE
Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht immer gelingt es uns, diese ausfindig zu machen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der jeweils nächsten Ausgabe nennen. Sollte in Beiträgen auf das generische Femininum verzichtet worden sein, geschah dies aus Gründen der besseren Lesbarkeit. Selbstverständlich sind immer weibliche als auch männliche Gruppenangehörige einbezogen.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.

Kultur bildet.

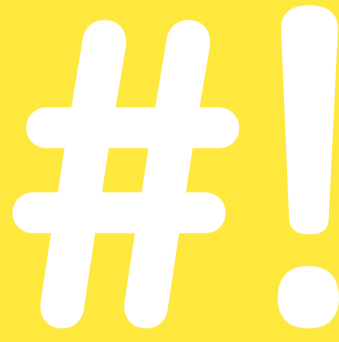
Beiträge zur
kulturellen Bildung 

Mehr als Zeichen Denis Thouard	2	Schlüsselkompetenz Gisela Beste & Irene Hoppe	7
Vom Lesen zum Schreiben Stefanie Ernst im Gespräch mit Regine Möbius	3	Lesehelfer 2.0 Elisabeth Simon-Pätzold	8
Genug der Worte? Sascha Schröder	4	Multilinguà! Maria Ringler	9
Der Vorleser Stefanie Ernst im Gespräch mit Rufus Beck	5	Eine Frage des Kanons Maik Philipp	9
Wenn Alltägliches zur Qual wird Anke Grotlischen	5	Wo bleibt der Masterplan? Birgit Dankert	10
Jugendclub vs. Leseclub Esther Dopheide & Juliane Pflugmacher	6	Kompetenzvergleich Anke Walzebug & Wilfried Bos	11
Zugang legen Stefanie Ernst im Gespräch mit Barbara Schleihagen	6	Fürsorgepflicht, aber kein Allheilmittel Jürgen Jankofsky	11
		Kurz und knapp	12
		Impressum	12



Alle Kinder lernen lesen. Oder nicht?

Für 7,5 Millionen funktionale Analphabeten in Deutschland sind Texte nur Buchstabensuppe.
Was, wann und wie wir lesen (lernen)? Fragen, denen »Kultur bildet.« nachgeht.



Mehr als Zeichen

Was machen wir, wenn wir lesen? Ein philosophischer Leseexkurs — Denis Thouard

Die Vorstellung, dass die Gutenberg-Galaxie vorbei wäre, hat sich als einer der zahlreichen Wahn der letzten Zeit erwiesen – die Begeisterung für die Zukunft ging nicht immer mit der richtigen Einsicht einher, wie diese Zukunft aussehen sollte. Statt von der Welt der Schrift Abschied genommen zu haben, sind wir umzingelt von Schrift, wie das zuvor nie der Fall war. Man spricht zwar auch von einer Flut der Bilder – diese Bilder werden aber gelesen, und gehen nicht lange ohne die Sprache, ohne die Schrift.

Bildschirmdarstellungen ersetzen allmählich Bücher und Papierzeitungen, aber dafür wird die Schrift nicht weniger, sondern eher vermehrt in unserem Umfeld präsent. Wir lesen also ständig, aber sehr verschiedene Sachen: Halbwach am Frühstück entziffern wir halbautomatisch und wie ferngesteuert die Buchstaben auf der Milchflasche, schon anders geht es mit der ersten Kenntnisnahme der Zeitung, die man aber keine Zeit hat zu lesen, usw. usw. Zu einem ruhigen Lesen, zum Spaß oder für unser Studium kommen wir kaum, obwohl wir durchgängig von Schriften, Emails, Plakaten, Schildern, Titeln usw. umgeben sind.

Lesen ist also nicht gleich lesen. Aber in der einen oder anderen Weise bleibt Lesen eine unserer wichtigsten Tätigkeiten – obwohl es manchmal schwierig ist, zwischen einem, der liest, und einem, der nur zuschaut, zu unterscheiden. So entsteht die banale und anscheinend wenig philosophische Frage über das, was wir wohl machen, wenn wir lesen. Es setzt bereits etwas Wichtiges voraus: nämlich, dass das Lesen eine Tätigkeit ist.

Was ist Lesen?

Lesen ist erst einmal, eine Schrift erkennen = als Zeichen betrachten, nicht als physische Züge, als reine Kunst oder Arabeske. Wenn ich Zeichen als Zeichen nehme, weiß ich, dass sie für etwas anderes da sind. Ich kann sie mit anderen Zeichen ersetzen.

Die Schrift ist aus Zeichen gemacht. Aber es gibt da noch mehr. Eine Schrift ist aus »entzifferbaren« Zeichen gemacht. Wer liest, kann diese Zeichen entziffern. Anders gesagt, eine Schrift kann gelesen werden. Wer über den Code verfügt, kann eine Schrift lesen, im Sinne des Lautlesens. Er kann auch durch dieses Lesen zu der Einsicht in die Sprache gelangen, in welcher die Schrift steht. Er kann verstehen, was er liest. Nicht nur das Gelesene in Laute und Töne verwandeln, sondern in bestimmte Vorstellungen. Auch das mühsamste Lesen erfordert so viel an Vorwissen.

Wenn dieses Lesen routinemäßig geworden ist, wenn der Leser geübt ist, kann er problemlos entziffern, verlauten und gleich direkt zum »Sinn« gelangen. Er überspringt anscheinend die Vermittlung der Zeichen und geht direkt zu dem, was ihm nutzt. Das ist die zweite Stufe des Lesens, die man aktiviert, ohne daran zu denken. So liest man die meiste Schrift, die vor unseren Augen fällt, so die

Zeitung, das heißt schnell, um sich von dem Ganzen einen Begriff zu machen. Um informiert zu werden.

Dieses Lesen hängt eng mit der Organisation des Informations-Wissens zusammen. Das Informations-Wissen oder Wissen von Information besteht nämlich darin, dass es aus einfachen Sätzen besteht, die jeweils etwas Faktisches aussagen: Et was ist geschehen, die Preise sind gestiegen, der König geht, der Papst reist, usw. Dabei erweist sich das Lesen als eine Technik, sogar eine Überlebenstechnik in einer Umwelt, wo tendenziell alles durch Schrift vermittelt wird. Die Wissensgesellschaft, die Rolle des Wissens von, des Wissens in einer komplexen Gesellschaft macht es, dass die Schrift, dank der Schnelligkeit ihrer Erfassbarkeit, ins Zentrum rückt.

Die Schnelligkeit: Wenn alles schneller geht, tendiert das Lesen dazu, sich an diese Form des Lesens anzupassen. Man benutzt die Schrift, um Bescheid zu wissen. Die passende Darstellung einer Schrift, die schnell verbraucht wird, ist nämlich auf dem Bildschirm – wie früher auf den Wachs tafeln der Römer. Man braucht nicht alles auf Marmor einzugravieren.

Inwieweit ist Lesen Denken?

Wenn das meiste Lesen auf Benutzung zielt, also seinen Zweck in einem praktischen Hinweis oder in der Vermittlung einer Information hat, so ist das Lesen vielleicht sehr effizient – es erweitert unsere Handlungsfähigkeit und ist strategisch unabbdingbar.

Dafür haben wir aber natürlich nicht alle Möglichkeiten des Lesens ausgeschöpft. Man wird sich erinnern, dass Nietzsche (Morgenröte, Vorrede) an den Philologen die Fähigkeit, langsam zu lesen, gepriesen hat. Wenn das Geschriebene bleibt, scripta manent, kann man es natürlich zweimal lesen, und immer wieder, und auch sehr langsam. Das hat Nachteile, das hat auch Vorteile.

Das Auge braucht Millisekunden, um ein Wort zu lesen, das heißt um zu wissen, was da war. Aber auch beim schnellen Lesen sichert immer das Auge, was gerade gelesen wurde, und antizipiert, was noch kommt. Die Aufmerksamkeit geht in beiden Richtungen innerhalb einer einbahnigen Bewegung. Bereits bei der Aufzählung der Wörter und Silben spielt das Zusammennehmen, die Synthese, eine Rolle. Beide entgegengesetzte Operationen werden beim Lesen gefordert.

Die Bedeutung des Lesens wird in einer Novelle von Stefan Zweig zwar leicht pathetisch inszeniert, aber im Kern richtig geschätzt, indem Zweig auf die Wichtigkeit der Schrift als solche hinweist. Unsere Aufmerksamkeit braucht Stützen, um sich zu halten, sowie unsere Einbildungskraft, um sich zu entfalten. Die unscheinbaren Zeichen auf einer Seite sind diese Hilfen. Der Held der Schachnovelle zeichnet sich dadurch aus, dass er lange Zeit ohne Buch überleben musste, was eigentlich nicht so einfach war ... Jetzt findet er endlich eins:

»Vier Monate lang hatte ich kein Buch in der Hand gehabt, und schon die bloße Vorstellung eines Buches, in dem man aneinandergereihte Worte sehen konnte, Zeilen, Seiten und Blätter, eines Buches, aus dem man andere, neue, fremde, ablenkende Gedanken lesen, verfolgen, sich ins Hirn nehmen könnte, hatte etwas Berauschendes und gleichzeitig Betäubendes.« (Schachnovelle, Frankfurt am Main, Fischer, 1974, S. 67).

Ich unterstreiche: Ein Buch, das ist der Zugang zu anderen Gedanken, also zu den Anderen. Was in dem Buch versprochen ist, das sind »andere, neue, fremde, ablenkende Gedanken«, die man durch das Lesen entdecken kann. Der Mann, Dr. B., der seit Monaten verhaftet und isoliert war, hat aber Pech gehabt: Statt eines Buches bekommt er die 150 besten Partien des Schachspiels zu lesen – ohne ein einziges Wort des Kommentars! Er wird dann noch verrückter als zuvor!

Willkürliche Zeichen brauchen wir, und zumal Schrift, um Zugang zu anderen zu haben – wir kennen die Gedanken der Anderen nur durch ihre Zeichen, aber auch unsere –, Gedanken lesen ist also ein täuschendes Bild, das die Einfachheit des Lesens auf die Gedanken direkt überträgt, wo das Lesen nur von Zeichen gilt.

Wenn wir eine Schrift lesen, die uns etwas zu sagen hat, ist es nicht so, dass wir ruhig auf die geistige Nahrung warten, sondern eher so, dass jeder Gewinn sich durch das Verstehen des Gelesenen erkämpft. Verstehen geht einerseits von selbst, ohne dass man daran denkt. Es ist unser Element. Wir bemerken nur die Störungen. Aber verstehen braucht auch nicht selten eine gewisse Anstrengung. Es zeigt sich als nicht so leicht wie erhofft. Ein hoher Grad an Abstraktheit kann das Verstehen erschweren, etwa wenn der Leser die erste Seite der »Ethik« Spinozas liest und meint, man könnte weiter fortfahren. Natürlich geht es nicht so. Oder wenn es so geht, so heißt es, dass man doch zurück zu diesem Anfang kommen muss. Die Abstraktheit ist aber ein normales Kennzeichen der Schrift überhaupt, die von sich aus über keinen Zusammenhang verfügt, der seine Entzifferung lenken könnte.

Es ist dann ein Spiel, diesen Inhalt zurückzugewinnen, aber dieses Spiel ist ja wohl ein Denkspiel, das heißt ohne selbst zu denken, kann man daran nicht teilnehmen. Jede Schrift, die ein wenig ernst genommen wird, also nicht sofort verschluckt wird, braucht also – das möchte ich plausibel machen – unser Mitdenken. Unser Zusammendenken mit ihr, aus ihr, von ihr weg und zu ihr zurück. Unsere Selbstbestimmung.

Lesen gibt uns Stoff zu denken, Stoff zum Mitdenken. Unser Denken übt sich an einem anderen. Es ist einerseits sicher richtig, dass das Lesen sich auf bereits verfügbares Wissen stützt. Wenn dieses jedoch ein Wissen oder ein Denken ist, aber auch ein Werk der Einbildungskraft, so ist es unablässig, diesen Inhalt wiederzubekommen, ohne

dass man sich dafür auf eine besondere Weise einstellt. Wenn das Wissen ist, dann muss ich selbst wissen, wenn es ein Gedanke ist, so muss ich ihn selbst denken, eine Erdichtung, so muss ich sie nachvollziehen können. Überhaupt kann man all diese Mitwirkung, die von dem Leser erwartet wird, wenn er seinem Text ebenbürtig sein wird, als Denken bezeichnen. Lesen – also ein Lesen, das sich nicht mit dem schnellen Entziffern und Nutzung genügt – ist Denken, Mitdenken.

Im Gelesenen sind die anderen da, aber zugleich ist das Ich bei sich. Wie im Gespräch und wie im Gebet zugleich. In der Konzentration und in der Erweiterung. Das Lesen hilft jedem, weil es das Nahe und das Ferne in Kontakt bringt.

Diese Struktur entfaltet unsere menschliche, kulturelle Welt. Sie behält ihren Wert unabhängig von technologischen Änderungen, die sie betreffen können. Es lohnt sich deshalb, das Lesen zu retten.

Das Lesen retten?

Es ist natürlich suspekt, von einer Rettung sprechen zu wollen. Haben wir nicht gerade seine Allgegenwärtigkeit festgestellt? Man sollte es vielleicht anders formulieren: Nicht das Lesen als solches gilt es zu retten, sondern die Zeit des Lesens. Unsere Zeit schafft viel Freizeit und öffnet damit neue Märkte. Das Lesen kostet aber nichts oder wenig, was die Märkte nur ärgern kann. Es gibt tausend andere Tätigkeiten, worauf man die Aufmerksamkeit des potentiellen Lesers lenken kann, die viel rentabler sind.

Der Kampfplatz ist heftig umkämpft. Was sich von selbst bewegt, zieht dafür das Auge auf sich. Die Schrift bewegt sich nicht, und das ist ein Mangel. Dieser Nachteil wurde kompensiert, indem man auf den Bildschirm immer öfter bewegte Schrift zu lesen bekommt. Der Weg von der Schrift zum Hirn des Lesers

wird denkbar verkürzt, indem man die Schrift nur darstellt, solange sie gelesen werden muss. Die Zukunft der bewegten Schrift geht aber weiter, so eine neuere Erfindung in der Branche, wenn man sich begnügt, einzelne Wörter schnell nacheinander aufzuzeigen. Der Leser kann sie lesen, wenn der zentrale Buchstabe jeweils gefärbt ist, meist rot gefärbt. Es regnet also Wort nach Wort und der Leser verbraucht sie mit einer maximalen Schnelligkeit. Diese Zuspitzung der Reduktion des Lesens macht sichtbar, wohin man steuert, wenn man den Zeitgewinn und den Gewinn überhaupt ins Zentrum der kulturellen Entwicklung rückt.

Deshalb bleibt, müsste die Schule bleiben, die Schule als der Ort, wo man diese uralte und zugleich neue und einfache Technik des Lesens lernt.

Denis Thouard ist Philosoph und arbeitet seit 2012 am Centre Georg Simmel in Paris

*Man benutzt die Schrift,
um Bescheid zu wissen.*

Vom Lesen zum Schreiben

Regine Möbius schafft viel: Als Kulturfunktionärin im Amt der Vizepräsidentin des Deutschen Kulturrates setzt sie sich ein für die Verbesserung von Rahmenbedingungen für Kunst- und Kulturschaffende. Kulturanlässe schafft sie u. a. als Projektleiterin des Leipziger Literarischen Herbstes. Als Schriftstellerin veröffentlicht sie Prosa, Lyrik und Publizistik und gibt ihre Erfahrungen in Schreibwerkstätten und Workshops weiter.

Die Eindrücke des 18. Literarischen Herbstes sind noch frisch: Können Sie als Projektleiterin eine Veränderung in der Lesebegeisterung feststellen, wenn Sie die vergangenen Jahre Revue passieren lassen?

— Der Kern Lesebegeisterter, die das Festival besuchen, ist nicht kleiner geworden, denn von drei Gegebenheiten konnte auch der diesjährige Leipziger Literarische Herbst profitieren. Erstens: Leipzig ist traditionell eine am Buch und der Literatur interessierte Stadt, die nicht nur ihre Buchmesse liebt und pflegt. Zweitens: Der Sog eines Festivals gegenüber Einzelveranstaltungen ist ein sich immer stärker herausbildendes Phänomen. Drittens: Von Beginn an hat der Leipziger Literarische Herbst, gegründet 1991 von aktiven Vorstandsmitgliedern des Verbands deutscher Schriftsteller (VS), auf literarische Begegnungen und kulturpolitische Auseinandersetzungen fokussiert. Dieses Spannungsfeld, dem wir eine kontinuierliche, eher noch anwachsende Zuhörerschaft verdanken, hat über die Literatur und durchgeführte Podien die kritische Auseinandersetzung mit drängenden Problemen und Fragen der Gegenwart ermöglicht. Nach wie vor zogen auch in diesem Jahr bekannte deutsche Autoren wie Christoph Hein, Karl Schlögel oder Ingo Schulze ebenso wie die Ukrainerin Katja Petrowskaja, der Franzose Camille de Toledo eine erfreuliche Zahl Literaturinteressierter an die Veranstaltungsorte. In einem Kammertheater war Erich Loests Revolutionsstück »Ratzel speist im Falco« zu sehen. Es integrierte sich, wie viele der Texte, in die literarische Aufarbeitung der Friedlichen Revolution vor 25 Jahren, der das gesamte Festival gewidmet war.

Das Buch konkurriert mit einer immer größeren Zahl weiterer Freizeitangebote. Sind aus Ihrer Sicht als Autorin die Freude und das Interesse am Lesen noch ausreichend vorhanden?

— Nein, muss ich so klar sagen. Diese Antwort trübt natürlich nicht nur meine Freude als Autorin, sondern generell als gesellschaftliches Wesen. Um einer komplexen Welt zu begegnen, benötigen wir auch einen komplexen Zugang zu ihr und dazu gehört existentiell als Bildungsschwerpunkt das Lesen. Lesekompetenz ist beim Niveau eines Individuums eine ausschlaggebende Größe. Denn es gibt weder einen sozialen noch einen technischen Fortschritt, wenn es keine Bildung gibt. Eine kanadische Langzeitstudie belegte, dass diejenigen mit höherer Lesekompetenz einen erfolgreicheren Berufsweg aufzuweisen hatten.

In Deutschland gelten 7,5 Millionen Menschen als funktionale Analphabeten. Ein Armutszeugnis für eines der reichsten Länder der Erde. Warum versagt unser Bildungssystem bei der Vermittlung von geschriebener Sprache?

— Gern erinnere ich mich noch, dass meine Mutter alle Bücher, die ich als Kind und Jugendliche zur Hand nahm,

ebenfalls las. Nicht um zu kontrollieren, sondern, um sich mit mir darüber zu unterhalten. Ein Ritual, das ich sehr genossen habe. Unbewusst hat sie wohl damit – so würde man das heute sehen – in meine Früherziehung investiert. Wir werden in der Gegenwart mit Bildern überflutet, und das Bild hat inzwischen die gleiche oder stärkere Aussagekraft als ein Text. Um das Lesen wieder populärer werden zu lassen, könnte man sich das zunutze machen. Beispielsweise könnten Prominente aller Genres oder die sogenannten coolen Typen im Fernsehen vorlesen. Darüber hinaus sind digitale Medien eine zukunftsweisende Ergänzung in der Leseförderung. Verlage bieten inzwischen unterschiedliche Formate an. Das Leseportal Antolin beispielsweise ist dafür ein herausragendes Beispiel. Schnürte man beide Formate in ein Paket, könnte daraus ein neuer Leseanreiz entstehen.

In Schreibwerkstätten geben Sie Jugendlichen und Erwachsenen Ihre Erfahrungen im kreativen Umgang mit Sprache weiter. Können Sie einen Unterschied in der Lesekompetenz der Teilnehmer im Vergleich zu vergangenen Jahrzehnten festmachen?

— 2014 besteht die von mir geleitete Schreibwerkstatt am Haus des Buches 18 Jahre. Gleichzeitig blicke ich auf fast drei Jahrzehnte Erfahrung in der Arbeit mit Nachwuchsautoren zurück. Wir erleben in unserer Schreibwerkstatt, die offen für jeden Interessierten ist, Begabung vorausgesetzt, wie wichtig und kritikbildend es für Literaturinteressierte sein kann, sich im Dialog untereinander und im Zwiegespräch mit mir, eigener Möglichkeiten zu versichern. Allein ist der Schritt vom spielerisch Übernommenen bis zum vertretbar Eigenen oft schwer zu erkennen und deshalb kaum zu realisieren. Orte, an denen Schriftsteller, angehende und Schreibinteressierte einzeln oder in Gruppen im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit lesen, gibt es viele. Über Entstehungsprozesse, handwerkliches Können und Methodik wird eher geschwiegen, obwohl das Interesse groß ist. In meinen Schreibseminaren versuche ich immer wieder, über genaueres Lesen und verständigeres Kritisieren einen distanzierteren Blick auf die eigenen Texte zu erreichen, der dann den jungen Autorinnen und Autoren einen handwerklich exakteren Umgang mit dem eigenen Schreiben ermöglicht. Dabei spielt das Lesen von Büchern unterschiedlicher Genres eine fundamentale Rolle. Immer wieder ermuntere ich die Teilnehmer, mehr fremde Texte zu lesen als eigene zu schreiben. Dabei gebe ich sowohl Leseempfehlungen, lasse mir aber auch von den Werkstattmitgliedern Bücher nennen, die ihnen wichtig sind. In diesem Kreis spielen die selbstgelesenen Bücher, auch wenn sie ganz unterschiedliche Themen ansprechen und sehr verschiedene Welten öffnen, eine unverändert starke Rolle. Nicht zu vergessen, dass das regelmäßig stattfindende Treffen Schreibinteressierter eine stark sozi-

ale Komponente hat. Die Gruppe hat eine Altersstruktur, die von 16 Jahren bis zu einem Lebensalter von 78 Jahren reicht und beruflich ein Spektrum abbildet, das von Schülern, Studenten über die Sekretärin, die Lehrerin, verschiedene Naturwissenschaftler, Schmuckgestalter, Filmemacher bis zum emeritierten Anatom reicht. Zwischen den einzelnen Alters- und Berufsgruppen herrscht hohe Akzeptanz. Ihre Probleme mit Texten werden von mir, aber auch untereinander, ebenso sensibel behandelt wie persönliche Probleme, das heißt wir haben ein Vertrauensverhältnis, in dem nicht nur Leseempfehlungen intensiv aufgegriffen werden. Es umschließt weite Bereiche.

Welche Bücher würden Sie als Autorin und Leserin empfehlen, um ein Gespür für die Schönheit und die Vielfalt der Sprache zu erhalten?

— Immer spielt dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle das Umfeld, die Persönlichkeitsstruktur und vorangegangene Leseerlebnisse der Person, der ich ein Buch empfehle. Nicht selten erlebe ich bei Büchern, für die ich gebrannt habe und deshalb empfehle oder verschenke, dass sie ungelesen im Regal verschwinden oder keinesfalls mit der von mir empfundenen Emphase gelesen werden. Jedes Mal ist das für mich ebenso enttäuschend wie lehrreich. Also, die Antwort fällt aus besagten Gründen schwer. Sofort fallen mir alle die Bücher ein, die ich gern auch nennen möchte, ja müsste, weil sie mir nicht weniger wichtig sind als die nun folgenden. Lesern, die Freude am Reim haben, empfehle ich Peter Rühmkorf. Sprachschönheit ist gleichfalls zu entdecken bei Paul Celan, Ingeborg Bachmann oder dem in Berlin lebenden Lyriker Andreas Altman, dessen Gedicht schneespuren mit der Zeile beginnt »die farbe des felsenatems ist im eiszapfen zu sehen«. Die Sprache der Bibel darf nicht vergessen werden oder der schaurig schöne Originalton Grimm'scher Märchen, Franz Fühmanns Essays oder seine Sprachspiele, Heinrich Bölls Erzählungen. Volker Braun empfehle ich immer wieder, nicht zu vergessen Brecht'sche Dramatik oder Goethes »Wilhelm Meisters Lehrjahre«, Karl Kraus' Aphorismen und die großartigen Übersetzungen von Swetlana Geier, die neben Tolstoi, Bulgakow und Solschenizyn auch Fjodor Dostojewski übersetzte. Bei ihr wurde aus »Schuld und Sühne« »Verbrechen und Strafe«. Georg Büchner, Kafka, Hilbig oder Stefan Zweig rege ich an zu lesen, den flämischen Schriftsteller Louis Paul Boon, ebenso die von Mirjam Pressler übersetzte Zeruya Shalev. Und so könnte ich weiter und weiter empfehlen.

Regine Möbius ist Vizepräsidentin des Deutschen Kulturrates und Stellvertretende Bundesvorsitzende des Verbands deutscher Schriftsteller. Das Interview führte Stefanie Ernst, bis Mitte September 2014 Referentin für Öffentlichkeitsarbeit beim Deutschen Kulturrat.

ARBEITSGEMEINSCHAFT LITERARISCHER GESELLSCHAFTEN UND GEDENKSTÄTTEN E.V.

Die Arbeitsgemeinschaft Literarischer Gesellschaften und Gedenkstätten e.V. hat sich der Förderung und Vernetzung von literarischen Einrichtungen verschrieben, um die literarische Vielfalt im Land der Dichter und Denker zu erhalten und ihr – auch in Zeiten neuer Technologien – die nötige Anerkennung zu verschaffen. Zum jetzigen Zeitpunkt gehören der ALG 235 literarische Gesellschaften, Literaturmuseen und Gedenkstätten an. Seit 1993 vergibt sie alle zwei Jahre den »Hartmut-Vogel-Preis für Literaturvermittlung«, mit dem außergewöhnliche literarische Projekte, die in ihrer Art von besonderem Gewicht für das kulturelle Leben in Deutschland sind und/oder Vorbildcharakter für die Arbeitsmöglichkeiten mit Literaturvermittlung befaster Einrichtungen haben, ausgezeichnet werden.

BÖRSENVEREIN DES DEUTSCHEN BUCHHANDELS E.V.

Im Börsenverein sind rund 5.700 Verlage, Buchhandlungen und Antiquariate, Zwischenbuchhändler und Verlagsvertreter organisiert. Er versteht sich als Sprachrohr der Buchbranche und steht Öffentlichkeit und Politik beratend zur Seite. Der Börsenverein veranstaltet die Frankfurter Buchmesse, verleiht jährlich den »Friedenspreis des Deutschen Buchhandels« sowie den »Deutschen Buchpreis« für den besten deutschsprachigen Roman des Jahres. Weiter lobt er den bundesweiten »Vorlesewettbewerb« aus. Er engagiert sich für das Kulturgut Buch und das Lesen, für die Meinungsfreiheit und die kulturelle Vielfalt der Gesellschaft.

TREFFEN JUNGER AUTOREN - BUNDESWETTBEWERB DER BERLINER FESTSPIELE

Beim Treffen junger Autoren begegnen sich talentierte junge Autorinnen und Autoren im Alter von 11 bis 21 Jahren. Sie wurden von einer unabhängigen Jury aus den Einsendungen zum Wettbewerb ausgewählt. Für die Einsendungen gibt es keine thematischen Vorgaben. Sie können aus Prosa, Lyrik oder Drama aller Genres bestehen und müssen selbst geschrieben sein. Eine Fachjury wählt zehn Preisträgerinnen und Preisträger aus. Teil des Treffens ist auch ein Forum für Pädagoginnen und Pädagogen sowie Leiterinnen und Leiter von Schreibwerkstätten. Der Wettbewerb wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert.

Genug der Worte?

Warum manche Sechstklässler zwei Millionen Worte gelesen haben und andere gerade mal ein Zehntel dessen — Sascha Schröder

Lesen ist eine komplexe Fähigkeit, deren Erwerb nicht selbstverständlich ist. Kinder brauchen pädagogische Unterstützung, um die Herausforderungen des Schriftspracherwerbs erfolgreich zu meistern. Die PISA-Studien haben gezeigt, dass dies nicht allen gleich gut gelingt: Lesen ist der schulische Fähigkeitsbereich, in dem sich vielleicht die größten Unterschiede zwischen Schülerinnen und Schülern offenbaren und in dem es besonders schwierig ist, effektive Fördermaßnahmen zu implementieren.

Warum ist Lesen so schwierig? Erwachsene vergessen häufig, dass Lesen alles andere als selbstverständlich ist. Für sie ist es eine hoch automatisierte Fähigkeit, die ohne große Anstrengung ausgeführt wird. In der Tat können Erwachsene »nicht nicht lesen«, das heißt, wenn sie ein Wort sehen, lesen sie es unbewusst und automatisch und können seine Bedeutung nicht ignorieren, auch wenn das manchmal hilfreich wäre. Vielleicht haben ja Sie sich auch schon einmal von der Werbung in einer Zeitung von der Lektüre eines Artikels ablenken lassen? Das war jedoch nicht immer so. Auch Erwachsene mussten sich das Lesen einmal mühevoll Wort für Wort erarbeiten. Manchmal wird ihnen das klar, wenn sie in einer Fremdsprache vorlesen sollen: Wie wird das englische Wort »examine« noch einmal ausgesprochen? Und wie wird »Spaghetti« geschrieben? Vor solchen Fragen stehen Kinder, die gerade Lesen und Schreiben lernen, jeden Tag!

Eines ist klar: Wie andere Dinge im Leben lernt man Lesen nur dadurch, dass man es tut. Es ist deswegen wichtig, sich genauer anzuschauen, welche Informationen Kinder beim Lesen aufnehmen und wie sie diese nutzen. Dabei ist zunächst einmal festzuhalten, dass die Sprache in Büchern, die sogenannte Schriftsprache, sich in verschiedener Hinsicht von der gesprochenen Sprache unterscheidet, die Kinder ja bereits vor Schuleintritt sicher beherrschen. Der wichtigste Unterschied für das Lesen ist, dass geschriebene Sprache in Büchern ungleich reichhaltiger ist als unsere Alltagssprache, das heißt in ihnen kommen mehr neue, unbekannte Wörter vor. Vergleicht man verschiedene sprachliche Kommunikationsformen miteinander, wie zum Beispiel Gespräche zwischen Erwachsenen und Kindern, Fernsehsendungen und Kinderbücher, dann fällt auf, dass (Kinder-)Bücher ein wesentlich höheres lexikali-

sches Anregungspotenzial haben als andere Textsorten. Viele Alltagsgespräche – Und? Wie war es heute in der Schule? – sind nicht sehr komplex und drehen sich meist um bereits bekannte Dinge. Wenn es darum geht, Neues zu lernen und unbekanntes Wörtern zu begegnen, geht also kein Weg am Bücherlesen vorbei. Auch ist klar, dass sich verschiedene Arten von Kinderbüchern hier sehr unterscheiden können.

Nun gibt es nicht nur große Unterschiede zwischen den Büchern, die Kinder lesen, sondern vor allem darin, ob sie überhaupt lesen. Aber wie häufig machen sie das eigentlich und wie lange? Es ist nicht einfach, das herauszubekommen. In der Schule selbst lesen Kinder kaum, zumindest nicht in der Grundschule. Ein durchschnittliches Lesebuch für den Deutschunterricht in der dritten Klasse hat ungefähr 30.000 Wörter – das ist in etwa der Umfang, den auch ein Band der »Drei ???«-Serie hat. Ein Buch wie Cornelia Funkes »Tintenherz« (140.000 Wörter) umfasst ungefähr so viele Wörter wie alle Schulbücher der ersten bis zur vierten Klasse zusammen.

Es ist deshalb wahrscheinlich, dass die meiste Lektüre in außerschulischen Situationen stattfindet – oder eben auch nicht. Darüber hinaus sind die meisten Lese-Episoden nicht in einen erzieherischen Kontext eingebunden, etwa in den Unterricht, sondern finden eher nebenher und selbstgesteuert statt. Fragt man Kinder und Jugendliche danach, wann und was sie in den letzten Tagen außerhalb der Schule gelesen haben, dann erhält man meist einen Mittelwert von ungefähr fünf Minuten pro Tag. Dabei gibt es aber erhebliche Unterschiede: Einige lesen gar nicht und andere dafür eine Stunde.

Kinder unterscheiden sich nicht nur darin, wie häufig und wie lange sie ein Buch in die Hand nehmen, sondern auch darin, wie schnell und flüssig sie darin lesen. Lesen Kinder in der zweiten Klasse, brauchen sie für 70 Wörter, das heißt fünf bis sechs durchschnittlich lange Sätze, ungefähr eine Minute. Ein Erwachsener braucht für die gleiche Menge an Text nur

ungefähr ein Viertel dieser Zeit. Auf die Dauer summieren sich solche Unterschiede zu erheblichen Differenzen: Ein Kind, das durchschnittlich lange und gut liest, wird am Ende der sechsten Klasse ungefähr zwei Millionen Wörter gelesen haben. Das entspricht ungefähr dem doppelten Umfang aller Harry-Potter-Bände. Ein Kind, das hingegen das Lesen

fast vollständig vermeidet und eher zähflüssig liest, kommt nur auf etwa zehn Prozent davon. Gleichzeitig kann ein Kind, das doppelt soviel liest, leicht vier bis sechs Millionen Wörter in der Grundschule lesen. Wie bei allen exponentiell verlaufenden Wachstumsprozessen machen sich kleine Unterschiede in den Anfangszuständen schnell bemerkbar.

Es ist einfach zu sehen, dass die oben skizzierte Wachstumsdynamik erhebliche Konsequenzen hat und zwar sowohl für die Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler als auch für das Handeln von Eltern und Lehrern. Zunächst einmal kann sich durch das Zusammenspiel von Leseverhalten und Lesefähigkeit ein positiver »Engelskreis« ergeben: Menschen, die mehr und anspruchsvollere Bücher lesen, üben diese Fähigkeiten mehr und werden dadurch immer besser. Leider ist jedoch der umgekehrte Fall wesentlich häufiger: Kinder, denen das Lesen schwerfällt, vermeiden es, dadurch fällt es ihnen immer schwerer und sie vermeiden es immer weiter.

Obwohl die Leseforschung diese komplexen Wechselbeziehungen zwischen dem, was Kinder lesen und dem, was sie können, schon lange beobachtet, ist nicht klar, was man am besten dagegen tun kann. Sicherlich liegt die Lösung in einem Zusammenspiel unterschiedlicher Maßnahmen gleichzeitig: Die Lehrkräfte in der Schule sind wichtig, haben aber häufig nicht die Zeit, sich in jedem Einzelfall um das Lektüerverhalten ihrer Schülerinnen und Schüler zu kümmern. Lesespaten-Systeme sind sicherlich eine gute Sache, aber es ist unklar, wie nachhaltig die Wirkung solcher eher punktuellen Maßnahmen ist. Programme zur Förderung der Lesemotivation sind ebenfalls gut und sinnvoll, aber aus kognitiver Perspektive meist zu unspezifisch. Gerade die schwächeren Schülerinnen und Schüler, denen das Dekodieren einfachster Wörter noch sehr schwerfällt, bedürfen der gezielten Förderung und Übung, um sie überhaupt erst in die Lage zu versetzen, eigenständig weiterzulesen. Denn das ist die Entscheidende: Statt einmal die Woche zum Lesunterricht zu gehen oder, von den Eltern vorgeschrieben, die obligatorischen fünf Minuten zu Hause lesen zu müssen, ist es wichtig, das »kognitive Immunsystem« der Kinder soweit zu stärken, dass sie in der Lage und willens sind, sich eigenständig mit Büchern und Texten auseinanderzusetzen – egal ob in altmodischer Papierform, als E-Book oder im Internet.

Sascha Schröder ist Leiter der Max-Planck-Forschungsgruppe »Reading Education and Development« (REaD)

Das entspricht ungefähr dem doppelten Umfang aller Harry-Potter-Bände.



Harald Schmidt kündigte ihn einst als erfolgreichsten Vorleser Deutschlands an. Wie aber wird man eigentlich ein guter Vorleser, Rufus Beck?

Haben Sie selbst während Ihrer Kindheit oder Jugend Hörbücher oder Kassetten gehört?

Hörbücher auf Kasette oder CD gab es damals noch nicht. Manchmal, aber eher selten haben wir eine Schallplatte mit Märchen aufgelegt.

Und heute?

Ob beim Joggen oder beim Autofahren, ich höre ständig Hörbücher. Ich bin nicht nur Vorleser, sondern vor allem auch ein Genießer. Ich lese sehr gerne, liebe es aber auch Literatur zu hören. Das eine schließt das andere nicht aus. Ganz im Gegenteil, beides läuft bei mir parallel.

Lesen Sie nach, was Sie zuvor gehört haben?

Das kommt durchaus vor. Über ein Hörbuch bin ich zum Beispiel auf die Bücher von Stephen King aufmerksam geworden. Vorher hatte ich kein Interesse, sie zu lesen, ich dachte, es handele sich um simple, amerikanische Horrorgeschichten. Erst durch das großartig gelesene Hörbuch wurde mir bewusst, dass Stephen King ein sehr guter, psychologischer Autor ist.

Gibt es eigentlich Bücher, die sich nicht zum Vorlesen eignen?

Bücher haben natürlich unterschiedliche Schwierigkeitsgrade. Beim Vorlesen geht es um Klang, Inhalt und natürlich auch um Intonation. Vorlesen bedeutet immer auch interpretieren. Ein Buch aber, das man nicht vorlesen kann, kann man auch nicht lesen. Für mich ist ein Buch wie eine Partitur. Den Inhalt dieser Komposition gilt es ernst zu nehmen und es gilt zu überlegen, aus welchem Blickwinkel die Geschichte erzählt werden soll. Dabei ähnelt die Stimme in ihrer Funktion der einer Filmkamera mit verschiedenen Blickwinkeln, Farben, Nahaufnahmen, Totalen oder Panoramaeinstellungen. Letztendlich wird ein Buch, wenn es laut vorgelesen wird, nicht vorgelesen, sondern erzählt oder vorgetragen. Vortragen ist wie musizieren: Ich muss wissen, welche Akzente ich setzen will, welche Rhythmik ich einsetze, wie der Atem läuft, welche Dynamik der Text hat, welche Schnelligkeit – der Einsatz der Stimme beim Vortragen ähnelt dem Spielen eines Instruments.

Das klingt nach einer sehr zeitintensiven Arbeit.

Die einfachen Dinge sind immer kompliziert. Authentisch zu sein ist kompliziert. Sonst könnte jeder Manager brillante freie Reden halten, stattdessen halten sich viele an Konzepten und geschriebenen Sätzen fest. Beim Vorlesen, beim Vortragen geht es also in erster Linie um Authentizität. Um Echtheit. Die Geschichte muss der Vortragende an sich ranholen. Meine Stimme ist Mittel zur Interpretation und ich muss genau wissen, wie ich sie einsetze. Natürlich könnte man auch improvisieren, aber das ist sehr schwer. Für sich selbst lesen bedeutet, sich selbst eine Geschichte zu vergegenwärtigen. Lesen und Vorlesen sind zwei ganz unterschiedliche Dinge.

Ungeübteren Vorlesern fällt es mitunter schwer, vor lauter Konzentration auf das Vortragen auf den Inhalt zu achten. Wer kennt das nicht, man liest einem Kind vor und merkt am Ende der Geschichte, dass man selbst wenig mitgenommen hat.

Das kann passieren, heißt aber nicht unbedingt, dass das Vorlesen schlecht war. Letztendlich wurde erfolgreich vorgelesen, wenn der Zuhörer zugehört hat. Wenn man seinen Zuhörer verliert, hat man schlecht vorgelesen.

In Deutschland engagieren sich immer mehr Menschen als Vorlesepaten. Vielleicht haben Sie ein oder zwei Tipps für Laienvorleser, wie es gelingt, eine Geschichte spannend rüberzubringen.

Wichtig ist, die eigene Haltung zum Vorgelesenen zu überprüfen. Die eigene Haltung ist zentral für den Vorleser. Ebenso wichtig ist, dass man Freude beim Vorlesen hat. Die Stimme sollte ein wenig trainiert werden. Am besten, man probiert es zuhause einfach aus und schaut, wie die Zuhörer reagieren. Es ist hilfreich nachzufragen, ob die Zuhörer alles verstanden haben und wenn nicht, woran das gelegen haben könnte. Trial and error, bis das Ergebnis stimmt.

Rufus Beck ist Schauspieler sowie Hörbuch- und Synchronsprecher.

Das Interview führte Stefanie Ernst, bis Mitte September 2014 Referentin für Öffentlichkeitsarbeit beim Deutschen Kulturrat.

Wenn Alltägliches zur Qual wird

Formulare ausfüllen oder Papierkram erledigen: für Millionen unmöglich, denn funktionaler Analphabetismus ist trotz Schulbesuch keine Seltenheit. Ein Erklärungsversuch. — Anke Grotluschen

Die so genannte leo.-Level-One Studie bescheinigt Deutschland 7,5 Millionen Menschen, die nicht gut lesen und schreiben können. Das Phänomen wird als funktionaler Analphabetismus bezeichnet. Das bedeutet, die Betroffenen können oder konnten durchaus ein bisschen lesen, allerdings nur einzelne Sätze. Sie bringen auch einen Satz zu Papier, den jedoch selten fehlerfrei. Die Mehrheit arbeitet, gründet eine Familie und erinnert die Schulzeit als gar nicht so schlecht.

Betroffene verdienen sehr wenig, bekleiden aber die anstrengendsten und langweiligsten Arbeitsplätze. Wer dann einmal befördert werden könnte, steht vor der Herausforderung, dass in der neuen Position mehr Papierarbeit zu leisten ist. Wer Kinder in die Schule schickt, muss sich eingestehen, ihnen nicht helfen zu können. Wer den Lebenspartner verliert oder älter wird, muss sich allein durch Steuerformulare, Bankkonten, Gesundheits- und Rentenpapiere kämpfen. Jetzt wird die geringe Kompetenz tatsächlich zum Problem. Ausgeschlossen sind Betroffene vor allem von Weiterbildung. Lediglich Staplerscheine, Gefahrgutführerscheine, Arbeitssicherheitsschulungen werden besucht oder Integrationskurse, wenn es sich um Zugewanderte handelt.

Ausgeschlossen sind Menschen bei funktionalem Analphabetismus aber vor allem von der unterhaltenden Lektüre. Im ungünstigen Fall wird das rudimentär noch mögliche Lesen umgangen, vermieden und zunehmend verlernt. So werden Schriftstücke aller Art vom Arbeitsvertrag bis zum Fitnessstudio-, Telefon- und Mietvertrag in solchen Fällen nicht mehr gelesen, sondern geradezu blanko unterzeichnet. Zudem fehlt die Nutzung der Schrift für die Organisation des eigenen Daseins, denn das durch die Schrift erleichterte Ordnen der Welt in Abschnitte, in Listen und Kalenderwochen, in Vorher und Nachher, ist für Betroffene erschwert. Auch die schrifttypische Erleichterung beim kritischen Hinterfragen von Zusammenhängen geht verloren. Im gedruckten Wort ist es durchaus möglich, immanente Widersprüche einer Argumentation durch Zurückblättern und Nachsehen aufzuspüren. Im gesprochenen Wort muss man schon sehr genau achtgeben. Alle diese – einst soziologisch heftig umstrittenen und als schwache Literalitätstheorie inzwischen doch anerkannten Argumente – zeigen, dass Schrift nicht nur dazu da ist, die Zeitung zu lesen. Sie strukturiert unsere Welt, unser Verständnis von Argumentation, Kritik, Urheberschaft und Intellektualität. Nicht nur das individuelle Denken wird durch Schrift beeinflusst, auch Gesellschaften als Ganze. Buchführung und Kredit, kodifiziertes Recht und Festsetzung der Massen als gemeldete Einwohner erfordern Schrift. Eine kapitalistische, auf Eigentum und Handel, auf Staat und Recht sowie Buchreligionen gegründete Gesellschaft bedarf der Schrift.

Die Annahme, Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schulen seien an allem schuld, kann aus dem Datenmaterial nicht bestätigt werden. Die Mehrheit der Betroffenen erinnert die eigene Schulzeit als eher durchschnittlich, sozial ganz angenehm, nur wenige bestätigen häufigen Schulabsentismus oder waren längerfristig erkrankt. Das ist vermutlich auch das Kernproblem für die Lehrkräfte: Diese Schülerinnen und Schüler sind möglicherweise relativ unauffällig. Manche können von der Tafel abmalen, können die Schlüsselwörter der

Klassenarbeit auswendig hinschreiben, das genügt dann für das Nötigste. Auffallend wird es dann in der Berufsgrundbildung und Berufsvorbereitung, in denen erschütternde Schreibbeispiele offenbar weit verbreitet und den Lehrkräften auch bekannt sind.

Insgesamt zeigen die Daten aber auch, dass jüngere Kohorten bessere Durchschnittsleistungen erbringen als ältere Kohorten. Die Frage ist natürlich, ob der Unterricht besser geworden ist, ob gerade die Schwächeren aufgrund längerer Pflichtschulzeit mehr Unterricht erhalten oder ob schlicht die noch frische Schulerinnerung für gute Leistungen in Tests wie der leo.-Studie sorgt.

Einige neuere Tools stehen für Lehrkräfte zur Verfügung, die spielerisch ihre Schüler und Schülerinnen mit dem leo.-Test konfrontieren möchten. Die leo.-App ist sowohl für das Telefon als auch in der Vergrößerung für Tablets (Android und iOS) verfügbar und enthält auch schwierige Aufgaben. Dabei mag es bereits schwierig sein, im digitalen Leben die korrekte Groß- und Kleinschreibung zu verwenden. Die Links finden sich im leo.-Blog unter blogs.epb.uni-hamburg.de/leo/, die Apps sind gratis und werbefrei. Anonyme Testwerte werden bei Zustimmung gern gesammelt und im Rechenzentrum der Universität Hamburg gespeichert. Solche Daten sind hilfreich für die Entwicklung neuer Testaufgaben.

Lehrkräfte stehen in der Primarstufe vor der besonderen Aufgabe, allen Kindern die vollständige Beherrschung des Lesens und Schreibens nahe zu bringen. Aus Sicht der Erwachsenenforschung wissen wir aber, dass es Kinder und auch Jugendliche gibt, die dafür nicht offen sind. Sie brauchen die Möglichkeit der zweiten Chance. Es ist dann sinnvoll, wenn vor dem Schulabgang eine umfassende Information über weiterführende Möglichkeiten gegeben würde. Das kann vom Alfa-Telefon über die regionale Bildungsberatung bis hin zur Kenntnis des Portals »ich-will-lernen.de« reichen.

Die Erwachsenenbildung wiederum unterliegt weitgehend dem Prinzip der Freiwilligkeit, muss also zum Lernen motivieren und ihre Angebote bekanntmachen. Hält man sich aber die internationalen Daten vor Augen (Programme für the Assessment of Adult Competences – PIAAC 2012), wird von zwanzig Prozent dieser Zielgruppe als Motiv für die Teilnahme an der Erwachsenenbildung angegeben, man sei dazu verpflichtet worden.

Vertiefende Analysen in Hamburg zeigen derzeit, wie das persönliche und professionelle Umfeld an der Stabilisierung des funktionalen Analphabetismus beteiligt ist. Zu oft wird den Betroffenen stillschweigend alles abgenommen, was sie vermeintlich nicht mehr selbst bewerkstelligen können. Gleichzeitig zeigen sich aber auch Erwachsene, die ihre betroffenen Kollegen oder Freunde auffordern, ihren

Schriftverkehr erst einmal selbst zu verfassen und die dann korrigieren und Rückmeldung geben, sodass die Betroffenen ihre Selbständigkeit erhalten und ausbauen können.

Neue Fragen entstehen entlang der wesentlichen Kompetenzdomänen im Erwachsenenalter. Wenn es um die Literalität so schlecht bestellt ist, wie steht es um kulturelle Grundbildung, um Demokratiefähigkeit, um finanzielle Grundbildung oder auch um Gesundheitsbildung? Hier sind die Theorieentwicklung, die Erhebungsverfahren und Interpretation der Aussagen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Wichtig erscheint aber vor allem, nicht auf das individualistische Denkmuster des »blaming the victim« zu verfallen, bei dem sozial und kulturell ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppen auch noch die Alleinschuld für ihre Lage zugeschrieben wird.

Anke Grotluschen ist Professorin für Lebenslanges Lernen an der Universität Hamburg

Sie brauchen die Möglichkeit der zweiten Chance.

Jugendclub vs. Leseclub



Kann man dem pubertären »Leseclub« heutzutage mit Leseclubs entgegenwirken? — Esther Dopheide & Juliane Pflugmacher

Je älter Kinder und Jugendliche werden, desto größer empfinden sie oft den Leistungs- und Notendruck in der Schule. Bei einigen von ihnen besteht das Risiko, dass sie auch Lesen mit Schule, Noten und Zwang verbinden und so die Lust am Lesen verlieren. Aus diesem Grund spricht erfolgreiche Leseförderung, die in erster Linie die Begeisterung für das Lesen weckt und befördert, Heranwachsende auch außerhalb des Schulunterrichts an und bezieht ihre Lebenswelten mit ein. Vor allem für Kinder und Jugendliche, denen das Lesen schwer fällt oder die dem Lesen eher distanziert gegenüber stehen, ist dieser Ansatz ein wichtiger Schritt, um nachhaltige Lesefreude zu vermitteln.

Die dringende Notwendigkeit, auch außerhalb der Schule neue und niedragschwellige Zugänge zum Lesen zu schaffen, zeigen die Zahlen aus den aktuellen Bildungsstudien: Rund 14 Prozent der 15-Jährigen haben Schwierigkeiten beim Lesen und Schreiben (PISA-Studie 2012); auch in der Grundschule erreichen 15,4 Prozent der Schülerinnen und Schüler kein ausreichendes Leistungsniveau im Lesen (IGLU-Studie 2011). Dies hat weitreichende Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft: Knapp sechs Prozent der Schulabgänger erreichten 2013 laut aktuellem Bildungsbericht keinen Abschluss, viele Lehrstellen bleiben auf Grund mangelnder Ausbildungsfähigkeit unbesetzt – mit entsprechenden negativen Auswirkungen für den Wirtschaftsstandort und die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland. Dies zeigt, dass die komplexen Herausforderungen für die Leseförderung nicht allein im Schulunterricht gelöst werden können: Lesen muss integrativer Bestandteil des gesamten Lebens sein.

Leseförderung in non-formalen, informellen Bildungssettings orientiert sich an den Medien- und Themeninteressen der Kinder und Jugendlichen und stellt die Lesefreude in den Mittelpunkt. Hier setzt das Projekt »Leseclubs – mit Freu(n)den lesen« der Stiftung Lesen an. Seit 2013 richtet sie im Rahmen des Programms »Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung« des Bundesministeriums für Bildung und Forschung Leseclubs für Kinder und Jugendliche zwischen sechs und zwölf Jahren ein. Grundgedanke ist es, in ungezwungener Atmosphäre gemeinsam mit Gleichaltrigen verschiedene Lesemedien zu entdecken und sich kreativ mit ihnen auseinanderzusetzen. Die regelmäßige Teilnahme an Leseclubs wirkt nachweislich dem pubertären »Leseclub« entgegen und schafft nachhaltig einen positiven Bezug zum Lesen.

Auf die Vermittlung von Lesefreude durch die Berücksichtigung individueller Leseinteressen zielt beispielsweise der Julius-Club der VGH-Stiftung und der Büchereizentrale Niedersachsen ab. Er wird bereits seit 2007 als Sommerferienprogramm von Öffentlichen Bibliotheken in Niedersachsen und mit Unterstützung des Landes sowie der Akademie für Leseförderung Niedersachsen durchgeführt. Kinder zwischen elf und 14 Jahren können aus 100 Buchtiteln ihre Favoriten ausleihen und erhalten für mindestens zwei gelesene und bewertete Bücher das Julius-Diplom. Begleitet wird der Club mit vielseitigen Veranstaltungen und Workshops. Das Lesen wird so ergänzend zu schulischen Angeboten in einen spielerischen Kontext gesetzt und auch für leseferne Kinder und Jugendliche attraktiver.

Als Königsweg in der außerschulischen Leseförderung gilt eine Mischung aus dezidierten Leseprojekten und Angeboten, die auf das Lesen »über Umwegen« setzen, das heißt bei denen das Lesen nur ein Nebeneffekt einer bestimmten Aktivität ist. Ein gelungenes Beispiel hierfür ist der innovative Ansatz der Stiftung Lesen, durch die Verbindung von Lesen und Bewegung eine vorhandene Begeisterung für Sport für die Leseförderung zu nutzen. Diese zunächst ungewöhnliche Verbindung ermöglicht es den Kindern und Jugendlichen, sich mit ihren jeweiligen Fähigkeiten einzubringen und den vermeintlichen Gegensatz von »Büchermurm« und »Sportskanone« aufzuheben. Aus diesem Grund werden in den Lese- und Bewegungsparcours, die die Stiftung Lesen entwickelt hat, die beiden Bereiche nicht in »hier Lesecke – dort Dribbelparcours« getrennt; vielmehr verschmelzen Lesen und Bewegung. In der Fußball-Bundesliga-Saison 2013/2014 kam dieses Konzept bei einer Kooperation mit der Deutschen Fußball Liga und der Bundesliga-Stiftung bereits erfolgreich zum Tragen: Alle 32 Bundesliga-Vereine mit Kids-Club einigten sich auf das Saisonthema »Lesen«, bei dem die Stiftung Lesen mit verschiedenen Aktionen die Kinder zum Lesen bewegte.

Beispiele wie diese zeigen: Ob in der Bibliothek oder auf dem Bolzplatz – Leseförderung ist überall. Dies gilt nicht nur für den Ort, sondern auch für die Lese-Medien. Zeitgemäße Leseförderung, gerade auch im außerschulischen Bereich, nutzt multimedial in Enhanced E-Books, Apps, interaktiven Websites und Konsolenspielen erzählte Geschichten, um Jugendliche zur Auseinandersetzung mit Texten zu animieren und ihnen zu zeigen, was sie spielerisch machen: Sie lesen! So helfen digitale Angebote dabei, Zugänge zum Lesen zu öffnen. Die »Spieletester AG«, die der Fachbereich Jugend und Bildung der Stadt Gütersloh im

Ob in der Bibliothek oder auf dem Bolzplatz – Leseförderung ist überall.

Rahmen der Initiative »Lesespaß« von Bertelsmann, Stiftung Lesen und Goethe-Institut anbietet, macht sich dieses Potenzial zunutze, indem sie Kinder dazu einlädt, sich aktiv mit Konsolenspielen auseinanderzusetzen und diese in einem kurzen Text zu bewerten. Dieses Angebot fördert nicht nur sprachliche und soziale Kompetenzen, sondern gleichzeitig einen kritischen und bewussten Umgang mit digitalen Medien.

Im außerschulischen Bereich, in dem keine Lehrpläne den Rahmen vorgeben und keine vorab festgelegten Lernziele erreicht werden müssen, sollte Leseförderung auch Wege gehen, die auf den ersten Blick ungewöhnlich scheinen. Nur so können wir auch die Kinder und Jugendlichen für das Lesen begeistern, die dies auf den ersten Blick »uncool« finden – und bei ihnen so die notwendige Grundlage für Bildung, Erfolg in der Schule und den weiteren (beruflichen) Lebensweg legen.

Esther Dopheide ist Pressesprecherin der Stiftung Lesen
Juliane Pflugmacher ist Trainee für Öffentlichkeitsarbeit bei der Stiftung Lesen

Zugang legen

Auch im Zeitalter der Neuen Medien ist die Bibliothek zentraler Ort der Leseförderung. Barbara Schleihaugen sagt uns weshalb.

Welche zielgruppenspezifischen Angebote bieten Bibliotheken ihren Nutzern im Bereich der Leseförderung an?

— Für Kinder und Jugendliche haben Bibliotheken besonders viele Angebote. Sie setzen dabei auf einen spielerischen Ansatz, der die Lesefähigkeit fast nebenbei verbessert. Eingesetzt werden dabei unterschiedliche Medien und Methoden wie z. B. für die Kleinen (digitale) Bilderbuchkinos, »Wimmelbilder« mit vielen Figuren zum Entdecken, Audio-Digital-Stifte, die Texte zum Klingen bringen (sog. Ting- oder Tiptoi-Bücher), oder Vorlesestunden. Etwas größere Kinder lieben Lesenächte mit Übernachtung in der Bibliothek, sie erkunden in der Bibliothek kindorientierte Internetportale, erleben lebendige Autorenlesungen oder sind bei kreativen Schreibworkshops aktiv. In den Leseclubs arbeiten jugendliche Lesescouts oder Lesementoren zusammen und bieten Lesesommerangebote an. Viele Bibliotheken gewinnen gezielt Männer als Vorlesepaten, um ein positives Rollenbild speziell für Jungen anzubieten. Digitale Lesemedien spielen eine immer wichtigere Rolle. So kann man z. B. vom Buch ausgehend digitale Medien einsetzen und nach dem gemeinsamen Lesen die Webseiten beliebter Kinder- und Jugendbücher besuchen oder gelesene Geschichten durch Fotostories mit dem Handy oder dem Tablet-PC kreativ weiter entwickeln. Auch kommen verstärkt Bücher-Apps zum Einsatz, bei denen Kinder und Jugendliche die Geschichte aktiv durch das Lösen von Aufgaben mit entwickeln. Für Menschen mit Leseschwierigkeiten oder solchen, die die deutsche Sprache nicht gut beherrschen, halten Bibliotheken Medienangebote in Leichter Sprache bereit.

Erschwert die Digitalisierung die Leseförderung oder liefert sie vielleicht sogar neue Möglichkeiten der Vermittlung?

— Grundsätzlich bieten digitale Medien viel Potenzial, das Lesen zu fördern. Aktuelle Studien zeigen das vielfältige Mediennutzungsverhalten von Kindern und Jugendlichen. Drei Viertel der 6- bis 13-Jährigen nutzen regelmäßig gedruckte Bücher und Zeitschriften und 80 Prozent haben Erfahrung mit Computern. Jeder Zugang zum Lesen sollte also genutzt werden. Daher werden vor allem die Menschen, die Lesen wenig attraktiv finden, am besten über die digitalen Medien, die sie selbst stark nutzen – Smartphone, Videospiele und Social Media –, zum Lesen animiert. Der Deutsche Bibliotheksverband unterstützt die Bibliotheken mit dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projekt »Lesen macht stark. Lesen und digitale Medien« dabei, diese digitalen Einsatzmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche zu erkunden. Dabei kooperieren Bibliotheken mit Kindergärten, Schulen und Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, um so aktiv auf diejenigen zuzugehen, die den Weg in die Bibliothek von sich aus nicht finden. Diese Gruppe wird durch den Einsatz digitaler Medien und durch Nutzung von Medieninhalten aus ihren Lebenswelten zum Mitmachen motiviert.

Das Buch, ob als Printprodukt oder als E-Book, steht heutzutage in einer enormen Konkurrenzsituation zu anderen Medien. Besteht die Gefahr, dass Lesekompetenzen im Zeitalter der Digitalisierung eher abnehmen als dass sie weiter ausgebaut werden?

— Gerade im digitalen Zeitalter ist und bleibt das Lesen die grundlegende Schlüsselkompetenz, ohne die eine kompetente Nutzung anderer Medien gar nicht möglich ist. Jedoch erfordert das Lesen mit unterschiedlichen Medien auch unterschiedliche Fähigkeiten. So fördert das Lesen von elektronischen Texten zwar einerseits Fähigkeiten wie selektives Lesen, durch viele Hyperlinks kann aber schnell die Konzen-

tration nachlassen. Daher ist es wichtig, nicht an einem engen Begriff der »Lesekompetenz« festzuhalten, sondern vielmehr das Verstehen von Texten oder Bildern in den Blick zu nehmen. Schwerpunkt der Leseförderung sollte es daher sein, das Sinner-schließen und Sinnverstehen zu fördern. Dabei ist es hilfreich, Kinder und Jugendliche nicht nur durch angeleitetes Lesen zu fördern, sondern auch das ganz alltägliche, informelle Lesen mit elektronischen Geräten stärker in ihr Bewusstsein zu rücken. Internet, Social Media-Anwendungen oder Lese-Apps ermöglichen es ihnen, sich deren Inhalte eigenständig und im eigenen Tempo zu erschließen. Leseförderung muss vor allem die Förderung von Lesefreude und Leseinteressen in den Mittelpunkt stellen. Digitale Medien faszinieren nicht nur Kinder und Jugendliche, sie fesseln ihre Aufmerksamkeit und können so ganz wunderbar dazu anregen, sich auf die anfänglichen Mühen des Lesens einzulassen und sich neue Welten zu erschließen.

Bei über sieben Millionen funktionalen Analphabeten stellt sich die Frage, ob außerschulische Leseförderung überhaupt ansatzweise auffangen kann, was das Elternhaus und die Schule nicht geleistet haben.

— Wir wissen aus der letzten PISA-Studie, dass neben 7,5 Millionen funktionalen Analphabeten auch 14,5 Prozent der 15-Jährigen in Deutschland Schwierigkeiten beim Lesen und Schreiben haben, ähnlich stellt sich die Situation für die Grundschüler der vierten Klasse dar. Unter den Kindern und Jugendlichen wachsen somit kontinuierlich neue Generationen potenzieller funktionaler Analphabeten heran. Dieser Herausforderung können wir nur begegnen, wenn Leseförderung in Schulen, Elternhäusern und in außerschulischen Einrichtungen stattfindet.

Worin liegen die größten Unterschiede in der Leseförderung in Bibliotheken heute, verglichen mit den letzten 20 Jahren, und wie kann es gelingen, die zukünftigen Generationen für das Lesen zu begeistern?

— Die Vermittlung von Lesekompetenz war schon immer eine Kernaufgabe von öffentlichen Bibliotheken. Mit den heutigen Erkenntnissen setzen Bibliotheken jedoch schon viel früher mit ihren Angeboten zur Sprach- und Leseförderung ein. Bibliotheken arbeiten dabei verstärkt mit anderen Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen und offenen Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit zusammen, um gerade die bildungsfernen Kinder und Jugendliche aktiver ansprechen zu können. Allerdings werden neue Geräte verstärkt auf Sprachsteuerung statt auf das Lesen und Schreiben setzen. Aber auch crossmediales Lesen oder komplexe Computerspiele, die ebenfalls ihren Platz in Bibliotheken haben, erfordern eine hohe Lesekompetenz. Bei der Fülle von Informationen wird es immer wichtiger, daraus die für die eigenen Bedürfnisse wichtigen zu filtern und zu bewerten, um sich Wissen zu erarbeiten. Zur Entwicklung dieser Informationskompetenz sind aber auch Grundkenntnisse im Lesen und in der Nutzung digitaler Medien notwendig. Die Vermittlung von digitaler Lesekompetenz gehört daher ebenfalls zu den zentralen Aufgaben einer Bibliothek. Mit kreativen Angeboten, durch eine Vielfalt an unterschiedlichen Medien und in einem breiten Bündnis mit anderen Einrichtungen wird die Bibliothek auch zukünftige Generationen für das Lesen begeistern.

Barbara Schleihaugen ist stellvertretende Vorsitzende der Stiftung Lesen und Geschäftsführerin des Deutschen Bibliotheksverbands. Das Interview führte Stefanie Ernst, bis Mitte September 2014 Referentin für Öffentlichkeitsarbeit beim Deutschen Kulturrat.



Schlüsselkompetenz

Lesen ist der Schlüssel zur Welt, denn fachliches Lernen ist sprachliches Lernen. Fast nichts ist wichtiger von all dem, was Schule ihren Schülern mit auf den Lebensweg geben kann. — Gisela Beste & Irene Hoppe

Doch welchen Weg geht eine Schule idealerweise, damit jeder Schüler im Rahmen seiner Lesekompetenz bestmöglich gefördert und immer wieder neu herausgefordert wird? In Berlin und Brandenburg bietet der Bildungsserver mit seinem »Lesecurriculum« Orientierung für eine systematische schulische Leseförderung*.

Die Säule »Lesen im Unterricht« steht für unterrichtliche Maßnahmen in der Leseförderung. Hier nimmt der Deutschunterricht eine zentrale Rolle ein: Er fördert Kompetenzen in den Bereichen des basalen Leseverstehens vor allem auf der Wort- und Satzebene, der Lesestrategien, der persönlichen Leseprozesse und der vertieften Texterschließung – unter Berücksichtigung der individuellen Leseinteressen der Schüler. Die systematische Entwicklung der Lesekompetenz braucht jedoch die Beteiligung aller Fächer, um fachspezifische Lesekompetenzen in der Auseinandersetzung mit Sachtexten auszubilden.

Die Säule »Lesen in der Schule« verdeutlicht, dass eine systematische schulische Leseförderung über den Unterricht hinausgeht und durch lesekulturelle Aktivitäten, die auch den Ganztagsbereich einbeziehen, auf bereichernde Weise ergänzt wird. So wird das Lesen für die ganze Schule oder einzelne Jahrgangsbereiche zum sozialen Ereignis. Viele Maßnahmen haben die für die Entwicklung der Lesekompetenz bedeutsame Lesemotivation im Blick: z. B. Aufgaben zur visuellen, medialen oder szenischen Gestaltung von Textpassagen unter einem ausgewählten Aspekt wie spannendste Stelle, Figurenkonstellation oder Textausstellungen zu einem Thema wie z. B. Witze, Essen. Außerdem sind die Eltern wichtige Partner der Leseförderung: z. B. wenn sie gemeinsam mit ihren Kindern in ein Zeitungsprojekt eingebunden werden, Kinder-Eltern-Lesefeste mitgestalten oder Texte zum Wohnort erkunden.

Die Säule »Kooperationen« zeigt, dass die schulische Leseförderung auch ihre Grenzen hat und unbedingt Unterstützer aus dem außerunterrichtlichen Raum braucht. In allen Bundesländern gibt es verschiedene Angebote von Einrichtungen und Institutionen, die die Schulen bei der Leseförderung unterstützen. Sie bringen Menschen in die Schulen – z. B. Lesepaten, Autoren, und Literaturvermittler – oder stellen Materialien zur Verfügung. Auch die Beteiligung von Polizei – beispielsweise in einem Krimi-Projekt – oder der Feuerwehr kann gerade Jungen aus der Reserve gegenüber Büchern und Lesen locken.

Zahlreiche Grund- und weiterführende Schulen in Berlin und Brandenburg betreiben systematische Leseförderung auf der Grundlage dieses Drei-Säulen-Modells. Ein Beispiel hierfür ist die Berliner Allegro-Grundschule, die mitten in einem sozialen Brennpunkt liegt. Schon seit Jahren hat sie im Rahmen ihrer Profilbildung als »lesende Schule« ein schulinternes Curriculum entwickelt, das die Handlungsfelder des Drei-Säulen-Modells mit konkreten Maßnahmen gefüllt und für die Arbeit der Pädagogen verbindlich gemacht hat.

Von Anfang an wurden Maßnahmen in allen Bereichen formuliert und auch umgesetzt. Den ersten Fokus setzte die Schule jedoch bewusst auf die Entwicklung und Berücksich-

tigung von Leseinteressen und das Praktizieren einer vielseitigen gesamtschulischen Lesekultur. Der Schule war und ist wichtig, dass ihre Schülerinnen und Schüler, die zum großen Teil einen Migrationshintergrund haben und aus eher bildungsunfähigen Familien stammen, durch zahlreiche Aktivitäten Freude am Lesen gewinnen und ein positives Selbstkonzept von sich als Leser entwickeln. Unterstützung bei der sehr erfolgreichen Umsetzung bekam die Schule von Beginn an durch Kooperationspartner wie z. B. Lesepaten.

Individuelle Lernstandsanalysen und Vergleichsarbeiten zeigten jedoch immer wieder auf, dass verstärkt auch Maßnahmen zur Ausbildung von Leseflüssigkeit gerade in den unteren Jahrgangsstufen und zum Umgang mit Lesestrategien in allen Fächern in den höheren Jahrgangsstufen ergriffen werden sollten. Durch schulinterne Fortbildungen konnte die Schule hierfür effektivere Maßnahmen kennen lernen, auf ihre spezielle Schulsituation anpassen und anwenden. Vor allem auch das Lesen im Tandem (paired reading) und Lautlesetrainings, modelliert durch einen versierten Leser/in, haben sich zur Förderung von Leseflüssigkeit sehr bewährt. Fortschritte der Lesekompetenzentwicklung lassen sich an den VERA-Ergebnissen der bundesweiten Vergleichsarbeiten in der dritten Klasse ablesen.

Im Sekundarbereich haben Schulen gute Erfahrungen mit dem Schwerpunkt »Lesestrategien« gesammelt. Das LISUM hat gemeinsam mit der Universität Potsdam und dem Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM) das Set »LeseNavigator« entwickelt und im Kontext des KMK-Projekts »ProLesen« in Brandenburger Ober- und Gesamtschulen implementiert, um vor allem das Lesen in allen Fächern der Schule zu fördern. Der »LeseNavigator« leitet die Schüler durch den Text: Er fordert zur Aktivierung von Vorwissen als Verstehensressource vor dem Lesen auf, gibt Hinweise zur Überwindung von Verstehensbarrieren während des Lesens sowie zur Verarbeitung des Gelesenen in Stichpunkten und Grafiken nach dem Lesen. Das Instrument trägt der Tatsache Rechnung, dass fachliches Lernen, z. B. über den Bau der Nervenzelle im Biologieunterricht, auf die Verarbeitung textueller Informationen angewiesen ist: seien sie in kontinuierlichen, seien sie in diskontinuierlichen Materialien enthalten.

Alle Schulen, die mit dem »LeseNavigator« gearbeitet haben, haben eine intensivierte Auseinandersetzung der Lehrkräfte, die nicht aus dem Deutsch-Bereich kamen, zurückgemeldet und einen veränderten Blick auf das Lesen als Voraussetzung für Lernen.

Der nachhaltige Erfolg der schulischen Bemühungen sowohl im Bereich der Grundschule wie auch der Sekundarstufe wird davon mitbestimmt sein, wie konsequent die Maßnahmen zwischen allen Beteiligten abgestimmt, in gegenseitigem Erfahrungsaustausch praktiziert und deren Ertrag in Abständen evaluiert wird. Das gilt für die Abstimmung zwischen Deutsch- und Fachlehrkräften wie für die Verständigung zwischen Lehrkräften und Erziehern.

Gisela Beste ist Stellvertretende Direktorin des LISUM sowie Leiterin der Abteilung Unterrichtsentwicklung Sek. I/II und E-Learning

Irene Hoppe ist Referentin für die Schulanfangsphase im LISUM

Das Instrument trägt der Tatsache Rechnung, dass fachliches Lernen auf die Verarbeitung textueller Informationen angewiesen ist.

STIFTUNG LESEN

Zweck der Stiftung Lesen ist die Förderung von Buch, Zeitschrift und Zeitung in allen Bevölkerungskreisen sowie die Pflege und Erhaltung einer zeitgemäßen Lese- und Sprachkultur, nicht zuletzt in den neuen Medien.

Die Stiftung Lesen ist eine operative Stiftung. Seit 1988 entwickelt sie zahlreiche Projekte, um das Lesen in der Medienkultur zu stärken. Dazu zählen Projekte wie »Lesescouts«, »Leseclubs – mit Freu(n)den lesen«, »Alle Kinder dieser Welt«, »Mein Papa liest vor!«, der »Deutsche Lesepreis« und der »Bundesweite Vorlesetag«. Dabei versteht sich die Stiftung Lesen als Plattform für die Verbindung von Wirtschaftsunternehmen mit modernen Formen der Leseförderung.

LESEHELFER 2.0

Die Digitalisierung macht auch vor der Leseförderung keinen Halt. Dabei kann der Einsatz des Computers zur Leseförderung hoch motivierend sein. — Elisabeth Simon-Pätzold

Die Begriffe Lesekompetenz und Leseförderung erleben in unseren Tagen eine eigenartige Flüchtigkeit. Wenn man sich nur ein wenig mit der medialen Entwicklung und den dazu prognostizierten Trends beschäftigt, wird einem schnell klar, dass eigentlich nichts mehr so ist, wie es war. Was Lesekompetenz ist und was es in Zukunft sein soll und sein wird, ist keineswegs mehr eindeutig. Konnten wir nach dem PISA-Schock noch von einer gut abgesicherten Vorstellung ausgehen, dass man Lesen durch eine systematische Alphabetisierung und eine stufenweise sich erweiternde Literacy erwirbt, so weisen Fachdidaktiker heute darauf hin, dass wir es im digitalen Umbruch mit mindestens zwei verschiedenen Lesehaltungen zu tun haben. Wir finden bei den sogenannten »Digital Natives« bereits ein ganz anderes Lesen vor als bei Menschen mit herkömmlicher, buchorientierter Bildung. Bei der ersten Gruppe ist Lesen eher eine Folge des Schreibens und der Funktionalität für digitale Spiele und Kommunikation und rasche Informationsaufnahme. Dieses Lesen ist überfliegend, sehr schnell, nur auf bestimmte Stimulationen ausgerichtet und oft simultan. Das buchorientierte Lesen dagegen ist langsam, präzise, sinnnehmend und auf ein zusammenfassendes Verstehen bedacht.

Medienorientiertes Lesen ist heute notwendig. Daran gibt es keinen Zweifel, ob wir das gut finden oder nicht. In meinem Urlaub saß ich mit Freunden zusammen. Wir waren zwei Großmütter, ein Elternpaar und vier Kinder zwischen fünf und zwölf Jahren. Zusammen zählten wir am Tisch den Besitz von acht Mobiltelefonen. Das war die Urlaubsausstattung und diese Geräte wurden reichlich genutzt! Lesekompetenz ist heute ganz sicher auch Medienkompetenz. Manche Didaktiker gehen soweit, dass sie das Lesen gänzlich in den Fachbereich der Medienerziehung eingliedern wollen. Ich halte das für problematisch. Alle seriösen Prognosen gehen im Augenblick davon aus, dass es neben der rasanten Medienexpansion noch für lange Zeit auch die gedruckten Medien geben wird und dass diese weiterhin eine wichtige Rolle in der Bildung spielen werden. Die Frage allerdings, ob Medien in der Leseförderung eingesetzt werden sollen oder nicht, halte ich für ignorant. Sie müssen eingesetzt werden. Wir haben schon viel versäumt auf dem Feld einer sinnvollen und effektiven medialen Ausbildung. Das gilt ganz besonders für den Grundschulbereich.

Wichtig scheint mir aber, ganz unabhängig vom genau definierten Ziel, dass man sich nach vielen eventverliebten Irrwegen in der Leseförderung auf die Grundsätze jeder effektiven Förderung besinnt und alle Fördermaßnahmen daran ausrichtet.

- ▶ Effektive Förderung braucht exzellentes Material.
- ▶ Effektive Förderung braucht Förderexpertise bei der vermittelnden Person, ohne die es keine Förderung gibt, und zwar in den Bereichen Diagnostik, Schaffung einer Lernumgebung und der Fähigkeit zu motivieren.
- ▶ Effektive Förderung hängt davon ab, dass das Kind lernen will. Das bedeutet, dass die Motivation der springende Punkt jeder Förderung ist.

Ich habe versucht, diese drei Eckpfeiler der Förderung im, im folgenden dargestellten Programm zu realisieren.

Leseförderung mit und durch Medien am Beispiel AMIRA (www.amira-pisakids.de)

Das Online-Programm AMIRA wurde mit öffentlichen Mitteln gefördert (www.ein-netz-fuer-kinder.de) und ist deshalb kostenfrei. Es will für die Gruppe der Zweitsprachlerner frei zugängliche Lesetexte in drei Lesestufen anbieten. Dies scheint notwendig, weil viele Kinder aus dieser Zielgruppe keinen Zugang zu Büchern haben. Kinder sollen hier ein Erstangebot an geeigneten Lesestoffen finden. Alle Text-

te sind aufwendig und qualitativ hochwertig illustriert. Die Themen sind sorgfältig ausgewählt, im Hinblick auf die Herkunft der Kinder und ihre Interessen. Die Sprache wurde fachgerecht entlastet. Alle Texte sind in fünf bis sechs Sprachen übersetzt. Die Texte werden in Deutsch und demnächst auch in allen anderen Sprachen zum Mitlesen vorgelesen. Die Geschichten werden in Form virtueller Büchlein präsentiert. Zu jedem Text gibt es eine Auswahl von fünf bis sieben Spielen, die meist in Partnerschaft mit anderen gespielt werden können. Dazu gibt es jeweils Highscores zur Steigerung der Motivation.

Das Programm ist multimedial konzipiert. Alle Geschichten können auch als gedruckte Büchlein bezogen werden. Für alle Geschichten gibt es methodisches Material für den Offline-Einsatz durch Lesehelfer oder in freier Arbeit im Unterricht.

Worin liegt der medienbasierte Gewinn des Programms?

- ▶ Es ist ein universelles Lesematerial, das von allen Kindern erreicht werden kann. Das schafft kein anderes Medium! Es ist auch universell einsetzbar, das heißt seine Wirkung ist nicht auf die Schule begrenzt, ganz im Gegenteil. Leseförderung findet heute zu großen Teilen außerhalb der Schule statt.
- ▶ Das Programm ist flexibel. Es ist erweiterbar und korrigierbar. Damit bleibt es aktuell und spannend.
- ▶ Es ist multimedial. Diese Forderung wird sich immer mehr durchsetzen, damit man nicht auf ein Medium fixiert ist. Damit kann man die Onlinepräsenz der Nutzer auf ein Minimum beschränken.
- ▶ Alle Texte werden mehrsprachig in bis zu sechs Sprachen angeboten. Der Wechsel von einer zur anderen Sprache ist ein Knopfdruck. Die Einbeziehung der Eltern, die Sicherheit in der Herkunftssprache und Sprachvergleiche: Dies ist nur digital zu bewerkstelligen.
- ▶ Der Einsatz des Computers ist hoch motivierend. Selbstverständlich sind animierte Teile der Illustration und Geräusche eine wichtige Erweiterung.
- ▶ Die Geschichten können parallel zum Text auch gehört werden und sind somit barrierefrei zugänglich. Die Bedienungsanleitungen sind ebenfalls auditiv verfügbar. Printform und Digitalform sind parallel zu verwenden.
- ▶ Alle Geschichten werden durch kommunikative und motivierende Spiele ergänzt.
- ▶ Die Interaktivität der Kinder ist durch die Spiele und durch die geplanten Mitmach-Aktivitäten gegeben und soll in der Folge noch deutlich ausgebaut werden.
- ▶ Text, Illustration und Ästhetik können sehr effektiv im Sinne einer Bildlesekompetenz eingesetzt werden durch Vergrößerungen, durch Trennen von Schrift und Illustration, durch Ausschneiden von Teilen und Montagen, durch Veränderungen der Typografie usw.

Es war das Ziel, ein exzellentes Material bereit zu stellen. Man kann damit eine wirksame Leseförderung in Gang setzen. Dazu braucht man aber nach wie vor Vermittler, zielgerichteten Willen und Ausdauer. Das Programm kann und sollte im Bereich der Interaktivität erweitert werden. Die Praxis wird die Richtung weisen. Ich bin aber sicher, dass der Weg über eine multimediale Ausrichtung richtig und sinnvoll ist. In der jetzigen »medialen Revolution« sind wir gut beraten, alle Möglichkeiten, die die faszinierende Welt der neuen Medien bietet, zu prüfen und diszipliniert den Fördergrundsätzen unterzuordnen. Dann jedoch sollen die Medien Lernen erleichtern, Motivation erzeugen, den Kindern Freude bringen und wenn möglich neben den kognitiven auch ihre sozialen Kompetenzen erweitern.

Eine Frage des Kanons

Gibt es eigentlich »richtige« und »falsche« Texte in der Leseförderung — Maik Philipp

Eine Leseförderung ohne Texte ist wie Schwimmenlernen ohne Wasser. Doch allein auf Texte zu setzen reicht nicht. Denn dass Kinder und Jugendliche sich selbstständig Texte aussuchen und an ihnen wachsen, das ist ein Fernziel, bei dem das Textangebot erst spät dazu einlädt, aus eigenen Kräften seine Lesekompetenz zu steigern. Was die Angelegenheit noch verkompliziert: Auch die Leser- bzw. Textseite genügen für sich nicht. Wir wissen nämlich aus der Lesesozialisationsforschung, jenem Forschungszweig, der sich damit beschäftigt, wie aus Heranwachsenden bis ins hohe Alter Leser bzw. Nicht-Leser werden, dass eine Menge sozialer Einflüsse und Wechselwirkungen das Geschehen dynamisiert.

Diese einleitenden Worte sollen die Bedeutung der einzelnen Texte, Textsorten und Textgenres keineswegs schmälern, sondern nur darauf hinweisen, dass Texte einen wichtigen Einflussfaktor, aber eben nur einen unter vielen Faktoren, auf der langen Reise zum individuellen Lesen darstellen. Dabei scheinen es – zumindest in gewissen Altersphasen – bestimmte Texte zu sein, die besonders vielversprechend wirken, etwa im Kindesalter: literarische Bücher. Dennoch scheint es vorderhand sinnvoller, sich zunächst kurz mit dem Weg zum Lesen auseinanderzusetzen.

Zum Leser werden – einige vernachlässigte Aspekte

Bis zum PISA-Schock galt die unhinterfragte Annahme, dass nach dem mehr oder minder geglückten Schriftspracherwerb in der Grundschule, der lesemotivationsförderlich zu gestalten sei, das Leseverstehen von einem Puffer oder Speicher der Lesemotivation so stark stabilisiert wäre, dass Jugendliche praktisch jedweden Text erfolgreich meistern. Eine irri- gere Annahme, wie uns PISA & Co. stets aufs Neue zeigen. Was vernachlässigt wurde, sind die elementaren kognitiven Prozesse der Verarbeitung von Schriftsprache, sei es basal in der Worterkennung und syntaktischen Verarbeitung, sei es in anspruchsvolleren Fähigkeiten wie der übergreifenden Kohärenzbildung, dem »roten Faden« in Texten, den man findet.

Inzwischen mehrtsich die Erkenntnis, dass man zunächst einmal technisch flüssig lesen können muss, was sehr lange Übung und Wiederholung ebenso voraussetzt wie attraktive Lesestoffe und damit die entsprechende Motivation. Dabei scheint sich schon in dieser für die Grundschul-, aber auch Sekundarschulphase so wichtigen Phase abzuzeichnen, dass die Motivation Folge der Kompetenz im Lesen ist – und nicht umgekehrt. Anders gesagt: Können motiviert eher als Motivation das Können, auch wenn das natürlich sehr vereinfacht ist.

In ähnlicher Weise gilt das auch später, wenn der Lesefluss ausreichend automatisiert ist. Dann werden Lesestrategien wichtig, die man erwirbt, erprobt und ausdifferenziert. Lesestrategien sind bewusste Handlungspläne, um lesebezogene Probleme zu beheben – und sei das Problem erst einmal nur, den aktuellen Text zu verstehen. Der Strategieerwerb dauert erheblich länger als die Automatisierung bei der Leseflüssigkeit und ist noch anspruchsvoller. Wichtig bei den Lesestrategien als einer zweiten Etappe auf dem Weg zur umfassenden Lesekompetenz ist: Das Verhältnis von Texten, Motivation und Strategien scheint hier erheblich komplexer auszufallen.

Und die Texte?

Nach diesen Ausführungen dürfte schon deutlich werden: Es gibt nicht »den« Text bzw. »die« Texte für die gelingende Leseförderung. Das hat zum einen mit den leserseitigen, sozialen und natürlich textseitigen Merkmalen zu tun. Zum anderen ist aber das Ziel für

die Textauswahl entscheidend. Leseförderung kennt nämlich viele Verfahren (und die damit verbundenen Ziele sowie Grenzen) und damit auch mehr oder minder passende Texte. Allein deshalb verbietet es sich schon, absolutistisch von »geeigneten« oder »ungeeigneten« Texten zu sprechen. Und noch ein Vorurteil gilt es gleich von vornherein auszuräumen: den falschen Widerspruch zwischen angeblich nur lesemotivations- bzw. kognitionsförderlichen Texten. Motivation und Kognition beim Lesen sind keine Antipoden, sondern gehen im besten Falle, also bei geübten Lesern ab einer späten Phase im Lesekompetenzerwerb bzw. bei umfassender, präventiver Förderung, Hand in Hand.

Wenn man also Leseflüssigkeit fördern will, dann bieten sich Texte an, die dicht am Alltag der Heranwachsenden sind. Das muss nicht notwendigerweise inhaltlich der Fall sein; man denke nur an die inhaltlich fremde Fantasyliteratur. Es geht eher um Wörter und Ausdrucksweisen, die typisch und alltäglich sind. Das Ziel ist, mündlich Bekanntes im Schriftlichen wiederzuentdecken und so oft zu wiederholen, dass man als Leser nur noch wenig mentale Mühe aufwenden muss, um Wörter oder Phrasen zu dekodieren und mit Inhalt zu füllen. Solche Ausdrücke tauchen häufig in kinder- und jugendliterarischen Texten auf, die weniger komplex sind als Sachtexte, wobei es natürlich Ausnahmen gibt. Diese Texte lesen Kinder entweder sowieso zuhause so häufig freiwillig, dass diese Automatisierung erfolgt, oder aber man kann sie in kurzen Dosen, aber dafür unbedingt längerfristig in Fördereinheiten, wiederholen lassen. Es geht hierbei weniger um den Inhalt als um die Automatisierung. Gleichwohl gilt: Interessante Texte bzw. Themen haben hier natürlich einen klaren Vorteil und hier hilft weder ein Rezept noch eine Liste von Titeln, sondern die Frage nach Leseinteressen von Schülern und das Gespür von Förderpersonen.

Wenn es inhaltlich wird

Automatisierung allein reicht nicht – auch nicht beim Lesen. Spätestens bei längeren Texten braucht man Strategien, um die vielen gegebenen oder nur indirekt erschließbaren Informationen aufeinander zu beziehen. Andernfalls löst man sich nicht von der unmittelbaren Textoberfläche und kann kaum zum Inhalt vordringen. Die Förderung dieser Fähigkeiten ist ungleich anspruchsvoller, zugleich öffnet sich damit die Palette an Texten. Und auch hier stellt sich wieder – und im Grunde sogar noch dringlicher – die Frage nach der Eignung bzw. Passung.

Wenn man das Zusammenfassen als eine klassische Lesestrategie fördern will, dann an welchem Text? Ein Twitter-Eintrag eignet sich ebenso wenig wie ein Lexikonartikel. Eine Geschichte oder ein Sachbuchkapitel, am besten eines zu einem interessanten Thema, sind eher geeignet. Man kann dies beliebig fortsetzen, und immer wird das Ergebnis sein, dass Lesestrategien unter gewissen Umständen bei einigen Aufgaben und unter klar definierten Umständen mehr oder weniger sinnvoll vermittelbar sind.

Statt eines Fazits: Wider die Einfachheit

Ob Texte »richtig« sind oder »falsch«, ist zu tiefst relativ. Lesekompetenz als Fernziel vielfältiger Förderbemühungen erwerben wir nämlich an verschiedensten Texten. Entscheidend ist, mit welchem Ziel Texte an Heranwachsende herangetragen werden. Hier sind die Lesefördermaßnahmen inzwischen so differenziert, dass man nur auf entsprechende Fachliteratur verweisen kann. Eines aber ist gewiss: In der Forschung hütet man sich inzwischen vor der falschen Zweiteilung in »geeignete« und »ungeeignete« Texte.

Maik Philipp ist Vertretungsprofessor für Literaturdidaktik an der Pädagogischen Hochschule Weingarten

Multilingual!

Mehrsprachiges Vorlesen ermöglicht Zugang zu familiären und fremden Sprachwelten – und das ist nur ein Vorteil. — Maria Ringler

Mehrsprachigkeit ist für viele Kinder selbstverständlicher Bestandteil ihres Alltags. Diese gelebte Mehrsprachigkeit als wichtige Bildungsressource wahrzunehmen, zählt bei uns noch nicht zum bildungspolitischen Selbstverständnis. Auch in den pädagogischen Diskursen findet immer noch zu wenig Beachtung, dass die Sprachen der Migranten ein wichtiges Bildungspotential darstellen. Es wird nicht gesehen, dass wir in einer globalisierten Welt in zunehmendem Maße auf mehrsprachige und interkulturell kompetente Personen angewiesen sein werden. Es sollte daher im Interesse aller Verantwortlichen sein, sprachliche und kulturelle Ressourcen aller Menschen zu fördern.

Zwei- oder mehrsprachig zu leben in einer sich einsprachig verstehenden Welt, ist nicht immer einfach – das wissen binationale Familien aus eigener Erfahrung. Gerade wenn es darum geht, dass mehrsprachige Kinder in all ihren Sprachen bildungssprachliche Kompetenzen erwerben sollen. Denn um eine Sprache gut verstehen und nutzen zu können, braucht es auch die Schriftsprache. Untersuchungen belegen, dass regelmäßiges Lesen für den schulischen Erfolg eine zentrale Rolle spielt. Der Literacy-Förderung, der Hinführung an Lese- und Schriftkultur, kommt daher eine große Bedeutung zu.

Geschichten erzählen und Vorlesen mit bilingualen Kinderbüchern ist eine Möglichkeit, wie Eltern und Pädagogen Kinder auf ihrem Weg des »mehrsprachig Werdens« gut begleiten können. Sie unterstützen sie so nicht nur bei der Entwicklung bildungssprachlicher Kompetenzen, sondern geben ihnen die Möglichkeit ihre familiäre »Sprachwelt« wiederzufinden und gleichzeitig neue »Sprachwelten« zu entdecken.

Mehrsprachig vorlesen kann heißen: Vorlesen und Geschichten erzählen findet nur in der nicht-deutschen Familiensprache statt. Oder es wird in der einen Sprache vorgelesen und in der anderen erklärt. Man kann auch in wechselnder Rolle und Sprache vorlesen und erzählen. Oder man lässt einzelne Figuren in einer anderen Sprache sprechen oder bereichert die Geschichte mit Bezeichnungen und Elementen aus anderen Sprachen.

Mehrsprachiges Vorlesen lädt dazu ein, über die unterschiedlichen Sprachen zu reflektieren: Was klingt ähnlich, was klingt ganz anders oder wie unterscheiden sich Zeichen und Schrift? Auch wenn das Kind die Vorlesesprache nicht versteht, kann das Zuhören spannend sein. Vielleicht kann es die Handlung aufgrund der Bilder verstehen oder es achtet mehr auf Betonung, Sprachmelodie, Mimik und Gestik und lässt seine Fantasie schweifen. Sich in einer Situation zurechtzufinden, obwohl man etwas nicht versteht, ist eine wichtige Erfahrung und stärkt das Selbstvertrauen.

Als Methode des Vorlesens eignen sich die Bilderbuchbetrachtung und das dialogische Vorlesen besonders für jüngere Kinder oder kleinere Gruppen. Dabei verzahnt sich der schriftliche Text mit der mündlichen Sprache. Das Kind kann sich auf das Zuhören und Verstehen konzentrieren oder selbst sprachlich aktiv werden und sich ausprobieren. Das Bilderbuch schafft eine emotionale Nähe zur Person

und Sprache des Vorlesers und wird zum Schauplatz von Freude und Spaß, Wut und Trauer, eigener Identifikation mit den Helden und Figuren der Geschichte.

Im Unterschied dazu sollen sich beim klassischen Vorlesen die Kinder ganz auf das Gehörte einlassen können und nicht von Bildern abgelenkt werden. So wird in ihren Köpfen ein »Vorstellungsraum« geschaffen und ihre Fantasie angeregt. Es geht hier auch um den »Unterhaltungswert« der gehörten Geschichte. Sie erzeugt Spannung und Dramatik und nimmt die Kinder emotional mit auf eine Lesereise – sowohl in fremde Sprach- und Kulturwelten als auch in vertraute Welten der eigenen Herkunft und Familiengeschichte.

Die wohl bekannteste Form des Erzählens ist das Märchenerzählen, sie kommt dem klassischen Vorlesen am nächsten und ist ein gutes Beispiel dafür, wie eine Geschichte funktioniert. Märchen haben eine Einleitung »Es war einmal ...«, die den Ort, die Zeit, die Akteure und das Handlungsfeld einführt. Das Fortschreiten der Handlung folgt einem Spannungsbogen, immer wieder sind Herausforderungen zu bewältigen. Der Schluss liefert dann eine Auflösung und ein emotional entlastendes Ende. Beim Erzählen hält man zwar kein Buch in den Händen, stützt sich aber auf ein fiktives Geschichtenbuch, das in der Erinnerung sehr wohl existiert. Gerade durch das Geschichten erzählen, z. B. durch Omas und Opas werden Familiengeschichten und Migrationserfahrungen weitergegeben, Werte und kulturelles Wissen vermittelt. Und viele, z. B. afrikanische Sprachen haben eine große orale Tradition, ein Geschichtenerzähler ist als Träger kulturellen Wissens hoch angesehen.

Sprache ist nichts Äußerliches wie ein Kleid, das man anziehen kann oder nicht. Wir wissen, dass sich Sprachen nicht im Vokabellernen erschließen. Für

zwei- und mehrsprachig aufwachsende Kinder verdeutlichen die Sprachen unterschiedliche Denk- und Verhaltensmuster, erschließen innere Bilder und bündeln kulturelle Traditionen. Die mit den Sprachen vermittelten Werthorizonte prägen ihre Entwicklung, sind Teil ihrer Identitätsbildung. Sie bilden damit auch die Grundlage für Zugehörigkeit und Akzeptanz.

Für mehrsprachige Menschen ist es selbstverständlich, sich in unterschiedlichen Sprachen und Welten zu bewegen, oft übernehmen sie dabei wichtige Aufgaben der Verbindung und Vermittlung zwischen einzelnen Gruppen. Wissen, das über mehr als eine Sprache erfasst wird, ist umfangreicher und komplexer. Mehrsprachige Kinder reflektieren und vergleichen mehr, reagieren flexibel und stellen sich schnell auf neue Situationen ein. Dies sind nur einige Vorteile, die Mehrsprachigkeit mit sich bringt.

Mehrsprachig vorlesen macht nicht nur Spaß, sondern trägt dazu bei, vielfältige und grenzübergreifende Lebensentwürfe anzuerkennen und wertzuschätzen. Familiäre Mehrsprachigkeit darf keine vergessene Ressource bleiben!

Maria Ringler ist Referentin für interkulturelle Beratung und Bildung beim Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.

Wir bemerken nur die Störungen.

Wo bleibt der Masterplan?

Beileibe nicht das Lesen, wohl aber die Kinder- und Jugendliteratur gehört zu den größten Erfolgsgeschichten bundesrepublikanischer Kinderkultur. — Birgit Dankert

Bei einer Gesamtproduktion von 79.860 Neuerscheinungen wurden 2012 im deutschsprachigen Raum circa 7.857 neue Kinder- und Jugendbücher veröffentlicht. Sie machen also 10 Prozent der Produktion, gleichzeitig aber 15,6 Prozent des Jahresumsatzes im gesamten Buchhandel (2012 insgesamt 9,52 Milliarden Euro) aus. Kinder- und Jugendbücher gehören damit zu den wichtigsten und umsatzstärksten Teilen der Buchproduktion. Diese Bücher werden geschrieben, produziert, gekauft, vermittelt und gelesen – auch wenn ein nicht geringer Teil der gegenwärtigen quantitativen Spitzenproduktion keine intensiven oder gar begeisterten Leser findet.

Gleichwohl bildet Kinder- und Jugendliteratur inzwischen die Basis jeder Lese-Erziehung, ist bei der Einübung von Freude, Kenntnis und Lebens- wie Leistungstauglichkeit vermittelnder Lesefähigkeit nicht wegzudenken. Ihre Autoren arbeiten als viel beschäftigte Literaturvermittler.

Inzwischen gehören zu Qualitätskategorien und Verwertungspotential eines erfolgreichen Buchs bzw. Autors eine Vielzahl von Begleitpublikationen und -programmen: Hörbuch, E-Book, App, Theaterstück, Musical, Zeichentrick-Film, Verfilmung, Fernsehserie, Merchandising, Unterrichtsmaterial, Biografie, Prämierung, Rezensionen, wissenschaftliche Literatur, Posting in Social Media, Ausstellungen, Leseprojekte, Lesefeste, Leseförderungsprogramme, Poetik-Vorlesung. Im deutschsprachigen Bereich decken Kirsten Boie, Cornelia Funke und Paul Maar das größte Spektrum dieser Palette ab.

Ein ähnlich buntes Bild der Möglichkeiten, Buch und Lesen zum Kind und Jugendlichen zu bringen, bieten die inzwischen zahlreichen Initiativen, Projekte, Unternehmen und Einrichtungen, die sich neben den traditionellen Vermittlern Schule und Bibliothek in freier Trägerschaft oder Mischfinanzierung von privaten Spendern, Stiftungen und Öffentlicher Hand etabliert haben.

Vor etwa 15 Jahren waren nicht wenige Eltern, Erzieher, Lehrer, Autoren, Verleger, Buchhändler, Bibliothekare der konventionellen Wege der Lese-Erziehung überdrüssig, entdeckten materielle und personelle Defizite, strebten eine Demokratisierung, ein Mitspracherecht an, begriffen, dass sie selber Verantwortung tragen und Lösungen finden mussten. Die beschämenden Ergebnisse der »PISA«-Studie 2000 wurden für Politiker zum Fanal, auch wenn nicht alle Fachleute den OECD-Leseleistungs-Paradigmen folgen mochten.

Viele Initiativen waren also ursprünglich Kinder des Mangels, entwickelten sich aber – mit einem hohen Prozentsatz ehrenamtlicher Ressourcen – zu einer Avantgarde der außerschulischen Lese- und Literaturerziehung, die inzwischen zunehmend in die Schulen hinein geholt werden. Mehr Mittel, mehr Kreativität, mehr organisatorische Freiheit, ausländische Vorbilder, Deutschlands Kulturföderalismus und Vereinskultur – mit diesen Stellschrauben wird das Lese-Erlebnis von Kindern und Jugendlichen häufiger, vielseitiger und zielgerichteter. Leseförderung funktioniert – das ist bis in die unbestechlichsten Statistiken spürbar. Umso mehr schmerzt die Kenntnis, dass immer noch soziale Herkunft, elterlicher Bildungsstandard und Genderfragen Hindernisse auf dem Weg zum stabilen Lesehabitus aufstellen, weil hier eindimensionale Förderwege ins Leere laufen und nur dauerhafte soziale Kulturarbeit der Erfolg versprechende Weg ist. Pioniere der Leseförderung werden nicht müde, die dringend notwendige Planungssicherheit mit verlässlicher Finanzierung und Personalressourcen einzufordern. Aber viele Kulturpolitiker haben sich in der punktuellen Teilfinanzierung »freier« Angebote eingerichtet und setzen auf die leistungsfördernde Konkurrenz nicht einklagbarer öffentlicher Mittel.

Eine Antwort auf dieses Dilemma ist in Netzwerken vorwärts getriebene Kooperation. Als Beispiel kann hier das Lesenetz Hamburg (www.Lesenetz-Hamburg.de) gelten. Im Auftrag und finanziert von der Hambur-

Wenn's so preiswert geht, wollen wir mal so weiter machen.

ger Kulturbehörde knüpfen es seit 2009 Annette Huber und Nina Kuhn vom »Seiteneinsteiger e.V.«, einer Kulturmanagement-Agentur für Kinder- und Jugendliteratur. Die über dreißig teilnehmenden Institutionen und Aktionen offenbaren die historisch gewachsenen wiederentdeckten und gestärkten Facetten einer neu definierten Literatur- und Lesekultur der traditionell auf privates Mäzenatentum eingestellten Freien und Hansestadt Hamburg.

Neben Bibliotheken, dem Hamburger Kinderbuchhaus, dem Jungen Literaturhaus Hamburg, Abteilungen von Hochschulen und Gewerkschaften finden sich ausländische Kulturinstitute, Aktionen zur Leseförderung mehrsprachiger Bücherleser, das »Buchstart«-Programm zur sprachlichen Frühförderung ebenso

wie Schreibwerkstätten, Theaterworkshops, Leselernhelfer-Programme, »Ohrlotsen« mit dem Fokus auditive Medien, Veranstaltungszentren zur Literatur und dem Lesen in sozialen Brennpunkten, einige von ihnen auch als Nachfolge-Einrichtungen geschlossener öffentlicher Bibliotheken im Stadtteil. Auch hier lehrte die Not unübersehbare Tugenden. Das Netzwerk, das digital und in mehreren jährlichen Treffen kommuniziert, ist wegweisend für literarische Arbeit mit Kindern.

Die für Zielgruppen von Kindern und Jugendlichen notwendige direkte Zuwendung vor Ort wird von diesem kleinteiligen System nicht durch große Organisationseinheiten zerschlagen. Das Lesenetz verfügt über vielfältige Qualitäten – nicht jeder besitzt sie alle, aber alle können via digital zugängliche Angebote davon Gebrauch machen. Seine Teilnehmer sind regional (Stadtteile), altersstufig von literarischer Früherziehung bis zur Jugend-Schreibwerkstatt; nach Medien- und Literaturgattungen, wie Kinderverse, Märchentage, Hörspiele, sozialen Zielen, wie Inklusion oder Integration, aufgestellt – ein Raster, das sich in einzelnen Angeboten und Großveranstaltungen einsetzen lässt.

Die locker organisierten Arbeitsgruppen des Lesenetzes sprechen u. a. Qualitätsfragen der Leseförderung und Methoden der Akquise von Fördergeldern an und werden auch als Profilierungsplattform, Fortbildung und Karrierestart benutzt. Fatal aber wäre die Schlussfolgerung »Wenn's so preiswert geht, wollen wir mal so weiter machen«. So geht es – auch in Hamburg – nicht weiter! Die gegenwärtige Träger-, Organisations- und Finanzstruktur wendet zu viel Energie, Zeit und Handlungsspielraum mit dem Akquirieren von Spenden, Zuwendungen und ehrenamtlicher Teilnahme auf. Vielleicht weist das Ineinander von Programmplanung und Mischfinanzierung Wege zu einem schlanken, effektiven Management. Aber es schränkt die nachhaltige, stringente Arbeit und die gestalterische Freiheit ein.

In Hamburg und anderenorts fehlt der Masterplan, der die positiven Effekte dieser in Netzwerken bereitgehaltenen kleinteiligen Angebote spontaner Kreativität und schnellen Reagierens erhält und absichert. Denn nur wenn es gelingt, Kontinuität und evaluierbare anhaltende Qualität zu sichern, werden auch die so erfolgreichen Anstrengungen der letzten Jahre sich fortsetzen und steigern lassen.

Birgit Dankert ist Bibliotheks- und Informationswissenschaftlerin an der HAW Hamburg und Beraterin von Lesenetz Hamburg

BORROMÄUSVEREIN E. V.

Medien dienen der Bildung, Information, Kommunikation und Unterhaltung. Motiviert durch eine christliche Grundhaltung sieht es der Borromäusverein als seinen Auftrag, allen Menschen den Zugang zur Medien- und Informationswelt zu eröffnen. Mit den Angeboten sollen die Interessen der Menschen in ihren jeweiligen Lebensphasen und -situationen angesprochen werden. In Zusammenarbeit mit weiteren Partnern bietet der Borromäusverein qualifizierte Aus- und Weiterbildungen zu literarischen, bibliothekarischen, spirituellen und methodischen Themen an. Der Borromäusverein führt zudem im Rahmen des Bundesprojektes »Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung« die Maßnahme »Ich bin ein LeseHeld« durch.

LYRIX - BUNDESWETTBEWERB FÜR JUNGE DICHTERINNEN UND DICHTER MIT KLASSE

Um die Ausdruckskraft von Gedichten wieder mehr in den Vordergrund zu rücken, bietet der Schülerwettbewerb Kindern und Jugendlichen ein Forum, um sich mehr mit Lyrik auseinanderzusetzen und unabhängig von Muttersprache und Herkunft eigene Texte zu verfassen und in den Wettbewerb einzubringen. Das Lyrix-Jahr gliedert sich in zwölf monatlich wechselnde Wettbewerbsrunden, die jeweils unter einem vorgegebenen Leitmotiv stehen. Jugendliche im Alter von 10 bis 20 Jahren können ihre selbst verfassten Gedichte zu jeder Leitmotivrunde per E-Mail an den Deutschlandfunk senden.

Kompetenzvergleich

IGLU erfasst die Lesekompetenzen von deutschen Grundschulkindern – eine Zusammenfassung — Anke Walzebug & Wilfried Bos

Die Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) wird seit 2001 alle fünf Jahre durchgeführt (zuletzt Bos, Tarelli, Bremerich-Vos & Schwippert: IGLU 2011. Lesekompetenzen von Grundschulkindern in Deutschland im internationalen Vergleich, 2012). International bekannt als Progress in International Reading Literacy Study (PIRLS) wird sie von der International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA) verantwortet. Deutschland beteiligt sich seit 2001 an PIRLS/IGLU. Untersucht wird das Leseverständnis von Schülerinnen und Schülern am Ende der vierten Jahrgangsstufe, das unter Berücksichtigung zentraler Rahmenbedingungen schulischer Lernumgebungen betrachtet wird.

Mit dem in IGLU eingesetzten Lesetest werden die Leseintention, mit der ein Text gelesen wird, und das Verständnis der Informationen eines Textes erfasst. Beide Bereiche werden mittels zweier Textsorten, literarische Texte und informierende Texte, differenziert erhoben. Es werden vier Verstehensprozesse unterschieden, die das Leseverständnis bestimmen: 1. explizit angegebene Informationen lokalisieren, 2. einfache Schlussfolgerungen ziehen, 3. komplexe Schlussfolgerungen ziehen, interpretieren und kombinieren sowie 4. Inhalt und Sprachgebrauch prüfen und bewerten. Diese Prozesse sind als textimmanente und als wissensbasierte Verstehensleistungen zusammengefasst. Die Leistungen der Schülerinnen und Schüler auf der Gesamtskala Lesen werden anhand von Kompetenzstufen beschrieben, wobei Stufe I dem niedrigsten und Stufe V dem höchsten Leistungsniveau entspricht. Mit Hilfe eines Fragebogens werden Aspekte des Leseverhaltens und Einstellungen zum Lesen der Grundschülerinnen und Grundschüler erfasst.

Den Erhebungen aus dem Jahre 2011 zufolge erreichen Kinder am Ende der vierten Jahrgangsstufe in Deutschland ein Leistungsniveau im oberen Drittel der internationalen Rangreihe und eine international gesehen relativ geringe Streuung der Leistungen von besonders guten und besonders schwachen Leserinnen und Lesern. Auch wenn sich in IGLU 2006 eine Verbesserung der Leseleistung gezeigt hat, die in 2011 nicht gehalten werden konnte, verdienen die Grundschulen in Deutschland nach wie vor ein gutes Zeugnis. Die Leseleistungen von 2011 entsprechen in etwa dem Leistungsniveau von 2001. Die Ergebnisse zeigen darüber hinaus, dass Kinder sehr positive Einstellungen zum Lesen haben und dass signifikant mehr zum Vergnügen gelesen wird.

Ein differenzierter Blick auf die Ergebnisse verweist aber auch auf Schwachstellen: So ist der Anteil von 9,5 Prozent der Schülerinnen und Schüler, die Leseleistungen auf der höchsten Kompetenzstufe V erreichen, sicherlich noch zu steigern. Als zu hoch ist in diesem Zusammenhang der Anteil der Kinder in Deutschland einzuschätzen – insgesamt 15,4 Prozent –, der nicht die Kompetenzstufe III und damit nicht über ausreichende Lesekompetenzen verfügt. Länder wie Finnland oder die Niederlande erzielen hier einen günstigeren Wert von unter 10 Prozent und bereiten damit mehr Grundschülerinnen und Grundschüler auf die zunehmenden Leseanforderungen in der Sekundarstufe I vor. Die Ergebnisse zeigen auch, dass Deutschland zu den Staaten mit der größten Differenz zwischen guten Werten im genauen und sorgfältigen Lesen (textimmanente Verstehensleistungen) und schwächeren wissensbasierten Verstehensleistungen gehört. Zudem gibt es den über die Jahre stabilen Befund, dass bessere Leistungen beim Lesen literarischer Texte erzielt werden als beim Lesen informierender Texte. Bereits in IGLU 2001 wurde darauf hingewiesen, dass im Curriculum der weiterführenden Schulen eine entsprechende Förderung, z. B. von basalen Lesekompetenzen, verankert sein muss und über Maßnahmen zur Stärkung von Diagnosekompetenzen der Lehrkräfte nachgedacht werden sollte.

Anke Walzebug arbeitet als Diplom-Pädagogin am Institut für Schulentwicklungsforschung (IFS) der TU Dortmund

Wilfried Bos ist Professor für Bildungsforschung und leitet das Institut für Schulentwicklungsforschung (IFS) der TU Dortmund

Fürsorgepflicht, aber kein Allheilmittel

Autorenbegegnungen wirken nachhaltig. Sie öffnen Augen und Ohren, fördern die Fantasie und machen Bücher als etwas Lebendiges erfahrbar. Autorenpatenschaften sind eine ganz besondere Form der Begegnung zwischen Autoren, jungen Lesern und Literatur. — Jürgen Jankofsky

Vor 60 Jahren kam der Hannoveraner Pädagoge Friedrich Bödecker auf die Idee, Autoren mit ihren Büchern in Schulen zu schicken, um in Begegnungen mit Schülern, mit Lesungen und Diskussionen, zielgerichtet zum Lesen anzuregen. Eine fruchtbare Idee offenbar, denn mittlerweile gibt es in jedem Bundesland außer Berlin einen Friedrich-Bödecker-Kreis (FBK), der jährlich jahraus Autorenbegegnungen organisiert, im Durchschnitt etwa 7.000 pro Jahr bundesweit. Eine Studie der TU Dortmund kommt zu dem Schluss: »dass eine Autorenbegegnung zwar kein Allheilmittel gegen die sich verstärkende Leseunlust bei Kindern und Jugendlichen ist, aber einen ernst zu nehmenden Ansatz zur Lese(r)förderung darstellt: Autorenbegegnungen holen mehr Literatur anders in die Schule!« (Conrady »Lebendige Literatur«, Westermann, 2008, S. 57)

Innerhalb des Programms »Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung« des Bundesministerium für Bildung und Forschung begründete der FBK-Bundesverband nun die Initiative »Autorenpatenschaften – Literatur lesen und schreiben mit Profis«: Professionelle Kinder- und Jugendbuchautoren führen 8- bis 18-Jährige an das Lesen und Schreiben literarischer Texte heran. Die Kinder und Jugendlichen entdecken mithilfe von professionell Schreibenden neue Ausdrucksformen und können sich damit neue Erfahrungshorizonte erschließen. Vor allem in Schreibwerkstätten entwickeln die Teilnehmer eigene Texte, welche in einem intensiven Entstehungs- und Wandlungsprozess entworfen, diskutiert, bearbeitet und vorgestellt werden. Durch das Projekt soll die Lese- und Schreibkompetenz und auch die persönliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen gestärkt werden.

Im Gegensatz zu einer klassischen Autorenbegegnung, die in der Regel zwei Schulstunden, bestenfalls einen Schultag dauert, ist die Laufzeit einer »Autorenpatenschaft« auf ein Jahr ausgerichtet. Das ergibt neue Ansätze, neue Chancen nicht zuletzt, um auch bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche Literatur erleben zu lassen, sogar selbst aktiv zu werden: mit einem Profi-Autor zu lesen, vertrauensvoll mit seiner Hilfe zu schreiben, so eigene, vielleicht ungeahnte Möglichkeiten zu entdecken und sich nachhaltig zu erschließen, neue Kompetenzen zu erwerben also!

Am Ende jeder Autorenpatenschaft gibt eine Publikation vor allem mit Texten der »Patentkinder«, doch auch auswertenden Kommentierungen und Begleitmaterialien, Einblicke in das jeweilige, gemeinsame Projektjahr – nicht zuletzt, um zur Weiterführung und Nachahmung anzuregen. Die Materialien werden im Internet auf www.boedecker-buendnisse.de veröffentlicht.

In Sachsen begründete der FBK-Bundesverband beispielsweise ein lokales Bildungs-Bündnis in Döbeln: Viert- bis Sechstklässler der Schlossbergschule (Schule zur Lernförderung) verfassten mithilfe der Autorenpatin Sylvia Eggert diese »werbetätigen« Zeilen:

Lesen ist ein Abenteuer mit Drache, Hexe, Ungeheuer.

Wenn wir lesen ist es schön, die tollsten Abenteuer zu bestehn.

Lesen ist ganz wundervoll und Bücher die sind supertoll.

Geschichten ändern unsre Welt und machen dich zum Bücherheld.

Durch Bücher kriegt man was fürs Leben, weil sie unsere Bildung heben ...

Und die Schriftstellerin und Pädagogin Renate Schimmel, involviert in die Hamburger »Autorenpatenschaft«, urteilt: »Es sind Texte entstanden, die mitnehmen ins Leben. Gedanken, die Zustimmung finden oder Ablehnung. Sehnsüchte, Wünsche und Erfahrung, die in Worte gefasst werden. Texte, die von kleinen oder großen Momenten der Erfüllung erzählen. Poetische, nachdenkliche, erzählende oder biografische.

Das Schreibprojekt »Kultur macht stark« hat die Schüler wirklich stark gemacht, ihnen Zutrauen im Umgang mit Sprache vermittelt, ihnen gezeigt, dass sie etwas zu sagen haben. Ganz gewiss werden ihnen diese neu hinzugewonnenen Fähigkeiten auf ihrem weiteren Lebensweg helfen.«

Schon seit einiger Zeit sind Landesverbände der Friedrich-Bödecker-Kreise immer wieder auf Suche nach neuen Wegen zur Lese- und Schreibförderung, zur Unterstützung beim Erwerb von Lesekompetenz. So ruft der FBK Sachsen-Anhalt seit 1992 Schüler alljährlich zum Schreiben eigen-

ARBEITSKREIS FÜR JUGENDLITERATUR E. V.

40 Mitgliedsverbände aus den Bereichen Bibliothek, Bildung, Buchhandel/Verlag und Forschung und rund 200 Einzelpersonen, ausgewiesene Experten der Kinder- und Jugendliteratur, haben sich im Arbeitskreis für Jugendliteratur zusammenschlossen. Ziel ist es, Kinder- und Jugendliteratur und die literarisch-ästhetische Bildung von Kindern und Jugendlichen in Deutschland zu stärken. Zu seinen Aufgaben gehören die Organisation und Bekanntgabe des Deutschen Jugendliteraturpreises, Leseförderung und Orientierungshilfe zur Kinder- und Jugendliteratur in Form der Fachzeitschrift »JuLit« und anderen Publikationen. Zudem realisiert er das Projekt »Literanauten überall – Ein Projekt von Jugendlichen für Jugendliche«.

ner Texte auf, seit 1997 stets unter dem Motto »Unzensuriert & unfriesiert« und in Kooperation mit dem FBK-Bundesverband auch bundesweit.

Allein im Schuljahr 2013/2014 wurden 5.250 Texte eingesandt, Texte aller Altersgruppen, aller Formen, aller denkbaren Themen. Dieser Schreibauftrag entspricht also offenbar und nach wie vor einem Bedürfnis Heranwachsender, sich mittels mehr oder weniger literarischer Texte auszudrücken, das Medium Sprache zu nutzen, um sich und die sie umgebende Welt besser verstehen zu lernen. Um dem zu entsprechen, arbeitet der Friedrich-Bödecker-Kreis seit Jahren mit dem weltweit einzigartigen Archiv für Kindertexte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammen. Hier werden alle Texte eingestellt und stehen beispielsweise für die Lehrer-Ausbildung zur Verfügung, hier erfährt dieser Schreibauftrag wissenschaftliche Begleitung. Die fantasievollsten, ehrlichsten, interessantesten Texte werden Jahr für Jahr in einer Anthologie veröffentlicht, deren Buchpremiere am Welttag des Buches in den Franckeschen Stiftungen zu Halle gefeiert wird. Dann ist der große Saal der Stiftungen stets überfüllt, dann könnte man jederzeit eine Stecknadel fallen hören, wenn von Schülern verfasste Texte anderen Schülern vorgelesen werden ... Überhaupt scheint bei Altersgenossen eine erstaunliche Akzeptanz für Texte von Schülern zu bestehen, gibt es auch immer wieder Resonanz, dass Anthologien mit Texten schreibender Schüler selbst bei »Lesemuffeln« Leseinteresse wecken würden. Auch auf diesem Wege könnte also mehr Literatur anders in die Schule geholt werden.

Aus der jüngsten Anthologie des Friedrich-Bödecker-Kreises »Wenn die Erde Worte hätte« (Dorise, 2014, S. 176) zu guter Letzt denn ein Gedicht der 9-jährigen Anne Möbius aus Merseburg:

Ein Haus kann man bauen,
Einen Kaugummi kauen,
Ein Auto kann lenken,
Ich kann denken,
Ein Gedicht kann man schreiben,
Und es wird im Gedächtnis bleiben.

Jürgen Jankofsky ist Schriftsteller und Stellvertreter Bundesvorsitzender der Friedrich-Bödecker-Kreise

Kurz und knapp

VERANSTALTUNGEN

Lesen und lesen lassen ... 5. Dialogforum des Deutschen Kulturrates

Am 20. November 2014 veranstaltet der Deutsche Kulturrat sein 5. »Kultur bildet.«-Dialogforum zum Thema »Lesen und lesen lassen ... Strategien gegen Analphabetismus« im Podewil in Berlin. In Deutschland leben 7,5 Millionen funktionale Analphabeten. Was sind die Ursachen und Auswirkungen? Welche Rolle spielen Schule, Elternhaus und außerschulische Projekte bei der Prävention von funktionalem Analphabetismus? Wie und wo können Kinder, Jugendliche, aber auch Erwachsene aus bildungsfernen Schichten erreicht werden und welche neuen Strategien der Leseförderung sind dabei denkbar? Diese Fragen diskutieren Dr. Gisela Beste (LISUM), Klaus Buddeberg (Universität Hamburg), Prof. Christian Höppner (Deutscher Kulturrat), Prof. Karl Karst (Initiative Hören) und Dr. Jörg F. Maas (Stiftung Lesen) anlässlich des Bundesweiten Vorlesewettbewerbs 2014. Anmeldungen bis zum 13. November 2014 unter a.wenger@kulturrat.de.
→ www.kultur-bildet.de/dialogforum

17. DIE-Forum Weiterbildung zum Thema Kulturelle Bildung

Am 1. und 2. Dezember 2014 veranstaltet das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE) das 17. DIE-Forum Weiterbildung zum Thema Kulturelle Bildung. Das breite Angebot an Seminaren, Kursen und Projekten kultureller Bildung von Weiterbildungseinrichtungen wird lokal ergänzt durch vielfältige Lernmöglichkeiten und -orte dritter Anbieter. Das derzeitige bildungspolitische und gesellschaftliche Interesse am kulturellen, künstlerischen und ästhetischen Lernen und den damit verbundenen Kompetenzen stellt zugleich eine interessante öffentliche Neuausrichtung des Bereichs dar. Das Forum soll all diejenigen zusammenbringen, die das Feld der kulturellen Erwachsenenbildung bestellen. Es gibt Gelegenheit zur Bestandsaufnahme und Diskussion neuer Akzente, pädagogischer und anthropologischer Grundlagen sowie aktueller Konzepte kultureller Erwachsenenbildung.
→ www.die-bonn.de

PERSONALIEN

Neu gegründeter »Bundesverband Musikunterricht (BMU)« wählt Präsidenten

Prof. Dr. Ortwin Nimczik und Dr. Michael Pabst-Krueger sind die Präsidenten des im September 2014 neu gegründeten »Bundesverbandes Musikunterricht (BMU)«. Mit der Absicht, den vielfältigen Aufgaben der inhaltlichen und kulturpolitischen Arbeit für die musikalische Bildung an Schulen mit vereinten Kräften zu begegnen, haben sich der »Arbeitskreis für Schulmusik (AfS)« und der »Verband deutscher Schulmusiker (VDS)« im Rahmen des 2. Bundeskongresses Musikunterricht in Leipzig zusammengeschlossen. Mit über 130 Gründungsmitgliedern und weiteren 26 Eintritten während des Kongresses verfügt der Verband schon jetzt über eine solide Mitgliederbasis. Im kommenden Jahr werden AfS und VDS samt ihrer Landesverbände endgültig in den »Bundesverband Musikunterricht« übergehen. Als Vizepräsidentinnen wurden Prof. Dr. Dorothee Barth und Evelyn Beißel gewählt.
→ www.vds-musik.de/infos-verbaendefusion

WETTBEWERBE

Bundesweiter Vorlesewettbewerb 2014/2015 gestartet

Auch im Schuljahr 2014/2015 ruft der Börsenverein des Deutschen Buchhandels die Schülerinnen und Schüler aller sechsten Klassen dazu auf, sich am Bundesweiten Vorlesewettbewerb zu beteiligen. Wer gerne liest und Spaß an Büchern hat, ist eingeladen sein Lieblingsbuch vorzustellen und eine kurze Passage daraus vorzulesen. Nach Klassen-, Schul-, Stadt- und Bezirksentscheiden treten im Juni 2015 die Landessiegerinnen und -sieger gegeneinander an. Seit Mitte Oktober 2014 können die Unterlagen zur Anmeldung sowie die Urkunden für die Klassen- und Schulgewinner heruntergeladen werden. Der Vorlesewettbewerb des Deutschen Buchhandels steht unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten und zählt zu den größten bundesweiten Schülerwettbewerben. Er wird von der Kultusministerkonferenz empfohlen. Rund 600.000 Schülerinnen und Schüler beteiligen sich jedes Jahr.
→ www.vorlesewettbewerb.de

KJF schreibt Bundeswettbewerb »Video der Generationen 2015« aus

Das Kinder- und Jugendfilmzentrum in Deutschland (KJF) schreibt auch für das Jahr 2015 den Bundeswettbewerb »Video der Generationen« aus. Bis zum 15. Januar 2015 können junge Filmemacher bis 25 Jahre, Medienmacher ab 50 Jahre sowie Mehr-Generationen-Teams (bis einschließlich 25 und ab 50 Jahre) ihre Produktionen in der Kategorie »Allgemeiner Wettbewerb« oder aber zum Jahresthema »Eine andere Zeit – Zeitzeugen berichten« einreichen. Die Filme müssen in den Jahren 2013, 2014 und 2015 produziert worden sein beziehungsweise werden. Preise vergibt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Höhe von insgesamt 6.000 Euro. Darüber hinaus verleiht das Konzeptbüro Dialog der Generationen einen mit 1.000 Euro dotierten Projektpreis. Die Präsentation und Auszeichnung der besten Produktionen findet im Rahmen des Bundesfestivals Video in Halle/Saale vom 26. bis 28. Juni 2015 statt. Dorthin werden alle Filmemacher eingeladen, deren Produktionen gezeigt werden.
→ www.video-der-generationen.de

PUBLIKATIONEN

Besonders normal. Wie Inklusion gelebt werden kann

Inklusion bedeutet, dass jeder Mensch – behindert oder nicht behindert – selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann. Nur welche Strukturen müssen dafür geschaffen werden? Wie viel Kampf, Mut und Unterstützung gehören dazu? Wo muss der Einzelne umdenken? Dazu hat Minka Wolters viele Betroffene, Menschen aus ihrem Umfeld und Fachleute befragt. Sie alle erzählen von ihren Erfahrungen mit Inklusion im Kindergarten, in der Schule, an der Universität und am Arbeitsplatz. Von den täglichen Herausforderungen: mit Behörden, mit dem Partner und mit den Geschwistern. Es geht um Wut, um Verzweiflung und um die große Freude über winzige Erfolge. Ein einfühlsam geschriebenes Buch, das zahlreiche neue Impulse liefert – für ein vielfältiges gemeinsames Miteinander.
→ www.christoph-links-verlag.de

Kulturpolitik auf den Punkt gebracht

Seit 12 Jahren erscheint Politik & Kultur, die Zeitung des Deutschen Kulturrates, jeweils mit einem Editorial des Herausgebers Olaf Zimmermann. Die Editorials sind eine ungewöhnliche Kommentarsammlung zur jüngsten Kulturpolitik. Von armen Künstlern, obsessiven Sammlern, von Kooperationsverboten, von kulturell gebildeten Turbokindern, vom Kulturföderalismus, von der Vererbtheit der computerspielenden Jugend, vom familiären Egotrip der Wagners, von Humboldt'schen-Schloss-Fantasien und bröckelnden Mahnmahlen, von ruhmlosen Jubiläen und anderen leitkulturellen Irrungen und von vielen wunderbaren Kultur-Träumen schreibt Olaf Zimmermann in 72 kulturpolitischen Kommentaren. Ein umfangreiches kulturpolitisches Glossar ergänzt die Kommentare und macht das Buch zu einem unentbehrlichen Hilfsmittel durch das Labyrinth der Kulturpolitik.
→ www.kulturrat.de

WEITERBILDUNG

Tanzpädagogische Weiterbildung »Creating Dance in Art and Education«

Das UdK Berlin Career College bietet ab dem 20. Februar 2015 zum zweiten Mal die tanzpädagogische Weiterbildung »Creating Dance in Art and Education« in Zusammenarbeit mit der TanzTangente Berlin an. Innerhalb von zwölf Monaten erwerben die Teilnehmenden Fähigkeiten, Techniken und Methoden, um den Tanz als Kunstform an Laien zu vermitteln. Der Zertifikatskurs findet an zwölf Wochenenden statt und umfasst Tanztrainings, Workshops, Seminare mit praktischen und künstlerischen Inhalten sowie Lecture-Abende zu aktuellen Themen der Vermittlung und Vernetzung, zu Tanztheorie und Tanzgeschichte. Alle Teilnehmenden werden ein tanzpädagogisches Projekt in Eigenregie durchführen. Zusätzlich wird ein praktisches Intensivprogramm mit Hospitations- und Unterrichtsmöglichkeiten sowie Supervisions-/Coachingstunden angeboten.
→ www.ziw.udk-berlin.de

MUSEALOG-Weiterbildung startet im Februar 2015

Am 2. Februar 2015 startet zum 23. Mal die MUSEALOG-Weiterbildung zum bzw. zur »Fachreferent/in für Sammlungsmanagement und Qualitätsstandards in Museen«. Ziel der 8-monatigen Vollzeit-Weiterbildung ist es, die Teilnehmenden für eine Tätigkeit in Museen, Kultureinrichtungen, im Feld der kulturellen Bildung, Galerien und im politisch-administrativen Bereich zu qualifizieren. Bewerben können sich arbeitssuchende Kunsthistoriker, Historiker, Volkskundler sowie Akademiker mit vergleichbaren kulturwissenschaftlichen Abschlüssen. Die Weiterbildung setzt sich aus praktischer Projektarbeit im Museum, Fachseminaren und museumsrelevanten EDV-Schulungen zusammen. MUSEALOG arbeitet mit zehn Museen zusammen, an denen die Teilnehmenden während ihrer Ausbildung tätig sind. Bewerbungen werden laufend entgegengenommen.
→ www.musealog.de

Kultur bildet.

erscheint als regelmäßige Beilage zur Zeitung Politik & Kultur, herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler.

GEFÖRDERT VOM



Adresse

Deutscher Kulturrat e.V.
Mohrenstraße 63, 10117 Berlin
Telefon: 030/226 05 28-0
Fax: 030/226 05 28-11
post@kulturrat.de, www.kulturrat.de



Redaktion

Olaf Zimmermann (Chefredakteur, V.i.S.d.P),
Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin),
Verena Schmidt (Chefin vom Dienst),
Stefanie Ernst, Kerstin Hübner, Andreas Kolb,
Carolin Ries, Andrea Wenger, Rike Rathjens
(Redaktionsassistenten)

Gestaltung

4S Design

Verlag

ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
Telefon: 0941/945 93-0, Fax: -50
info@conbrio.de, www.conbrio.de

Druck

Freiburger Druck GmbH & Co. KG

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Sollte in Beiträgen auf das generische Femininum verzichtet worden sein, geschah dies aus Gründen der besseren Lesbarkeit. Selbstverständlich sind immer weibliche als auch männliche Gruppenangehörige einbezogen. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder.